



# Arbeiterkampf

Jg. 18 Nr. 290, 11. 1. 88

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

5 DMUB C-21234/E

inst. z. Erforsch. d.  
europ. Arbeiterbew.  
52D 3308**„Cobra Verde“**

Werner Herzog, Cobra Verde, Riefenstahl? „Harmonie und Schönheit“ — die Unversehrtheit der Bilder auf Kosten der Humanität, Faschistoide Ästhetik? Eine filmische Kriegserklärung an die Dritte Welt. Auch Herzog hat seine Nuba. Die Verherrlichung des Größenwahnsinns. Kinski. Seite 32

## Palästinas Jugend im Aufstand

Der Oktober war eigentlich ein ganz normaler Monat im Gaza-Streifen. Am 10. 10. wird eine Demonstration von Schülern und Studenten durch israelisches Militär mit Gewehrschüssen aufgelöst; fünfzehn Palästinenserinnen zwischen zehn und dreißig Jahren tragen Schußverletzungen davon. Am 29. 10. werden die Häuser von vier palästinensischen Familien von der Besatzungsmacht zerstört. Am 31. 10. überfallen israelische Soldaten eine Schule, dreißig Schüler tragen (zumeist Kopf-)Verletzungen davon.

Und auch der November verlief durchaus der Norm entsprechend. Am 1. 11. wird einer Bewohnerin des Flüchtlingslagers Jabalia in den Hals geschossen. Am 8. 11. werden von israelischem Militär zehn Jugendliche in einer Moschee verhaftet und in das Internierungslager „Ansar 2“ gebracht. Am 10. 11. wird eine sechzehnjährige Schülerin von einem Siedler mit Gewehrschüssen getötet (der Killer ist inzwischen gegen Kaution auf freiem Fuß). Am 11. 11. werden zwei vierzehnjährige SchülerInnen in der Stadt Gaza durch Schüsse verletzt. Am 19. 11. werden vier Palästinenser in ihrem Wagen angeschossen. Am selben Tag wird ein vierzehnjähriger Bewohner des Lagers Jabalia angeschossen und während seiner medizinischen Versorgung im Schiffs-Hospital verhaftet. Am 20. 11. wird eine Protestdemonstration gegen die Abschiebung eines Palästinensers unter Einsatz von Gummischüssen aufgelöst, zahlreiche Verletzte müssen im Krankenhaus behandelt werden. Am 29. 11. wird dem Prediger der Katiba Moschue vom Militärgouverneur mit Ausweisung gedroht, weil seine Predigten einen patriotischen Gehalt hätten.

Same procedure as every month!

Wie geht auch das Vorgehen der Besatzer gegen Schulen und andere Ausbildungseinrichtungen. Alle Schüler der al-Mantafouti-Sekundarschule werden auf andere Schulen in Rafah und Khan Younis (Stadt im Gaza-Streifen) verteilt; die Al-Karmel-Sekundarschule in Gaza wird ganz ge-



schlossen, die Schüler werden auf zwei andere Schulen verteilt. Schüler der Hachim Ibn Abd-Monaf-Schule werden auf zwei andere Schulen verteilt; 120 Schüler der Yaffa-Sekundarschule werden auf eine andere Schule geschickt. Hinzu kommt die Schließung zahlreicher weiterer Schu-

len und Ausbildungseinrichtungen durch die Besatzer im Oktober und November für ein bis vier Wochen.

Angesichts der in den über zwanzig Jahren der Besatzung planmäßig betriebenen Verletzung der Bewohner des Gaza-Streifens und des unge-

heimten Einsatzes der Politik der „Eisernen Faust“ (wie sie in ihrer Auswirkung oben für zwei Monate beispielhaft dargestellt wurde) ist es einigermaßen absehbare, wenn man „ganz Israel“ behauptet, von dem Aufstand im Gaza-Streifen „überwrascht“ worden zu sein. Fortsetzung Seite 14

1988 beginnt atomfeindlich

## Entsorgungslüge geplatzt

**AIDS**  
Vom Knast  
zur  
Internierung  
S. 12

**Götz Aly:**  
Tuberkulose  
und  
„Euthanasie“  
S. 14

Den Jahreswechsel wird die Atomindustrie nicht so schnell vergessen und wohl auch nicht so schnell verwinden. Erst ein grenzüberschreitender Atommüll-Skandal mit Ausgangspunkt Hannover, mit einer Hundertschaft bestochener Ingenieure und Angestellten aus Elektrizitätsunternehmen und Atomkraftwerken, mit zwei Toten, illegalen Nukleartransporten, falsch deklarierten Abfällen und einer abenteuerlichen Jagd quer durchs Land nach Fässern mit radioaktivem Inhalt. Dann die vertrauensverweckende Nachricht, daß das wahre Ausmaß des Strahleneinsatzes im englischen Windscale vor 30 Jahren auf Grundlage der Londoner Regierung vertuscht wurde. Dann die Enthüllung, daß Bestechung

und Betrug im großen Stil auch beim Brüterprojekt in Kalkar praktiziert wurden. Ob vielleicht sogar die Plutoniumpreise nach dem Raketenabkommen fallen, wissen wir nicht. Aber man kann sich vorstellen, daß die Tatsache des niedrigen Dollars und der anhaltend niedrigen Ölpreise die Nuklearbranche weiter bedrücken, auch wenn darüber zuletzt gesprochen wird. Die Affäre Transnuklear/NUKEM löste einen Erdbeben aus und sprach jeder Bedeutung von der gesicherten atomaren Entsorgung Hohn. Diese aber ist nach offizieller Darstellung Voraussetzung für die Genehmigung und den Betrieb der Atomkraftwerke. Ein Wechsel ist geplatzt. Er war noch nie gedeckt.

Wir verfolgen die Spuren, die von Hannover nach Belgien führen, und spüren den ungeklärten Fragen und mysteriösen Todesfällen nach.

Wir leisten uns einen Blick dreißig Jahre zurück. Windscale im Jahre 1957, was wurde da in welchem Interesse vertuscht?

„Szenen einer nuklearen Bananenrepublik — Hannover, das ist kein plötzliches Versagen bei Transnuklear, das ist eine Kette von Vertuschungen und Skandalen. Hannover ist NUKEM, ALKEM und Transnuklear.“

Seite 9

## Terroristinnen made by BKA

Hundertneunundzwanzig A, das ist keine Hausnummer, sondern ein Paragraph des Strafgesetzbuchs, der unangenehmen Hausbesuch des Bundeskriminalamtes bedeuten kann. Der Verdacht auf 129a („Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“) richtete sich im konkreten Fall am 18. 12. vor allem gegen Frauen und Einrichtungen, die wissenschaftlich und aufklärend zu den Zielen, Methoden und Folgen der Gentechnologie und zur Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt, gegen die Asylpolitik und Sexismus arbeiten. In Essen wurde das Genarchiv durchsucht, in Hamburg, Bochum, Düsseldorf, Hannover und Köln wurden mindestens 33 Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mehrere Frauen wurden wegen Verdachts auf RZ oder „Rote Zora“-Mitgliedschaft gesucht. Druckereien wurden

durchsucht, die TAZ in Hamburg und Bochum in der redaktionellen Arbeit behindert. Ulla P. aus Hamburg sowie die Kölner frühere EMMA-Journalistin Ingrid Strobl wurden als Terroristinnen verdächtigt, festgenommen und sitzen seither in U-Haft.

Wir rufen zur praktischen Solidarität mit den eingekerkerten Frauen auf.

Wir berichten über die BKA-Aktion, ihre Ziele und Folgen. Die staatlichen Ermittlungsbehörden schlagen eine schärfere Gangart gegen das „terroristische Umfeld“ ein. Vor diesem Hintergrund sind die neuen Gesetze zu Demokratie-Einschränkungen, Strafrechtsverschärfungen und die befristete Kronzeugenregelung zu sehen. Wir behandeln die gesetzlichen Neuerungen und ihre Bedeutung ebenfalls in diesem AK. Seite 6

**Ausschlüsse**

aus den DGB-Gewerkschaften sind nicht nur ein Thema der siebziger Jahre. Nach der Betriebsratswahl steht die Zahl der Verfahren. Wir liefern eine Übersicht. Neu ist allerdings, daß jetzt auch Betriebslinke ausschließen lassen. Was ist los bei Klöckner in Bremen? Seite 27

**Gewalt**

Schon wieder? Als Grüner muß man Jergen Reents und Michael Stamm nehmen die reale Heuchelei bekennender Gröner über Gewaltlosigkeit auf. Die Verrechtsstaatlichkeit der Grünen hätte die gewaltsame Räumung in der Hafenstraße nicht behindert. Das war kein Erfolg für Realos. Seite 25

**Autonome DKP**

Sensation? Autonom von Moskau? Nein, die DKP hat die Autonomen entdeckt und wirft die Netze aus. „Marxisten sollten das Gespräch mit Autonomen suchen. Das Bedürfnis nach ernsthafter Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus bei Autonomen ist groß.“ Seite 31

## Rheinhausen bewegt das Revier

Eine neue Form von Arbeiterwiderstand sorgt bereits in der fünften Woche für Schlagzeilen. Stahlarbeiter halten eine Region in Atem mit Straßenblockaden, Vorstandsetagen stürmen, Eier schmeißen, Blum besudeln, nicht arbeiten, Gottesdiensten im Walzwerk lauschen, Weihnachten auf der Straße feiern, als Kuppianer Mannesmann besuchen und von der Arbeit abhalten,

nachts lärmend durch die Straßen demonstrieren. An ihrem Anliegen ist aktuell kein Vorbeikommen.

Doch die Frage bleibt: Was kommt nach diesen Tagen aufopferungsvollen Kampfes? Wird es enden wie bei HDW in Hamburg oder bei Thyssen in Hattingen oder auf der Maxhütte? Gibt es Alternativen zur Kaputtsanierung

einer Region, zur Demütigung der Menschen und der Zerstörung ihres Lebens- und Kulturraums?

Von den dominierenden politischen Parteien verkauft, von ihrer Gewerkschaft ratlos gelassen, wird über andere Formen politischen Drucks, über Volksbegehren zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie diskutiert.

Berichte und Dokumente S. 3







Was Ende November 1987 in Duisburg-Rheinhausen begann, ist mehr als ein spontanes Aufflackern, scheint zum neuen Symbol für Arbeiterwiderstand in der BRD zu werden. In Rheinhausen läuft nicht nur Dampf ablassen. Möglicherweise entsteht eine neue Qualität von Widerstand vor dem Hintergrund der Revierkrise und bislang gemachter Erfahrungen, daß alle vergleichbaren Kämpfe zur Erhaltung der Betriebe in der Stahlindustrie trotz breiter Unterstützung verloren wurden. Schon jetzt haben die Duisburger Stahlarbeiter eine beeindruckende Vielfalt an politisch mobilisierenden und Druck erzeugenden Aktionsmöglichkeiten angewandt, die über das bisherige gewerkschaftliche Streikgeschehen hinausweisen.

Nach den heftigen Straßenblockaden, Besetzungsaktionen und Großdemonstrationen bis Mitte Dezember schien sich die Lage zu beruhigen. Es war ein Erfolg der Aktionen, daß Krupp wieder um den Erhalt des Stahlstandorts Rheinhausen verhandeln mußte. Doch kennt man andererseits das Ritual: Verhandlungen, wie es auch im „Vermerk“ zwischen Betriebsrat und Vorstand hieß, um andere Lösungen zu prüfen. Gleichzeitig ließen andere Stahlmanager keine Gelegenheit aus, den Dreierverbund Krupp/Thyssen/Mannesmann, der den Tod für Rheinhausen bedeutet, als „die vorzuziehende Lösung“ zu preisen. Wird man also wieder die Arbeiter auf dem Verhandlungswege verarschen?

Der letzte Mobilisierungshöhepunkt wenige Tage vor Weihnachten: die 25.000 im stillgelegten Walzwerk der Hütte, 100 Pastoren, ein imposantes, mediengerechtes Spektakel. Es hinterläßt Eindruck, doch es beruhigt auch, wo es nichts zu beruhigen gibt. Die Kirche spendet Trost. Die letzten Tage des Jahres lassen viel Solidarität und Anteilnahme für die Rheinhausener erkennen. Auch der Bundespräsident schließt sie in eine seiner patentierten, aufbauenden Sprechblasenreden mit ein. Wo die einen meinen, dann kann ja nichts schiefgehen, mußte man schon befürchten, es könnte wieder alles schiefgehen.

#### Von Ruhe keine Spur

Doch dann zeigte die vierte Aktionswoche der Rheinhausener im neuen Jahr, daß man nicht so leicht klein beigeben wollte.

Was da als friedliche „Spaziergänge“ oder „Besuche“ in andere Stahlwerke firmierten, war unerhört. Das Eindringen in fremde Produktionsstätten während der Arbeitszeit in dieser Form dürfte ebenso neu sein, wie die Widerstandslosigkeit, mit der Kapitalisten und Staatsapparat dies (noch) dulden — ähnlich wie schon bei den Blockadenaktionen am 10. Dezember. Zwar mehren sich deren Unmut ob solcher dreister Unrechtmäßigkeiten, doch traut sich außer Landsdorf, der keinerlei Ruf mehr zu verlieren hat, bislang niemand, dem Einhalt zu gebieten. Wider die Praxis dieser Staatsorgane, hat NRW-Innenminister Schnoor zum wiederholten Male beteuert, für seine Polizei gäbe es keinen Grund zum Einschreiten. Die Proteste würden sich „im Rahmen der Gesetze“ bewegen, von „Nötigung“ könne keine Rede sein. Auch das ein Indiz für die Sorgen der Stahlkapitalisten und den Druck der „öffentlichen Meinung“.

Dann die spontane Reaktion in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar, als Aufsichtsratschef Scheider in die Hoffnung, mit den Verhandlungen sei wieder alles offen, per Interview keinen Platz für die Illusion ließ, die Krupp-Bosse hätten ihre Stilllegungsabsicht geändert. Doch „die Schatten dieser Nacht reichten über den Sonnenaufgang hinaus, denn sie verdeutlichten, daß ein Funke — sogar ein vermeintlicher — genügt, um Rheinhausen zum Pulverfuß zu machen“, besorgte sich die der CDU-nahestehende „Rheinische Post“ (8.1.88). Als Scheiders Äußerungen am Abend über den Äther kamen, wurde in Rheinhausen sofort in der Nachtschicht die Arbeit niedergelegt und in einer Versammlung über Aktionen beraten. Wer vorher einschlafen wollte, mußte registrieren, die Rheinhausener waren wachsam geblieben. Nachdem die Öfen runtergefahren waren, wurde noch in derselben Nacht um 2 Uhr durch Rheinhausen demonstriert. In einem Fackelmarsch mit Lautsprechern, Trillerpfeifen der Krupp-Eisenbahner und Klingelaktionen am Wegesrand wurde Rheinhausen geweckt. Und der größte Teil der Bürger protestierte nicht gegen die Störung durch Chaos, sondern viele standen auf und schlossen sich der Demo an (Augenzeugen sprechen von einer Verdoppelung der Demo von ursprünglich gut tausend Leuten). Wann

# Rheinhausen bewegt das Revier

hat's das schon mal gegeben? Und wieder hatte Norbert Blum am Nachmittag des darauffolgenden Tages keine Chance für seinen ersehnten, kumpelhaften Auftritt, er kam nicht zum Zuge.

Ein Aufstöhnen bei jenen, die schon an die Ruhe glauben wollten. Mit dem Verhandlungsvermerk zwischen Vorstand und Betriebsrat wurde „vielleicht fahrlässig eine hoffnungsvolle Botschaft nahegebracht“, es könnte in Rheinhausen weitergehen, schreibt die FAZ. Sie hielt die „Fahrlässigkeit“ in diesem Fall allerdings für legitim, „diente sie doch in der zeitweise explosiv anmutenden Situation als Trostspender, als Beruhigungsmittel“ (8.1.88). Und dann die Scheider-Außerung: „Konnte ein Mann in so herausragender Position wirklich nicht ahnen, mußte er nicht wissen, daß er damit Öl ins Feuer gießen würde?“, klagte der FAZ-Redakteur.

Schließlich die Produktionsausfälle: Über 100.000 Tonnen Stahl sind in Rheinhausen weniger produziert worden, 30 Millionen DM Verluste behauptet das Krupp-Management.

#### Schwierigkeiten

Natürlich sind da die Zweifel. Natürlich wird in Teilen schon mal geschaut, was danach kommt, wenn man gekämpft und verloren hat. 682 (der 5.300) Rheinhausener hätten schon mal bei Bayer Chemie angeklopft, um sich nicht einem der 500 von Norbert Blum vermeldeten Arbeitsplätze zu erkundigen, die man dort angeblich bereithalte, läßt Bayer lancieren. 118 davon mit vollständigen Bewerbungsunterlagen, die meisten würden gerne um knapp zehn Kilometer entfernten Uerdinger Hütten-Werk unterkommen wollen. Die bürgerliche Presse greift solche Meldungen begierig auf.

Die Drohung ist unverkennbar. Wird weiter gestreikt, kann das nur heißen, Arbeitsplätze gehen fluten, so Aufsichtsratschef Scheider. Produktionsausfälle, heißt es dann in der den Rheinhausenern aus der Vergangenheit durchaus geläufigen Sprache der Sozialpartnerschaft, machen „die Finanzgrundlage des Stahlwerkes schlechter und schränken damit auch die Entscheidungsfreiheit des Unternehmens ein“. Auch das soll die Hoffnung suggerieren, als gäbe es noch eine offene Entscheidung, die jetzt durch Streiks gefährdet werde. Dabei gibt offene Entscheidung, die jetzt durch Streiks gefährdet werde. Dabei gibt man besser den Widerstand auf. Früher zersetzte so etwas. Heute wiederum setzen sozialpartnerschaftliche Betriebsräte die Drohung dagegen, daß sie alle Hände voll damit zu tun hätten, Krupp-Arbeiter davon abzuhalten, durch Streiks größere Schäden an den Hochofenanlagen anzurichten.

Schließlich die konkurrierenden Lösungsmodelle, die von Krupp als rentabel in die Diskussion gebracht werden. Anstelle des Kooperationsmodells der drei Stahlkonzerne, Abbau von 900 Arbeitsplätzen bei Krupp in Siegen. Rheinhausen bliebe nicht nur erhalten, sondern könnte sogar 500 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen. Allerdings wäre damit die Regionalkrise ins Siegerland verlagert. Und: Kooperationspartner Mannesmann in Hückingen müßte ebenfalls drastisch reduzieren, bis dahin, daß möglicherweise dieser Stahlstandort auf der anderen Rheinseite Duisburgs dran wäre. Denkbar wären solche das Problem verlagernden Lösungen durchaus. Andererseits zeigen sie auch, daß endlich über andere, als solcherart Rationalisierungslösungen zu Lasten der Stahlarbeiter und des Arbeitens im Revier geredet werden muß.

#### Welche Perspektive?

CDU und FDP wollen den Gesundheitsschumpungsprozeß bei Stahl. Unter dem Druck des Stahlkampfes haben sie für den 22. Februar unter Leitung von Kohl eine Montankonferenz einberufen. Was an politischer Änderung zu erwarten ist, steht in den Sternen. Vermutlich werden krampfhaft Mittel zur sozialen Abfederung gesucht und angeboten werden. Das war's dann.

Die SPD greift zum bekannten Repertoire: Sie fordert vom Bund ein Be-

schäftigungsprogramm. Ihr Montanprogramm soll zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel vom Land NRW getragen werden. Das würde zum Wahlkampfthema reichen, wenn Wahlkampf wäre, ist aber nicht. Die Vergesellschaftung der Stahlindustrie lehnt sie ab, maximal öffnet sie sich für die Idee einer nationalen Stahl AG. Das allerdings wäre nach dem Muster der Ruhrkohle AG oder der vor zwei Jahren auf Wunsch des Konzerns (der den runtergewirtschafteten Laden loswerden wollte) erfolgten Verstaatlichung von ARBED Saars Stahl tatsächlich nur eine Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Marktanpassung: Modernisierung und Rationalisierung, Entlassungen.



In der Politik ist außer dem Schwarzer-Peter-Spiel keine Bewegung erkennbar, außer daß — sieht man von der FDP ab — die Parteien unter Druck stehen und sich mit dem Beschwören, die Nöte der Stahlarbeiter ernstzunehmen, geradezu überschlagen. Die IG Metall hat mehr als schwerfällig reagiert. Sie mußte sich zunächst von dem Schock erholen, den ihr Krupp, Mannesmann und Thyssen bereitet haben. Nachdem im Oktober in der „Frankfurter Vereinbarung“ mit der Regierung und den Stahlmanagern die Entlassung von 35.000 Stahlarbeitern vereinbart worden war, für das Versprechen, diese abzufordern und nicht in Form von Massenentlassungen durchzuführen (wofür Mittel vereinbart wurden), blieb die Erklärung, Ersatzarbeitsplätze und Beschäftigungsgesellschaften an den Stahlstandorten zu schaffen, vage und unverbindlich. Selbst diese mäßigen Vereinbarungen hatten die Konzerne mit ihrer Dreierkooperation zu Lasten Rheinhausens gezeichnet. Bis jetzt gibt es von der IG Metall keine weiterreichende Forderung als die, sich strikt an die Frankfurter Entlassungsvereinbarung zu halten und die vagen Absichtserklärungen gefälligst ernstzunehmen. Auch das neue, bislang nur von der „TAZ“ erwähnte, Positionspapier der IGM scheint nur Bekanntes aufzuwärmen: Die Zusammenfassung der Forderungen nach alternativen Produkten und neuen Investitionen in zukunftsträchtigen, arbeitsplatzschaffenden Bereichen. Sie sollen mit der Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften gekoppelt werden, die kurzfristig die Stahlarbeiter auffangen (zur Sicherung von Arbeitsverhältnis und Lohn) und mittelfristig der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen dienen sollen.

Offen bleibt mal wieder die Frage, wie man deren Durchsetzung näher-

kommt. Maximal kann bei diesem Konzept über gültige Vereinbarungen das Modell einer Muster-Beschäftigungsgesellschaft herauskommen, wie es Anfang Januar für die Ross AG in Hamburg (den Rest der einst stolzen HDW-Werke) ausgehandelt wurde. Diese Maßnahme mildert die Zahl der Entlassungen ab, hat Platz für 100 Leute, deren Beschäftigung für zunächst zwei Jahre gesichert ist. Ob nach Anlaufschwierigkeiten auch im bescheidenen Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, steht in den den Sternen. Für die 100 Leute mag das vorübergehend nützen, für die von Massenentlassungen gebeutelte Werfindustrie ist das nicht mehr als der Tropfen auf den heißen Stein.

Mehr Notnagel als Modell für die Stahlindustrie.

Mehr Notnagel als Modell für die Stahlindustrie.

#### Vergesellschaftung der Stahlindustrie? Und wie?

Die brennendere Frage ist daher die Mobilisierung für eine schnelle Durchsetzung von Alternativen für die Stahlarbeiter und die Absicherung der Stahlstandorte gegen weitere Profitsanierungen durch Konzernabsprachen der Großen. Die Rheinhausener haben dabei Wegweisendes vollbracht. Sie haben sich nicht nur darauf beschränkt zu streiken. Die hauptsächliche Konzentration darauf, kann angesichts der Stahllage und der vorhandenen Kapazitäten nur begrenzten Druck ausüben. Dies besonders, wenn Krupp sich tatsächlich zur Stilllegung entschließt. Wenn man nicht der Illusion anhängt, daß angesichts der drohenden Duisburger Betriebsschließung die IGM und die Stahlbelegschaften wie eine Eins hinter ihren Kollegen stehen, dann haben die konkreten Solidaritätsaktionen der Rheinhausener vermutlich erheblich mehr bewirkt, als das übliche Abfassen und Versenden oder Überreichen von Resolutionen der unverbündlichen Solidarität. So die konkreten Aktionen zur Verhinderung des Streikbruchs (wie z.B. gemeinsame Zugblockaden von Krupp- und Mannesmannarbeitern zur Verhinderung des Materialnachschubs aus dem Mannesmann-Werk). Die Spaziergänge der Rheinhausener in andere Werke dürften in ihrer Richtung auf Entspannung des Konkurrenzdrucks unter den Stahlbetrieben wirken.

Vor allem aber ist es das Verdienst der Rheinhausener, ihre Aktionen nicht nur überbetrieblich als Bürgerbewegung ausgedehnt (das war in Hattin-

sondern die regionale Problematik Revier viel stärker ins Bewußtsein gebracht zu haben.

Vor dem Hintergrund verdient der Vorschlag des früheren IGM-Vorstandsmitglieds Hans Janßen Beachtung, eine konkrete Initiative zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie — seit 1983 Programmbestandteil der IGM für Stahl — in Nordrhein-Westfalen zu ergreifen (wir dokumentieren den Vorschlag von Janßen und dem HWP-Professor Mattfeldt nachstehend). Der konkretisierte Vergesellschaftungsvorschlag bei Janßen/Mattfeldt, verbindet den garantierten Erhalt der Stahlstandorte mit der verbindlichen Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften und Ersatzarbeitsplätzen. Zwar ist auch dieser Vorschlag faktisch eine andere Form von Verstaatlichung, doch im Unterschied zu Arbed-Saars Stahl handelt es sich dabei nicht um eine Verstaatlichung, die dann einsetzt, wenn das Kapital den Betrieb ausgepowert hat, wenn es also gilt, die Verluste zu sozialisieren.

Auf jeden Fall verdient dieser Vorschlag die Debatte um seine Realisierung, da er erstmals über den Weg des Volksbegehrens nach der NRW-Verfassung eine bei den gegebenen Kräfteverhältnissen mögliche Durchsetzungsperspektive enthält. Er setzt neben dem Mittel der Mobilisierung der unmittelbar Betroffenen auf eine landesweite Volksbewegung, beschränkt die Auseinandersetzung also nicht nur auf die Gewerkschaften und ihre traditionellen Kampfmittel. Und er zielt genau in die politische Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie, die an diesem Punkt sehr empfindlich ist. Der SPD würde damit nicht erlaubt, mit dem Finger Richtung Bonn oder Brüssel zu weisen.

Für ein solches Volksbegehren, sollte sich diese Aktion als möglich erweisen, gibt es kaum eine bessere Situation, als die mit der großen Mobilisierung und Öffentlichkeit von den Rheinhausener Krupp-Arbeitern ausgelöst wurde.

hr.

#### Groß- und Kleinbürger

„Am betrüblichsten ist aber eine andere Beobachtung in diesen Tagen: Die Stahlarbeiter reagieren auf ihre Nöte immer mehr mit trotziger Unbeweglichkeit“, schreibt Lothar Bewerunge in der FAZ vom 8.1.88.

„Strukturkonservative Miliz der kämpfenden Arbeiter“ sieht Martin Kempe in der TAZ vom 9.1.88 am Werk.

„Kaum jemand an der Ruhr ist bereit, täglich zwanzig oder dreißig Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zu pendeln. Zu tief sitzt die alte Ruhrgebietsmentalität, daß die Arbeit zu den Menschen kommen müsse“, klagt Bewerunge. Tour de BRD auf der Suche nach der Ersatzarbeit für den Stahl-Proleten? Nicht mal die Bundesanstalt für Arbeit kann mangels Eis und Schnee Optimismus über die neuen Arbeitslosenzahlen verbreiten.

„Es ist eine Illusion zu hoffen, alle Stahlarbeiter könnten von Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen oder in den gepolsterten Vorruhestand geschickt werden“, kritisiert Martin Kempe die Unzulänglichkeit gewerkschaftlicher Forderungen.

Aus dieser verdammten „Ruhrgebietsmentalität“, „ist zugleich eine Immobilität des Denkens entstanden, die sich heute im Reviergebiet bitter bemerkbar macht“, klagt Bewerunge.

Kempe kann mobil denken helfen. Wie war's mit „Hilfe zur individuellen Selbsthilfe“ zitiert er in der TAZ aus dem Programm der Mittelstandsvereinigung der FDP. „Warum soll ein ehemaliger Stahlarbeiter sich nicht mit handwerklichen oder Dienstleistungen selbstständig machen können, wo er ansonsten als rüstiger Frührentner durch Schwarzarbeit die Kasse aufbessern würde?“ Warum nicht tausende Gärtner? Genügend abgeschobene Bergarbeiter, die die Buddel in der Erde kennen, gibt's ja. Oder tausende Schuster. Vielleicht für Schuhe mit Stahlsohlen, damit noch was vom Fach erhalten bleibt?

(Alle Zitate aus: Lothar Bewerunge, in Rheinhausen wird wieder gestreikt, FAZ, 8.1.88 und Martin Kempe, Kleiner Fortschritt, TAZ 9.1.88.)



# Chronik des Ruhrkampfes

(Der erste Teil der Chronik, von der Entsehung des Rheinlauser Konflikts bis zum 10.12.87 ist in AK 289 erschienen)

**11.12.87** CDU-Landesparteitag in Duisburg. Krupp-Arbeiter mit einem Transparent „Norbert Blum heißt er, auf die Arbeiter scheißt er“, demonstrieren im Vorraum. Nach der ängstlichen Bitte, das Transparent einzuziehen, werden sie eingelassen und können reden. Auf dem Parteitag kündigt Blum für den 22. Februar eine Montan-Konferenz von Bund, Land NRW, Unternehmern und Politikern der Montan-Städte an.

**12.12.87** Nach vierzehn Tagen harter Auseinandersetzungen gibt es den ersten Verhandlungserfolg für die Belegschaft. Unter dem Druck der Proteste unterzeichnen Krupp-Vorstand und Betriebsrat einen „Vermerk“, nach dem neu verhandelt werden soll. Außer dem Krupp-Modell einer Dreier-Kooperation Mannesmann/Krupp/Thyssen bei Schließung des Rheinlauser Stahlstandorts verpflichtet der Konzern sich, „weitere Konzepte zu prüfen und zu erörtern“. „Neben den betriebswirtschaftlichen haben sozialpolitische Gesichtspunkte eine wichtige Bedeutung“ bei der Prüfung, heißt es im „Vermerk“. Als Erfolg wertet der Betriebsrat vor allem, daß im Vordergrund der Prüfung jene Modelle stehen sollen, den Standort Rheinhausen zu erhalten. Zunächst soll das alte „Optimierungskonzept“ (Rationalisierung, Modernisierung, 2000 Entlassungen) vom September 1987 weitergeführt werden, nach dem die Rheinlauser Belegschaft von 6.200 Beschäftigten zu Anfang des Jahres auf 5.300 reduziert wurde, bis runter auf 4.200 Beschäftigte im Jahr 1988. Auf zwei Betriebsversammlungen am 14.12. wird viel Skepsis und Kritik gegenüber den vagen Formulierungen in den Verhandlungen geäußert. Der Betriebsrat erhält für weitere Verhandlungen dennoch grünes Licht.

**17.12.87** Auf einer „Ruhrgebietskonferenz“ in der Rheinlauser Krupp-Kantine beraten Gewerkschafter und Wissenschaftler über Ernährungskonzepte für die Stahlindustrie und Formen des Widerstands. Der Ende 1986 zurückgetretene IGM-Farlexperte im Bundesvorstand der Gewerkschaft, Hans Jansen schlägt ein Konzept zur Erhaltung von Stahlstandorten, Schaffung von Beschäftigungsgesellschaften und Ersatzarbeitsplätzen vor, das über ein Gesetz zur Vergesellschaftung zunächst der NRW-Stahlindustrie über den Weg eines Volksbegehrens auf den Weg gebracht werden könnte.

**18.12.87** Das schrittweise Aus für die

**18.12.87** Das schrittweise Aus für die Heinrichshütte (Thyssen) in Hattingen hat begonnen. Trotz monatelanger Proteste findet an diesem Vormittag der letzte Abstieg statt, die beiden Hochöfen werden stillgelegt, 350 Arbeiter verlieren ihre Beschäftigung in Hattingen. Das Hattinger Werk soll um 3000 Beschäftigte reduziert werden. Vorübergehend werden aus dem einstmaligen großen Stahlwerk zwei kleinere Betriebe als Teil der neuformierten Schmiedegesellschaft Krupp/Klöckner/Thyssen wird es eine Schmiede AG und eine Stahl AG geben.

Tausende demonstrieren an diesem Abend in Duisburg zur Rheinlauser Hütte. Aufgerufen hatten der DGB, die IGM, die Duisburger Stahl-Betriebsräte Kirchengruppen und die Bürger-Komitees. 25.000 Menschen nehmen in der Halle eines stillgelegten Walzwerkes an einer von 100 Pastoren organisierten Protestveranstaltung in Form eines ökumenischen Gottesdienstes teil. Norbert Blum, der versucht sich nach vorne zu drängeln, wird mit Eiern beworfen (einige Treffer) und darf nicht auf die Bühne.

**24.12.87** Unverändert wird die ganzen Tage über die Mahnwache vor dem Tor I in Rheinhausen fortgeführt. Am Weihnachtsabend beteiligen sich mehr als 2000 Menschen an der Weihnachtsfeier unter freiem Himmel.

**3.1.88** Etwa 800 moslemische Arbeiter von Krupp sollen nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA die iranische Regierung aufgefordert haben, ihren Sitz im Krupp-Aufsichtsrat (Anteil des Iran an Krupp: 25,1 Prozent) gegen die Schließung des Rheinlauser Werkes zu nutzen.



Foto E. Treuberg

Oben: Nächtliche Fackeldemonstration am 7. Januar, ausgelöst von Aufsichtsratschef Scheider (Bild unten im Käfig redend, am 7.12.87, als Krupp-Arbeiter die Bochumer Aufsichtsratssitzung gestürmt hatten).

„Unternehmer sind die falsche Beschwerdeadresse“

Das schreibt Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in einem Aufsatz zur Stahlkrise. „Die Unternehmensleitungen befinden sich schließlich in den Bindungen des Marktes und der politischen und gewerkschaftlichen Vorgaben.“ Politik und Gewerkschaften sollten daher die Unternehmen mit allen Belastungen verschonen und allein eine „konsequenter marktwirtschaftliche Politik“ befördern. Beibehaltung der Stahlstandorte sowie Vergesellschaftung seien „Ausbeutung der Verbraucher“. Statt sich also über die Unternehmer zu beschweren, nennt Frickhöffer zehn Beschwerdeadressen. Sie sind so ganz nebenbei ein rohes sozialpolitisches Kahlschlagprogramm:

„Die erste richtige Adresse für Beschwerden wäre der weltwirtschaftliche Strukturwandel auf dem Stahlmarkt, diesem über müssen sich die Stahlarbeiter wie jeder Anbieter im Interesse der Verbraucher beugen.“

Die zweite richtige Adresse sind diejenigen, die sich nicht energisch genug gegen Wettbewerbsverfälschende Subventionen anderer EG-Länder zu Lasten unserer hochmodernen, ohne Wettbewerbsverfälschungen überlegenen Stahlwerke gewandt haben (...) Dies sind (...) frühere Regierungen (...) und die deutschen Gewerkschaften (...).

Die dritte richtige Adresse für Beschwerden sind diejenigen, die bisher schon dem Stahl einen besonderen Schutz angedeihen ließen oder ihn gefördert haben. Frühzeitige, von Betriebsrat, Gewerkschaften und Mitbestimmung unbehinderte Entlassungen sind die sozialsten Entlassungen und Stilllegungen (...).

Die vierte richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen, die immer wieder höhere Arbeitskosten durchgesetzt haben. (...) Die abnehmende Nachfrage nach Arbeitskräften hätte bei den Löhnen zum Ausdruck kommen müssen. (...)

Die fünfte richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen Politiker, die zu sehr auf Subventionierung überholter Strukturen und zu wenig auf die Förderung zukunftsreicher Investitionen gesetzt haben. (...)

Die sechste richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen, die jetzt Verstaatlichung oder -gekauft - „Vergesellschaftung“ oder „Beschäftigungsgesellschaft“ fordern. Dies (...) bedeutet nur die Steuerzahler aus. (...)

Die siebte richtige Beschwerdeadresse sind diejenigen, die vergessen, daß wir in der Nachkriegszeit Millionen unrentabler Arbeitsplätze abgebaut und den Betroffenen bessere Arbeitsplätze ermöglicht haben. (...)

Die achte richtige Beschwerdeadresse ist die falsche Konstruktion der Gewerbesteuer. (...)

Die neunte richtige Beschwerdeadresse wären diejenigen, die das (...) Konzept von Anpassungshilfen vernachlässigen. Es ist selbstverständlich völlig richtig, den Stahlarbeitern (...) reinen Wein einzuschenken, diese Ankündigung aber zur Vorbeugung gegen Hilflosigkeit und Rebellion frühzeitig zu begleiten durch ein Programm von Anpassungshilfen, wie sie in Umschulung, regionaler Förderung neuer Industrien oder Umzugsbeihilfen bestehen.

Die zehnte richtige Beschwerdeadresse wären diejenigen, die alle diese schweren politischen Fehler entgegen den Grundsätzen der Marktwirtschaft begangen haben, ohne die heutigen Probleme nicht bestünden. Bei Stahl haben nicht die Marktwirtschaft und nicht die Unternehmen versagt, sondern die Abweichung von ihr durch Wettbewerbsverfälschung und scheinsozial verschleppte Strukturverneuerung.“

(Wolfgang Frickhöffer, „Rheinhausen — Ein Symbol für Politikversagen. Unternehmensleitungen sind die falsche Beschwerdeadresse“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.1.88)

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

**4.1.88** Beginn der vierten Rheinhauser Aktionswoche, die als „Besuchswoche“ in anderen Stahlwerken deklariert wird, die in Form von „Spaziergängen“ aufgesucht werden sollen. Die Besuchsbetriebe

Mannesmann/Huckingen und Krupp in Bochum und Düsseldorf sind vor allem unter dem Gesichtspunkt praktischer Solidarität ausgesucht worden. Angesichts der Produktionsausfälle in Rheinhausen besteht die Befürchtung, daß Krupp sich den fehlenden Stahlnachschub aus diesen Werken holen könnte, bzw. die Ausfälle durch Mehrarbeit in diesen Werken ausgeglichen werden.

**5.1.88** Erster „Besuch“ von etwa 1.500 Rheinhausenern in 30 Bussen im Düsseldorf-Benrather Krupp-Edelstahlwerk. Für etwa zwei Stunden ruht in Düsseldorf die Arbeit.

Am Abend werden die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung ergebnislos abgebrochen. Während der Betriebsrat über den Erhalt der Arbeitsplätze reden wollte, war Krupp nur an der Eindämmung der Aktionen der Belegschaft interessiert.

**6.1.88** Am Abend wird über den Rundfunk ein Interview des Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Scheider mit dem Bonner „Generalanzeiger“ bekannt, in dem dieser die Stilllegung Rheinhausens als bestiegt erklärt. Daraufhin unterbricht die Nachtschicht in Rheinhausen die Arbeit, es gibt heftige Diskussionen im Werk. Betriebsräte haben alle Mühe, die Kollegen zum langsamen Herunterfahren der Produktion zu überreden, um Schäden an den Hochöfen zu vermeiden.

**7.1.88** Noch in der Nacht vom 6. auf den 7. organisiert die Nachschichtbe-

legschaft eine Fackeldemonstration durch Rheinhausen auf. Der nächtliche Weckzug von anfangs 1000 Demonstranten mit Lautsprecherwagen und Trillerpfeifen wächst auf etwa 2000 an.

Am frühen Vormittag desselben Tages wird die Besuchs-Aktion fortgesetzt. Ein Autokorso von über 1000 überwiegend vollbesetzten PKW's bricht vom Rheinhausener Krupp-Werk in Duisburg zum Huckinger Mannesmann-Werk auf der anderen Rheinseite der Stadt auf. Die dortige Belegschaft hat seit 6 Uhr früh aus Solidarität die Arbeit ruhen lassen und empfängt die Rheinhausener im Werk.

Am Nachmittag empfangen etwa 1000 Krupp-Arbeiter Bundesarbeitsminister Blum, der zum Gespräch mit der Rheinhausener Krupp-Verwaltung angereist ist. Sie bereiten ihm ein lautes Pfeifenkonzert und drohen ihm Schläge an.

Aufsichtsratsvorsitzender Scheider im „Generalanzeiger“ dieses Tages:

„Um die Existenzfähigkeit des gesamten Stahlunternehmens zu erhalten, sind solche Maßnahmen (gemeint ist die Schließung des Rheinhausener Standorts) unvermeidlich. Die Einschätzung des Vorstands basiert auf einer sehr soliden, sachlichen Analyse und geht von den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens aus. (...) Es ist kaum denkbar, daß solche großen Veränderungen, denen Arbeitsplätze zum Opfer fallen, durch welche Maßnahmen auch immer, zeitgleich zum Aufbau neuer Beschäftigungsmöglichkeiten führen können. (...) Wenn die Arbeit ruht, bedeutet dies einen Produktionsausfall.“

Die Ausfälle haben Kosten verursacht, die in die Millionen gehen. Die Konsequenzen werden zu wenig bedacht. Auch diese Verluste nehmen nämlich dem Unternehmen die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln und bei wettbewerbsfähigen Produkten neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

**8.1.88** Letzter der Besuche. In wiederum 30 Bussen fahren die Rheinhausener Fröhschicht sowie viele Bürger nach Bochum, wo die dortige Fröhschicht im Kruppwerk die Arbeit niederlegt und die „Spaziergänge“ empfängt. Zwischen den Gewerkschaftsfunktionären beider Betriebe werden konkrete Kontakte zur Verhinderung der Entsolidarisierung abgesprochen.

Die vierte Aktionswoche der Rheinhausener soll am Abend des 9.1.88 mit einem großen Rockkonzert abgeschlossen werden.

#### Spendenkonto

Bürgerkomitee Rheinhausen,  
Sonderkonto Hilfe für die Krupp  
Stahlarbeiter Rheinhausen,  
Sparkasse Duisburg  
Bankleitzahl 350 500 00  
Kontonummer 25000 1930

# Vergesellschaftung der Stahlindustrie und Volksbegehren

Hans Janßen/Harald Mattfeldt

Das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, und der Hamburger HWP-Professor Harald Mattfeldt haben die nachstehende konkrete Initiative zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie, im ersten Schritt in Nordrhein-Westfalen, Mitte Dezember auf einer Veranstaltung in Duisburg-Rheinhausen vorgestellt.

Ein solches Volksbegehren kann nach Artikel 68 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung zum Erlaß eines Gesetzes gestartet werden. Dem Begehren müssen 20 Prozent der stimmberechtigten Bürger zustimmen. Lehnt der Landtag Nordrhein-Westfalens ein solches rechtmäßig zustandekommendes Begehren mit Mehrheit ab, muß er innerhalb von zehn Wochen einen Volksentscheid darüber herbeiführen lassen.

## I. Grundgesetz, NRW-Verfassung und Vergesellschaftung

Zur Wahrung zentraler Verfassungsartikel des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie zur Erfüllung des Verfassungsgebots der Gleichwertigkeit der Lebenschancen in der Bundesrepublik ist es erforderlich, die deutsche Stahlindustrie zu vergesellschaften. Dies ist notwendig, da die einzelnen Unternehmungen zugegeben haben, daß sie nicht in der Lage sind, weiterhin die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern bzw. für ausreichende Ersatzarbeitsplätze zu sorgen und deshalb Massenentlassungen in einem bisher nie gekannten Ausmaß vornehmen wollen. Würde dieser Fall eintreten, und die Unternehmenspläne sagen dies deutlich, werden ganze Regionen

überflutet, werden ganze Regionen in kürzester Zeit von Massenarbeitslosigkeit überzogen werden. Dies hat nicht nur Folgen für die unmittelbar Entlassenen und ihre Familien, sondern für alle anderen Menschen in den betroffenen Regionen. Dies ist insbesondere für die Menschen im Ruhrgebiet nicht akzeptabel, weil gerade sie nach dem Kriege nicht nur den eigenen Aufbau, sondern mit der in dieser Region geleisteten Arbeit den anderen Regionen in der Bundesrepublik dazu verholfen haben, die Nachkriegszeit zu überwinden.

Die drohende wirtschaftliche Verdrängung und Massenverarmung und — damit einhergehend — die mögliche Massenauswanderung aus den bisherigen Heimatregionen kann nur verhindert werden, wenn die gesamte Gesellschaft die Verantwortung für die Arbeitsplätze in den Stahlstandorten übernimmt. Nur so kann noch sichergestellt werden, daß nicht Hunderttausende von Menschen in diesen Regionen ihrer gegenwärtigen und der zukünftigen Lebenschancen ihrer Kinder und der Jugendlichen unwiderruflich beraubt werden. Von daher ist die Vergesellschaftung der Stahlwerke nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern ein dringliches Gebot zur Erfüllung zentraler Normen unseres Grundgesetzes wie auch der NRW-Verfassung.

Wer nicht die Arbeitsplätze in diesen Regionen mit allen von den Verfassungen gegebenen Möglichkeiten erhält, zumindest solange, bis Ersatzarbeitsplätze geschaffen wurden, verletzt unseren verfassungsrechtlichen Grundkonsens. Längerfristige Arbeitslosigkeit beeinträchtigt in erheblichem Maße die physische und psychische Unversehrtheit (Art. 2 GG), hohe Arbeitslo-

sigkeit führt nachweislich zu größerer Ungleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt (Art. 3 GG) und kann, das ist wissenschaftlich gesichert, zur Zerstörung von Ehe und Familie führen (Art. 6 GG). Das Grundgesetz schützt menschliche Rechte und nicht den Kapitalgewinn. Selbst nicht gewinnträchtiges Eigentum verpflichtet und soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen (Art. 14 Abs. 2 GG). Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen formuliert dies ausdrücklich. In Art. 24 der NRW-Verfassung heißt es: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz des materiellen Besitzes.“ Es darf keine rechtsfreien Räume geben, so als keine Grundgesetz- und verfassungstreuen Regionen!

## II. IG Metall-Forderungen nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie

Der 14. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall vom Oktober 1983 hat die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert. Zur Konkretisierung dieser Forderung wurde am 16. April 1985 vom Vorstand der IG Metall das *Stahlpolitische Programm* verabschiedet. Im Laufe der weiteren Zuspitzung der Stahlkrise wurde immer wieder die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert.

Die von Hunderttausenden unterschriebene Petition der IG Metall vom Frühjahr 1987 an den Bundestag zur Einleitung der Vergesellschaftung durch den Gesetzgeber, d.h. durch ein entsprechendes Gesetz nach Art. 14 entsprechend dem Gesetz nach Art. 24 Abs. 3 und Art. 15 des Grundgesetzes bzw. nach Art. 27 NRW-Verfassung blieb bisher ohne Resonanz. Dies ist umso erstaunlicher, als zahlreiche Bundestags- und Landtagsabgeordnete diese Petition unterschrieben haben. Von diesen Abgeordneten ging bisher leider keine eigene Initiative zur Verwirklichung ihrer öffentlich geäußerten Absicht der Unterstützung der langjährigen und im vollen Bewußtsein der kommenden Probleme der Stahlregionen formulierten gewerkschaftlichen Vergesellschaftungsforderungen aus. Allerdings liegt auch von der IG Metall selbst, trotz sehr genauer Vorstellungen zur Vergesellschaftung (nicht zu verwechseln mit einer bloßen „Verstaatlichung“) im *Stahlpolitischen Programm* bisher noch kein Formulierungsvorschlag für ein entsprechendes Gesetz auf dem Tisch. (Angemerkt sei schon hier, daß die Regelungen des EG-Vertrages in keiner Weise einer Vergesellschaftung entgegenstehen. In Art. 222 des EG-Vertrages heißt es ausdrücklich: „Dieser Vertrag läßt die Eigentumsordnung in den verschiedenen Mitgliedsstaaten unberührt.“)

Nachdem der IG Metall-Vorsitzende die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie vor dem Hintergrund der sich weiter zuspitzenden Standortkrisen im Ruhrgebiet, aber auch an anderen Standorten, in seiner Rede in Rheinhausen am 10.12.1987 erneuert hat, wird es höchste Zeit, einen entsprechenden IG Metall-Gesetzesentwurf zur Vergesellschaftung in Übereinstimmung mit dem *Stahlpolitischen Programm* vorzulegen. Die Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzes kann auf verschiedenen Ebenen geschehen, Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung gibt es ebenfalls auf

verschiedenen Ebenen, Bund und Länder bzw. Appell an die Politiker und/oder Volksentscheid und Volksbegehren. Unter kurzfristigen und landespolitischen Aspekten (Betroffenheit des Ruhrgebiets) sprechen viele gute Gründe dafür, die Möglichkeit der nordrhein-westfälischen Verfassung für ein Volksbegehren und einen Volksentscheid ins Auge zu fassen.

## III. Konkrete Schritte zur Vergesellschaftung

1. Die Gewerkschaftsmitglieder im Bundestag, insbesondere die Bundestagsabgeordneten der SPD und der Grünen, die die Petition der IG Metall unterstützt haben, werden aufgefordert, in kürzester Zeit dem Bundestag einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie vorzulegen. Das gleiche gilt für die SPD-Landtagsabgeordneten und die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Allein durch die Erfüllung dieser Forderung läßt sich das zunehmende Mißtrauen der arbeitenden Menschen gegenüber hohlen Absichtserklärungen und Sonntagsreden von Politikern, die angeblich das Interesse der arbeitenden Menschen nach einem sicheren Arbeitsplatz zu vertreten, bekämpfen. Die arbeitenden Menschen im Ruhrgebiet, aber auch im Saarland, in Bayern, in Niedersachsen und an den anderen Stahlstandorten, die von massiven Arbeitsplatzverlusten existenziell bedroht sind, werden in Zukunft nur demjenigen ihre Wahlstimme geben, die auch konsequent im Parlament und in den Regierungen in Bonn, in den Ländern und Gemeinden dieses Bundeslands, im Bund und in den Ländern, existenzielle Interessen nach einem sicheren Arbeitsplatz in der Region, in der sie mit ihren Familien leben, nachdrücklich und glaubhaft vertreten. Die Stahlstandorte dürfen nicht zu Auswanderungsregionen werden oder zu Regionen, in der die arbeitenden Familienmitglieder bestenfalls am Wochenende (falls das arbeitsfrei bleibt) oder in den Ferien ihre Familien besuchen und ansonsten fern ihrer angestammten Heimatregion arbeiten!

2. Um der Forderung der IG Metall entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wird vorgeschlagen, daß ab sofort in Nordrhein-Westfalen von der IG Metall und den anderen DGB-Gewerkschaften, den Betriebsräten, Vertrauensleuten und den Belegschaften aller Stahlstandorte sowie den Bürgerkomitees, den Arbeitsloseninitiativen, den Kirchengemeinden und all denjenigen, die sich bisher mit dem Kampf der Belegschaften und der Stahlstandorte solidarisch erklärt haben, die *Vorbereitungen für ein Volksbegehren nach Art. 68 der Verfassung von Nordrhein-Westfalen für den Erlaß eines „Gesetzes zur Erhaltung der Arbeitsplätze in den Stahlregionen von Nordrhein-Westfalen“* in Angriff genommen werden. Die Formulierung dieses Gesetzes auf der Grundlage des *Stahlpolitischen Programms* übernimmt ab sofort eine Expertenkommission unter Leitung der IG Metall. Auch die Frage der Entschädigung soll in Anlehnung an die verabschiedeten Forderungen des *Stahlpolitischen Programms* geregelt werden. Dabei ist insbesondere noch einmal zu prüfen, ob die bisherigen öffentlichen Subventionen und anderen Bundes- und Landes-zuschüsse in Anrechnung kommen können.

3. Der zeitliche Ablauf ließe sich so gestalten, daß die entsprechenden Gesetzesentwürfe noch vor Weihnachten erstellt, veröffentlicht und durch die Betroffenen diskutiert werden können. So könnten auch die Weihnachtstage der Betroffenen nicht mehr allein bestimmt werden durch die Schatten der angedrohten Massenvernichtung von Arbeitsplätzen, sondern durch eine konkrete Hoffnung auf eine arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftlich positive Zukunft der Heimatregion. Gleich im neuen Jahr sollten dann die notwendigen konkreten Maßnahmen für das Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen in Angriff genommen werden, falls die Fraktionen des Landtags nicht bereit sind, von sich aus einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzubringen. Bis zur geplanten Konferenz über die Montanregionen, wie sie von Bundeskanzler Kohl für den Februar geplant ist, sollten diese Maßnahmen abgeschlossen und schon ein großer Teil der Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt worden sein.

## IV. „Gesetz zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen“

Als Grundlage für die Diskussion könnte der folgende Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Stahlregionen von Nordrhein-Westfalen“ dienen.

#### Gesetzestext

Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschließt angesichts der drohenden Arbeitsplatzvernichtung und der damit verbundenen Vernichtung der sozialen Existenz von Zehntausenden von Bürgern in den Stahlregionen des Landes sowie zur Verhinderung der weiteren Aushöhlung des Art. 24 der nordrhein-westfälischen Verfassung folgendes Gesetz:

#### § 1 Vergesellschaftung der Stahlunternehmen

Die Unternehmungen und Betriebe der Eisen- und stahlerzeugenden Industrie in Nordrhein-Westfalen werden zum Zwecke der Erhaltung aller Stahlstandorte und zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Stahlregionen sowie zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen nach Art. 27 Abs. 1 NRW-Verfassung sowie nach Art. 15 des Grundgesetzes zum Zwecke der Vergesellschaftung in das Eigentum des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeineigentum) übergeführt.

#### § 2 Umfang der Vergesellschaftung

Unter den Unternehmungen und Betrieben der Stahlindustrie sind die Betriebe und Unternehmungen im Lande Nordrhein-Westfalen zu verstehen, die Eisen- und Stahlerzeugnisse nach dem Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) sowie die Nicht-EGKS-Stahlerzeugnisse Stahlgewebe, Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke, Gießereierzeugnisse sowie Schmiede-, Press- und Hammerwerksprodukte herstellen.

#### § 3 Landes-Stahlholding

Das Eigenkapital dieser Unternehmungen und Betriebe wird zum Buchwert in eine Stahlholding des Landes Nordrhein-Westfalen „Nordrheinwest-

fälische Stahlwerke AG“ (NRW Stahl AG) eingebracht, deren Alleinaktionär das Land Nordrhein-Westfalen ist.

#### § 4 Erhaltung aller Stahlstandorte

An den einzelnen Stahlstandorten werden montanarbeitsintensive, juristisch selbständige Tochtergesellschaften der „Nordrheinwestfälischen Stahlwerke AG“ mit eigenem Anlagevermögen und eigener Belegschaft errichtet. Das Eigenkapital der Tochtergesellschaften befindet sich mehrheitlich im Eigentum der „NRW Stahl AG“.

#### § 5 Beschäftigungsgesellschaften

(1) Zur Absicherung des Rechts auf Arbeit nach Art. 24 NRW-Verfassung werden an allen Stahlstandorten Beschäftigungsgesellschaften gegründet. Sie dienen der Verhinderung von Entlassungen, der Einkommenssicherung und der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen sowie der Sicherung der vorhandenen und der Vermittlung zusätzlicher Qualifikationen in den Fällen, in denen eine Veränderung der Belegschaften in den Stahlwerken der jeweiligen Stahlregion nicht zu vermeiden ist. Neben dem Aufbau neuer Produktionslinien sollen die Beschäftigungsgesellschaften insbesondere beschäftigungsrelevante Projekte von regionalem Nutzen fördern und durchführen.

(2) Die Beschäftigungsgesellschaften werden als selbständige Tochtergesellschaften der Stahlwerke des jeweiligen Standorts geführt. Ihr Eigenkapital steht je zu einem Drittel dem Land, der Gemeinde (Kreis, Stadt) des zugehörigen regionalen Stahlunternehmens sowie dem Stahlunternehmen selbst zu.

#### § 6 Entschädigung

Die ehemaligen privaten Anteilseigner der Stahlunternehmen und Betriebe werden mit Forderungen gegen die „NRW Stahl AG“ in Höhe der Buchwerte des enteigneten Kapitals entschädigt. Diese Forderungen sind zinslos. Sie sind als Obligationen frei handelbar und werden aus den Jahresüberschüssen der Tochtergesellschaften, auf die sich das enteignete Kapital bezieht, verzinst. Zur Tilgung dieser Forderungen wird der Jahresüberschuß der „NRW Stahl AG“ verwendet.

#### § 7 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

#### Verlustsozialisierung?

„Und wer meint, Vergesellschaftung von Verlustbereichen als ‚Verlustsozialisierung‘ ablehnen zu müssen, der sollte mal vorrechnen, ob solche Verlustsozialisierung gesamtwirtschaftlich nicht billiger kommt, als die privatwirtschaftlichen Wohnungen. In die privatkapitalistische Lösung der Bergbaukrise sind mittlerweile so viele Milliarden gesteckt worden, daß man sämtliche Bergleute bei Gründung der Ruhrkohle AG hätte nach Hause schicken können und ihnen bis an ihr Lebensende ihren Lohn hätte forszahlen können.“

Günter Spahn, VK-Vorsitzender bei Thyssen-Stahl in Duisburg, auf der IG Metall-Vertrauensleutekonferenz im November 1987. (Rede dokumentiert in UZ, 7.1.87)



# Der Stoff aus dem Terroristinnen gemacht werden

Während die ersten sich schon auf den Weg in den Weihnachtsurlaub machten, machte sich das BKA noch mal schnell zum Jahresende auf den Weg quer durch die Republik, um Festnahmen, Durchsuchungen und Razzien durchzuführen. Ob es inzwischen einen vollständigen Überblick gibt, ist unklar, vorläufiges Ergebnis dieser BKA-Aktion sind mehrere Festnahmen und offene Haftbefehle.

Am 18.12.87 wurden in Bochum, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Hannover und Köln mindestens 33 Hausdurchsuchungen in Betrieben und Wohnungen durchgeführt. Mit Haftbefehlen wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in „terroristischen Gruppen“ wie Revolutionäre Zellen oder Rote Zora wurden mehrere Frauen gesucht.

Diese bundesweite BKA-Aktion richtete sich vor allem gegen Frauen, die im Bereich Gentechnologie, Bevölkerungspolitik in der dritten Welt, Asylpolitik und Sexismus arbeiten. — Am 18.12.87 wurde in Hamburg die Buchhandlung „Die Druckerei“ durchsucht. Begründung war der Verkauf des „Schanzenlebens“, Stadtteilzeitung des Schanzenviertels, in dem Erklärungen der „Roten Zora“ dokumentiert werden sind. Die Buchladenmitarbeiterinnen sahen dazu in ihrer Presserklärung:

Am Freitag, 18.12.1987, wurde unsere Buchhandlung gemäß Beschluss des Hanseatischen Oberlandesgerichtes durchsucht. Wir werden beschuldigt, für eine „terroristische Vereinigung“ geworben zu haben, indem wir, wie seit sieben Jahren, die Stadtteilzeitung „Schanzenleben“ angeboten und verkauft haben. Aus demselben Grund ist gegen die unbekannten (?) Verantwortlichen des Buchladens „Die Druckerei“ ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts eines Vergehens nach § 129a StGB (Unterstützung oder Werbung für eine terroristische Vereinigung) eingeleitet worden.

Wir wissen nicht, ob diese Aktion der politischen Polizei Hamburgs (FD 721) in Zusammenhang steht mit zahlreicher Durchsuchungen von Wohnungen und Arbeitsplätzen im gesamten Bundesgebiet am selben Tag.

Fakt ist, daß derzeit reihenweise Verfahren nach § 129a gegen Buchhändler wegen des Verkaufs von bestimmten Publikationen eingeleitet worden sind. Abgesehen davon, daß wir als Buchhändler unmöglich in der Lage sind, jede Zeitschrift oder jedes Buch vor Verkauf auf den Inhalt zu überprüfen, sehen wir darin auch einen massiven Versuch, die Verbreitung linker Gegenöffentlichkeit zu behindern. Wir lassen uns nicht einschüchtern!

— Ulla P. wurde am selben Tag in einem Betrieb festgenommen und am Samstag nach Karlsruhe geflogen, um dort dem Hafttrichter vorgeführt zu werden. Der gegen sie erlassene Haftbefehl ist ausgestellt wegen Verdachts auf Mitgliedschaft in der „terroristischen Vereinigung Rote Zora“. Sie soll an zwei Treffen teilgenommen haben, die von der BAW als konspirativ bezeichnet werden. Ein konkreter Tatvorwurf besteht nicht. Bei dieser Festnahmeaktion wurde gleichzeitig der Betrieb, in dem Ulla arbeitet, mehrere Stunden durchsucht. Außerdem wurde ihre mutmaßliche Wohnung mehrere Stunden von den Beamten durchwühlt, der eintreffende Anwalt wurde kurzzeitig hinausgeworfen. Der Durchsuchungsbefehl für diese Wohnung war auch nicht auf Ulla ausgestellt, sondern auf eine Adrienne G. Ulla sitzt seit ihrer Verhaftung im UG in Hamburg.

— Unter dem Vorwand, die gesuchte Frau hätte eine Zeitlang in der Harkortstraße gewohnt, wurde dort dann auch noch eine Wohnung aufgebrochen und durchsucht. Einen Durchsuchungsbefehl gab es offensichtlich nicht, aber die Begründung „Gefahr im Verzug“. Dem Wohnungsinhaber wurden schlicht neue Wohnungsschlüssel in die Hand gedrückt, weil die Beamten das aufgebrochene Schloß durch ein neues ersetzt hatten.

— Mit der Behauptung, diese Adrienne G. würde im 4. Stock der W3 arbeiten, durchsuchten die Beamten dann die Räume der Druckerei „Konfront“ und behinderten während dieser Zeit die Arbeit des im gleichen Stockwerk gelegenen TAZ-Hamburg Fotolabors, was dazu führte, daß die Hamburgausgabe der TAZ am nächsten Tag ohne Fotos erscheinen mußte. Merkwürdig, daß bei der Suche nach einer Person auch zwischen Fotopapier nachgesehen werden muß. Die Durchsuchung der gesamten TAZ-Räume sei notwendig gewesen, weil den Beamten die Auskunft verweigert worden sei, wo denn der Arbeitsplatz der gesuchten Frau sei, behauptete im nachheren der Sprecher der BAW.

— In Bochum wurde die Durchsuchung der TAZ-Büro Räume zu einem Meisterstück des Rechtsbruchs. Es lag ein Durchsuchungsbefehl für den Arrestzug der TAZ-Büro Räume zu einem Meisterstück des Rechtsbruchs. Es lag ein Durchsuchungsbefehl für den Arbeitsplatz einer TAZ-Mitarbeiterin vor. Der wurde aber nicht unmittelbar, nachdem er ausgestellt worden war, ausgeführt, sondern es wurde der Feierabend der TAZ-Redaktion abgewartet und dann mit der Begründung „Gefahr im Verzug“ die Tür der TAZ-Redaktion aufgebrochen und die Redaktionsräume durchsucht.

— In Essen wurden die Räume des Genarchivs durchsucht. Ein Durchsuchungsbefehl wurde den Frauen nicht vorgelegt. Es wurde zahlreiches z.T. unaltes Material zur Humangenetik beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde bei

der Durchsuchung des Genarchivs, das sich in den Räumen einer Ärztinnenpraxis befindet auch die Patientinnenkartei durchforstet und die anwesenden Patientinnen mußten ihre Personalia überprüfen lassen, bevor sie die Praxis verlassen durften. Die Frauen des Essener Genarchivs haben dazu folgende Erklärung abgegeben:

„Im Rahmen einer bundesweiten Durchsuchungs- und Festnahmeaktion vor allem gegen Frauen und Frauenprojekte wurde das Genarchiv Essen von ca. 15 Beamten des Bundeskriminalamtes und der örtlichen Polizei durchsucht. Im Genarchiv und auch in den Wohnungen wurde eine Menge von Papieren „sichergestellt“, die sich z.B. mit Humangenetik, Pränataldiagnostik, gentechnologischen Forschungsvorhaben usw. beschäftigen. Arbeitsunterlagen von uns Frauen, wie Vortragsentwürfe, Seminarvorbereitungen, gedruckte Arbeiten, Rundfunk- und Videoaufnahmen wurden beschlagnahmt. Wir wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Die ganze Aktion fand unter einem immensen Aufgebot bewaffneter Polizei statt, die Straße und Hausflur abriegelte. Als Grund für das alles wurde uns lediglich mitgeteilt, daß wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) gegen uns ermittelt würde. Das Genarchiv in Essen ist eine Eigeninitiative von uns Frauen und befindet sich in privat angemieteten Räumen der Führlstr. 15. Dort befindet sich ebenfalls die ärztliche Praxis einer Mitarbeiterin des Genarchivs. Diese Praxis wurde gleichermaßen durchsucht. Wir archivieren hier Pressemitteilungen und recherchieren selbst in Fachpresse und Unibibliotheken. Zu Schwerpunktfragen geben wir Stellungnahmen heraus. Wir stellen unser Material Einrichtungen zur Verfügung, die zu Fragen der Gentechnologie arbeiten. Dies sind unter anderem Frauengruppen von Kirchen, Gewerkschaft und Parteien und Bildungseinrichtungen für Lehrer und Jugendliche. Unser Archiv ist für Einrichtungen und Privatpersonen zu bestimmten Öffnungszeiten zugänglich. Wir lassen nicht zu, daß unsere Arbeit durch die Polizeiaktion zur kriminellen Tat wird und machen unbeirrt weiter.“

— Die Journalistin und ehemalige EMMA-Redakteurin Ingrid Strobl wurde am 20.12.87 in Köln festgenommen. Auch gegen sie wurde ein Haftbefehl erlassen wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in der „terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen“ und dem Verdacht auf Beteiligung an einem Anschlag auf die Lufthansa-Hauptverwaltung in Köln. Dieser Anschlag richtete sich damals gegen die aktive Beteiligung der Lufthansa an der zwangsweisen Abschiebung von Asylbewerberinnen und am Prostitutionsstourismus. Als „konkreter“ Tat-

vorwurf wird behauptet, sie hätte 1986 einen Wecker gekauft, der dem bei dem Anschlag benutzten entspricht.

— Die Durchsuchungen in Köln richteten sich gegen die dort zu Asyl- und Ausländerpolitik arbeitende „Flüchtlingsgruppe“. Die Fotokopierten Durchsuchungsbefehle, die vom BGH am 17.12.87 (!) ausgestellt worden sind, wurden den betroffenen Frauen und Männern nicht vorgelegt — Begründung: „Es würde den Zweck der Ermittlungen gefährden.“ Mit der gleichen Begründung wurde ihnen verweigert, Anwältinnen zu benachrichtigen. Mehr zufällig erfuhren Einzelne bei ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung, daß ihnen Mitgliedschaft in den RZ und bei den Frauen in den RZ und der Roten Zora vorgeworfen wird. — Nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den genannten BKA-Aktionen steht die am 18.12.87 erfolgte Festnahme von Erik P. und Andrea S. aus Düsseldorf wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF.

Darüber hinaus hat es bei den Haus- und Betriebsdurchsuchungen diverse vorläufige Festnahmen gegeben, bei denen Leute erkennungsdienstlich behandelt worden sind und versucht werden ist sie auszufragen nach Verbindungen zu anderen Personen etc.

## § 129a als Ermittlungsparagraph

Ganz eindeutig ist bei dieser Aktion des BKA der Versuch unternommen worden, öffentlich arbeitende Gruppen zu kriminalisieren, um sie in der Öffentlichkeit zu isolieren.

Die Erweiterung der Delikte, die jetzt mit Ermittlungen nach § 129a belegt werden können (Blockieren von Bahnhöfen, Strommastensagen etc.) macht den § 129a außerdem immer deutlicher zum Ermittlungsparagraphen, um alle kritischen Initiativen oder Gruppen ausforschen und ausschalten zu können. Allein die Tatsache, am gleichen Thema zu arbeiten, soll unter dem Begriff „terroristische Vereinigung“ gefaßt werden können. Das heißt, daß allein der Vorwurf der Teilnahme an Diskussionszusammenhängen — dokumentiert durch den Besitz von Papieren — oder die allgemein üblichen Formen des politischen Umgangs schon für einen Vereinigungsvorwurf ausreichen soll. Das ist sehr längen vorbereitet und mit der Verabschiedung der neuen „Sicherheitsgesetze“ konkret geworden. Da kein konkreter Tatvorwurf, sondern nur der Verdacht auf irgendwas notwendig ist, können erstmal Ermittlungen, das heißt Durchsuchungen, Zeugenverladungen, Haftbefehle, durchgezogen

werden und dann aus diesem Fundus beliebig Verfahren eröffnet oder der Kreis der Gespeicherten erweitert werden. Das haben die Ermittlungen nach den Startbahnschüssen deutlich gezeigt. Dort sind über neukonstruierte Gruppen angebliche Strommastensägerinnen zu „terroristischen Vereinigungen“ gemacht worden. Da aufgrund des § 129a unabhängig von einem konkreten Straftatbestand Zeugenbefragungen durchgeführt werden konnten, hat dies einen Wildwuchs an Vorladungen und Befragungen über Freundschaften, Verbindungen, Strukturen und persönliche Einschätzungen zur Folge gehabt haben.

## BKA unter Erfolgsdruck

Die letzten Anschläge gegen die Textilfirma Adler (durch die ein Frauenstreik der Arbeiterinnen bei Adler in Südkorea unterstützt werden sollte und auch erfolgreich unterstützt worden ist: Die entlassenen Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt und die Löhne erhöht) und auch der „Rewe“-Anschlag gegen die Obstimporte aus Südafrika haben das BKA offensichtlich unter Erfolgsdruck gesetzt. Vorausgegangen sind diesen letzten Anschlägen seit Mitte der siebziger Jahre laut BAW immerhin rund 250 andere Anschläge, die den Revolutionären Zellen und der Roten Zora zugerechnet werden. Die These des BKA von „Feierabendterroristinnen“ macht es ihnen, wie sie immer wieder mitteilen, so schwer, die Leute zu fassen. „Sie leben legal, arbeiten und tauchen nicht oder nur ganz kurzfristig ab“, das heißt, sie fallen niemanden auf und machen „ihre Anschläge und Aktionen abends nach Feierabend“. Der aktuelle Bezug, der von den „Revolutionären Zellen“ und der „Roten Zora“ bei ihren Aktionen hergespielt wird, trägt dazu bei, daß sie nicht völlig zu isolieren sind.

## Angriff auf die Frauenbewegung?

Es stimmt sicher, wie in den Infos und auf den Veranstaltungen berichtet wird, daß sich diese Durchsuchungen etc. speziell gegen Frauengruppen, gegen von Frauen aufgebaute Archive und gegen einzelne Frauen gerichtet haben. Grund dafür ist aber m.E. nicht, daß die Frauenbewegung getroffen werden sollte, weil das nach Meinung des BKA schon lange überfällig sei, sondern der Grund dafür liegt doch vielmehr darin, daß es Frauen waren, die schwerpunktmäßig — und das wiederum ist nicht zufällig, sondern unter anderem durch ihre unmittelbare Betroffenheit be-

Fortsetzung nächste Seite

## Dokumentation:

## Brief von Ulla Penselin

Liebe FreundInnen, meine politischen Aktivitäten der letzten Jahre habe ich — wie viele wissen — auf das Thema Bevölkerungspolitik konzentriert. Das bedeutet für mich Widerstand gegen eine Politik der Herrschenden, die Menschen mit den verschiedensten Methoden je nach wirtschaftlichem Bedarf und politischer Opportunität hin und her verschiebt, sie in die geforderten (Leistungs-)Normen zwingt oder vernichtet.

Auslese der für's System brauchbaren, Ausmerze der unbrauchbaren und Widerstand leistenden Menschen — die Anwendung des Kosten-Nutzen-Prinzips auf den Menschen. Neben die traditionellen Mittel der Bevölkerungskontrolle wie Abtreibungsverbot/Zwang zur Abtreibung, Gesundheitswesen, Familienideologie, Frauenbild und -mord treten zunehmend Instrumente, die die Selektion schon vor der Geburt ermöglichen sollen: vorgeburtliche Diagnostik, Humangenetik, Reproduktionsmedizin, Gentechnologie (wobei gerade letztere noch sehr viel mehr Aspekte hat — wie z.B. Forschung zur bakteriologischen Kriegsführung, Nahrungsmittelpolitik, Business).

Daß sich diese Instrumente der Bevölkerungspolitik in erster Linie an oder vielmehr gegen Frauen richten, liegt in der Natur. Den Widerstand aber alleine mit der Forderung nach Selbstbestimmung über unsere Körper und als Angriff auf eine männliche Medizin zu leisten, greift zu kurz. Wohin solch ein eingeschränkter (metropolitanbarnierter) Selbstbestimmungsbegriff führt, das zeigt sich inzwischen allerorten, wenn Frauen anfangen, z.B. an Gesetzen zur Leihmutterchaft, zu Laborsicherheit oder dergleichen mitzubasteln oder nach Argumenten suchen, ob frau nicht doch hier oder vielleicht dort von „technischen Fortschritt“ profitieren könnte. Solch ein Denken behauptet eine Freiheit der Wahl, die für die meisten Menschen nicht existiert. Sobald aber Gentechnologie, Humangenetik usw. als Instrumente der imperialistischen und patriarchalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaschinerie begriffen werden und das Ziel das Leben aller Menschen in Freiheit ist, gibt es auch zu allen Aspekten der Bevölkerungspolitik keine Werts und Abers, keine Partizipation, sondern nur konsequenten Widerstand. Genau wie an anderen Themen z.B. Frauenarbeit, Sexismus, § 218, Vergewaltigung. Frauenhandel muß es gelingen, die Diskussionen und praktischen Ansätze, die es an vielen Ecken und Enden gibt, zu verknüpfen und in eine revolutionäre, internationale, feministische Politik umzusetzen, die ihre Kraft und Stärke aus der Vielfalt ihrer Aktionen bezieht.

Ihr seht, ich kann Euch aus dem Knast heraus keine theoretischen Weisheiten vermitteln, die nicht schon diskutiert worden wären, eine ganz praktische und ganz alte Weisheit allerdings doch.

Solidarität ist eine Waffe!!

Es ist eine überwältigende und kräftegebende Erfahrung, das so konkret bis hier in den Knast herein zu spüren!

Kraft und Liebe für alle, die überall in der Welt drinnen und draußen leiden und kämpfen und Dank an alle bekannten und unbekannten FreundInnen für ihre Solidarität und tatkräftige Unterstützung!



Auf der Sylvestersolidaritätsdemonstration zogen 1.500 Menschen zum Hamburger Untersuchungsgefängnis und riefen Parolen, um die dort eingeknastete Ulla P. zu grüßen

Foto: Heinrich Schultze







# Mit dem § 129a gegen Anwälte der RAF

Bundesadvokatur durchsucht das Büro von Ute Brandt

Am 2.12.87 wurde das Büro der Rechtsanwältin Ute Brandt in der Virchowstraße in Hamburg-Altona erneut von der Bundesadvokatur durchsucht.

Dabei tat sich der aus Karlsruhe angereiste Oberstaatsanwalt Senge u.a. dadurch hervor, daß er — zu Beginn der Durchsuchung keinen Durchsuchungsbescheid vorlegte („Die Anordnungen hier treffe ich alleine.“);

— dem zu dieser Zeit allein im Büro anwesenden Rechtsanwalt Andreas Beuth — RAin Brandt war bei einem auswärtigen Termin — das Telefonieren zunächst verbieten wollte, dann kontrollierte („Sie können eine Telefonkette auslösen wollen.“);

— dem hinzukommenden Rechtsanwalt Manfred Geitzmann, der während der Durchsuchung die Interessen von RA Beuth vertrat und die Rechtmäßigkeit der Maßnahme der Bundesadvokatur in Zweifel zog, gar die Festnahme androhte, weil dieser ihn angeblich in seiner Amtshandlung störe („Ich lasse Sie festnehmen, wenn Sie nicht den Mund halten.“);

— Schriftproben von sämtlichen Schreibmaschinen des Büros anfertigen ließ, ohne daß dies — wie sich im nachhinein zeigte — durch den Durchsuchungsbescheid gedeckt war.

Erst gegen Ende der Durchsuchung wurde ein Bescheid des Ermittlungsrichters am Bundesgerichtshof vorgelegt, in dem gegen die Kollegin der Vorwurf der Unterstützung der RAF gem. § 129a StGB erhoben und die Durchsuchung des Büros zum Zweck der Sicherstellung des gesamten Schriftverkehrs zwischen der Anwältin und ihrem inhaftierten Mandanten Rolf Heißler angeordnet wird.

Der gesamte Schriftverkehr wurde beschlagnahmt, durchweg Verteidigerpost zwischen Anwältin und Mandant, die — wie bei wegen § 129a inhaftierten Gefangenen wie Rolf Heißler üblich — zuvor bereits von den zuständigen Kontrollrichtern gelesen worden war.

Mit dieser Aktion erreichte das Szenario der Bundesadvokatur (BAW) seinen vorläufigen Höhepunkt in einer Kette von Ereignissen, die ihren Ausgangspunkt in den Aussagen eines gewissen Dirk Strandenaes hatten, nach Ansicht des Hamburger Staatschutzes eines „Gernegroß und Spinners“.

Ansicht des Hamburger Staatschutzes eines „Gernegroß und Spinners“ (Hamburger Abendblatt vom 23.9.87), dessen Glaubwürdigkeit von Anfang an fraglich war.

Aufgrund seiner Aussagen wird gegen die Kollegin Ute Brandt ein Verfahren wegen Werbung für die RAF eingeleitet. Frau Brandt — früher seine Anwältin — soll ihn für die RAF anzuwerben versucht haben.

Er belastete mit seinen Aussagen eine Vielzahl von Personen, es ergingen mehrere Haftbefehle, es gab bundesweit zahlreiche Durchsuchungen und vorläufige Festnahmen. Die Haftbefehle mußten zwischenzeitlich aufgrund widersprüchlicher Aussagen des nunmehr unglaubwürdig gewordenen „Kronzeugen“ Strandenaes aufgehoben werden.

Für die Bundesadvokatur hat der „Spinner“ indes seine Schuldigkeit getan. Damit wurde der Anlaß für weitere Ermittlungen im Sinne der wahren Absichten der BAW geschaffen.

Dies war für die Bundesadvokatur die Möglichkeit zur Durchsuchung von Wohn- und Büroräumen der Rechtsanwältin bereits am 17.9.87. Dabei wurden unter anderem das Prozeleregister der Kanzlei und insgesamt elf Akten

durchgesehen. Die BAW brach damit in die geschützte Vertrauenssphäre zwischen Verteidiger und Mandant ein, um Einzelheiten über bestimmte Mandate zu erfahren.

Mit so gewonnenen „Erkenntnissen“ wird gegen eine ehemalige Gefangene und Mandantin der Anwältin, deren Akte am 17.9. beschlagnahmt wurde, ein Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung der RAF eingeleitet, weil sie einen Artikel veröffentlicht haben soll, in dem sie als Gefangene selbst „die Forderung der Vereinigung „Rote Armee Fraktion“ nach Zusammenlegung ihrer inhaftierten Mitglieder inhaltlich als eigene erhoben“ haben soll.

Auch in diesem Zusammenhang wird gegen die Rechtsanwältin Ute Brandt nunmehr sogar der Vorwurf der Unterstützung der RAF erhoben, weil sie an der inhaltlichen Gestaltung dieses Artikels ihrer Mandantin mitgewirkt haben und ihn zur Veröffentlichung gebracht haben soll.

Darum fand am 2.12.87 — gleich im Anschluß an die Durchsuchung der Kanzlei — bei einer Privatperson eine weitere Hausdurchsuchung durch die Bundesadvokatur statt, angeblich um das Manuskript dieses Artikels zu suchen; beschlagnahmt aber wurden politische Bücher und andere Unterlagen.

Weiterhin fanden im Verfahren gegen die Anwältin bundesweite Zellen durchsuchungen bei politischen Gefangenen statt; auch bei solchen, die nicht von der beschuldigten Kollegin vertreten werden. Dabei wurden umfangreiche Verteidigungsunterlagen beschlagnahmt, desweiteren auch ein im Februar 87 veröffentlichter Aufruf der Anwälte für die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand und eine Dokumentation zu den Haftbedingungen.

Das Verfahren gegen die Rechtsanwältin Ute Brandt ist der Versuch der Bundesadvokatur, jene Verteidiger zu kriminalisieren, die im Interesse ihrer Mandanten und in pflichtgemäßer Wahrnehmung ihrer Mandate für die Forderung der Gefangenen aus RAF und Widerstand nach Zusammenlegung in große Gruppen eintreten.

So wird der Anwältin durch die BAW auch unverhohlen vorgeworfen, sie habe sich „an einer Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung beteiligt, in der die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand erhoben wurde, ... und sich damit für eine Forderung der terroristischen Vereinigung RAF eingesetzt.“ (Antrag der BAW vom 21.9.87) Dies geht einher mit einer unglaublichen Gesinnungsjustiz. In ihrem kriminalistischen Eifer beantragte die Bundesadvokatur die Beschlagnahme vielfältigen — bei der Kollegin sichergestellten — Schriftguts, „das sich mit linksradikalistischen Themen befaßt.“ (Antrag der BAW vom 9.11.87)

Im Originalton der BAW werden diese „Funde“ wie folgt bewertet: „Der Besitz derartiger Schriftguts in größerem Umfang (!) kann für die Bewertung der inneren Einstellung von Bedeutung sein.“ Das beschlagnahmte Material weist darauf hin, daß die Beschuldigte „sich als Rechtsanwältin nicht als Organ der Rechtspflege begreift, sondern als revolutionäre Kämpferin, die die Möglichkeit hat, die „Isolation der gefangenen Revolutionäre“ zu durchbrechen.“ (Antrag der BAW vom 9.11.87)

Nach mehr als 15 Jahren Isolationshaft gegen politische Gefangene und

deren Kampf dagegen, versucht die Bundesadvokatur nun auch das Eintreten der Verteidiger für andere Haftbedingungen zu kriminalisieren. Wir sehen in dieser Vorgehensweise gegen die Kollegin Brandt einen unerträglichen Angriff auf politische Verteidigung, dem wir mit breiter Öffentlichkeit begegnen werden.

## Solidaritätserklärung

Am 2.12.87 wurde das Büro der Kollegin Ute Brandt zum zweiten Mal innerhalb drei Monate durch die Bundesadvokatur durchsucht. Einige Wochen zuvor hatte der zuständige Bundesanwalt das „Ermittlungsergebnis“ gegen die Kollegin wie folgt zusammengefaßt:

„... begründen gegen die Beschuldigte den Anfangsverdacht der Unterstützung der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion“ durch das Ermöglichen einer Kommunikation zwischen ihrer inhaftierten Mandantin und mehreren inhaftierten „RAF“-Mitgliedern zum Thema „Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand“, die schließlich zu einer Mitwirkung der Beschuldigten zustande gekommenen Veröffentlichung (...) führte. Blatt 49 und 56 der beschlagnahmten Akte belegen, daß sich die Beschuldigte an der Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung beteiligt hat, in der die Forderung nach Zusammenlegung von Gefangenen aus „RAF und Widerstand“ erhoben wurde.“

Die Bundesadvokatur setzt hiermit ihre fast 15 Jahre alte Tradition der Angriffe auf politische Verteidigung fort.

Wir als Verteidiger / Verteidigerinnen erklären hierzu:

Wir halten es für das selbstverständliche Recht eines jeden Verteidigers / einer jeden Verteidigerin von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand, die Forderung ihrer Mandanten nach Zusammenlegung mit anderen Gefangenen auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, diese öffentlich zu vertreten sowie ihre Mandanten über die in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen zu informieren. In diesem Sinne ist es Aufgabe einer jeden Verteidigerin / eines jeden Verteidigers, die Isolation der inhaftierten Menschen zu durchbrechen.

Auch wir lassen uns nicht das Recht nehmen, über die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen öffentlich zu diskutieren und dafür auch einzustehen.

Wir erklären der Kollegin Ute Brandt unsere Solidarität gegenüber den Angriffen der Bundesadvokatur.

11.12.87

11.12.87

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte: Elisabeth August, Wuppertal; Peter Bakker-Schulz, Amsterdam; Andreas Beuth, Hamburg; Christoph Boile, Hamburg; Manfred Boddendorf, Hamburg; Helmut Borchers, Hamburg; Dagmar Bock, Hamburg; Rudolf von Bracklen, Hamburg; Thomas Breckner, Hamburg; Anke Brennecke-Loppers, Hamburg; Rita Brockmann-Wiese, Hamburg; Peter Buhle, Dortmund; Georg Delzer, Hamburg; Wolfgang Diering, Hamburg; Ulrike Donat, Hamburg; Norbert Dornat, Hamburg; Rainer Fehr, Düsseldorf; Dorothee Frings, Düsseldorf; Manfred Geitzmann, Hamburg; Angelika Gieseler, Hamburg; Waltraud Hagel, Hamburg; Axel Hagedorn, Hamburg; Roswitha Heilmann, Ludwigshafen; Stefan Heilmann, Hamburg; Initiative Bayerischer Strafrechtsanwältiger e.V., München; Jassid, Hamburg; Norbert John, Hamburg; Hans-Gerhard Jordan, Hamburg; Manfred Kallis, Hamburg; Ralf-Dieter Klaus, Hannover; Gerd Klumeyer, Hannover; Rainer Köhnke, Hamburg; Roland Köppe, Hannover; Heide Krause, Köln; Thomas Lampe, Hamburg; Enni Leidecke, Hamburg; Wolfgang Meins, Hamburg; Susanne Meyer, Hamburg; Moll, Hamburg; Michael Nitschke, Hamburg; Sebastian Oebler, Hannover; Inke Overmann, Hamburg; Johannes Pausch, Düsseldorf; Anke van der Plas, Amsterdam; Rolf-Eckhard Puls, Hamburg; Stefan Ried, Hamburg; Anja Rüggen, Hamburg; Johannes Samten, Hamburg; Harriet Schamer, Hamburg; Gabriele Schmitt, Hamburg; Heinz-Jürgen Schneider, Hamburg; Sabine Scholz, Hamburg; Wolfgang Schröder, Hamburg; Hendrik Schulze, Hamburg; Ulrich Schweigert, Hamburg; Sigrid Seiler, Hamburg; Verena Seif, Hamburg; Gerhard Sime, Hamburg; Peter Tode, Würzburg; Renate Tietzsch, Hannover; Martin Viegand, Hamburg; Annette Voges, Hamburg; Frank Vollard, Hamburg; Matthias Wagner, Hamburg; Jens Waldmann, Hamburg; Lars Wegner, Hamburg; Hans Weimann, Bremen; Rainer Zorn, Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

denen man ja möglicherweise Anklage erheben könne, wenn... plauderten. Andere waren über ihre Rechte nicht informiert usw. Mit einer eigens zu dieser Frage herausgegebenen Broschüre versuchen weniger aufgeschreckte Teile der Szene dem Ausverkauf-Sog entgegenzuwirken.

Auf seiner sog. Halbjahreskonferenz einen Tag nach Verabschiedung des Maßnahmenkatalogs kostete Rebmann seinen Erfolg aus und kündigte zugleich eine weitere Offensive an. Nach den Schüssen an der Startbahn müsse jetzt davon ausgegangen werden, daß „in Zukunft vorläufige Tötungsdelikte — bisher nur das Kennzeichen der RAF — auch aus der autonomen terroristischen Szene“ nicht mehr ausgeschlossen werden könnten. Es gelte nun, „die autonomen Gruppierungen zu enttarnen“.

Rebmann forderte bei dieser Gelegenheit nicht nur erneut eine schnelle Verabschiedung der Konzeptionsregelung, sondern erklärte auch, falls ein

„geständiger Terrorist“ Hinweise gebe, die auf die Spur der Beschuldigten führten, habe er Anspruch auf eine ausgesetzte Belohnung. Überaus befriedigt zeigte er sich über den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung. Das strafbewehrte Vermummungsverbot bei politischen Veranstaltungen brauche der Staat auch zur „Feststellung terroristischer Strukturen unter gewalttätigen Chaoten“ und zur Verhinderung von „Einstiegsdelikten“ in den Terrorismus wie Gewalt gegen Personen und Sachen. Mit dieser Feststellung ist, salopp zusammengefaßt, die Pandora aus dem Sack. Die in der Gunst der Stunde nach Frankfurt vom Zimmermannministerium bekanntgegebene Ausrüstung der Landespolizeien mit transportablen ED-Stationen auf Videobasis gibt Rebmanns Aussage die materielle Beweiskraft.

Schon ein Tag nach ihrer Durchführung erwiebs sich Rebmanns Pressekonferenz als Auftakt für eine zweite Runde von Fahndungsmaßnahmen nach § 129 und 129a quer durch die Szene in der gesamten Bundesrepublik, und zwar weit über den bisher gezogenen

Rahmen angeblicher RAF-Fahndung hinaus. (Siehe dazu Artikel in diesem AK) Vor dem Hintergrund und unter Einschuß dieser Maßnahmen bekommt der Maßnahmenkatalog der Kommission seine eigentliche Kontur als Entmischungskonzept nach dem klassischen Muster: Wer nicht hören will, der muß fühlen! Ob die Rechnung aufgeht, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, die durch den Maßnahmenkatalog und die Fahndungswelle angestrebte Spaltung des Protests in friedliche und gewalttätige Proteste, Integrationsangebote hier und Zerschlagungsstrategien da als zwei Seiten einer Medaille zu erkennen, nämlich der Einschränkung der Demonstrationsfreiheit für alle dies in partei-, gruppen- und szenenübergreifenden Bündnissen der Bevölkerung deutlich zu machen. Noch ist Zimmermanns selbstgefällige Behauptung, das „Maßnahmenpaket wird (...) breite Zustimmung in der Bevölkerung finden“ nichts als eine Behauptung. Aber von Nichts kommt Nichts.

F.

# Produktivkraft Leben

Mit dem schärfsten Mittel, das der Staat sich gegen seine politische Opposition geschaffen hat, dem § 129, wurde Ende des vergangenen Jahres gegen verschiedene Gruppen vorgegangen, mehrere Frauen sitzen seitdem in Haft. Das Schlüsselwort lautet: „Gentechnologie“. Es drängt sich die Frage auf, was es da zu verteidigen gilt, was da vorbereitet wird, daß schon beim Ansatz der ersten Auseinandersetzungen zu den schärfsten Repressionsmaßnahmen gegriffen wird.

Gentechnologie wird landläufig mit Reproduktionstechnologien, geklonten Menschen, Retortenbabys u.ä. gleichgesetzt. Damit ist zunächst die ethische Frage aufgeworfen, wie weit der Mensch in den Menschen eingreifen darf, aufgeworfen. Gentechnologie, dahinter verbirgt sich jedoch weitaus mehr.

Die Protagonisten dieser Technologie verkünden das Zeitalter einer neuen technisch-wissenschaftlichen Revolution. Nach der industriellen Revolution, die vor allem die Unterwerfung der menschlichen Arbeitskraft unter das Diktat der Maschine zum Inhalt hatte, der konsequenten Anwendung der tayloristischen Gesetze der Arbeitsteilung, die eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichte, nach dem zweiten Schub durch die Anwendung der Erkenntnisse der modernen Physik, nach dem nächsten Schub durch die Erkenntnisse der modernen Chemie, der Umstellung der Rohstoffbasis beispielsweise auf das Erdöl, nach den in jeder Hinsicht umstrittenen und bedenklichen Versuchen mit der Atomtechnologie, die sich ökonomisch bisher eher als Destruktivkraft erwiesen hat, nach einem neuen, aber auch schon wieder abklingenden Schub durch die moderne Elektronik, wird jetzt die Biologie als neue Triebkraft für die Produktivkräfte entdeckt.

„Dem Slogan „Zurück zur Natur“ kann sich auch die chemische Industrie nicht entziehen“, so der Vorstandsvorsitzende der Farbwerke Hoechst. Diese späte Verballhornung Rousseaus hat nichts aber auch rein gar nichts mit einer Anlehnung an den ökologischen Gedanken zu tun, sondern ist allein dem Suchen des Kapital nach neuen Erweiterungen der Produktivkräfte geschuldet. Seit dem Aufkommen der industriellen Produktion vor nunmehr 150 Jahren beschäftigt sich diese mit der toten Materie, mit ihrer Produktion, mit ihrer Verfeinerung, mit dem Zusammenbau und ihrer Bewegung. Sie hat einen Teil, einem kleinen Teil, naturgemäß, mit ihrer Verfeinerung, mit dem Zusammenbau und ihrer Bewegung. Sie hat einen Teil, einem kleinen Teil, materiellen Wohlstand geschaffen, gleichzeitig ungeheure Probleme für die Gesundheit der Menschen und die ökologischen Grundlagen. Zudem muß nach einfachen wissenschaftlichen Erkenntnissen festgestellt werden, daß diese Industrie verglichen mit der Natur unsäglich rückwärtig ist. Während beispielsweise die chemische Industrie nur mit enormen Aufwand und mit in hohem Grade die Umwelt gefährdenden Verfahren in der Lage ist, Stickstoffdünger herzustellen, schaffen die Mikroben unter gänzlich natürlichen Bedingungen. Solange solche Prozesse nicht bekannt sind, gibt es allenfalls die Möglichkeit, sie auszunutzen wie das Wirken der Hefe, ohne deren Ursache zu kennen. Wenn sie bekannt sind, aber das Wie nicht, kann mensch nicht eingreifen. Wenn das Wie bekannt ist, aber mensch nicht auf die Mechanismen Einfluß nehmen kann, bleibt alles bei alten, herkömmlichen Verfahren.

Hier nun greift die Gentechnologie ein, besser die Biotechnologie, denn es geht nicht nur um die Einflußnahme auf die Gene, sondern auf den gesamten biologischen Ablauf. Die Industrie strebt danach, die biologischen Produktionsprozesse nachzuvollziehen, sie industriell nutzbar zu machen. Bisher war dies nur mit enormem, zu allem materiellem und finanziellem Aufwand möglich. Biokulturen zu halten und aus diesen materiellen Gewinn zu ziehen war aufwendig und dementsprechend teuer. Erst durch die Gentechnologie, mit der es möglich ist, Biokulturen genetisch so zu verändern, daß diese Höchst- und Überleistungen vollbringen, weit über das Maß ihrer natürlichen Bestimmung hinaus, sind diese auch für die Produktion sinnvoll. Beispielsweise ist seit langem bekannt, daß bestimmte Bakterienkulturen aus Zucker eine Art von Kunststoff entwickeln, allerdings so langsam, daß dies für die industrielle Produktion kaum lohnt. Ziel der Gentechnologie wäre es nun, diese Bakterienkulturen so zu verändern, daß sie in sehr viel kürzerer Zeit das gleiche Resultat hervorbringen wie ihre natürlichen Artgenossen.

## Die Ziele der Biotechnologie

Die Ziele der Biotechnologie sind weit gestreut und haben deshalb auch sehr unterschiedliche Auswirkungen, wovon bis-

her im wesentlichen nur die Reproduktionstechnologie zur Kritik stand. Das entspricht aber nicht den Schwerpunkten der Forschung. Schwerpunkte sind:

1. Die Umwälzung der Nahrungsmittelproduktion  
In diesem Bereich sind bisher die sichtbaren und unmittelbar produktivsten Fortschritte erreicht worden. Was bisher durch vielfältige Kreuzungen von Pflanzenarten erreicht wurde, beispielsweise die Resistenz von Pflanzen gegenüber Witterungsbedingungen, an die diese per Natur nicht gewohnt sind, soll jetzt gentechnisch produziert werden. Salopp gesagt soll der Orangenanbau kein „Privileg“ der Südhälfte mehr sein, sondern sie sollen auf „deutschem Boden“ wachsen. Wirtschaftlich geht es dabei vor allem um die Brechung des „Monopols des Klimas“, alle Pflanzen sollen unter allen klimatischen Bedingungen wachsen können. Und da die industriellen und imperialistischen Metropolen (mit Ausnahme der USA) bisher aufgrund ihres Klimas auf den Anbau von wichtigen Ölpflanzen, Kaffee, Süßfrüchte usw. verzichten mußten, ist die Zucht dieser Früchte in den Metropolen eines der vorrangigen Ziele. Abfallprodukt dieser Wissenschaft ist die Herstellung von nicht vermehrbaren Pflanzen, die als Saatgut in die „Dritte Welt“ verkauft werden (wie heute schon mit dem Hybrid-Weizen).

2. Umstellung der Rohstoffbasis  
Bisher arbeitet die gesamte chemische Industrie fast ausschließlich auf der Basis von Erdöl. Nicht erst seit den sogenannten Ölkrise forschen die verschiedenen Konzerne nach einem Ersatzstoff. Mit Hilfe der Gentechnologie hofft die Industrie die gleichen Ergebnisse auf pflanzlicher Basis erreichen zu können. Dabei soll Öl tendenziell als Energieträger und als Rohstoffbasis ersetzt werden. Zellulose, der Hauptbestandteil der Pflanzen kann in Zucker, Zucker in Alkohol und Alkohol in Äthylen verwandelt werden, womit man Universaltstoffe für die chemische Industrie hat. Die Möglichkeiten bestehen auch heute schon, allerdings sind die Fertigkeiten nicht rentabel. Auch dies soll die Gentechnologie ändern.

3. „Gesundheitspolitik“  
Ein wesentlicher Zweig wird die „vorausschauende Gesundheitspolitik“ sein. 5. „Gesundheitspolitik“  
Ein wesentlicher Zweig wird die „vorausschauende Gesundheitspolitik“ sein. Schon im Mutterleib oder in den ersten Lebensjahren soll an der Genstruktur erkannt werden, welchen Krankheiten ein Mensch zuneigt. Hier liegen die wesentlichen Gefahren. Ein Gesundheitssystem, das in erster Linie die Kranken selektiert, bekommt mit der Gentechnologie eine nicht zu unterschätzende Waffe in die Hand. Der gesellschaftliche Zwang zur Abtreibung von vielleicht nicht gesunden Kindern, die Aussonderung von für bestimmte Krankheiten anfälligen Menschen schon im Kindesalter usw. In die gleiche Richtung gehen Forschung zur Bevölkerungspolitik wie sie als Planungen für die „Dritte Welt“ bestehen: zwangsweise Reduzierung des Wachstums von den Metropolen her.

## 4. Die Pharmaindustrie

Zu den großen Gewinnern wird mit Sicherheit auch die Pharmaindustrie gehören. Fieberhaft wird mit Hilfe der Gentechnologie nach Mitteln gegen Krebs, AIDS oder anderen Krankheiten gesucht, die mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr in den Griff zu bekommen sind. Wenn mensch sich die Ausbreitung dieser Krankheiten vor Augen führt (jeder dritte Todesfall in der BRD steht schon in Zusammenhang mit Krebs) kann ernt werden, welche Profite zu erwarten sind, sollte tatsächlich ein wirksames Mittel gefunden werden.

Schon im Jahre 2000 sollen nach amerikanischen Forschungsberichten durch die Biotechnologie Produkte im Wert von 15 Milliarden Dollar hergestellt werden. Und in 20 Jahren soll diese Summe schon auf 40 Milliarden Dollar angestiegen sein.

Diese Profitaussichten machen die Aufregung von Kapital und Staat aus. Die Auseinandersetzungen um die Atomtechnologie haben gezeigt, daß es zu erheblichen Störungen bei der Durchsetzung der gesetzten Ziele kommen kann, wenn sich frühzeitig eine breite Oppositionsbewegung aufbaut. Insofern kann angenommen werden, daß für die kommenden Auseinandersetzungen vorgesorgt wurde, daß nach der Maßgabe gehandelt wird, eine zweite Anti-AKW-Bewegung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Aber schon heute zeichnet sich ab, daß dies kaum gelingen wird.

be.







Fortsetzung von vorheriger Seite

aktoren seit 1984 überprüfen. Dabei soll festgestellt werden, ob Störfälle nicht ordnungsgemäß gemeldet wurden" („faz", 24.12.).

Dem „Spiegel" gelang es, die Aussage eines ehemaligen Transnuklear-Beschäftigten aufzutreiben, wonach plutonium-kontaminiertes Material aus einem westdeutschen AKW „einfach wie herkömmliche Müschbälle" deklariert und „dann mit den üblichen Transporten in die belgische Verbrennungsanlage nach Mol" geschickt worden sei (28.12.). Da bleibt einem die Spucke weg. Die „FAZ" konkretisierte am 29.12., der Verdacht betraf 100 Gramm Uranstaub mit Spuren von Plutonium (wohl aber doch in Gramm-Stärke?) aus einem Störfall, um andererseits erleichtert die Dementis der Staatsanwaltschaft und der verdächtigten AKWs Philippsburg und Gundremmingen zu bringen. Dann war das Thema wieder out.

Es war in mancherlei Hinsicht das Bemerkenswerteste, was im Verlauf der Affäre zu hören war. Picken wir uns einen Aspekt heraus: Die Hanauer Bürgerinitiative hat darauf hingewiesen, daß es Transnuklear müheles gelungen sei, zwölf (!) Kontrollfilter zu umgehen, und das zum Teil mit plutoniumhaltigem Material. Da Plutonium aber der Bombenstoff ist, sollten die Kontrollen in dieser Hinsicht besonders scharf sein. Bei der ganzen Angelegenheit erweise sich also der totale Bankrott der Wiener Atomenergiebehörde, deren Tätigkeit beispielsweise von Wilmann so gern in Anspruch genommen wurde, um alle militärischen Ambitionen des Hanauer Atomzentrums empört zurückzuweisen. „Jedes Milligramm Plutonium wird kontrolliert", behauptet der heutige Ministerpräsident im Landtagswahlkampf, den er dann gegen die rot-grüne Koalition gewann. Heute ist es ausgesprochen still in der Staatskanzlei.

Die IAEA antwortet auf solche Argumente, sie könne sich nicht auch noch um schwachradioaktives Material kümmern, und die dabei auftretenden Plutoniumspuren seien so irrelevant, daß sie unter militärischen Gesichtspunkten überhaupt nicht interessieren würden („Tagesspiegel", Zürich, 22.12.). Das ist schon deswegen falsch, weil man bei Spuren immer fragen sollte, wo sie hinführen. Eine so einfache Überlegung zu ignorieren, sagt bereits viel über das Verständnis dieser Leute von ihrer Aufgabe aus. Sicher kann niemand etwas mit 200 Milligramm Plutonium anfangen, die auch noch aber 321 Fässer oder mehr verteilt sind. Aber vielleicht deuten sie auf ein größeres Reservoir hin, dessen Spuren durch die feine Verteilung und vielleicht auch durch die bequeme Erklärung mit dem belgischen BR-3 Reaktor sorgfältigst verwischt wurden? Wenn außerdem noch nicht deklarierte Störfälle — oder auch „Störfälle" — in AKWs in den Bereich des Möglichen rücken, bei denen unbemerkt radioaktive Materialien verschwinden können, dann bricht die Behauptung einer Kontrolle selbstverständlich auch für den Bereich des „relevanten" Atomabfalls (abgebrannte Brennelemente) zusammen.

Jemand hat Plutonium(-Reste?) verstecken wollen und dafür einen Bereich gewählt, in dem de facto keinerlei Kontrolle existiert. Skrupellos, weil im schwachaktiven Bereich entsprechend geringere Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind, wenn man diesen Begriff im Kontext der Atomkraft „Entsorgung" überhaupt verwenden darf. Das hat lange Zeit so gut funktioniert, daß diejenigen, die sich mit nuklearmilitärischen Ambitionen tragen — die gibt es, und sie haben am meisten zu verbergen — geradezu beschuettelt wären, wenn sie solche phantastischen Möglichkeiten nicht nutzen würden oder genutzt hätten. Solche Leute dürften bei NUKEM, um die es ja geht, denn Transnuklear ist praktisch nur eine Spezialabteilung derselben, nicht nur mit Transportangelegenheiten betraut sein. Vielleicht haben sie eher mit der sogenannten „Schrottabteilung" der NUKEM zu tun, wo vor genau einem Jahr ein leider schnell vergessener Plutonium-Unfall passierte. Auch damals tauchte der Stoff an einer Stelle auf, wo er auf gar keinen Fall hätte sein dürfen. Eine „Schrottabteilung" der NUKEM könnte aber mit einer Abteilung „radioaktive Abfälle" der Transnuklear eng liiert sein.

Spekulationen, gewiß. Wir wissen, daß wir noch immer so gut wie nichts wissen. Welchen Grund hatte eigentlich Herr Holz, sich anzubringen? Ein Toter ist ein Einzelfall, zwei Einzelfälle sind eine Regel. Der Ex-Prokurist war schon der zweite Todesfall in dieser Affäre.

de.

20 Jahre hätte sie noch Zeit gehabt, die Regierungsakten zur Katastrophe von Windscale für die Öffentlichkeit freizugeben. „Das Kabinett Macmillan hatte damals eine Verschlusszeit von einem halben Jahrhundert festgesetzt" („SZ", 4.1.88). Für so brisant hielt sie die Sache. Nun hat sich die Regierung Thatcher entschlossen, schon nach 30 Jahren den Schleier der Geheimhaltung ein wenig zu lüften. Nicht gleich alles wurde der Öffentlichkeit vertraut. Die Zeugenaussagen zum Abschlußbericht der nach dem Reaktorbrand eingesetzten Untersuchungskommission blieben auch weiterhin unter Verschluss („faz", 7.1.88). Doch das verzichtete die bürgerliche Presse gern. Sie ist einfach dankbar. Eine bemerkenswerte Entscheidung, so heißt es aus dem Londoner Blätterwald hinüber. Eine „Geste der Offenheit" skundierte die „Süddeutsche Zeitung" für die BRD-Presse (4.1.88). Und überhaupt: Eigentlich war doch schon alles gesagt! Der „Rheinische Merkur" erinnert sich zurück: „Die Presse diskutierte das Ereignis frei. Bestürzende Tatsachen sind der Öffentlichkeit längst bekannt." So müsse man der Macmillan-Regierung dann auch bescheinigen, sie „unternahm danach nicht den Versuch, das Reaktorunglück von Windscale zu verheimlichen". Das bilchen unterdrückte Papier: „Jeder hat seine Leiche im Keller" („Rheinischer Merkur", 8.1.88).

Eines kann der „freien Presse" bescheinigt werden. Tschernobyl hat sie längst verdaut. Ein Schock war's zwar, aber ohne nachhaltige Wirkung. Ein „Realitätsschock" eben, wie die „FAZ" es nennt (6.7.). Was kratzt da noch eine Reaktorkatastrophe vor 30 Jahren! Es sei trotzdem ein Blick zurück gewährt.

Windscale ist ein Atomkomplex mit vielen Möglichkeiten unter einem Dach. In mehreren Plutonium-Produktionsreaktoren, einer Plutonium-Brennelementefabrik und einer Wiederaufbereitungsanlage werden hier, an der Küste zur Irischen See gelegen, die Spaltmaterialien für das britische Kernwaffenprogramm gewonnen, wird Strom produziert und Plutonium für den Weltmarkt extrahiert. Die Katastrophe ereignete sich 1957 im Reaktor „Windscale Pile 1", der als erster militärischer Plutonium-Produktionsreaktor Großbritanniens im Oktober 1950 den Betrieb aufnahm. Der zweite Reaktor „Windscale Pile 2" folgte im Juni 1951. In beiden Reaktoren wurde 1952 das Plutonium für die erste britische Atombombe gewonnen, die am 3. Oktober 1952 bei Monte Bello an der Nordküste Australiens explodierte. Fünf Jahre später, am 10. Oktober, krachte es in einem der Reaktoren. Der Reaktorkern von „Pile 1" fing Feuer. Das setzte die bis Tschernobyl größte Reaktorkatastrophe in Gang. Der gesamte Graphitblock stand in Flammen. Die Brennstäbe schmolzen. Die Temperaturen in der Treibstoffzufuhr stiegen auf 1300 Grad Celsius. Das Graphit in der Leitung 20/53 dicht unter dem Reaktordeckel erreichte tausend Grad. Die Lösversuche der Feuerwehr durch Reinpumpen von Kohlendioxid brachten den Brand nicht unter Kontrolle. Zwei Tage stand der Reaktor in Flammen. Schließlich griff man zu Löschwasser. Über 4000 Liter Wasser pro Minute wurden in den brennenden Reaktor gepreßt. Doch das Zusammenstreffen von kaltem Wasser und glühendem Graphit wirkte wie ein Vulkan. Ein radioaktive Wolke stieg kilometerhoch und verbreitete sich bis über Südengland, Wales, den Ärmelkanal und hinüber in die Normandie. 20.000 Curie Radioaktivität wurden an die Umwelt freigesetzt. Das ist, wenn auch nur ein Bruchteil des in Tschernobyl freigesetzten Inventars, die tausendfache Menge der bei der Katastrophe von Harrisburg freigesetzten radioaktiven Isotope. Im Fallout befanden sich Jod 131, Tellur 132, Cäsium 137 und Strontium 89. Für die Bewohner der Umgebung hieß das, sie waren in wenigen Stunden dem zehnfachen der erlaubten lebenslangen strahlenden Dosis ausgesetzt. Arbeiter im Werk selbst wurden mit der 150-fachen Dosis verstrahlt.

In der regierungsamtlichen Erklärung am 10. Oktober 1957 las es sich dagegen ganz anders: „Es gibt keine Anzeichen dafür, daß irgendeine Gefahr für die Öffentlichkeit besteht. Es ist keine größere Menge Radioaktivität freigesetzt worden. Die Menge war nicht gefährlich und ist mit dem Wind auf die See hinausgetragen worden" (nach „The Times", 1.1.88). Zwei Ta-

ge später wurde dann allerdings die Vernichtung der jodbelasteten Milch im Umkreis von 500 Quadratkilometern angeordnet. Das waren 2000 Tonnen Milch mit einer Belastung von 3700 Becquerel pro Liter. Schon am 15. Oktober folgte dann eine Vorkehrung, die seither ebenso wie Verharmlosungstreden und Vertuschungsmanöver zur politischen Aufarbeitung jedes Reaktorunfalls gehört. Die Grenzwerte wurden hinsichtlich der erwartenden künftiger Reaktorunfälle neu festgelegt. Empfohlen wurde damals ein Grenzwert von satten 2000 Becquerel pro Liter Milch.

Was das Ausmaß der Reaktorkatastrophe und die gesundheitlichen Auswirkungen angeht, bestätigen die jetzt freigegebenen Geheimakten die jahrelang gehegten Befürchtungen. Doch nicht die frei diskutierende Presse, sondern erst die in mühsamster Kleinarbeit erstellten Untersuchungen von AKW-Gegnern zerrten das Ausmaß dieser Reaktorkatastrophe ans Licht. Die Befürworterseite reagierte darauf re-

„Wigner-Energie-Ausstoß" („FAZ", 11.11.57). Dies ist ein Paradox, denn es heißt mit anderen Worten: Der Windscale-Reaktor wurde bei einer Instandhaltungsoperation zerstört. Wozin besteht nun diese zerstörerische Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung Wigner-Energie-Ausstoß?

„Wigner-Effekt" nennen die Wissenschaftler die rätselhafte Eigenschaft des Graphit — dem Moderator im „Windscale Pile 1"-Reaktor — die Hitze aus den Brennstäben aufzunehmen, wobei die Kristallstruktur des Graphit verändert wird. Ist das Graphit mit der Hitze vollgepumpt, springt die Kristallstruktur in ihre ursprüngliche Form zurück. Dies geschieht unter explosionsartiger Freisetzung der gesamten gespeicherten Hitze. Diesen Ausbruch zu verhindern, dient die „Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung „Wigner-Energie-Ausstoß", bei der das Graphit in regelmäßigen Abständen unter kontrollierten Bedingungen absichtlich aufgeheizt wird. Während dieser Operation

auch so allgemein vom Tisch wischen heißen — war allerdings, daß eine Veröffentlichung des Reports die Weichenstellung für einen zügigen Ausbau des britischen Atomprogramms auf ein militärisches Ziel, dem einer eigenständigen Atomstreitmacht, zu gefährden drohte. Das ist das eigentlich Interessante, was die jetzt freigegebenen Regierungs-Akten enthüllen. Zur Umsetzung dieser weitreichenden Pläne benötigten die Briten damals unbedingt amerikanisches Know-How. In diesem Sinne liefen bereits Verhandlungen für eine amerikanisch-britische Nuklearkooperation. Das Hindernis, welches es zu überwinden galt, lag auf amerikanischer Seite und bestand im sogenannten McMahon-Gesetz von 1954, nach dem einer amerikanischen Regierung verboten war, ihre nuklearen Informationen mit anderen Staaten zu teilen.

Die Reaktorkatastrophe in dem militärischen Plutoniumproduktionsreaktor drohte die Kooperationsbestrebungen zu gefährden. Auf alle Fälle sollte vermieden werden, daß mit den Veröffentlichungen zum Windscale-Unglück in den USA der Eindruck der Unzuverlässigkeit der Briten als nuklearer Geheimnisträger entstände.

In einem Protokoll der Atomenergiebehörde — einem der jetzt freigegebenen Dokumente — wurde die Befürchtung geäußert, daß der Report der Untersuchungskommission unter Sir William Penney in einigen Passagen „den Kräften in den Vereinigten Staaten Munition liefern würde, die sich auf jeden Fall einer notwendigen Neufassung des McMahon-Gesetzes widersetzen würden" („The Times", 1.1.88). Mit anderen Worten: Die herrschenden Kreise in Großbritannien sahen in der Veröffentlichung des Penney-Reports die reale Gefahr des Scheiterns einer nuklearen Kooperation mit den USA und damit die Gefahr eines herben Rückschlags beim zügigen Ausbau des Atomprogramms mit seinem Ziel einer eigenständigen Atomstreitmacht.

Die Veröffentlichungsproben zur Windscale-Katastrophe erhielt so eine ungeheure politische Brisanz. Es fanden ausführliche Diskussionen und Abstimmungen zwischen Atomenergiebehörde, Verteidigungsministerium und Regierung statt.

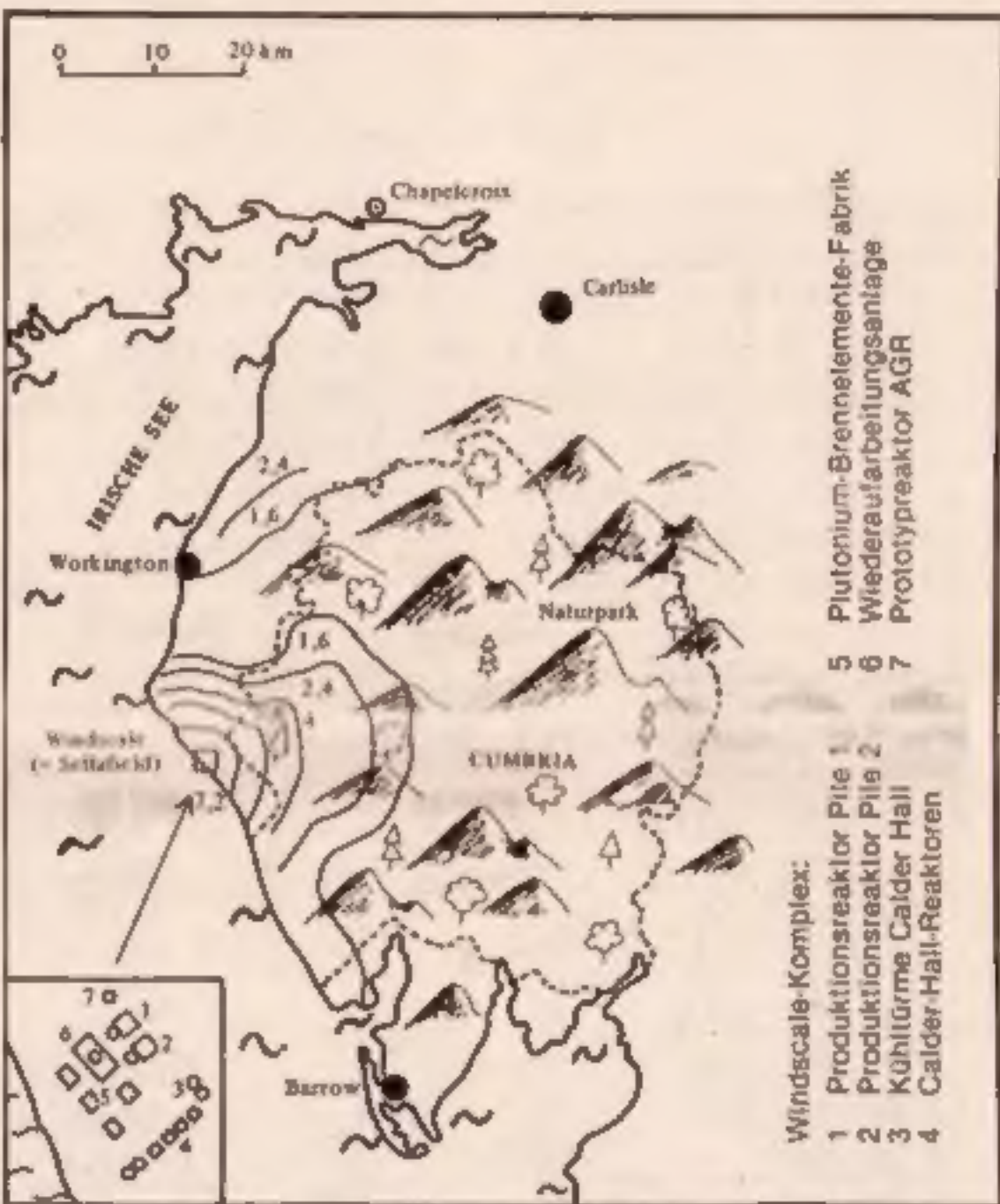
Die Kommentierung des damaligen Premier Macmillan auf dem Umschlag des Reports lautete: „Ich habe dies alles gelesen. Sehr faszinierend. Wir haben ein doppeltes Problem: a) Was tun wir? Nicht so schwer. b) Was sagen wir? Nicht einfach" („SZ", 4.1.88). Die Probleme wurden gelöst. Der alte Bericht verschwand in der Schublade. Eine neue Kommission unter Vorsitz des Vorstandsvorsitzenden des Chemiekonzerns ICI, Sir Alexander Fleck, erhielt den Auftrag, einen neuen, „besser für die Veröffentlichung geeigneten" Bericht anzufertigen („FR", 2.1.88). Diese wesentlich entschärfte Fassung wurde der Öffentlichkeit als Weißbuch nahegebracht. Die „Neue Zürcher Zeitung" kommentierte die Vorstellung des neuen Berichts damals so: „Der heute veröffentlichte Expertenbericht über den jüngsten Vorfall im Plutoniumwerk von Windscale sowie die Erklärungen Macmillans im Unterhaus und Sir Edwin Plowdens, des Leiters der Atomic Energy Authority an einer Pressekonferenz haben ihre beruhigende Wirkung nicht verfehlt" („NZZ", 10.11.57). Die freie Diskussion des Unfalls durch die bürgerliche Presse dokumentierte sich in den Sätzen: „Weder Menschen noch Tiere sind bei diesem Vorfall ernstlich geschädigt worden, und die temporäre Gefährdung der Milch in der Umgebung ist ebenfalls wieder beseitigt" („NZZ", 10.11.57) oder: „Nur bei 14 Arbeitern wurde eine Überschreitung der zulässigen maximalen Strahlungsmenge im Körper von drei Röntgen festgestellt, und zwar beobachtete man eine Strahlungsmenge bis zu 4,66 Röntgen. Die Erhöhung der Strahlenaktivität in der Umgebung von Windscale hielt sich unter den Toleranzgrenzen, so daß keine Schäden für den menschlichen Körper oder die Atomorgane entstanden" („FAZ", 11.11.57).

Die heiklen Manöver hinter den Kulissen der politischen Bühne blieben der Öffentlichkeit verborgen. Der entscheidende Erfolg stellte sich im darauffolgenden Jahr ein. Die Verhandlungen um die nukleare Zusammenarbeit mündeten 1958 in einem „Gegenseitigen Verteidigungsabkommen". Die Voraussetzungen für den Aufbau der britischen Atomstreitmacht waren geschaffen.

Rh., Hamburg

## Windscale

# Die Lügen der Atomlobby aufgedeckt



gebmäßig erst einmal mit Dementis, um dann nach „angemessenem time-lag" die Ergebnisse doch zu bestätigen.

So kamen AKW-Gegnern von der „Political Ecology Research Group" 1980 in einem Bericht zu dem Schluß, daß bei der Annahme eines radioaktiven Ausstoßes von 10.000 bis 20.000 Curie von rund 250 Krebsfällen — darunter zehn bis zwanzig mit tödlichem Ausgang — auszugehen ist („Zeit" Nr. 33, 10.8.84). Selbst diese vorsichtigen Schätzungen wurden damals von renommierten Wissenschaftlern und der Atomindustrie als unqualifiziert zurückgewiesen. 1982 mußten die Ergebnisse der Gruppe von der Aufsichtsbehörde „National Radiological Protection Board" bestätigt werden. Mittlerweile kamen andere Untersuchungen auf bis zu 33 Tote in Folge der Reaktorkatastrophe. Auch diese Zahlen werden mittlerweile bestätigt.

## Reaktor bei Instandhaltungsoperation zerstört

Bis Anfang November blieben die Gründe für den Brand im Reaktorkern im unklaren. Da brachte die „Times" die Meldung, der Unfall ereignete sich während eines militärischen Experiments, das Antworten auf Fragen geben sollte, die während der Atomversuche in der Nähe der Weihnachtsinsel aufgetaucht waren („Industriekurier" Düsseldorf, 2.11.57). Diese Meldung wurde von der britischen Regierung sofort auf das Heftigste dementiert. Anscheinend sollte vor allem eines vermieden werden: Es sollte kein Schatten auf die militärische Seite des Atomprogramms fallen. Fortan hieß es über die Ursache des Brandes: „Die Katastrophe ereignete sich während einer ganz normalen Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung

sollen sich 50 der Uranbrennstäbe bis zum Glühen erhitzt haben. In der Folge sei das Feuer auf den Graphitblock sowie auf 150 Kanäle übersprungen.

## Ein Skandal wird vertuscht

Was immer an der „Times"-Meldung von einem militärischen Experiment als Auslöser des Unfalls wahr oder Gerücht gewesen ist, allein indem sie erschien, war sie gefährlich. Sie diskreditierte die Verfechter des militärischen Atomprogramms in Großbritannien und ihre weitergehenden Ambitionen. Das gleiche galt vom Bericht der ersten Untersuchungskommission unter der Leitung von Sir William Penney. In dem Bericht hieß es unter anderem, „Windscale werde seiner Verantwortung nicht gerecht" („FR", 2.1.88). Weiterhin kamen die Autoren zu der Auffassung, „der Unfall hätte noch viel schlimmer ausgehen können" und sei direkt auf Organisationsmängel bei der Aufsichtsbehörde zurückzuführen („FR", 2.1.88). Eine Veröffentlichung derartiger Sätze war nicht denkbar. Die britische Atomenergiebehörde befürchtete, eine Veröffentlichung des Reports würde „unweigerlich all jene mit Munition versehen, die Zweifel dieser oder jener Art an der Entwicklung und der Zukunft der Atomindustrie haben" („SZ", 4.1.88). In ihrer Pressemitteilung vom 14.11.57 betonte sie deshalb: „Ein Unfall wie in Windscale könnte sich bei den Calder-Hall-Reaktoren und den Reaktoren, die für die Elektrizitätsbehörde im Bau sind, niemals ereignen, da bedeutende Unterschiede bestehen" (VWD, Frankfurt/M., Montan, Nr. 266). Damit setzte sie eine Formulierung in die Welt, die sich seitdem bei jedem Reaktorunglück in stereotyper Weise wiederholt. Entscheidender als diese sehr allgemeinen Befürchtungen für die Zukunft der Atomindustrie — die sich



Hanau:

## Szenen einer nuklearen Bananenrepublik

Den folgenden Beitrag entnahmen wir — mit freundlicher Genehmigung des Autors, Detlef zum Winkel — dem im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienenen Buch: „Reaktoren und Raketen — Von der zivilen zur militärischen Atomenergie“ Hrsg. Udo Scheib. Er wurde redaktionell auf die für den Zusammenhang mit der Transnuklear wichtigen Aspekte gekürzt.

„Achten Sie mal auf Schnellabschaltungen“, mit der Engeweichte dem Laien. Es war eines jener äußerst seltenen Gespräche im Niemandsland zwischen der Atomfamilie und ihren Gegnern, denen der fachmännische Tip zunächst skurril erschien. Den Störfällen bei Reaktoren und darunter besonders denjenigen, die eine Schnellabschaltung erforderten, hat die Anti-AKW-Bewegung immer schon größte Aufmerksamkeit geschenkt. Vor knapp zehn Jahren veröffentlichte der Bundesverband der Bürgerinitiativen für Umweltschutz (BÜU) eine entsprechende Chronik, und jede lokale Initiative war stolz, wenn sie die umfangreiche Liste noch durch eigene Erkenntnisse erweitern konnte, die man meist durch sorgfältiges Sammeln von Pressemeldungen gewann. Denn das waren die konkreten Gegenbeispiele gegen das etablierte Argument von der Sicherheit der nuklearen Energieerzeugung. Da eine Schnellabschaltung beim Reaktor das letzte Mittel, gewissermaßen die Notbremse ist, um Gefahr abzuwenden, vermittelte sie stets auch eine Ahnung von der prinzipiell möglichen Katastrophe. Funktioniert sie nicht, so die zwar verallgemeinernde, aber letztlich doch zutreffende Annahme, dann kann es zum Totalversagen kommen. In dieser Situation ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich noch nicht abzuwärtende Gefahren ausbreiten, umso größer. Und so ist es nicht verwunderlich, daß die Chronik, die erst recht wenig jemand dazu aufforderte, der der anderen Seite zugehört und durchaus keine Zweifel an der herrschenden Meinung in der Atomindustrie hegte, nicht

Aber gerade wenn man eine Sache unter einem bestimmten Aspekt betrachtet, kann sie aus ganz anderen Blickwinkeln gesehen werden. Und man andere, sogar wackelige Aspekte

man hat die verschiedenen Aspekte der Sache nicht im Atomtotal betrachtet. Und das ist ein Hinweis auf die Unmöglichkeit, die Sache von einem einzigen Blickwinkel aus zu betrachten. Die Sache ist, was durch die westliche Presse ging, daß nämlich der sowjetische RBMK 1.000 möglicherweise militärisch genutzt wurde, was die Hanauer Plutoniumproduzenten der Fokussierung andererseits nicht, lautete die Antwort. Keineswegs sei jener graphitmoderierte Siedewasserreaktor (SWR) besonders geeignet oder qualitativ besonders günstig für die Erzeugung von Plutonium. Die in der BRD gebräuchlichen Leichtwasserreaktoren hätten sogar eine höhere Ausbeute. Nur könne man beim RBMK 1.000 ohne Unterbrechung des laufenden Betriebes einzelne Brennelemente herausnehmen, und das sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten schon bedeutsam. Um Wartungsarbeiten zu gewinnen, dürfe das Uran nachher nur verhältnismäßig kurz bestrahlt werden („niedrige Abbrandzeit“). Beim Leichtwasserreaktor dagegen müsse für den gleichen Zweck ganz abgeschaltet werden — eine ebenso aufwendig wie teure Prozedur. Nach dieser Erläuterung des fraglichen Sachverhalts kam dann, ganz beiläufig, der zitierte Hinweis, logisch aus dem Zusammenhang abgeleitet und zunächst nicht weiter aufregend, denn es ließ ja nicht ausdrücklich, bei uns würden Störfälle mit nachfolgenden Schnellabschaltungen in Leichtwasserreaktoren *vorgedacht*, um in ihr Heiligkeit wegen des Plutoniums an niedrig abgebrannte Uranbrennstäbe heranzukommen.

Ein knappes Jahr später ist diese Möglichkeit nicht mehr abwegig. Angesichts eines im Frühjahr 1987 aufgefliegenen Bestechungsmandats, der weite Bereiche der Atomindustrie erfaßt, scheint nichts mehr unmöglich zu sein in einer Branche, die mit so großer Gefahrenpotentialen umgeht, daß man ihren Verantwortlichen gesetzlich besondere Zuverlässigkeit abverlangt. Im Vordergrund der Affäre die Hanauer Transnuklear, zuständig für die Beförderung spaltbarer Materialien aller Art — im Hintergrund und nur neidisch durch die Tochter gedeckt die Mutterfirma des Hanauer Atomzentrums, NLKEM. Ein neuer kaufmännischer

Leiter des Transportunternehmens entdeckte in den Büchern Unregelmäßigkeiten und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Schnell stellte sich heraus, daß Transnuklear über schwarze Kassen in der Schweiz Millionenbeträge an Mitarbeiter von Energieversorgungsunternehmen (Preußentelektra, RWE, HEW), Angestellte von Atomkraftwerken (AKWs Würgassen, Biblis, Stade, Brunsbüttel, Brokdorf, Krümmel, Unterweser), an Ingenieure, Strahlenschutz- und Sicherheitsbeauftragte ausgeschüttet hatte, involviert und ferner Reaktorbau- und Zulieferer-Firmen und sogar das renommierte Karlsruher Kernforschungszentrum.

Schon bald nach Bekanntwerden des Korruptionsskandals mußten rund dreißig leitende Angestellte der diversen Unternehmen fristlos entlassen werden. Einer von ihnen warf sich aus persönlicher Verzweiflung, wie es heißt, vor einem Zug. Die Staatsanwaltschaft geht in vorsichtiger Schätzung von etwa hundert Personen aus, gegen die Anklagen erhoben werden müßten. Einzelheiten, die bis zum Sommer 1987 bekannt wurden, sind umso farbiger, je weniger Gewicht ihnen zukommt. Daß es extravagante Geschenke, ungewöhnliche Bewirtungen, gemeinsame Bordelbesuche etc. gegeben habe — wie menschlich (männlich) ist doch der moderne Atomtechniker — Vage ver-

der tatsächlich bestochen wurde. Niemand wäre allerdings zu einem solchen Unterfangen in der Lage, der nicht hohe und höchste Stellen hinter sich wußte. Transnuklear ist dafür eine Nummer zu klein, es sei denn, man betrachte die Firma als das, was sie faktisch ist: eine Unterabteilung der wesentlich bedeutenderen NLKEM. Achten wir auf Schnellabschaltungen.

Bei den Hanauer Atomfirmen überrascht die Häufigkeit mit welcher sich die „worst case“ Analysen als zureichend erweisen. Wer hätte anfangs gedacht, daß die Unternehmen in jeder Hinsicht ohne gültige Betriebserlaubnis produzieren, daß ihnen die atomrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen und baurechtlichen Genehmigungsvoraussetzungen fehlen? Wer hätte noch vor kurzem geglaubt, daß die gesamte Bank führender Manager wegen illegalen Betriebs kerntechnischer Anlagen angeklagt werden würde, ebenso wie sich drei ehemalige hessische Wirtschaftsminister und deren Beamte wegen Beihilfe dazu verantworten müssen? Daß gar ein frischgebackener CDU-Landesminister trotz aller Loyalität ein Sachwort von AKW-Gegnern übernehmen würde „schlimmer als Flick“? All das ist schlagzeilentragend, bleibt aber vorübergründig. Gelegentlich erfährt die staunende Öffentlichkeit, daß gegen die Regeln verstoßen wurde, nie aber



Hanauer Betriebsgelände

Hanauer Betriebsgelände

den die Erklärungen allerdings, wenn man das Motiv der Bestechungen sieht. Die Atomfamilie verbreitet die Version, durch die seltsame Kundenbetreuung habe sich Transnuklear bei den Kraftwerksbetreibern für vorrangige Aufträge für nukleare Abfälle durchsetzen können. Dies klingt wenig plausibel, da die Firma im atomaren Geschäft praktisch eine Monopolstellung innehat. Vor diesem Hintergrund bleibt mindestens die Höhe der Spendenaufwendungen ein Rätsel. Von Kritikern der Atomindustrie wird daher der Verdacht artikuliert, Transnuklear habe Sicherheitsbestimmungen unterlaufen und an Mitwisser Schweigegelände. Wenn dem so wäre, hätte die Firma eine große Dummheit begangen. Angesichts der Deckung, die die Atomfamilie bei den Behörden genießt, angesichts auch des verschworenen Gewerkschaftsgefühls, das sich in dieser Branche herausgebildet hat, wäre es besser beraten gewesen, solche Verstöße einfach zu praktizieren und alles zu unterlassen, was auf ein schlechtes Gewissen schließen läßt. Nichts wäre bezahlt worden und nichts wäre aufgefliegen.

Da man vom Atomstaat nie die Wahrheit erfährt — das ist ja eines seiner Charakteristika —, muß man den harmlosen Versionen, wie sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden, stets die schlimmsten Befürchtungen entgegenzusetzen. Das heißt in diesem Kontext, daß für nukleare Abfälle besonderer Art Zuschläge gezahlt wurden. Abfall ist nicht gleich Abfall. Der „Müll“, um den es geht, muß einen besonderen Wert gehabt haben, so daß sein Bestehen eine Bearbeitung keine lästige, kostenaufwendige Pflicht, sondern ein höchst gewinnträchtiges Unternehmen darstellte. Dieser Wert ergibt sich aus der militärischen Nutzbarkeit der abgebrannten Brennelemente, aus der Menge, der Reinheit und Abtrennbarkeit des dann enthaltenen Plutoniums. Um den kostbaren „Müll“ zu produzieren, muß der normale Betriebsablauf eines Atomkraftwerks unterbrochen werden; wer das beabsichtigte, bräuhete dazu die Mitwirkung eines Personenkreises, der ziemlich genau demjenigen entspricht,

warum. Die These ist, daß alles, was in dem ostheussischen Unternehmenskomplex suspekt ist, sich auf militärische Interessen und Ambitionen zurückführen läßt. Anders gesagt, daß es einen verdeckt handelnden, hochgestellten Personenkreis gibt, der systematisch auf einen Kernwaffenstatus der Bundesrepublik hinarbeitet. Diese These läßt sich nur plausibel machen, wenn wirklich bewiesen, Eindeutig bewiesen ist allerdings das schlechte Gewissen der Akteure, ihre Kenntnis der Massenmord-Qualitäten bestimmter nuklearer Materialien, die sie bei ständiger Leugnung unfriedlicher Absichten gleichwohl begierig hosten, ihr Wissen um die Nähe zur Bombe und die Mischung aus Faszination und Schrecken, die dieses Bewußtsein auslöst. Genau das ist häufig das Kennzeichen, mit dem sich ein Verhängnis ankündigt.

... In Hanau ist das weltweit größte Reservat an Kernsprengstoffen vorhanden, das von einem Staat unterhalten wird, der keine eigenen Kernwaffen besitzt. Das spricht für sich. Aber die „kernelle Energie“ (Joschka Fischer) der Nuklearfirmen erschöpft sich keineswegs darin, die Öffentlichkeit zu hintergehen, Genehmigungsverfahren zu verzögern oder Sicherheitsbestimmungen zu unterlaufen. Sie erstreckt sich auch darauf, die diversen Gelegenheiten zu nutzen, um an den Kontrollinstanzen vorbei nukleare Vorräte anzulegen und undurchschaubare Geschäfte zu betreiben. Nach Meinung der Illustrierten stört das bereits ein „nuklearer Schwarzmarkt“ etabliert.

### Vagabundierendes Plutonium

Es ist verblüffend einfach, aber das Wichtigste, was man darüber wissen muß. Alle physikalischen, chemischen, biologischen, mechanischen, ökonomischen, militärischen, politischen oder sogar psychologischen Charakteristika des Plutoniums kulminieren in einer Eigenschaft. Es verschwindet, wo es nicht verschwinden darf, um plötzlich dort aufzutreten, wo es keiner vermutet.

Am 27.2.87 fand in der sog. „Schrottabteilung“ von NLKEM ein Plutonium-Unfall statt. Die betroffenen Räumlichkeiten wurden geschlossen. Am 12.3., als bei einem Arbeiter eine Kontamination festgestellt wurde, informierte das hessische Wirtschaftsministerium die Medien. Ein Untersuchungsprogramm ergab, daß 20 NLKEM-Beschäftigte das Gift inkorporiert hatten. Der Unfall ereignete sich, als Arbeiter eine 4,3 Gramm schwere Uran-Probe aus dem Karlsruher Kernforschungszentrum aufgesägt und in einem Salpeterbad gelöst hatten. Zuvor hatten sie schon fünf Kilogramm Uran desselben Ursprungs behandelt, ob dabei ebenfalls Plutonium mit im Spiel war, bleibt unbekannt, da die Messung, die den Unfall aufdeckte, nur Stichprobenartig vorgenommen wurde. Die als Uran deklarierte Probe, die früher zu Versuchszwecken benutzt worden war, enthielt aus angeblich unerklärlichen Gründen 0,2 Gramm Plutonium. NLKEM hat keine Umgangsgenehmigung für Plutonium. So wurde das Ganze als ein Versehen dargestellt, für das Karlsruhe angeblich verantwortlich gewesen sei. Diese Version ist nichts als ein grober Täuschungsversuch (obrigens nicht der einzige in diesem Fall). Die CDU lancierte das Gerücht, Saboteure hätten das Uran absichtlich „verunreinigt“, um die Atomindustrie in Mißkredit zu bringen.

Das Kernforschungszentrum gab den schwarzen Peter an das europäische Institut für Transurane weiter, wo die Probe gelagert worden war; jenes erklärte, es arbeite in der Tat hauptsächlich mit Plutoniumproben (was ja schon aus dem Namen hervorgeht — ansonsten: ein weiteres bisher unbekanntes Plutoniumreservoir), habe aber auch die Uran damit verwechselt. Die Botschaft lautete: Die Probe sei am 14.87 die keine Probe sei Teil einer 1000 (1) starken Uran-Sendung. Das Kernforschungszentrum gewiesenermaßen der vergangenen Monate „zur Umarmung“ an NLKEM abgegeben worden sei. Die Weiberlinger „Tageszeitung“ ergänzte, Uran und Uranproben seien auch in andere Länder abgefahren. Am 1.9.87 wurde die Frankfurter Allgemeine Zeitung informiert, daß die Probe am 14.87 die keine Probe sei Teil einer 1000 (1) starken Uran-Sendung.

Am 14.87 wurde die Frankfurter Allgemeine Zeitung informiert, daß die Probe am 14.87 die keine Probe sei Teil einer 1000 (1) starken Uran-Sendung. Am 14.87 wurde die Frankfurter Allgemeine Zeitung informiert, daß die Probe am 14.87 die keine Probe sei Teil einer 1000 (1) starken Uran-Sendung. Am 14.87 wurde die Frankfurter Allgemeine Zeitung informiert, daß die Probe am 14.87 die keine Probe sei Teil einer 1000 (1) starken Uran-Sendung.

Nach dem Gespräch verfügte der neue hessische Umweltminister, Karlheinz Weimar, im Unterschied zu seinen Vorgängern auch für die Atompolitik des Landes zuständig, die nicht genehmigte Überschussmenge in staatliche Verwahrung zu nehmen (FR, 20.5.). Die Hanauer Staatsanwaltschaft eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen unerlaubten Umgangs mit Kernbrennstoff gegen NLKEM. Am 5.6. informierten die Grünen auf einer Pressekonferenz darüber, daß auf Anordnung Weimars 100 Kilogramm schwach bestrahlten Urans der NLKEM in den Plutoniumbunker der Schwesterfirma ALKEM zur Verwahrung genommen worden seien. Tage später teilte die Staatsanwaltschaft mit, die Firma habe auch die zulässige Menge anderer Kernmaterialien in rechtswidriger Weise „erheblich erhöht“. Demonstrativ veranstaltete das Umweltministerium am 29.6.87 eine nicht angekündigte Begehung der Hanauer Betriebe zur Durchführung einer

„Mengenkontrolle“. Ergebnis: Alles habe seine Ordnung, Überschreitungen der Höchstgrenzen seien nur „kleine Fehler“. Allerdings ist es kaum möglich, in einer einzigen Aktion den Firmen wirklich auf die Finger zu schauen. Im übrigen bleibt der Plural des in der Politik so wichtigen Begriffes Einzelfall immer wieder markant.

Skandale bewirken eine eigenartige Medienarbeit ihrer Akteure. In diesem Fall standen winzige 4,3 Gramm am Anfang. Zwei Monate später belief sich die öffentlich verbreitete Mengenangabe auf 238 Kilogramm. Das ist etwas mehr als das fünfzigfache. Folglich hat man der Öffentlichkeit zugemutet, daß sich die Menge dessen, was bei NLKEM faul war, täglich um das Tausendfache des anfänglich behaupteten Wertes vermehre. Amasani — wenn es nicht um Spaltstoffe ginge. Doch was sind die „Definitionschwierigkeiten“ oder „unterschiedlichen Lesarten“ bei jedem schwach bestrahlten Uran? Natürlich geht es um das, was darin enthalten ist und dessen Namen man so außerordentlich ungern ausspricht. „Wie find' ich nur ein anderes Wort für Plutonium...“ Die schwache Bestrahlung produziert, wie oben expliziert wurde, wenig, aber unreines Plutonium. 239 Mindestens die hundert Kilogramm, die in die staatliche Verwahrung genommen wurden, sind daher hochinteressant. Sie könnten noch nicht angeordnetes Wasserplutonium enthalten. Woher, woher, woher? Und wie kommt NLKEM dazu, sich in der Wasserplutonium zu versuchen, um Plutonium zu gewinnen? Vorerst bleibt es der freien Assoziation der Gedanken überlassen, den einen NLKEM-Skandal mit dem anderen, der NLKEM-Transnuklear-Korruption mit dem anderen, die entgegengesetzten Schlüsse zu ziehen. Zu wissen, daß es keine Kontrolle von Plutonium gibt, auf die man sich eingemessen verlassen könnte — Bananenstadt Hanau.

### Verlorene Unschuld

So gut wie alle Unternehmen des Atomzentrums haben bereits Aufträge für militärische Lieferungen ausgeführt. ALKEM kooperiert mit den militärisch genutzten Schnellbrutern. ALKEM kooperiert mit den militärisch genutzten Schnellbrutern. ALKEM kooperiert mit den militärisch genutzten Schnellbrutern. ALKEM kooperiert mit den militärisch genutzten Schnellbrutern. ALKEM kooperiert mit den militärisch genutzten Schnellbrutern.

Sie funktioniert natürlich nicht, und wie sich in allen atomaren Schweizerländern zeigt, ist die Entwicklungsrichtung ihrer jeweiligen Nukleartechnik eindeutig. Sie nähern sich — mehr oder weniger verdeckt, aber bisher unauffällig — der Bombe. Auf diesem Gebiet sei alles nur Aufschub, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem Kommentar über Bemühungen, die Proliferation einzudämmen (FAZ, 5.7.85). Das beleuchtet das Selbstverständnis der maßgeblichen politischen Kräfte: Die Bombe kommt, sorgen wir also dafür, daß wir sie nicht als letzte erhalten. Erinnerungen an das Agieren der deutschen Industrie in den zwanziger und dreißiger Jahren — der Krieg kommt, sorgen wir also dafür, daß wir gut gerüstet sind — sollen sich nicht zufällig ein. Damals wie heute waren die Verantwortlichen gezwungen, ihre Vorbereitungen gegen internationale Verträge und in aller Stille zu treffen. Damals wie heute sind es die gleichen Kapitalgruppen. Sie haben also Erfahrung. Ein Hanauer Bürgermeister drückte es 1983 ungewollt sehr treffend aus: „Wir saßen schon immer auf einem Pulverfaß.“ Im Stadtrat Wolfgang, dort wo heute die Nukleartfirmen ansässig sind, war in der Nazizeit eine Pulverfabrik der Degussa.



Aids:

# Einbrüche — Anatomie eines Urteils

Nürnberg, Ende November '87: Zwei Jahre Knast ohne Bewährung für einen „boswilligen“ HIV-Positiven. Nicht der erste Fall. Kein Ausreißer. Generalprävention! Spitze des Eisbergs von Zwangsmaßnahmen überall im Land. In Nürnberg inszeniert, in Bonn und von den Länderexekutiven geluligt.

Selbstverständlich gibt es Kritik! GRÜNE, SPD, sogar die CDU-Spitze der Enquete-Kommission protestieren. Die AIDS-Hilfen sowieso. Aber die Proteste bleiben verbal, bzw. sind zu schwach. Die vollendeten Tatsachen sind stärker.

Was als bayerische Realsatire zu beginnen schien, entwickelt sich zum bundesdeutschen Trend. Das Individuum wird im Namen der Solidargemeinschaft diszipliniert, erscheinende Tests, Zwangstest, Berufsverbote, Isolation, Knast, Vorschläge zur Internierung und Sterbehilfe und keine bayerischen Ausnahmen mehr.

Neue Worte, bekannte Inhalte. Kann Geschichte sich doch wiederholen? Wird AIDS in der BRD zur Nagelprobe der Demokratie, wie Kritiker meinen? Schauen wir auf die Fakten. Sie sind grausig genug.

Dazu die Artikel auf den folgenden Seiten.

F.

Das aktuelle Urteil des Nürnberger Landgerichts gegen einen AIDS-Infizierten ist schon ohne alle vorge-schobenen Begründungen eine so grausame und menschenverachtende Maßnahme, wie es nur in der Geschichte der Menschheit gegeben hat. Am 17.11. der Amerikaner Linwood B., 46, ehemaliger Koch der Nürnberger US-Streitkräfte, schwul, farbige, seit seiner Verhaftung am 5.2.87 in U-Haft, auf Grund einer Anzeige seines Anwalts wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Er soll „ungeschützten Geschlechtsverkehr in drei Fällen ausgeübt“ haben, obwohl er von seiner HIV-Infektion gewußt und nach ärztlicher Aufklärung die Gefahr gekannt habe, die von ihm ausging.

1. Staatsanwaltschaft hatte dreierlei Forderungen. Die Verteidigung freigesprochen. Revision einlegte, wurde das Urteil nicht aufgehoben, das Urteil damit faktisch vollstreckt, bevor es noch schriftlich ist.

Das Urteil wurde gesprochen, obwohl das Gericht nach eigenen Aussagen nicht nachweisen konnte, daß der Beklagte seine Partnerin tatsächlich mit dem HIV-Virus infizierte, einer der Zeugen sich in der Verhandlung sogar selbst als HIV-positiv erwies, ein weiterer Zeuge widersprüchliche Aussagen machte, ein dritter gar nicht erst aufzufindbar war. Für die Verurteilung reichte dem Gericht der auf die Aussage seines Anwalts gestützte Vorwurf, daß „ein einschlägiges Verhalten“ des Angeklagten sei „generell“ geeignet gewesen, Menschen zu schädigen.

Nicht einmal ansatzweise versucht das Gericht zu verbergen, daß hier auf Kosten eines Angeklagten Politik gemacht werden soll, begründete genau dies vielmehr mit „generalpräventiven Gesichtspunkten“ und angeblicher „Gefährdung unseres Rechtsstaats.“ Ein AIDS-Infizierter dürfe „nicht safer sex, sondern nur safer sex oder gar keinen sex“ praktizieren. Auch bei der Ausübung von Praktiken, die unter „safer sex“ empfohlen würden, bleibe ein Restrisiko. Die Vorsichtsmaßnahmen, die von amtlichen Stellen — etwa aus dem Bundesgesundheitsministerium und selbst vom bayerischen Gesundheitsministerium — empfohlen werden und werden, seien für die gesunde Bevölkerung gedacht und geeignet, nicht jedoch für Infizierte (Man höre und staune!) Weder der Infizierte noch die Regierung oder die Gesundheitsbehörden dürften den Gesunden das Restrisiko aufbürden. Ein Rest von Vertrauen gerade in diesem Bereich müsse erwartet werden können, sonst drohe die „totale Kondomgesellschaft“.

Allen AIDS-Infizierten müsse kar gemacht werden, daß sie ein Risiko

nicht einfach auf andere abwälzen könnten, betonte der Richter, aber nicht jeden erreiche die Aufklärung. Bei einer Abwägung der Rechtsgüter müsse die körperliche Unversehrtheit der Allgemeinheit eindeutig höher eingewertet werden als die Interessen des Angeklagten, insbesondere die freie Ausübung der Sexualität wie auch die ärztliche Schweigepflicht.

Das Gericht kritisierte zudem ausdrücklich, daß AIDS bisher nicht in den Katalog der meldepflichtigen Geschlechtskrankheiten aufgenommen worden sei und fügte demonstrativ den Leiter des Nürnberger Gesundheitsamtes, der sich geweigert hatte, der Polizei bei der Fahndung nach Belastungszeugen behilflich zu sein.

## Entrechtung

Was das Urteil als allgemeine Norm erst postuliert, nämlich die Entrechtung und Sonderbehandlung von AIDS-Infizierten, wurde in der Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen den „Aids-Desperado“ Linwood B. bereits praktiziert, wie den Erklärungen von dessen Anwalt sowie des „komitees Aids und Menschenrechte“ mit erschreckender Deutlichkeit zu entnehmen ist. (1)

Am 5.2.87 wird Linwood B. auf Grund einer Anzeige seines Anwalts verhaftet. Dr. Smith, seinerzeit Chef der Abteilung für vorbeugende Medizin am US-Hospital in Nürnberg, informiert ohne Wissen seines Patienten die Staatsanwaltschaft, als dieser von einem bereits über seine HIV-Infektion aufgeklärten Linwood mit einem frischen Tripper zur Behandlung beim einsteift. Bei Dr. Smith handelt es sich vermutlich um denselben Arzt, der das Nürnberger Gesundheitsamt mit dem Argument, die Prostituierten seien für die zunehmende Zahl Aids-kranker US-Soldaten verantwortlich zu machen, Zwangsmaßnahmen gegen sie durchzusetzen ließ. B. wurde in U-Haft genommen, auch Schweigepflicht erwidert worden wäre, werden Ärzte vom Ermittlungsrichter vernommen. Die so gewonnenen Krankenunterlagen und die Krankengeschichte waren die einzige Grundlage des sofort erlassenen Haftbefehls.

Mit der Verhaftung und den Vorwürfen der weiteren Ermittlungen beauftragte die Staatsanwaltschaft Nürnberg die Mordkommission der Kripo. Ahnungslos und unter Androhung von Schußwaffeneinsatz gegen ihn im Falle eines Mißlingens versuchs wurde Linwood B. in eine Wohnung verbracht. Linwood B. wurde durch einen Anwalt, der nach einer Anhörung durch den Richter Berghofer Weichner mit Blick auf „derartige Anzeigen“ und unter direktem Hinweis auf die konkreten Fälle, „in den aller

schwersten Fällen kann sogar der Mordtatschlag denkbar sein.“ Am 25.2. erklärte die bayerische Landesregierung mit ihrem Maßnahmenkatalog zur AIDS-Bekämpfung im Vorgriff auf geltendes Recht das „bewußte oder fahrlässige Infizieren anderer mit Aids“ zur „schweren Straftat“, die mit Nachdruck zu verfolgen sei.

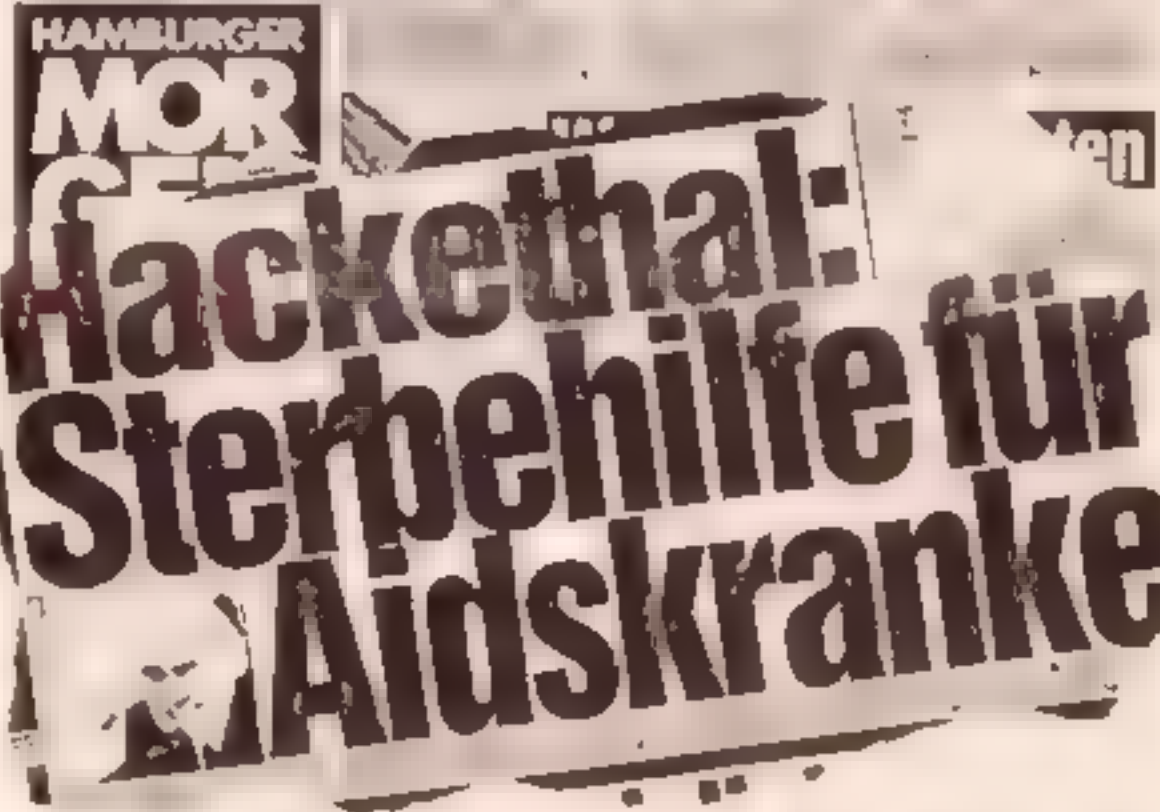
Nach geltendem Recht, hielt Linwood B.'s Anwalt dagegen, sei versuchte fahrlässige Körperverletzung überhaupt nicht strafbar. Um die Aids-Politik der bayerischen Staatsregierung propagandistisch zu unterstützen, wurde die Grenze zwischen fahrlässiger Körperverletzung und vorsätzlicher Körperverletzung durch den Richter Berghofer als „bedingten Vorsatz“ (billigendes Inkaufnehmen) zu angeblich schweren Straftaten hochstilisiert. Entgegen dem normalen Gang der juristischen Dinge, sei die Anklage auch nicht beim Amtsgericht, sondern unter Ausschaltung einer Vorinstanz, sofort beim Landgericht eingeleitet worden. Alldies, so Berghofers Resümee, stehe eine „massive und unverhältnismäßige Einschüchterung in die richterliche Gewalt“ und eine „unmittelbare Einflußnahme der bayerischen Staatsregierung über deren Justizministerium auf die Nürnberger Staatsanwaltschaft“ dar.

Erst nach der Festnahme Linwoods begannen die Ermittlungen nach den angeblich durch ihn Geschädigten und möglichen Belastungszeugen. Es wurden zwei Farbfotos von ihm gemacht, ein Ganzkörperbild, eine Gesicht/Schulter-Aufnahme. Mit diesen Fotos, heißt es in der Pressecorrespondenz des Anwalts weiter, hätten die Beamten der Mordkommission sodann zahlreiche Lokale in Nürnberg aufgesucht, „Sie zeigten den Gästen Fotografien meines Mandanten, teilweise vor versammelten Lokalgästen. Dabei

wurden die Fotografien mit den Worten vorgezeigt: „Der hat Aids. Jeder der mit ihm was gehabt hat, kann jetzt davon ausgehen, daß er auch Aids hat.“ Ein Zeuge ist bereit, dies eidesstattlich zu versichern. Die Fotografien wurden Prostituierten an der Frauen-Torwand zur Anschau gegeben. Ferner sollten sie nach dem Willen der Kriminalpolizei in den Räumen der Aids-Hilfe Nürnberg als auch des Gesundheitsamtes der Stadt Nürnberg zur Auffindung weiterer Zeugen ausgestellt werden.“ AIDS-Hilfe und Gesundheitsamt verweigerten allerdings dieses Ansinnen.

Auch über diese Ermittlungen hinaus demonstrierten die bayerischen Behörden, daß „Aids-Desperados“ ihrer Meinung nach freiwild sind. Hören wir weiter den Verteidiger: „Aus einem nur vorliegenden Aufsatz vom 15.4.87 des Bochumer Professors Dr. Rolf Dietrich Herzberg für die Zeitschrift 'Neue Juristische Wochenschrift' ergibt sich zweifellos, daß dieser im Besitz des Wortlauts der Anklageschrift ist. Professor Herzberg ist be-

## Hamburgs Virologe Nr. 1 Sterbekliniken für AIDS-Kranke!



reits als Autor der vom bayerischen Staatssekretär Peter Gauweiler herausgegebenen Zeitschrift

„Aids-Politik“ unterstützt. Nach Sachlage kann Professor Herzberg die Anklage, die richterliche Bewertung ja sogar die mögliche Verteidigerstrategie bereits eingehend diskutiert, bevor das Gericht die Anklage überhaupt nur zugelassen hat.“

Auf eine Anfrage des GRÜNEN MdL Hans Günther Schramm erklärte das Justizministerium unumwunden: „Wir haben die Staatsanwaltschaft zur wissenschaftlichen Auswertung um einen Abdruck der Anklageschrift gebittet und vertrauliche Behandlung schriftlich zugesichert. Eine Strafbarkeit sei bei diesem Vorgang nicht ersichtlich.“

Seit dem Tag seiner Verhaftung, also seit nunmehr zehn Monaten wird Linwood B. in U-Haft gehalten. Begründung: Fluchtgefahr, obwohl er nachweislich über Arbeit, festen Wohnsitz, soziale Beziehungen verfügt. Alle Proteste des Anwalts blieben ohne Erfolg. Auch Haftverschonung unter Auflagen (Pflichtabgabe, Meldeauflagen) lehnte die Staatsanwaltschaft schon im Mai kategorisch ab. Ein Kautionsangebot beanwortete sie mit den Worten: „Egal in welcher Höhe, eine Kautions wird nicht akzeptiert.“ Faktisch sei das eine „Vorwegnahme der aus den Kreisen der CSU geforderten „Absonderung von Aids-Infizierten“ konstatierte Rechtsanwalt Becker.

Auch nach dem Urteil zeigt die Staatsanwaltschaft keine Bereitschaft zur Aufhebung der U-Haft. Unter den z. Zt. in Sachen AIDS in BRD-Knästen herrschenden Verhältnissen ist das gleichbedeutend mit Isolation.

## Orates im Gerichtssaal

Neun Tage ergingen sich Richter, Staatsanwälte, beamtete Zeugen samt zwei staatsanwaltschaftlich geaderten Gutachtern in den Details von Linwood B.'s Geschlechtsleben im besonderen und den Abgründen der ihrer Meinung nach bedrohten Sexualität und Sittlichkeit im allgemeinen. Schaudern durften Speier im und außerhalb des Gerichtssaals ihre sexuelle Neugier als Ekel getarnt befriedigen, durften die Sachverständigen ihren apokalyptischen und die Richter ihren ordnungspolitischen Ergüssen freien Lauf lassen.

Nachdem der Angeklagte am 3. Juni von seinem Arzt über seine Infektion informiert worden sei, so das Ermittlungsergebnis der Mordkommission, habe er sich schließlich durch die einseitige Aussage der spanischen Bekannten Cardenas ohne Verwendung eines Kondoms, Oral und Analverkehr ausgeübt, noch dem 3. Juni im „Club 67“ ebenfalls se-

mann der Mordkommission und der Presse. So heuchelte der Reporter der „Nürnberger Nachrichten“: „Im übrigen zeigte sich der 43-jährige Polizist gestern vor Gericht erschüttert über den Eindruck, den er in dem Homosexuellentreff gewonnen hatte. In Nürnberg, die halben Breitere verschlagen, wurden Sexualpraktiken ausgeübt, von denen der Beamte bis zu seinem dienstlichen Besuch noch nichts gewußt hatte. Wenn man so etwas gesehen hat, schläft man nicht mehr ruhig“, meinte der Polizist.

Was wäre für ein wahren Gutachten der Professoren J. Kaden, Immunologe aus Erlangen und B. Fleckenstein, Virologe, die dem Gericht bestätigten, daß es letztlich auf die sexuellen doch gar nicht so entscheidenden, da es ohnehin „schwierig“ sei, im Hinblick auf Übertragbarkeit der Viren, die Krankheiten „verbindliche Aussagen zu machen.“ In den baderen Worten des Lokalreporters: „Die in Broschüren und offiziellen Schriften gemachten Hinweise zu „safer sex“ (Verwendung eines Präservativs, Oralverkehr ohne Ejakulation) wollte er (Fleckenstein — d.V.) nicht als sichere Methoden zum Ausschluß einer Infektion sehen. Das Risiko sei allerdings in den vergangenen Jahren „deutlich“ unterschätzt worden.“

Die Infektion bei ungeschütztem Oralverkehr, bezeichnete Fleckenstein als „äußerst wahrscheinlich.“ Zur Sicherheit von Kondomen äußerte er aus: „Manche lassen den Virus durch.“ Sein Kollege Kaden bestätigte nur: „Ein Gegenargument der Verteidigung war keine Zusage.“

Die Infektion der HIV-Infizierte ist demnach der plötzliche Schatz. Wer das nicht akzeptiert, muß damit rechnen, wie Linwood B. als böswilliger „Aids-Desperado“ verurteilt zu werden. Das nämlich ist der einzige Punkt der Anklage, der Linwood B. wirklich nachgewiesen werden konnte: Überhaupt sexuelle Kontakte mit einem HIV-Infizierten.

Die Aussage des Arztes Linwood hatte sich nicht erst am Datum einen Tipper zugezogen, sondern auch den medizinischen Umständen nach, daß es so war, nicht wie er behauptet hat. Die vom Gericht angestellte Vermutung, er habe ihn sich beim ungeschützten Kontakt mit einer Prostituierten gefühlt, mag zutreffen, muß aber nicht. Bewiesen hat das Gericht auch diese Tatsache nicht.

Im Zweifel, für den Angeklagten sollte mensch denken. Nach so viel hat, wenn es um AIDS geht, doch selbst das Urteil auf Lebenszeit, ein Verbot und Isolation des Angeklagten, ist ein hartes Urteil. Die für den Strafprozeß ein weiteres Unfortunat.

Die Infektion der HIV-Infizierte ist demnach der plötzliche Schatz. Wer das nicht akzeptiert, muß damit rechnen, wie Linwood B. als böswilliger „Aids-Desperado“ verurteilt zu werden.

## „Internieren“

Nur einen Monat später geschah, was nach diesem Prozeß nicht überrascht Bayerns Staatssekretär Gauweiler eingeleitet den (im letzten AK ausführlich vorgestellten) schwedischen Apokalypse-Hochrechner Mikael G. Koch (nicht zu verwechseln mit dem West-Berliner Virologen Meinrad Koch) ab 1.88 für 100.000 DM jährlich als wissenschaftlicher Berater Kochs erste Amtshandlung bestand darin, in einem Interview mit der einschlägig bekannten Zeitschrift „Quick“ die Meinung von „unentschiedenen“ HIV-Infizierten Drogenabhängigen und Prostituierten, sowie die systematische Überprüfung Schwangerer zu fördern. Die Verantwortung für die praktische Veranlassung wies er mit dreifacher Selbstschuldensyndrom von sich: „Es ist nicht meine Aufgabe, darüber nachzudenken, wie man diese Probleme in der Praxis löst. Ich bin weder Polizist, noch Chef eines Gesundheitsamtes. Der eine wird das Problem in Form von geschlossenen Infektionskliniken lösen, ein anderer als Gefängnisartigen Aufenthalt. Welche Form letztendlich gewählt wird, weiß ich nicht.“

Der bayerische Sozialminister Karl Hiermeier (CSU) unterstützte Kochs Forderung: „Dem verantwortungslosen Verhalten einiger aids-infizierter Desperados“ könne nicht zugesprochen werden. Dieser kleine Kreis, der gurgelnden Ratschlägen nicht folge, müsse abgesondert werden, „in welcher Weise auch immer.“ Allerdings sei die Landesregierung der Meinung, daß AIDS-Infizierte im allgemeinen be-

Was blieb, waren ernüchterte Sauber-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

reich der Krankenhäuser untergebracht werden sollten und nicht in Aids-Kliniken oder ähnlichen Einrichtungen. (3)

### Empörung

Nun soll niemand meinen, es mit einem isolierten Alleingang bayerischer Gauweiler zu tun zu haben.

Zwar stieß schon das Urteil in sozialdemokratischen Kreisen, bei den GRÜNEN und den AIDS-Hilfe-PraktikerInnen lokal wie bundesweit auf „scharfste“ Kritik. Die AIDS-Kommission im Bonner Bundestag, die neben einigen SPD-Bundestagsabgeordneten auch Bundesanwalt Bruns, Dieter Rühl von der „Deutschen AIDS-Hilfe“, die Experten Rolf Rosenbrock und Sophie Becker angehören, erklärte, das Gericht habe völlig verkümmert, „daß nicht nur Infizierte eine besondere Verantwortung für die Gesundheit ihrer Partner haben, sondern daß vor allem Gesunde Verantwortung für ihre eigene Gesundheit tragen“. Mit dem Urteil werde eine gesellschaftliche Lawine losgetrieben, die in Stigmatisierung und Ausgrenzung Infizierter enden werde. „Das Urteil bereitet den Weg zur Denunziation! Das Gesetz für Infizierte liegt in seiner Konsequenz.“ Man hoffe, daß das Urteil vor dem Bundesgerichtshof keinen Bestand haben werde. Die GRÜNEN sprachen vom „Coup der Inhumanität“. Sie setzten auf „Selbstverantwortlichkeit“. Die Praktiker beklagten den „schweren Rückschlag“ in der Bekämpfung der Krankheit. (4)

BRD Internierung und Sondermaßnahmen fordert. Auf einer Insel bei Stockholm soll eine Quarantänestation für „unbelehrbare“ HIV-Infizierte eingerichtet werden. (siehe nebenstehenden Artikel) Nur wenige Tage nach dem Nürnberger Urteil trat der Bürgermeister von Frankfurt mit ebensolchen Internierungsplänen an die Öffentlichkeit. Auf einer AIDS-Tagung in Hamburg CCH am 12./13. Dezember, an der neben diversen Experten-Prominenten auch der Amerikaner Gallo teilnahm, kritisierte der Leiter des Hamburger Instituts für Impfen und Virologie, Dr. Godse Nielsen zusammen mit seinem Kollegen der Universitätsklinik Eppendorf, Raeder, die „Heile, heile Segen-Kampagne“ aus Bonn. In 30 Jahren werde die Bevölkerung zur Hälfte mit Aids infiziert sein. Man brauche deshalb „Refugien“, Sterbekliniken für AIDS-Kranke (MoPo 14 und 15.12.87).

Auf einer zur gleichen Zeit in Mannheim stattfindenden Tagung von über 600 „Rechtsexperten und Seuchenpolitikern“ zum Thema „Die Rechtsprobleme von AIDS“ fand das Nürnberger Urteil überwiegend Zustimmung. Im übrigen widmeten die TeilnehmerInnen der Tagung ihre Aufmerksamkeit vor allem der Frage, ob und welche Sondergesetze im Rechtsgefüge der BRD notwendig seien, angefangen bei der Ergänzung des Seuchengesetzes über Änderungen des Arbeitsrechts bis hin zu neuen Klauseln im Versicherungs- und Familienrecht. Die Frage hieß offenbar gar nicht mehr, ob, sondern nur noch was geändert werden müsse. (Dies bedurfte wie manches andere zum Thema bei Gelegen-

die aus dem Frühjahr bekannten politischen Vorladungen zu Zwangstests in Frankfurt und West-Berlin. Meldungen darüber fehlen).

### Ach, wär's doch nur ein Traum...

Die Aids-Kampagne der bayerischen Landesregierung verändert die Republik. Schritt für Schritt geht, es sei nur gestattet zu sagen, liberaler, humanistischer und demokratischer Boden in der Gesellschaft verloren. Diese Entwicklung gab dem Nürnberger Urteil seine eigentliche Brisanz. Besonders verheerend für das öffentliche Bewußtsein ist dabei die scheinbare Alternative zwischen Gauweiler und Süßmuth als größerem und kleinerem Übel.

Im Februar startete die CSU, gestützt auf die Medien, nicht zuletzt den „Spiegel“, ihre Hochrechnungskampagne. Strauß erklärte AIDS zu einem der Kernthemen des konservativen Programms. Am 25. 2. schaffte die bayerische Staatsregierung vollendete Tatsachen durch Vortage ihres AIDS-

Maßnahmenkatalogs, den sie als Initiativprogramm für die BRD bezeichnete. Anlagen wie die jetzt verhandelte waren eine der ersten Folgen. Anfang Juli legte Strauß entsprechende Gesetzesvorschläge im Bundesrat vor, die im wesentlichen dem bayerischen Muster folgen. Zimmermann wies eigenmächtig den BGS an, AIDS-infizierte Ausländer an den Grenzen zu stoppen. BKA, aber auch LKAs, legten mit ministerieller Billigung AIDS-Dateien an, die ihre Daten aus Strafakten, Gefängnissen und Gesundheitsämtern speisen. Nach Protesten wurde der Hinweis „AIDS“ durch „Achtung, Blokkontrollen“ ersetzt. Im übrigen werden die Dateien nach wie vor weiter aufgefüllt.

Vor dem Dunkel der bayerischen Maßnahmen konnte sich das Süßmuth-Programm als sanfter Linie profilieren. Am 20.06. wurde die Enquete-Kommission zu AIDS eingesetzt, die im Kontrast zur Linie der Straußgruppe unter dem Motto „Aufklärung statt Zwang“ operiert. Die Alternative zwischen kleinerem und größerem Übel, die früher zwischen Regie-

rungsparter und Opposition ausgespielt wurde, verengte sich auf Alternativen innerhalb des konservativen Lagers. Kritiken der SPD, der GRÜNEN, selbst der AIDS-Selbsthilfen degenerierten in dieser Konstellation zunehmend zu Anhängeln der „sanften“ Süßmuthlinie. Seit Einführung von „AIDS-BeraterInnen“ bei den Gesundheitsämtern verstärkte sich diese Tendenz der Verstaatlichung der AIDS-Politik auf einer konservativen Grundlage.

Inzwischen sind Zwangsmaßnahmen in „Problemgebieten“ keineswegs mehr bayerische Besonderheit.

Still und heimlich verabschiedete Hessen als erstes Bundesland nach Bayern im Oktober eine „Verordnung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten“. Die Internierungspläne des Stadt Frankfurt sind eine erste sichtbare Anwendung davon.

Inzwischen wurde ein AIDS-Erlass des NRW-Justizministers Krummbein bekannt, in dem es heißt: „die Ermittlung HIV-Infizierter Gefangener ist)

Fortsetzung auf Seite 16

### L'AIDS ARRIVA IN ITALIA



Die nachgestellte Fortsetzung Kof führte sogar zu Protesten der Anwesenden der Enquete-Kommission zu AIDS, Hans Peter Voigt (CDU). Kochs Forderung sei „nicht der richtige Weg“, vielmehr müßten die

zenden der Enquete-Kommission zu AIDS, Hans Peter Voigt (CDU). Kochs Forderung sei „nicht der richtige Weg“, vielmehr müßten die Therapieplätze für Drogenabhängige geschaffen werden. Auch die systematische Überprüfung Schwangerer lehnte er ab. Statt auf Zwangsstests müsse auf Freiwilligkeit gesetzt werden.

Die bayerischen GRÜNEN erklärten, Koch entlarve sich mit seiner Forderung als „politischer Desperado, der gesundheitspolitisch vollkommen inkompetent ist“. Auch die SPD lehnte eine Internierung scharf ab. „Der Weg zu Aids-Internierungslagern dürfte nicht mehr fern sein“, wenn es erst geschlossene Infektionskliniken gebe, erklärte MdB Renate Schmidt. Koch habe schon in der Aids-Kommission des Bundestages mit seinen Auffassungen und Forderungen weitgehend allein gestanden. Eine Internierung Aids-Infizierter treibe nicht nur deren Menschenwürde mit Füßen, sondern wiege auch Nicht-Infizierte in falscher Sicherheit. Alle Zwangsmaßnahmen wirkten kontraproduktiv, weil sie Infizierte in den Untergrund trieben und damit zu einer weiteren Verbreitung von Aids beitrugen würden. Bundesanwalt Bruns erklärte, Koch sei offenbar „über unsere Rechtslage nicht ausreichend informiert“. Eine „Absonderung“ von Aids-Infizierten müsse praktisch lebenslang erfolgen. Dies aber sei ein „außerordentlich schwerwiegendes Eingriff“, der durchgreifende Normen etwa das Bundesverfassungsgesetz, nicht gedeckt sei. Kochs Vorschläge liefen auf „ein lebenslanges KZ“ hinaus. (5)

### Ein Gauweiler kommt selten allein

Bei soviel prominenten Kritik, mag sich mancher beruhigen, daß die Unen in Bayern eben auf AIDS-Zeit, statt auf mitteleuropäische stehen und daß es so schnell schon nicht kommen wird. Das könnte eine böse Täuschung sein. Verlassen wir das Reich der Träume! Koch ist sowieso der erste wie er der letzte sein wird, der in der

Enquete-Kommission zu AIDS, Hans Peter Voigt (CDU). Kochs Forderung sei „nicht der richtige Weg“, vielmehr müßten die Therapieplätze für Drogenabhängige geschaffen werden. Auch die systematische Überprüfung Schwangerer lehnte er ab. Statt auf Zwangsstests müsse auf Freiwilligkeit gesetzt werden.

Nicht anders z.B. die Kollegen der Frau Süßmuth aus Hamburg CDU, die die Vorschläge von Koch vor wenigen Tagen wegen „fehlender Rechtsgrundlagen“ aufs Schärfste kritisierten, um darauf hinzuweisen, daß das geltende Seuchenrecht genügend Möglichkeiten vorsehe. Gesunde vor bereits Aids-Infizierten zu schützen, wie u.a. das Nürnberger Urteil gezeigt habe (FAZ, 6.1.88).

Muß mensch noch erwähnen, daß auch die „laiz“ trotz kritischer Berichterstattung wieder einmal...? Ja, mensch muß wohl: „Der Glaube, AIDS ohne jegliche Repression unter Kontrolle zu bringen, ist illusorisch“, meint Manfred Kriener in einem Kommentar zu den Kasernierungsplänen der Stadt Frankfurt Ende November. „Dennoch und gerade deshalb muß jede Zwangsmaßnahme auf ihre Effizienz zur Bekämpfung der Seuche, auf ihr Diskriminierungspotential und auf Alternativen im Kontext der übrigen AIDS-Politik überprüft werden“.

Im übrigen ist das Nürnberger Urteil nicht das erste der Art. Es ist nur das erste, mit dem in dieser Weise Politik gemacht wird. Nahezu ohne öffentliche Beachtung wurde bereits im Mai eine Prostituierte namens Sonja wegen „versuchter gefährlicher Körperverletzung“ zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Sie sei trotz Berufsverbot weiter tätig gewesen und habe dabei „billigend in Kauf genommen“, daß die Freier sich ansteckten. („Spiegel“, 7.12.87). Die Anklage gegen einen HIV-positiven Franzosen, der eine Frau vergewaltigt und zu töten versucht hätte, wurde dagegen vom Landgericht München wegen Schuldunfähigkeit niedergelassen. Der Angeklagte in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Ein weiterer vergleichbarer Fall soll beim selben Gericht noch anhängig sein. (NN, 17.11.87). Zu erinnern ist auch an

Ja, ausgerechnet die! Der sozialdemokratische Musterstaat Schweden macht Internierungspläne hoffähig. Die realsozialistische DDR führt einen AIDS-Paß für Reisewillige ein und schiebt HIV-Infizierte Ausländer ab. Wenn das keine Ermunterung für reaktionäre Weltbilder und staatliche Hardliner ist!

Die ersten Pläne, sog. uneneinsichtige AIDS-Infizierte zu internieren, wurden im Oktober '87 ausgerechnet aus Schweden bekannt. Auf der kleinen Adelsö in Mälarsen, 25 Kilometer ost von Stockholm, soll auf einer Insel ein Adelsö eine bewachte Quarantänestation eingerichtet werden.

Schweden ist die einzige demokratische Partei, die sich gegen die Internierung von AIDS-Infizierten ausgesprochen hat. Die Partei gegen den apokalyptischen HIV-Virus kennen keine Parteien mehr, sie beschwören einstimmig die Solidargemeinschaft. Seit langem ist AIDS in das bestehende Seuchengesetz aufgenommen worden. Ärzte und die Medizinische Fakultät der Universität Stockholm haben die Solidargemeinschaft

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Jahrelang war AIDS in der DDR Labu-Theme. Ihre Statistiker meldeten konstant und eher widerwillig vier AIDS-Kranke, davon zwei gestorben, 35 HIV-Positive ohne Ausbruch der Krankheit. Stereotype Begründung: Die im Westen bekannten „Problemgruppen“ wie die Fixierszene, die Homosexuellenkultur und Prostitution gebe es in der DDR nicht. Blutpräparate würden alle getestet.

Jetzt gab der Ministerrat grünes Licht für eine Anti-AIDS-Kampagne. Alles wird anders, obwohl sich an den Voraussetzungen hat kaum etwas geändert hat. Die Zahlen der AIDS-Statistik sind nach wie vor konstant. Eins allerdings fällt in den neuesten Verlautbarungen des Staatssekretärs im Gesundheitsministerium der DDR, Prof. Schneidewind, als Neuigkeit ins Auge: Infiziert sind, so wird jetzt betont, über die bisher Genannten hinaus „eine Anzahl Ausländer“.

Nels Sonnenschein, Direktor der Klinik und Poliklinik für Hautkrankheiten an der Ost-Berliner Charité und Vorsitzender der AIDS-Beratergruppe beim DDR-Gesundheitsministerium, präzisierte, AIDS verbreite sich in der DDR sowohl durch „sexuelle Kontakte männlicher homosexueller DDR-Bürger mit Infizierten anderer Länder“, als auch durch „unterschiedliche Kontakte (nicht nur sexuell) mit infizierten heterosexuellen Bürgern, besonders aus gefährdeten afrikanischen Ländern“. Seine Erwartung: „Die bisher abgesehene weltweite Entwicklung der AIDS-Infektion wird in der nächsten Zeit auch in der DDR zu einem Anstieg sowohl der AIDS-Infizierten als auch der AIDS-Kranken führen“.

AIDS hat man nicht, man holt es sich, lautet die reaktionäre Leitlinie hierzu. Was im chaotischen kapitalistischen Westen erst für den individuellen Verkehr propagiert wird, hebt deutscher Realsozialismus in der DDR gleich auf das Niveau zwischenstaatli-

cher Beziehungen: Die DDR hat kein AIDS, sie kann es sich holen. Konsequenz: Grenzen abschließen, Absorbieren. Es lebe die Neueröffnung der Mauer mit anderen Mitteln! „Bürger anderer Staaten“, die sich zu weigern, über DDR auszureisen und an AIDS erkrankt oder mit dem AIDS-Virus infiziert sind, „werden in Übernahmungs- und diplomatischen Vertretungen ihrer Länder in der Heimatländer zurückgeführt“. Mit der LdSSK und einigen anderen sozialistischen Ländern vereinbarte die DDR, daß Bürger des einen beim Aufenthalt im anderen Staat, soweit dieser Aufenthalt länger als drei Monate dauert, bei der Einreise einen Nachweis vorlegen müssen, aus dem hervorgeht, daß sie frei von ansteckenden Krankheiten sind, AIDS eingeschlossen. Praktisch bedeutet das: Alle DDR-BürgerInnen, die z.B. länger als drei Monate in der UdSSR reisen wollen, müssen einen AIDS-Test machen. Wer den hier nicht von dem Sinn dieser Maßnahmen, aber eins kann ich mir nicht verkneifen: Warum die Schamgrenze einer Dreimonatsfrist? Marx und Bismarck wurden sich im Grabe umdrehen bei dieser Inkonsistenz ihrer Politik!

Was immer sich die Saubermänner des blutmarken deutschen Realsozialismus zu ihren Beschlüssen gedacht haben mögen, eines ist sicher: Für die Gauweilers der BRD sind die Maßnahmen sicher ein Gaudi! Wir werden bald erleben, was sie daraus machen.

Kommt hinzu, daß auch in der DDR über das Kondom hinaus nicht nur Treue als sicherste Prävention empfohlen wird, sondern eine namentliche Meldepflicht praktiziert wird. Erfäßt werden dabei nicht nur die Infizierten selbst. Sie müssen auch ihre Partner angeben, die dann ebenfalls zum Test geladen werden. HIV-Positive bekommen Anzeigen für ihr Sexualleben. Sie sind verpflichtet, Ärzte, auch Zahnärzte vor evtl. Eingriffen rechtzeitig aufzuklären.

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Bei uns sind es die großen und die kleinen Reaktionen, die derartiges propagieren. In der DDR, so die ÄrztInnen der Charité, sei die Meldepflicht kein Problem. Sie sei, anders als in der BRD, speziell in Bayern, für die Betroffenen Bürger in erster Linie eine hilfreiche Maßnahme.

Tatsächlich ist im realen Sozialismus alles ganz anders? Keine Ausgrenzung, kein Zwang, alles auf Basis freiwilliger Einsicht? Ich wage zu zweifeln. In diesem Falle scheint mir der „Spiegel“ ausnahmsweise nah an der Wahrheit, wenn er zur Frage des Zwangs und der Ausgrenzung süffisant anmerkt: „In der DDR, da sei die sozialistische Ethik vor, kann das natürlich nicht passieren. Denn, so die ost-Berliner Klinik-Chefin, Arbeitsstelle, Wohnung, da haben wir bei uns endgültige Gesetze. Die haben die Bayern auch.“ (3)

Wer es anders sieht, möge es sagen.

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?

Fortsetzung der Mauer mit anderen Mitteln?



Die Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten" (1) vereinheitlichte 1938, was sich bereits seit 1930 in einzelnen Landesgesetzen Bahn gebrochen hatte: die zwangsweise Behandlung von Infektionskrankheiten. Neben den sieben klassischen „gemeingefährlichen Krankheiten“ wie Cholera, Pest und Pocken definierte § 1 zweiundzwanzig weitere Krankheiten hinzu, wie Keuchhusten, Kinderlähmung und Scharlach, für die die ärztliche Schweigepflicht aufgehoben und eine Meldepflicht innerhalb von 24 Stunden vorgeschrieben wurde; „Die Anzeige ist dem für den Aufenthaltsort zuständigen Gesundheitsamt zu erstatten. Das Gesundheitsamt hat nach Empfang der Anzeige unverzüglich die Ortspolizeibehörde zu benachrichtigen.“ Zur Meldung verpflichtete das neue Gesetz Haushaltungsvorstand, Wohnungsinhaber, Ärzte, Leichen-schauer und „jede mit der Pflege oder Behandlung des Erkrankten berufsmäßig beschäftigte Person“. Nach der Meldung einer Infektion hatte das Gesundheitsamt „Ermittlungen über Ursache, Art, Ansteckungsquelle und Ausbreitung der Krankheit sowie über die Gefahr weiterer Ausbreitung vorzunehmen“. Nicht nur die Kranken selbst, sondern auch die Krankheits- und Ansteckungsverdächtigen war den Gesetzen dieser Ermittlungen. Sie alle waren auskunftspflichtig und waren verpflichtet, sich einer unbegrenzten ärztlichen Untersuchung und der Einnahme von Untersuchungsmaterial zu unterziehen (§ 6).

Im 1. der Rubrik „Schutzmaßnahmen“ (§§ 7-14) regelte die Verordnung „Personen, die an einer übertragbaren Krankheit leiden oder dessen verdächtig sind, einer Aussonderung oder Beobachtung unterworfen werden können“. Wurden „angeordnete Schutzmaßnahmen nicht befolgt“, so konnte die Unterbringung in einem Krankenhaus oder einer anderen geeigneten Anstalt in „enger Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsamt und Polizei“ auch gegen den Willen des Betroffenen angeordnet werden. Ansteckend Kranke konnten „Verkehrsbeschränkungen und sonst etwa erforderlichen Verhaltensmaßnahmen unterworfen werden“. Das Gesetz berechnete die Polizei, „eine Absonderung derjenigen Bazillenausscheider anzufordern“, die dem nicht nachkamen. „Wohnungen und Häuser“, so verfügte § 14, „in denen sich Personen mit übertragbaren Krankheiten befinden, sind auf Anordnung kenntlich zu machen“. Die Kosten dieser Maßnahmen, die in der Zwangsasylierung gipfelten, sind auf Anordnung kenntlich zu machen. Die Kosten dieser Maßnahmen, die in der Zwangsasylierung gipfelten, hatte der Betroffene — also der Kranke, Krankheitsverdächtige oder Bazillenausscheider — zu tragen, bezogen auf seine unterhaltspflichtigen Familienangehörigen.

Diese Formulierungen meinten in erster Linie Tuberkulosekranke. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war Tuberkulose noch immer die größte Volkskrankheit. Zwischen 1,2 und 1,6 Millionen Menschen litten allein in Deutschland an dieser Infektionskrankheit; 400.000 von ihnen waren offentuberkulös und damit ansteckend, in der Zeit des Nationalsozialismus starben pro Jahr etwa 90.000 Menschen an TB, die Zahl der jährlichen Neuinfektionen betrug bis 1941 rund 90.000, wegen des Krieges stieg sie in der Folge steil an. Die Heilungsverfahren waren sehr aufwendig und kostenintensiv. Unter diesen Rahmenbedingungen entstand ein System zur Bekämpfung dieser Krankheit, das die Absonderung von ansteckenden Tuberkulosekranken vor allem mit der Entwicklung dieses Begriffes zugehörig damit begann, die Tötung dieser Patienten zu legitimieren.

### Der Vernichtungswille

Die praktischen und gesetzgeberischen Vorbilder der eingangs erwähnten Verordnung hatte man 1930 in Thüringen geschaffen. Seitler erlaubte die Landesgesundheitsverordnung die zwangsweise Unterbringung von Infektionskranken, und „1934 wurde dann in der Thür. Landesheilstaatsanstalt Stadtroda eine geschlossene Abteilung für sozial offentuberkulöse eingerichtet“ (2). Den Begriff „sozial offentuberkulös“ erfanden allerdings nicht die Mediziner der Nazi-Zeit, er war bereits 1931 auf einer Tagung von Tuberkuloseärzten auf Norderny geprägt worden (3).

Die Leitung der Anstalt Stadtroda übten nacheinander zwei Ärzte aus, die sich auch in den „Euthanasieaktionen“ des Dritten Reiches einen Namen gemacht haben: Von 1933 bis 1935 der spätere Jenaer Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie Berthold Kohn und von 1939 bis

# Krankheitsverdächtige und Bazillenausscheider

## Tuberkulose und „Euthanasie“ von Götz Aly

„Uneinsichtige“ AIDS-Infizierte verschwinden vor unseren Augen im Knast. Der Ruf nach Isolation und Internierung wird offen erhoben. Quarantänestationen, „Refugien“, Sterbekliniken sollen her, wo die AIDS-Infizierten und -Kranken abgesondert werden sollen.

Einmal ging die Medizin diesen Weg schon. Der Schritt von diesen Vorstellungen zu der systemati-

schon Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ war dann nicht mehr weit.

Götz Aly zeigt in seiner Analyse, wie diese Entwicklung in den dreißiger Jahren begann und schrittweise in die Vernichtungsprogramme in deutschen Heilanstalten und KZs des deutschen Faschismus führte. Die Parallelen zu heute sind alarmierend.

Götz Aly ist Mitherausgeber und

Redakteur der „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik“, von denen bis heute 5 Bände im Rotbuch-Verlag erschienen sind. Der letzte unter dem Titel „Sozialpolitik und Judenvernichtung“.

Der Beitrag wurde aus „Vorgänge“ 4/87 übernommen und vom Autor für uns geringfügig überarbeitet.

von Offentuberkulosen, deren vierte die „Boswilligen“ seien, die Asozialen im eigentlichen Sinn. Kloos hatte bereits 1940 in der Anstalt Zwangsarbeit eingeführt; ohne auch nur einen therapeutischen Anschein zu erwecken, betriebe sie sie einzig zu dem Zweck, „resistible Arbeitskraft der zwangsweise hier untergebrachten Lungenerkrankten auszuwerfen“. Zugleich habe er in der Anstalt Gefängniszellen einbauen lassen und „dort unverbesserliche Heizer und Störenfriede eine Zeitlang untergebracht“. Ausdrücklich hob er hervor, er nehme bei den Boswilligen keinerlei Rücksicht auf deren Gesundheitszustand.

Eine genaue Kenntnis des Vorlebens verschaffte man sich in Stadtroda mit Hilfe eines Fragebogens, den die einweisende Behörde auszufüllen hatte. Die Ergebnisse seien recht gut, schrieb Kloos seinen Kollegen im beizusetzen Polen, die ihn um seuchenpolizeischen Rat gefragt hatten und fuhr fort: „Die ausgefüllten Fragebogen vermitteln uns fast immer eine ausreichende Kenntnis des Charakters des Kranken.“

Über das „Stufensystem der Behandlung“ berichtet Kloos öffentlich:

Über das „Stufensystem der Behandlung“ berichtet Kloos öffentlich: „Die charakteristischsten und schwersten Tuberkulosen werden im Obergeschoss des gesicherten Hauses gehalten. (...) Vor den Fenstern sind starke Eisensiebe angebracht; der Ausgangstür zum Treppenhof ist nur mit einem besonderen Ausgangsschloss zu öffnen. Es wird auf dieser Abteilung ausschließlich männliches Pflegepersonal verwendet. Gewalttätige Angriffe auf Ärzte und Pfleger gehen Veranlassung zur Bewaffnung der letzteren mit Pistolen. (...) Die Insassen dieser Abteilung erhalten dieselbe Kostform wie die gestesteten Krankenanstaltspatienten. (...) Es wird überhaupt nichts getan, was den schicksalsmäßigen Ablauf ihres Lungenleidens entscheidend beeinflussen und ihr für die Volksgemeinschaft offenbar unnützes Leben verlängern könnte.“ (9)

Diese sich mühsam passiv gebende Sterbeförderung hatte ihre offen aktiven Elemente und in seinen Briefen drückt sich Kloos noch deutlicher aus: Die „behandelten Fälle erhalten als Heilfälle bessere Verpflegung, während die aussichtslosen bei magerer Kost gehalten werden, da eine künstliche Verlängerung des Lebens bei un-

heilbar Asozialen unangebracht wäre.“ Und in Hinblick auf drei im Keller des Stadtroder Zwangsasyls eingeworfene Gefängniszellen rief er zur Vorsicht, für den Fall, daß der „soziale Wert“ eines Kranken seine „Wiederherstellung“ lohnend mache: „Bei ausgesprochenen Heilfällen, bei denen auch noch ihrem charakteristischen und sozialen Wert ein Interesse an der Wiederherstellung ihrer Gesundheit besteht, wurden solche Hausstrafen stets auf einige Tage beschränkt, da der Verlauf des Lungenleidens dadurch erfahrungsgemäß nicht günstig beeinflusst wird.“

Bewußt ungünstig aber beeinflusste Kloos die Lebenserwartung anderer Kranken: „Für ganz unerträgliche Fälle und zur Verhütung von Disziplinärstrafen (Hausstrafen) sehen wir uns gezwungen, die ziemlich viel zu beklagende Disziplinärstrafe der Staatsanwaltschaft hat uns ermächtigt, Strafen bis zu 1/2 Jahr selbst zu verhängen.“

Und als Verschärfung empfahl dieser Arzt: „Bei ausgesprochenen Verfallsfällen ist die Todesstrafe durch die

Staatsoberbehörde zu verhängen.“ Und als Verschärfung empfahl dieser Arzt: „Bei ausgesprochenen Verfallsfällen ist die Todesstrafe durch die Staatsoberbehörde zu verhängen.“

Diese „Schleimdiät“ entsprach der Vernichtung durch Hunger, wie sie die Gestesteten erfahren, nur, daß der Zusammenhang zwischen ungenügender Ernährung und tödlichem Verlauf der Lungentuberkulose in einer Weise offenkundig war, die diese Disziplinärmaßnahmen zum geplanten und beabsichtigten Mord an Kranken werden ließ. „Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Unterernährung und dem Verlauf der Lungentuberkulose.“ (10)

Die „Schleimdiät“ entsprach der Vernichtung durch Hunger, wie sie die Gestesteten erfahren, nur, daß der Zusammenhang zwischen ungenügender Ernährung und tödlichem Verlauf der Lungentuberkulose in einer Weise offenkundig war, die diese Disziplinärmaßnahmen zum geplanten und beabsichtigten Mord an Kranken werden ließ. „Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Unterernährung und dem Verlauf der Lungentuberkulose.“ (10)

Und in Stadtroda ließ Direktor Kloos denjenigen, die er als unheilbar oder sozial minderwertig qualifizierte, nicht nur die Fleisch- und Milchzulagen wegnehmen, sondern jede ausreichende Grundernährung. Auf diese Weise sind dort Hunderte von Patienten gequält und zu Tode gebracht worden. Die nationalsozialistische Ärzteschaft, Zeit und Weg konnte schreiben: „Der Begriff Stadtroda ist

nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Kulturwelt zum Symbol des entsetzlichen Bruches mit einer schwachlich-humanitären Vergangenheit geworden.“ (12) Und 1943 schrieb in der „Zeitschrift „Der Öffentliche Gesundheitsdienst“ ein Arzt zur „Frage der disziplinarischen Entlassung“: „Ich glaube, daß es zweckmäßiger wäre, wenn es noch mehr solcher Anstalten, auf die verschiedenen Gaue Deutschlands verteilt, gäbe, wie es die Anstalt in Stadtroda in Thüringen ist. Sie wirkt meiner Erfahrung nach wie die Rute im Kinderzimmer.“ (13) Auch der Amtsarzt von Stadtroda, Aschenbrenner, resümierte, nachdem er kurz zuvor fast Opfer eines „während der Visitation erfolgten Messerüberfalls“ geworden wäre, daß seine Abteilung als Abschreckungsmittel wirke, genüge doch „in manchen Fällen bereits die bloße Androhung einer Verlegung nach Stadtroda, um die Kranken zu einem ordentlichen Verhalten zu veranlassen.“ (14)

### Von der Zwangsasylierung zur Vernichtung

Am 16. Oktober 1941 tagte die „Arbeitsgruppe Arbeitstherapie und Asylierung“ des Reich-Tuberkulose-Ausschusses in Stadtroda, um, wie Direktor Kloos es nicht ohne Stolz formulierte, „am Ort der ältesten Erfahrung auf dem Gebiet der Zwangsasylierung Offentuberkulöser“ allgemeine Richtlinien auszuarbeiten. Den Vorsitz dieser Arbeitsgemeinschaft führte der Präsident der Landesversicherungsanstalt Lübeck, Dr. Gottlieb Friedrich Störck. Die nur vertraulich in Umlauf gehaltenen Richtlinien umfaßten zehn Seiten und bezweckten „die Entgegnung der Absonderung (Asylierung) der Offentuberkulösen in die Maßnahmen eines verstärkten Tuberkulosenwehrkampfes“. Am Ziele folgten die „Verhütungszweck“ „Abschreckungszweck“, „Erziehungszweck“ und „Vernichtungszweck“.

In dieser Reihenfolge: „Zweck, den man versuchen darf, sich die Kranken möglichst freiwillig absondern lassen, denn die Zwangsabsonderung sollte als Waffe im Tuberkulosenwehrkampf nur als Ausnahme“ angewandt werden, „denn aber mit aller Sicherheit verantwortlich für die rechtzeitige Erfassung der Absondernden“ zeichneten die Tuberkuloseberatungsstellen.

Die Autoren der Richtlinien kannten den Zusammenhang zwischen der Krankheit und einer speziellen Unheilbarkeit des Kranken nur allzu genau. Für angepaßte und wieder arbeitsfähig zu machende Kranke forderten sie:

„Neben der ärztlichen Betreuung muß eine einwandfreie pflegerische Betreuung gewährleistet sein. Da der Tuberkulose infolge seiner durch die Krankheit erlittene Entlassung im Leben und infolge der Giftwirkung Tuberkulose auf das Nervensystem äußerst empfindlich und zu Kritik und Unzufriedenheit neigt, erfordert gerade seine pflegerische Betreuung verständnisvolle und aufopfernde Hingabe der Schwestern.“

Die „aufopfernde Hingabe“ aber galt nur den Heilbaren und nur denen, die es nach den Normen der Gesundheitsämter wert waren. Die Richtlinien nahmen den aus der „Euthanasie“ stammenden Begriff der „planwirtschaftlichen Gestaltung“ auf, dessen Bedeutung zu diesem Zeitpunkt überall und erst recht unter Ärzten geläufig war, und lieferten — indem sie die „sozialen Tuberkulösen“ als „psychisch abnorme Menschen“ definierten — diese Kranken an die staatliche Psychiatrie und damit an die „Euthanasie“ durch die Aktion „T4“. Unter Punkt IV der Richtlinien hieß es zur Absonderung sozialer Tuberkulöser:

„1.) Wegen der Schwierigkeiten der ärztlichen Versorgung und aus wirtschaftlichen Gründen ist Anlehnung der Absonderungseinrichtungen an eine größere andere Anstalt nötig. Die Anlehnung an eine psychiatrie Heil- und Pflegeanstalt nach dem Vorbild von Stadtroda in Thüringen ist erwünscht, da es sich bei den Zwangsabsondernden vorwiegend um psychisch abnorme Menschen, Psychopathen usw. handelt, deren Behandlung und soziale sowie charakterologische Beurteilung psychiatrische Fachkenntnis und Erfahrung voraussetzt. Die Anlehnung an ein Tuberkulosekrankenhaus oder an eine Lungenheilstätte wird nicht abgelehnt, jedoch ist bei diesen Anstalten räumliche Trennung nötig, damit der Ruf der Lungenheilstätte nicht leidet. Es werden 1 bis 2 Betten für Zwangsabsonderung auf 100.000 Einwohner notwendig sein, also für das ganze Reich 190 Millionen Einwoh-

Fortsetzung nächste Seite



„Mich interessiert der medizinisch-wissenschaftliche Teil der Aufgabe, Herr Kollege. Den Komplex des Menschlichen überlasse ich Beratern.“



Fortsetzung von vorheriger Seite

ner) etwa 1 400 Betten. Die Absonderungseinrichtung muß so groß sein, daß ein Stufensystem durchgeführt werden kann, durch das Zwangsabsonderungen, die sich längere Zeit bewährt haben, gewisse Freiheiten und Vergünstigungen zugestanden werden. Das Stufensystem kann nur durchgeführt werden, wenn die Absonderungseinrichtung eine bestimmte Mindestgröße hat. Bei einem Bedarf von 1 400 Betten werden im Reich 5 Männer- und 2 Frauenanstalten mit je 200 Betten ausreichen.

## 2) Einrichtung der Absonderungsanstalt

a) Die Abteilung muß für Männer und Frauen getrennte Unterkünfte haben, die gegen ein Entweichen gesichert sein müssen (ausdrucksichere Türen, starke Eisengitter vor den Fenstern). Ein unmittelbar an die Abteilung angrenzender Garten oder Hof, der ebenfalls gegen ein Entweichen gesichert sein muß, ist für die Bewegung im Freien notwendig. Daneben muß auf der Abteilung auch für beteiligte und sterbende Tuberkulose einwandfrei gesorgt werden können. Liegehallen sind zur Unterstützung der Behandlung von noch heilfähigen, sozial gutartigen Kranken sehr erwünscht. Zur Durchführung von Hausstrafen sind ausdrucksichere Einzelräume nach Art von Gefängniszellen unerlässlich (1 auf 30 Zwangssysteme).

Haus- und Tagesplan regeln das Leben auf der Abteilung. Arbeitspflicht nach amtlichen Ermessen, Besuchszugang, Rauchverbot, Bezug von Lebens- und Genussmitteln, Postüberwachung (Die Post wird durchgesehen), unbedingter Gehorsam gegenüber dem Pflegepersonal („bei willkürlichem Widerstand wird sofort von der Schußwaffe Gebrauch gemacht“), Strafbestimmungen (auch Isolierung im Einzelraum bis zu 6 Monaten Dauer ohne besonderes Gerichtsverfahren“). Schließlich

„Für die ärztliche Behandlung gilt als Leitsatz, daß Heilung bei der sozial gutartigen, heilfähigen Tuberkulose mit allen Mitteln anzustreben ist. Gegen soll der Arzt bei den Gemeinschaftsunfähigen alle Maßnahmen unterlassen, die dem schicksalhaften Ablauf der Tuberkulose entgegenwirken könnten.“

Die Richtlinien schließen mit einem Appell, geachtet an den Reichsaussenminister (1) (17) (18) (19) (20) (21) (22) (23) (24) (25) (26) (27) (28) (29) (30) (31) (32) (33) (34) (35) (36) (37) (38) (39) (40) (41) (42) (43) (44) (45) (46) (47) (48) (49) (50) (51) (52) (53) (54) (55) (56) (57) (58) (59) (60) (61) (62) (63) (64) (65) (66) (67) (68) (69) (70) (71) (72) (73) (74) (75) (76) (77) (78) (79) (80) (81) (82) (83) (84) (85) (86) (87) (88) (89) (90) (91) (92) (93) (94) (95) (96) (97) (98) (99) (100) (101) (102) (103) (104) (105) (106) (107) (108) (109) (110) (111) (112) (113) (114) (115) (116) (117) (118) (119) (120) (121) (122) (123) (124) (125) (126) (127) (128) (129) (130) (131) (132) (133) (134) (135) (136) (137) (138) (139) (140) (141) (142) (143) (144) (145) (146) (147) (148) (149) (150) (151) (152) (153) (154) (155) (156) (157) (158) (159) (160) (161) (162) (163) (164) (165) (166) (167) (168) (169) (170) (171) (172) (173) (174) (175) (176) (177) (178) (179) (180) (181) (182) (183) (184) (185) (186) (187) (188) (189) (190) (191) (192) (193) (194) (195) (196) (197) (198) (199) (200) (201) (202) (203) (204) (205) (206) (207) (208) (209) (210) (211) (212) (213) (214) (215) (216) (217) (218) (219) (220) (221) (222) (223) (224) (225) (226) (227) (228) (229) (230) (231) (232) (233) (234) (235) (236) (237) (238) (239) (240) (241) (242) (243) (244) (245) (246) (247) (248) (249) (250) (251) (252) (253) (254) (255) (256) (257) (258) (259) (260) (261) (262) (263) (264) (265) (266) (267) (268) (269) (270) (271) (272) (273) (274) (275) (276) (277) (278) (279) (280) (281) (282) (283) (284) (285) (286) (287) (288) (289) (290) (291) (292) (293) (294) (295) (296) (297) (298) (299) (300) (301) (302) (303) (304) (305) (306) (307) (308) (309) (310) (311) (312) (313) (314) (315) (316) (317) (318) (319) (320) (321) (322) (323) (324) (325) (326) (327) (328) (329) (330) (331) (332) (333) (334) (335) (336) (337) (338) (339) (340) (341) (342) (343) (344) (345) (346) (347) (348) (349) (350) (351) (352) (353) (354) (355) (356) (357) (358) (359) (360) (361) (362) (363) (364) (365) (366) (367) (368) (369) (370) (371) (372) (373) (374) (375) (376) (377) (378) (379) (380) (381) (382) (383) (384) (385) (386) (387) (388) (389) (390) (391) (392) (393) (394) (395) (396) (397) (398) (399) (400) (401) (402) (403) (404) (405) (406) (407) (408) (409) (410) (411) (412) (413) (414) (415) (416) (417) (418) (419) (420) (421) (422) (423) (424) (425) (426) (427) (428) (429) (430) (431) (432) (433) (434) (435) (436) (437) (438) (439) (440) (441) (442) (443) (444) (445) (446) (447) (448) (449) (450) (451) (452) (453) (454) (455) (456) (457) (458) (459) (460) (461) (462) (463) (464) (465) (466) (467) (468) (469) (470) (471) (472) (473) (474) (475) (476) (477) (478) (479) (480) (481) (482) (483) (484) (485) (486) (487) (488) (489) (490) (491) (492) (493) (494) (495) (496) (497) (498) (499) (500) (501) (502) (503) (504) (505) (506) (507) (508) (509) (510) (511) (512) (513) (514) (515) (516) (517) (518) (519) (520) (521) (522) (523) (524) (525) (526) (527) (528) (529) (530) (531) (532) (533) (534) (535) (536) (537) (538) (539) (540) (541) (542) (543) (544) (545) (546) (547) (548) (549) (550) (551) (552) (553) (554) (555) (556) (557) (558) (559) (560) (561) (562) (563) (564) (565) (566) (567) (568) (569) (570) (571) (572) (573) (574) (575) (576) (577) (578) (579) (580) (581) (582) (583) (584) (585) (586) (587) (588) (589) (590) (591) (592) (593) (594) (595) (596) (597) (598) (599) (600) (601) (602) (603) (604) (605) (606) (607) (608) (609) (610) (611) (612) (613) (614) (615) (616) (617) (618) (619) (620) (621) (622) (623) (624) (625) (626) (627) (628) (629) (630) (631) (632) (633) (634) (635) (636) (637) (638) (639) (640) (641) (642) (643) (644) (645) (646) (647) (648) (649) (650) (651) (652) (653) (654) (655) (656) (657) (658) (659) (660) (661) (662) (663) (664) (665) (666) (667) (668) (669) (670) (671) (672) (673) (674) (675) (676) (677) (678) (679) (680) (681) (682) (683) (684) (685) (686) (687) (688) (689) (690) (691) (692) (693) (694) (695) (696) (697) (698) (699) (700) (701) (702) (703) (704) (705) (706) (707) (708) (709) (710) (711) (712) (713) (714) (715) (716) (717) (718) (719) (720) (721) (722) (723) (724) (725) (726) (727) (728) (729) (730) (731) (732) (733) (734) (735) (736) (737) (738) (739) (740) (741) (742) (743) (744) (745) (746) (747) (748) (749) (750) (751) (752) (753) (754) (755) (756) (757) (758) (759) (760) (761) (762) (763) (764) (765) (766) (767) (768) (769) (770) (771) (772) (773) (774) (775) (776) (777) (778) (779) (780) (781) (782) (783) (784) (785) (786) (787) (788) (789) (790) (791) (792) (793) (794) (795) (796) (797) (798) (799) (800) (801) (802) (803) (804) (805) (806) (807) (808) (809) (810) (811) (812) (813) (814) (815) (816) (817) (818) (819) (820) (821) (822) (823) (824) (825) (826) (827) (828) (829) (830) (831) (832) (833) (834) (835) (836) (837) (838) (839) (840) (841) (842) (843) (844) (845) (846) (847) (848) (849) (850) (851) (852) (853) (854) (855) (856) (857) (858) (859) (860) (861) (862) (863) (864) (865) (866) (867) (868) (869) (870) (871) (872) (873) (874) (875) (876) (877) (878) (879) (880) (881) (882) (883) (884) (885) (886) (887) (888) (889) (890) (891) (892) (893) (894) (895) (896) (897) (898) (899) (900) (901) (902) (903) (904) (905) (906) (907) (908) (909) (910) (911) (912) (913) (914) (915) (916) (917) (918) (919) (920) (921) (922) (923) (924) (925) (926) (927) (928) (929) (930) (931) (932) (933) (934) (935) (936) (937) (938) (939) (940) (941) (942) (943) (944) (945) (946) (947) (948) (949) (950) (951) (952) (953) (954) (955) (956) (957) (958) (959) (960) (961) (962) (963) (964) (965) (966) (967) (968) (969) (970) (971) (972) (973) (974) (975) (976) (977) (978) (979) (980) (981) (982) (983) (984) (985) (986) (987) (988) (989) (990) (991) (992) (993) (994) (995) (996) (997) (998) (999) (1000) (1001) (1002) (1003) (1004) (1005) (1006) (1007) (1008) (1009) (1010) (1011) (1012) (1013) (1014) (1015) (1016) (1017) (1018) (1019) (1020) (1021) (1022) (1023) (1024) (1025) (1026) (1027) (1028) (1029) (1030) (1031) (1032) (1033) (1034) (1035) (1036) (1037) (1038) (1039) (1040) (1041) (1042) (1043) (1044) (1045) (1046) (1047) (1048) (1049) (1050) (1051) (1052) (1053) (1054) (1055) (1056) (1057) (1058) (1059) (1060) (1061) (1062) (1063) (1064) (1065) (1066) (1067) (1068) (1069) (1070) (1071) (1072) (1073) (1074) (1075) (1076) (1077) (1078) (1079) (1080) (1081) (1082) (1083) (1084) (1085) (1086) (1087) (1088) (1089) (1090) (1091) (1092) (1093) (1094) (1095) (1096) (1097) (1098) (1099) (1100) (1101) (1102) (1103) (1104) (1105) (1106) (1107) (1108) (1109) (1110) (1111) (1112) (1113) (1114) (1115) (1116) (1117) (1118) (1119) (1120) (1121) (1122) (1123) (1124) (1125) (1126) (1127) (1128) (1129) (1130) (1131) (1132) (1133) (1134) (1135) (1136) (1137) (1138) (1139) (1140) (1141) (1142) (1143) (1144) (1145) (1146) (1147) (1148) (1149) (1150) (1151) (1152) (1153) (1154) (1155) (1156) (1157) (1158) (1159) (1160) (1161) (1162) (1163) (1164) (1165) (1166) (1167) (1168) (1169) (1170) (1171) (1172) (1173) (1174) (1175) (1176) (1177) (1178) (1179) (1180) (1181) (1182) (1183) (1184) (1185) (1186) (1187) (1188) (1189) (1190) (1191) (1192) (1193) (1194) (1195) (1196) (1197) (1198) (1199) (1200) (1201) (1202) (1203) (1204) (1205) (1206) (1207) (1208) (1209) (1210) (1211) (1212) (1213) (1214) (1215) (1216) (1217) (1218) (1219) (1220) (1221) (1222) (1223) (1224) (1225) (1226) (1227) (1228) (1229) (1230) (1231) (1232) (1233) (1234) (1235) (1236) (1237) (1238) (1239) (1240) (1241) (1242) (1243) (1244) (1245) (1246) (1247) (1248) (1249) (1250) (1251) (1252) (1253) (1254) (1255) (1256) (1257) (1258) (1259) (1260) (1261) (1262) (1263) (1264) (1265) (1266) (1267) (1268) (1269) (1270) (1271) (1272) (1273) (1274) (1275) (1276) (1277) (1278) (1279) (1280) (1281) (1282) (1283) (1284) (1285) (1286) (1287) (1288) (1289) (1290) (1291) (1292) (1293) (1294) (1295) (1296) (1297) (1298) (1299) (1300) (1301) (1302) (1303) (1304) (1305) (1306) (1307) (1308) (1309) (1310) (1311) (1312) (1313) (1314) (1315) (1316) (1317) (1318) (1319) (1320) (1321) (1322) (1323) (1324) (1325) (1326) (1327) (1328) (1329) (1330) (1331) (1332) (1333) (1334) (1335) (1336) (1337) (1338) (1339) (1340) (1341) (1342) (1343) (1344) (1345) (1346) (1347) (1348) (1349) (1350) (1351) (1352) (1353) (1354) (1355) (1356) (1357) (1358) (1359) (1360) (1361) (1362) (1363) (1364) (1365) (1366) (1367) (1368) (1369) (1370) (1371) (1372) (1373) (1374) (1375) (1376) (1377) (1378) (1379) (1380) (1381) (1382) (1383) (1384) (1385) (1386) (1387) (1388) (1389) (1390) (1391) (1392) (1393) (1394) (1395) (1396) (1397) (1398) (1399) (1400) (1401) (1402) (1403) (1404) (1405) (1406) (1407) (1408) (1409) (1410) (1411) (1412) (1413) (1414) (1415) (1416) (1417) (1418) (1419) (1420) (1421) (1422) (1423) (1424) (1425) (1426) (1427) (1428) (1429) (1430) (1431) (1432) (1433) (1434) (1435) (1436) (1437) (1438) (1439) (1440) (1441) (1442) (1443) (1444) (1445) (1446) (1447) (1448) (1449) (1450) (1451) (1452) (1453) (1454) (1455) (1456) (1457) (1458) (1459) (1460) (1461) (1462) (1463) (1464) (1465) (1466) (1467) (1468) (1469) (1470) (1471) (1472) (1473) (1474) (1475) (1476) (1477) (1478) (1479) (1480) (1481) (1482) (1483) (1484) (1485) (1486) (1487) (1488) (1489) (1490) (1491) (1492) (1493) (1494) (1495) (1496) (1497) (1498) (1499) (1500) (1501) (1502) (1503) (1504) (1505) (1506) (1507) (1508) (1509) (1510) (1511) (1512) (1513) (1514) (1515) (1516) (1517) (1518) (1519) (1520) (1521) (1522) (1523) (1524) (1525) (1526) (1527) (1528) (1529) (1530) (1531) (1532) (1533) (1534) (1535) (1536) (1537) (1538) (1539) (1540) (1541) (1542) (1543) (1544) (1545) (1546) (1547) (1548) (1549) (1550) (1551) (1552) (1553) (1554) (1555) (1556) (1557) (1558) (1559) (1560) (1561) (1562) (1563) (1564) (1565) (1566) (1567) (1568) (1569) (1570) (1571) (1572) (1573) (1574) (1575) (1576) (1577) (1578) (1579) (1580) (1581) (1582) (1583) (1584) (1585) (1586) (1587) (1588) (1589) (1590) (1591) (1592) (1593) (1594) (1595) (1596) (1597) (1598) (1599) (1600) (1601) (1602) (1603) (1604) (1605) (1606) (1607) (1608) (1609) (1610) (1611) (1612) (1613) (1614) (1615) (1616) (1617) (1618) (1619) (1620) (1621) (1622) (1623) (1624) (1625) (1626) (1627) (1628) (1629) (1630) (1631) (1632) (1633) (1634) (1635) (1636) (1637) (1638) (1639) (1640) (1641) (1642) (1643) (1644) (1645) (1646) (1647) (1648) (1649) (1650) (1651) (1652) (1653) (1654) (1655) (1656) (1657) (1658) (1659) (1660) (1661) (1662) (1663) (1664) (1665) (1666) (1667) (1668) (1669) (1670) (1671) (1672) (1673) (1674) (1675) (1676) (1677) (1678) (1679) (1680) (1681) (1682) (1683) (1684) (1685) (1686) (1687) (1688) (1689) (1690) (1691) (1692) (1693) (1694) (1695) (1696) (1697) (1698) (1699) (1700) (1701) (1702) (1703) (1704) (1705) (1706) (1707) (1708) (1709) (1710) (1711) (1712) (1713) (1714) (1715) (1716) (1717) (1718) (1719) (1720) (1721) (1722) (1723) (1724) (1725) (1726) (1727) (1728) (1729) (1730) (1731) (1732) (1733) (1734) (1735) (1736) (1737) (1738) (1739) (1740) (1741) (1742) (1743) (1744) (1745) (1746) (1747) (1748) (1749) (1750) (1751) (1752) (1753) (1754) (1755) (1756) (1757) (1758) (1759) (1760) (1761) (1762) (1763) (1764) (1765) (1766) (1767) (1768) (1769) (1770) (1771) (1772) (1773) (1774) (1775) (1776) (1777) (1778) (1779) (1780) (1781) (1782) (1783) (1784) (1785) (1786) (1787) (1788) (1789) (1790) (1791) (1792) (1793) (1794) (1795) (1796) (1797) (1798) (1799) (1800) (1801) (1802) (1803) (1804) (1805) (1806) (1807) (1808) (1809) (1810) (1811) (1812) (1813) (1814) (1815) (1816) (1817) (1818) (1819) (1820) (1821) (1822) (1823) (1824) (1825) (1826) (1827) (1828) (1829) (1830) (1831) (1832) (1833) (1834) (1835) (1836) (1837) (1838) (1839) (1840) (1841) (1842) (1843) (1844) (1845) (1846) (1847) (1848) (1849) (1850) (1851) (1852) (1853) (1854) (1855) (1856) (1857) (1858) (1859) (1860) (1861) (1862) (1863) (1864) (1865) (1866) (1867) (1868) (1869) (1870) (1871) (1872) (1873) (1874) (1875) (1876) (1877) (1878) (1879) (1880) (1881) (1882) (1883) (1884) (1885) (1886) (1887) (1888) (1889) (1890) (1891) (1892) (1893) (1894) (1895) (1896) (1897) (1898) (1899) (1900) (1901) (1902) (1903) (1904) (1905) (1906) (1907) (1908) (1909) (1910) (1911) (1912) (1913) (1914) (1915) (1916) (1917) (1918) (1919) (1920) (1921) (1922) (1923) (1924) (1925) (1926) (1927) (1928) (1929) (1930) (1931) (1932) (1933) (1934) (1935) (1936) (1937) (1938) (1939) (1940) (1941) (1942) (1943) (1944) (1945) (1946) (1947) (1948) (1949) (1950) (1951) (1952) (1953) (1954) (1955) (1956) (1957) (1958) (1959) (1960) (1961) (1962) (1963) (1964) (1965) (1966) (1967) (1968) (1969) (1970) (1971) (1972) (1973) (1974) (1975) (1976) (1977) (1978) (1979) (1980) (1981) (1982) (1983) (1984) (1985) (1986) (1987) (1988) (1989) (1990) (1991) (1992) (1993) (1994) (1995) (1996) (1997) (1998) (1999) (2000) (2001) (2002) (2003) (2004) (2005) (2006) (2007) (2008) (2009) (2010) (2011) (2012) (2013) (2014) (2015) (2016) (2017) (2018) (2019) (2020) (2021) (2022) (2023) (2024) (2025) (2026) (2027) (2028) (2029) (2030) (2031) (2032) (2033) (2034) (2035) (2036) (2037) (2038) (2039) (2040) (2041) (2042) (2043) (2044) (2045) (2046) (2047) (2048) (2049) (2050) (2051) (2052) (2053) (2054) (2055) (2056) (2057) (2058) (2059) (2060) (2061) (2062) (2063) (2064) (2065) (2066) (2067) (2068) (2069) (2070) (2071) (2072) (2073) (2074) (2075) (2076) (2077) (2078) (2079) (2080) (2081) (2082) (2083) (2084) (2085) (2086) (2087) (2088) (2089) (2090) (2091) (2092) (2093) (2094) (2095) (2096) (2097) (2098) (2099) (2100) (2101) (2102) (2103) (2104) (2105) (2106) (2107) (2108) (2109) (2110) (2111) (2112) (2113) (2114) (2115) (2116) (2117) (2118) (2119) (2120) (2121) (2122) (2123) (2124) (2125) (2126) (2127) (2128) (2129)



Fortsetzung von Seite 13

Anatomie eines Urteils

zu intensivieren". Er gehe davon aus, daß die Gefangenen die Blutentnahme freiwillig dulden werden. „Gegebenenfalls ist ihnen die Einsicht in die Notwendigkeit der Blutentnahme eindringlich zu vermitteln". Praktisch bedeutet das Zwangstest und im Fall eines positiv-ergebnisses Isolation, Alle wichtigen Papiere — Transportschein, Personalakte und Gesundheitspapiere — bekommen den Stempel „Achtung Bakterienkontakt vermeiden". Über die Genehmigung zum Umschluß entscheidet der Direktor. Den Wärtern wird empfohlen, Handschuhe zu tragen. (6) Dies ist nur ein Schlaglicht auf die Zustände in westdeutschen Knästen.

Inzwischen wurden diverse Fälle von Nötigungen zum AIDS-Test aus unterschiedlichen Teilen der BRD bekannt. Beispielsweise ist der Fall des Kreises Wesel/Bottrop. Hier mußten sich Eltern, die sich um eine Pflugschaf oder Adoption eines Kindes bemühten, testen lassen. Wer nicht wollte, wurde als „nicht pflugschafstauglich" eingestuft. Vorher war schon bekanntgeworden, daß Kinder aus „Problemfamilien", die eine Ferienfahrt nach Norderney mitmachen wollten, sich testen lassen mußten. Weder die mitreisenden Betreuer, noch die etwa 60 anderen Kinder mußten diesen Test machen. In diversen Kliniken der BRD scheint es trotz inzwischen dagegen erwirkter Gerichtsurteile zum Umgangston zu gehören, ohne Wissen der Patienten bei Blutuntersuchungen gleich den AIDS-Test mitvorzunehmen. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung der „Bundesversammlung der niedergelassenen Ärzte" vom 24.11.87, Aids und die Verpflichtung zum Zwangstest ins Bundesgesundheitsgesetz aufzunehmen.

Auch Kündigungen sind keineswegs zum Zwangstest ins Bundesgesundheitsgesetz aufzunehmen.

Auch Kündigungen sind keineswegs nur aus Bayern bekannt. In Braunschweig wurde einem Krankenpfleger routinemäßig Blut abgenommen und ohne sein Wissen auf AIDS untersucht. Als das Ergebnis positiv war, wurde ihm gekündigt. In West-Berlin, dessen Gesundheitsminister LIT Fink sich gern der „sanften" Linie in der AIDS-Politik rühmt und der von bayrischen Medien als „sanfter Mann" bezeichnet wird, wird in den Untersuchungen an Beamtenwartetisch kritisiert, weil dies von privaten Firmen zum Vorwand genommen werden könne, um von ihren Beschäftigten AIDS-Test zu verlangen, wurde ein Mitarbeiter eines Bezirksamts entlassen, nachdem er seine Infektion bekanntgegeben hatte. Die einzige Gegenstimme dieser und zwei weitere West-Berliner Fälle sind die Aussage der britischen AIDS-Hilfe für die Spitze des Fieberis. Gezielte Daten liegen weder hier noch für die übrige BRD vor.

Bisher haben Arbeitsgerichte die offensichtlichen Fälle zurückgewiesen. In der Regel jedoch ohne daß die Betroffenen auf ihre Arbeitsstellen zurückkehren konnten. Die Dunkelziffer von Vorwandkündigungen ist ohnehin nicht öffentlich bekannt. (7)

Unser, wie es bei den Beispielen: Es wird deutlich genug, daß AIDS nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen BRD zum Vehikel für reaktionäre bis faschistoide Staats- und Gesellschaftsvorstellungen wird. Nürnberg war nur ein Anfang.

Anmerkungen

- 1 Dieses und die folgenden Zitate zum Prozess, soweit nicht anders angegeben aus der Dokumentation „Aids and/or... das „Korn des Aids und Menschenrechte", Nürnberg, Nov. 87.
- 2 Antwort der Stadt Nürnberg auf eine Anfrage der GRÜNEN Stadtratsfraktion vom 16.10.
- 3 Nach „FR" und „bz" vom 4.1 und 5.1.88.
- 4 Nach „bz" und „FR" vom 24.11.87.
- 5 FR, 6.1.88.
- 6 Verordnung des Justizministers vom 24.11. nach „Aids und Menschenrechte".
- 7 Der gleichnamige Kongress der Grünen vom 5./6.12.87.
- 8 Diverse Meldungen aus Aids-Informationsdienst 22.5.81 ff.

Zum Thema siehe auch:

- AK 20.8.1.
- Legen die schriftliche Kondomisierung von Sex- und Gesellschaft und AIDS-Schicksalsfrage der Natur oder Super-Cau der Geschichtsfrage?
- AK 28.5.86.
- Stigmatisierung des „Anfangsgefühls" Interview mit Frank Rühmann, sowie „Paß auf! laßt euch nicht verblenden" Gespräch in einer Hamburger AIDS-Beratungsstelle.
- AK 28.5.16.
- „Bayern muß wieder vorne: Der Aids-Maßnahmenrat".
- AK 28.9.16 ff. „Fakten, Hochrechnungen, Statistisch-Apokalypse" sowie „Der heutige K - aus dem Memorandum der Deutschen Aids-Hilfe" außerdem „Hörspruch" — vom Konkurs zum Indizium.



# Was lange währt ...

## Aufstand im Gasa-Streifen

Fortsetzung von Seite 1

Fortsetzung von Seite 1

Die folgende Chronologie des Aufstandes ist bei weitem nicht vollständig, die angegebenen Zahlen und Daten sind nicht in jedem Falle genau.

9.12. Ein israelischer LKW stößt mit zwei PKWs zusammen. Deren Insassen, vier Palästinenser aus dem Flüchtlingslager Jabalia, werden getötet. Im Lager verbreitet sich die Auffassung, daß es sich nicht um einen Unfall, sondern um einen Racheakt für einen einige Tage zuvor erstochenen Juden gehandelt habe.

10.12. Eine unbewaffnete Menge greift im Lager Jabalia Panzerfahrzeuge des israelischen Militärs an. Die Soldaten eröffnen das Feuer auf die Lagerbewohner, die Unruhen breiten sich auf den gesamten Gasa-Streifen aus. Geschäfte und Schulen bleiben geschlossen. Der größte Teil der „Gastarbeiter" bleibt der Arbeit in Israel fern. Auf der Westbank wird ein 19-jähriger Palästinenser bei der Auflösung einer Demonstration von israelischen Soldaten erschossen. In Kalandia, am östlichen Rand Jerusalems, verhaftet die Polizei 23 palästinensische Schüler, die Fahrzeuge mit Steinen beworfen haben sollen.

In den ersten Tagen des Aufstandes fast ausnahmslos und in den folgenden Wochen vorwiegend sind es Jugendliche unter 20 Jahren, zum Teil eher noch Kinder, die den Kampf mit der Besatzungsmacht führen. 85% der im Gasa-Streifen Verhafteten sind zwischen 14 und 17 Jahren alt. Meron Benvenisti, Leiter eines langfristigen Untersuchungsprojekts über die besetzten Gebiete: „Im palästinensischen Widerstand ist eine neue Entwicklung bemerkbar. Palästinensische Gewalttätigkeit geht jetzt am helllichten Tage von Einzelnen und Gruppen aus, die spontan ihre Gefühle zum Ausdruck bringen, ohne sich durch die Folgen ihrer Handlungsweise davon abbringen zu lassen. Die Tatsache, daß es zu mehr Toten kommt, läßt das erhobte Maß an Frustration der Besatzter wie der Besetzten erkennen. Bisher hatten die Palästinenser vor den israelischen Soldaten Angst, aber dies ist jetzt nicht mehr der Fall."

11.12.: Drei Palästinenser werden auf der Westbank in der Nähe von Nablus erschossen, ein Elfjähriger stirbt an den Folgen der Schußverletzungen, die er am Vortage erlitten hat.

13.12. Westbank und Gasa-Streifen stehen nach Darstellungen der israelischen Presse am „Rand eines Volksaufstands". Nach Angaben der israelischen Regierung haben Polizei bzw. Militär bisher fünf Palästinenser erschossen, nach Angaben der PLO 23. Die Mehrheit der in Israel arbeitenden Palästinenser bleibt wiederum ihrem Arbeitsplatz in Israel fern. Die Armee geht mit verstärkter Präsenz unter Einsatz von Gummigeschossen, Tränengas und scharfer Munition gegen Demonstranten vor. In Städten des Gasa-Streifens werden Barrikaden errichtet. Die Armee verhängt eine Aus-



Palästinenserinnen vor einem Militärfeldlager

gangssperre über das Flüchtlingslager Askar bei Nablus auf der Westbank.

14.12. Nach Beobachtungen von UN-Vertretern handelt es sich im Gasa-Streifen um die „schwersten Unruhen der vergangenen 20 Jahre". Die Demonstrationen gehen mit Stöcken, Steinen und Küchenmessern gegen scharfschneidende Soldaten vor. Die bestehende Ausgangssperre über das Lager Balata wird aufgehoben und wieder in Kraft gesetzt. Aus Militärkreisen wird bekannt, daß eine Untersuchung gegen die drusischen Grenzpatrouillen, die mit extremer Brutalität im Balata vorgedrungen sein sollen, eingeleitet werden soll. Khan Younis im Gasa-Streifen ist von Militär abgeriegelt. Ein Palästinenser wurde erschossen, ein weiterer erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen.

15.12. Palästinensische Quellen sprechen von 25 Toten und Hunderten von Verletzten in der palästinensischen Bevölkerung. Prof. Jehoschua Porat, Spezialist auf dem Gebiet der Geschichte Palästinas an der Hebräischen Universität Jerusalem, weist die Auffassung der Regierung, es handle sich um „von terroristischen Organisationen der PLO orga-

nisierte" Unruhen zurück, es gehe hier vielmehr um die ersten Anzeichen eines Massenaufstandes der palästinensischen Bevölkerung in Hebron auf der Westbank. Soldaten israelischer Soldaten Tränen gasgranaten auf das Gelände einer Schule islamischer Theologen, versperren anschließend alle Zugänge und verweigern ihren Opfern medizinische Hilfe. UNO-Mitarbeiter berichten aus dem Lager Khan Younis, Soldaten hätten Jugendliche an ihre Jeeps gebunden und durch das Lager geschickt.

16.12. Die Armee im Gasa-Streifen wird weiter verstärkt. Eine Armeesprecherin erklärt, man habe die Erfahrung gemacht, daß massive Militärpräsenz in solchen Situationen zur Beruhigung beitrage. Scharir will in eigener Darstellung die Orte der Unruhen für Journalisten sperren lassen, damit sie nicht verletzt werden. „Nach einem Bericht hatte Scharir Maßnahmen gegen Reporter vorgeschlagen, damit das Ansehen Israels im Ausland nicht Schaden nehme" (FR, 17.12.) Generalstabschef Scharir steuert den Gedanken bei, die besetzten Gebiete zur Sicherheitszone zu erklären, wodurch Journalisten der Zugang verweigert werde. Die Mehrheit der

in Israel arbeitenden Palästinenser bleibt weiter zu Hause. Die Militärbehörden haben die Schulen geschlossen, die Ladenbesitzer aus Protest gegen das Militär ihre Geschäfte. Soldaten brechen Türen und Gitter auf, um die Geschäfte zum Öffnen zu zwingen. Elitesinheiten patrouillieren in Schützenzeilen durch die Hauptstraße Gassas. Militär versucht das Schließen der Geschäfte zu verhindern, um Verletzte zu verhindern und die Leichen zu verschütten, um zu verhindern, daß es bei deren Begräbnis zu weiteren Demonstrationen kommt. Nach fünfständigem Einsatz von Hubschraubern, Gas- und Schußwaffen haben Soldaten das Krankenhaus besetzt. Massive Proteste auch wiederum in Ost-Jerusalem.

17.12.: Der ehemalige Außenminister Abba Eban, eine sogenannte Taube, konstatiert: es gebe „keinen Präzedenzfall, daß Bedingungen wie die, unter denen die Palästinenser leben, sich auf lange Zeit ohne Explosion halten können". In Ost-Jerusalem und der Westbank demonstrieren Tausende von Palästinensern. Das israelische Außenministerium will zwecks Imagepflege eine Informationskampagne im Ausland starten. Staatspräsident Herzog qualifiziert daher im britischen Fernsehen die Verurteilung Israels durch die UNO schon mal als Ergebnis einer Verschwörung von „extremistischen Arabern und Kommunisten".

18.12. Auch in Jerusalem wird nun der „schwerste Aufstand seit 20 Jahren" konstatiert. Israelisches Militär stürmt zum zweiten Male das Schifa-Krankenhaus. Bei Kämpfen in Gasa und Umgebung werden drei Palästinenser getötet. Tränengas und Schlagstöcke werden gegen Moslems beim Verlassen der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem eingesetzt, da sie israelische Parolen gerufen und eine Polizeistation mit Steinen beworfen hätten. Viele muslimische Gäubrige wurden von vornherein gehindert, zum Freitagsgebet nach Jerusalem zu kommen.

19./20.12. Auf der Westbank und im Gasa-Streifen bleiben fast alle Geschäfte geschlossen. In Jerusalem werden u.a. drei israelische Banken lädiert. Auch in Bethlehem und Nazareth kommt es zu schweren Zusammenstößen. In Tel Aviv demonstrieren 2.500 Anhänger der „Frieden Jetzt"-Bewegung gegen das Vorgehen des israelischen Militärs. Die PLO gibt bisher 49 Tote und 472 Verletzte auf palästinensischer Seite an. Der Nationalrat der arabischen Gemeindeverwaltungen (in Israel) hat die 700.000 arabischen Israelis zur einstägigen Arbeitsniederlegung am 21.12. aufgefordert.

21.12. Der Streikaufruf wird in Israel und den besetzten Gebieten fast vollständig befolgt. „Für die jüdischen Israelis stellte es einen besonderen Schock dar, daß sich auch ein Teil der 700.000 arabischen Israelis erstmals mit ihren Landsleuten in den besetzten Gebieten so-







# Was will Israel mit den besetzten Gebieten?

Seit dem Juni-Krieg von 1967 hält Israel den Gaza-Streifen und die Westbank besetzt. Das zwanzigste Jahr der Militärverwaltung ist abgelaufen, ohne daß eine der großen Parteien sich definitiv geäußert hätte, wie sie sich das weitere Schicksal der besetzten Gebiete, und das heißt in erster Linie der dort lebenden arabischen Menschen, vorstellt. Das „Palästina-Problem“ wird vom gesamten politischen Spektrum Israels, mit Ausnahme der kleinen Randparteien rechts und links, bewußt offengehalten.

Eine Lage perspektivlos in der Schwebe zu lassen, die von allen politischen Kräften als unhaltbar begriffen wird, begünstigt naturgemäß abenteuerliche Lösungsmodele. Man wartet in Israel quer durch die Parteien vor der „demographischen Zeitbombe“. Gemeint ist damit: Schon heute ist die Bevölkerung von „Großisrael“ (Staat Israel plus besetzte Gebiete) zu 38 Prozent arabisch. Im Jahr 2000 würde nach eher vorsichtigen Schätzungen die jüdische Mehrheit in „Großisrael“ auf 55-57 Prozent geschrumpft sein, und etwa vom Jahr 2020 an würde es eine arabische Mehrheit geben. Ein solcher Staat würde, was von nahezu allen politischen Kräften als großes Unglück gesehen wird, seinen „jüdischen Charakter“ verlieren. Er würde entweder ein bi-nationaler Staat sein, oder er müßte mit diktatorischen Mitteln die Bevölkerung der besetzten Gebiete als Menschen geringeren Rechts behandeln, wie es in der Praxis bis heute ja geschieht. Also muß man entweder die besetzten Gebiete oder deren Bewohner verlassen.

1987 haben die Stimmen zugenommen, die einen „Transfer“ der arabischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten oder sogar aus Israel befürworten. Mit anderen Worten: die Vertreibung. So hat der ehemalige Kommandant der israelischen Streitkräfte auf der Westbank, Reservegeneral Rehavam Ze'evi, 1987 bei mehreren Gelegenheiten seine Philosophie vorgelegt: die einzige Möglichkeit zum Frieden mit den Arabern sei die Umsiedlung der Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens. Er verwies dabei auf entsprechende Pläne aus dem Jahr 1955 (1), als die Arbeiterpartei an der Regierung war — zwölf Jahre vor dem Krieg von 1967, der „Judäa und Samaria“ überhaupt erst in israelische Hand brachte.

Ebenfalls bei mehreren Gelegenheiten trug 1987 der stellvertretende Verteidigungsminister Dekel (Likud) seinen Plan vor, die Palästinenser der besetzten Gebiete mit amerikanischer Hilfe zur Auswanderung zu veranlassen. Nicht mit Gewalt, sondern durch freiwillige Übereinkunft, wie er schon

präzisierte. Den Palästinensern von „Judäa und Samaria“ soll klargemacht werden, daß sie in ihrer Heimat sowieso keine Zukunft mehr erwartet. Die westlichen Nationen seien, so Dekel, moralisch und politisch verpflichtet, Israel bei dieser Überzeugungsarbeit wie auch bei den finanziellen Belastungen eines „Transfer“-Projekts beizustehen. Die Alternative sei eine Destabilisierung der gesamten Region.

Der Minister ohne Geschäftsbereich, Josef Schapira (Nationalreligiöse Partei) machte im November 1987 den Vorschlag, jedem Palästinenser, der Israel verläßt und sich verpflichtet, nicht zurückzukehren, 20.000 Dollar zu zahlen. Er begründete diese Idee mit der Tatsache, daß eine wachsende Zahl von palästinensischen Intellektuellen in Israel keine angemessene Beschäftigung findet und so zu einem hochgradigen potentiellen Unruhefaktor werde. 20.000 Dollar ist die Summe, die Israel für einen jüdischen Neuzuwanderer ausgibt.

Die großen Parteien, auch auf der Rechten, haben sich von solchen Vorschlägen sofort distanziert. Aber erstens kommen diese Stimmen jetzt nicht mehr allein von den Rechtsextremisten der Kach-Partei, die als nicht repräsentative Randfiguren abgetan werden können. Sondern sie kommen von namhaften Politikern des Likud und der Nationalreligiösen, und außer etwas Scheitern hat es für keinen der „Transfer“-Propagandisten Konsequenzen gegeben. Und zweitens sind an der Situation auch die Sozialdemokraten der Arbeiterpartei durchaus nicht schuldig, die in zehn Jahren Regierungszeit (1967-77) nichts getan haben, um einer Lösung näherzukommen, und die bis heute keine definitive Alternative zum „Transfer“ vorgeschlagen haben.

## Staat ohne Grenzen

Nach zionistischem Korsett — und als Palästina — ist das Verbleiben der jüdischen Bevölkerung im „historischen Eretz Israel“ (Land) Israel“ gegründet worden. Das impliziert das Interesse an Revision der Grenzen zum passenden Zeitpunkt. Insofern sind der Gaza-Streifen und die Westbank keine mehr oder weniger bequeme Kriegsbeute, die dem Staat Israel zufällig in die Hände gefallen ist, sondern sie sind Teil des größeren Gebiets, dessen Erwerb vom Zionismus programmatisch angestrebt wird. Um die Dimensionen zu verdeutlichen: Nach zionistischer Darstellung machen der heutige Staat Israel plus die besetzten

Gebiete nicht viel mehr als ein Drittel der „historischen Eretz Israel“ aus.

Die Zionisten hatten 1917, während des Ersten Weltkriegs, von der britischen Regierung die Zusage erhalten, daß in Palästina — damals noch Teil des türkischen Großreichs — eine „nationale Heimstätte“ der Juden geschaffen werden konnte. Weder der künftige Status dieses Gebiets noch die Grenzen Palästinas wurden in der Zusage definiert. Nach zionistischer Interpretation konnte es sich nur um einen eigenen Staat, möglichst im vollen Umfang der historischen „Ansprüche“, handeln.

Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 legten die Zionisten eine Landkarte vor, die der Betrachtung wert ist, zumal es sich um die bisher einzige offizielle und definitive Darstellung der vom Zionismus geforderten Grenzen handelt. Das 1919 skizzierte Territorium ist mehr als doppelt so groß wie der heutige Staat Israel plus Westbank und Gaza. Es sollte im Süden ein kräftiges Segment aus der Sinai-Halbinsel herausgeschnitten und reichte im Osten bis an die strategisch wichtige Hebräa-Bahn heran, die von Damaskus nach Saudi Arabien führt. Im Norden sollte ein Streifen von der Libanons- bis zum Mittelmeer hin verlaufen. Zwischen dem Staat und dem Libanon sollten die Zonen der Forderungen im wesentlichen das jüdische Staatsgebiet zur Zeit des König Salomo (um 1000 v. u. Z.). Der halbe allerorts wieder die Idee von Gaza (Philistien) noch den Südlibanon (Phönizier) beherrscht. Außerdem existierte das historische Reich in dieser Ausdehnung nur wenige Jahrzehnte.

Die Grenzzeichnung des 1920 gebildeten britischen Völkerbundsmandats Palästina entsprach den hochgesteckten zionistischen Forderungen nicht, zumal nachdem 1922 der Ostteil als Mandatsgebiet Transjordanien vom eigentlichen Palästina abgetrennt und für die jüdische Einwanderung gesperrt worden war. In offiziellen zionistischen Darstellungen wird dies als „erste Teilung Palästinas“ bezeichnet. Gemeint ist damit: Die Araber haben 1922 für dann und dann bei weitem den größeren Teil des „historischen Palästina“ bekommen. Auf den Rest haben sie von Rechts wegen keine Ansprüche mehr. Daher haben die herrschenden Strömungen des Zionismus große Schwierigkeiten, sich als Eindringlinge in die Heimat der Palästinenser zu begreifen. Aus ihrer Sicht sind sie im Gegenteil human und großzügig, wenn sie Araber auf dem Boden des „Eretz Israel“ als Gäste ertragen. Das ist keineswegs nur der Standpunkt der Extremisten. Der Begründer des Rechtszionismus, Jabotinsky, hatte die

klassische Formulierung übernommen, daß im jüdischen Staat die Araber alle Rechte als Individuen, aber keine Rechte als Gemeinschaft haben sollten. Das entspricht bis heute der Praxis in Israel. Die Araber Israels sind zwar Staatsbürger, aber ihr Anteil am politischen Leben des Landes ist auch 40 Jahre nach der Staatsgründung kaum größer als Null.

Im November 1947 schlug die LNO die Teilung Palästinas in eine jüdische und eine arabische Hälfte vor. Genauer gesagt bestand jede Hälfte aus drei Gebieten, deren Verbindung untereinander vom guten Willen der Gegenseite abhing. Daß der UNO-Teilungsplan von arabischer Seite abgelehnt wurde, gilt den Zionisten als zweites wesentliches Argument für ihre These, daß die Araber im engeren Gebiet Palästinas eigentlich alle Rechte verwerkt haben und sich die heutige Situation selbst zuschreiben haben. Ignoriert wird dabei 1. Aus arabischer Perspektive waren die Juden als Eroberer ins Land gekommen, und der UN-Teilungsplan sollte mit entstandenen Unrecht institutionalisiert. 2. Der UN-Plan war zusätzlich unfair, indem er den Juden die zu dieser Zeit etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachenden 55 Prozent der jüdischen Bevölkerung zuwies. Die jüdische Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt auf 600.000 gesunken, die arabische auf 1.200.000. Die jüdische Bevölkerung bestand aus Arabern bestanden. Diesem Staat sollten auch bis dahin rein arabische Gebiete zugeteilt werden. 3. Nicht nur die Araber, sondern auch Israels rechte Parteien — die seit 1977 Israel regieren bzw. mitregieren — lehnten den UN-Vorschlag scharfstens ab. Die von Begin geführte IZL, die wichtigste bewaffnete Organisation der sogenannten Revisionisten (die Vertreter des „jüdischen Eretz“), erklärte damals, der Teilungsvorschlag sei illegal und für das jüdische Volk nicht bindend.

Auf die Teilungsresolution der UNO folgten bewaffnete Kämpfe zwischen Juden und Palästinensern um das Land, in die im Mai 1948 auch Truppen einiger arabischer Nachbarstaaten eingriffen. Daran knüpft sich die berühmte Legende, ein paar Hunderttausend Juden hätten sich der Aggression eines Dutzends arabischer Staaten mit 40 oder 50 Millionen Menschen gegenübergesehen. Tatsache ist, daß die arabischen Staaten zusammen ungefähr 40.000 Mann in den Krieg schickten, was ziemlich genau der Stärke der jüdischen Streitkräfte entsprach, die schließlich sogar 90.000 Mann unter Waffen hatten. Verschwiegen wird bei der Legendenbildung zumeist auch, daß noch vor dem Angriff der arabischen Staaten die jüdische Armee im April 1948 in die arabischen Gebiete einmarschierte und sie

bierte erobert hatten, darunter auch solche, die nicht einmal im UN-Teilungsplan als Teil Israels vorgesehen waren, wie die Stadt Jaffa südlich von Tel Aviv.

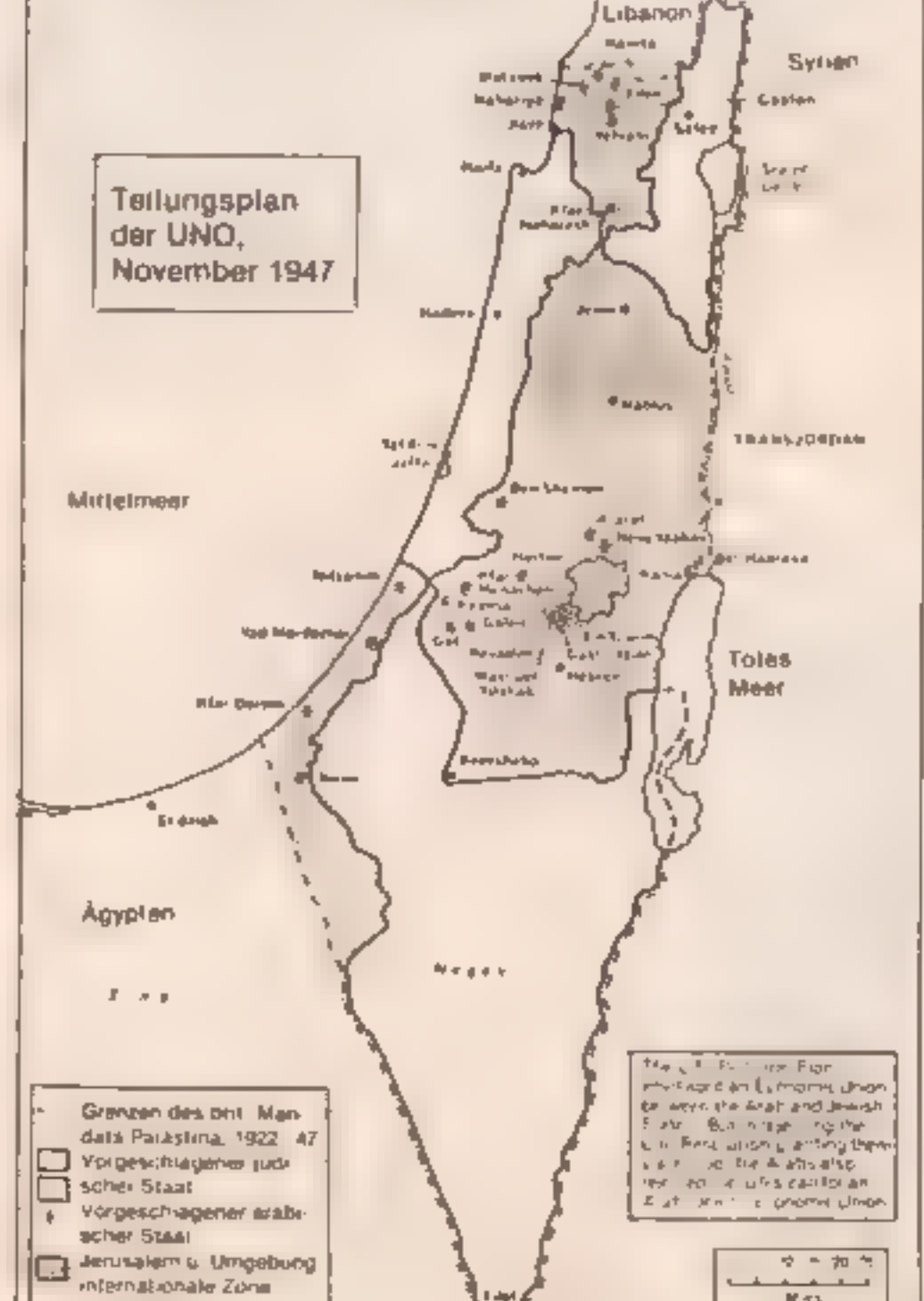
Am Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges hatte Israel sein Territorium gegenüber dem UN-Teilungsplan um rund 50 Prozent vergrößert. Und das auch noch mit dem besten Gewissen von der Welt, man war angegriffen worden und hatte sich verteidigt. Erfreuliches Nebenprodukt: Mehr als eine halbe Million Palästinenser hatten fluchtartig ihr Land verlassen. Selbstverständlich völlig freiwillig, wie heute noch jedes israelische Schulbuch verkündet.

Dieser erste Krieg kann als ein Modellfall gelten. Die Ursachen des zionistischen Eindringens nach Palästina riefen Abwehrreaktionen der Bevölkerung geradezu zwangsläufig hervor und produzierten eine feindselige Umwelt. Ein Staat, der in eine solche Umwelt eingepflanzt wird, bekommt Anlässe und Vorwände zur kriegertischen Expansion mit fast 100%iger Sicherheit immer wieder ins Haus geliefert. Das kann den Sektoren des Zionismus, die die Teilung Palästinas von Anfang an nur als Zwischenlösung begriffen und sich Grundidee niemals anerkannt haben, kaum unwillkommen sein. Solange sich Israel der Milliarden-Subventionen aus den USA sicher sein kann, ist die Aufrechterhaltung des Status quo, „Weder Krieg noch Frieden“, aus der Sicht der expansionistischen Sektoren des Zionismus ein Idealzustand.

## Arbeiterpartei: „Land gegen Frieden“

Über zwei Punkte besteht bei allen Parteien des zionistischen Spektrums Konsens: 1. Eine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Juni-Krieg 1967 ist absolut ausgeschlossen. 2. Eine Integration der arabischen Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens in die israelische Gesellschaft — als gleichberechtigte Staatsbürger mit allen politischen Rechten, einschließlich des Wahlrechts — wird kaum weniger absolut ausgeschlossen.

Während die Rechten „keinen Quadratmeter“ der besetzten Gebiete wieder freigeben wollen und sich dabei primär auf Israels historische und religiöse „heilige Rechte“ auf dem Palästina berufen, betrachtet die Arbeiterpartei im Prinzip einen Teil der Gebiete als verlorene, so daß dabei sicherlich auch die Erwägungen in den Vordergrund treten könnten, die



Israels neue Grenzen nach den Vorstellungen der Arbeiterpartei. (Aus: Saul Cohen: The Geopolitics of Israel's Border Question.)









Thomas Borge ist seit dem Sieg der sandinistischen Revolution Innenminister in Nicaragua. Nach außen hin gilt er als Sprecher der linken Fraktion innerhalb der Frente Sandinista und genießt wegen seiner Person und seiner langjährigen revolutionären Erfahrung großes Ansehen im nicaraguanischen Volk. Borge erzählt über die Gründe des Sieges der nicaraguanischen Revolution und die Niederwerfung der Somozadiktatur, die Fehler und die Lehren der Revolution aus seiner heutigen Sicht. Wird es eine weitere Revolution in Mittelamerika in El Salvador geben, und unter welchen Bedingungen findet diese statt? Wie sieht er das Leben unter der ständigen Drohung des US-Imperialismus? Diese und andere Fragen beantwortete er in einem Interview von Frederic Jameson, das wir aus der linken US-amerikanischen Zeitschrift „new left review“ (Nr. 164) leicht gekürzt übernehmen.

wo./Hamburg

Die Revolution in Nicaragua ist gänzlich anders als die auf Cuba. Wir wissen, daß ihr den Begriff Sandinismus anstelle von Sozialismus benutzt ist. Ist die Einzigartigkeit des Sandinismus nur eine Frage der eigenen Geschichte, die jede Nation besitzt?

Unsere Revolution ist auf den Ideen, eines Arbeiters gegründet, der sowohl Handwerker als auch zum guten Bauer ist. Sie ist die über die Grundlagen ihrer Zeit hinausgehen und in die Zukunft hinarbeiten. Sandino sagte zum Beispiel, daß nur die Arbeiter und Bauern den ganzen Weg der sozialen und gesellschaftlichen Veränderung gehen werden; er sagte dies, ohne jemals Marx gelesen zu haben, zu einer Zeit, als das marxistische Gedankengut in Nicaragua noch nicht erreicht hatte. Marxismus ist eine bestimmte Sicht der Welt und der Wirklichkeit; er errichtet Gesetze der geschichtlichen Entwicklung, die anerkannt oder in Frage gestellt werden können, aber nicht verändert werden können ohne einen tiefen Kenntnis des Marxismus; etwa ähnlich einer Person, die nichts über die Gesetze der Gravitation weiß und die etwas von Newton gehört hat, erfahren hat, daß ein Stein immer zu Boden fällt. Die Gesetze der Physik gelten unabhängig von einem theoretischen Wissen, das wir darüber haben, und das gleiche gilt für Voraussagen großer Denker über die geschichtliche Entwicklung — zum mindesten für solche Voraussagen, die begründet waren und aus einem gewissen Verhältnis zwischen Theorie und Praxis erwachsen sind. Wir erhalten keine umfassende marxistische Erziehung — eher sollte man

Wissen, was eine Revolution ist, und eine politische Erziehung — eher sollte man von einer umfassenden christlichen Erziehung sprechen. Wir waren weder isoliert von marxistischen Theorien noch waren wir parteibewußt.

Genau gestern sprach ich mit den novizen der Pablo Cebada Strietkräfte, die früher ihren knappen den Gruppen leichten, und die ein niedriges politisch-ideologisches Niveau besaßen, eben weil sie wenig Wissen über revolutionäre Theorie hatten. Ich sagte zu den Genossen: „Vielleicht haben sie nur ein sehr niedriges theoretisches Niveau, oder gar ein niedriges ideologisches Niveau. Aber sie bewegen sich auf einem hohen politischen Niveau“. Ich kenne Menschen, die können ganze Kapitel aus dem „Kapital“ zitieren, oder die Engels oder Hegel auswendig können oder Montesquieu gelesen haben, die aber nicht in der Lage sind, eine Locke ihres Hauses zur Verteidigung ihrer Ideen einzusetzen. Ich spreche gar nicht vom Einsatz ihres Lebens. Aber diese Kameraden haben bewiesen, daß sie jeden Tag ihr Leben aufs Spiel setzen. Sie haben niemals Marx gelesen und haben nur eine ganz vage Vorstellung über den Marxismus; sie kennen die Bibel nicht und haben weder hegelesche Philosophie gelesen noch werden es jemals tun. Aber sie können wie die Löwen sein, wenn sie ihre Interessen verteidigen müssen. Verteidigen müssen als Teil einer Gesellschaft, die eine grundlegende Veränderung in Nicaragua bedeutet. Es war weder das Wissen über den Marxismus noch um die Bibel, das die Revolution geschaffen hat, sondern es waren die objektiven Bedingungen dieses Landes — zusammen mit dem berechtigten Glück, einen Führer zu haben, der die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung richtig interpretieren konnte, und die richtigen Formen der Organisation, Methoden und Strategien zum Sturz der Somoza-Diktatur fand.

# Die Wege der Revolution in Mittelamerika

Interview mit Thomas Borge

Natürlich hätte ein Visionär wie Carlos Fonseca nichts ausgerichtet, wenn es eine Reihe von objektiven Bedingungen zugunsten einer revolutionären Veränderung nicht gegeben hätte. Wir lebten in einem armen Land, besser gesagt in einem Land, das arm gemacht worden war, mit einer verschwindenden Industrie, und der Kapitalismus konnte sich nicht entwickeln eben aus der speziellen Bindung an die Somoza-Diktatur. Eine wilde, grausame und räuberische Familie grenzte die Zahl der Ausbeuter im Land auf die eigene Familie und ihre Freunde ein, und ließen so jeden anderen Teil der Gesellschaft davon ab, sich zum modernen Bourgeois zu entwickeln. Deshalb konnte die Bourgeoisie nicht die Entwicklung anleiten, die zu einer Veran-

schene Partei die Verbindung zu den sozialistischen Ländern gehalten. Man kann einfach nicht sagen — idiotisch, diese Sprache, die dafür benutzt wird — daß die nicaraguanische Revolution das Ergebnis des Geldes aus Moskau war. Nicht einmal die Revolutionäre in der Sowjetunion glaubten an eine revolutionäre Veränderung in Nicaragua. Warum sollten sie uns dann helfen?

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Diktatur waren in Nicaragua anders als die Bedingungen in Guatemala oder einem anderen Land. Dann gibt es den eigenen Weg der Revolution. Offensichtlich ist die Situation in Cuba und anderen Ländern anders, und so wird es bleiben. Aber im Vergleich zu Mittelamerika, was unterscheidet Ni-

caragua von Honduras oder Guatemala, wo liegt die Einzigartigkeit der nicaraguanischen Revolution?

Ich führe die Rechte an — bevor ich mich mit den Linken traf. Nicht weniger als 35 linke Parteien kamen da zusammen, und ich fragte mich: „Was soll ich diesen Leuten erzählen?“ Schließlich sagte ich: „Es gibt keinen Sieg ohne Einheit — Auf Wiedersehen.“ Unsere Lösung einer kollektiven Führung entstand nicht, um die Widersprüche untereinander auszuschießen — denn Widersprüche sind vorhanden —, aber um diese Widersprüche soweit einander anzunähern, auf daß sie die Revolution nicht gefährden.

Wie erklärst du eure Fähigkeit, diese Brüche untereinander zu überwinden und die kollektive Führung aufrechtzuerhalten?

sich ein Verständnis oder sogar ein „Bund“ mit dem christlichen Sektor — in Fragen der Moral und sogar der politischen Werte — dies war ein sehr großer Unterschied zu den revolutionären Prozessen in Mexiko, und ganz zu schweigen von Rußland und Cuba. In Cuba waren beispielsweise die meisten Priester Spanier und reaktionär, der eine oder andere zeigte sich fortschrittlich, aber im großen und ganzen war der ganze Klerus reaktionär. So kam der Moment, an dem sie mit der Revolution aneinander gerieten und sich selbst dem CIA anheimen. Die Cubaner sammelten sie alle ein, setzten sie in ein Boot und schickten sie in ihre Heimat zurück.

Im Gegensatz dazu sind in Nicaragua die Hälfte aller Priester hier geboren, und einige ausländische Priester unterstützen die Revolution, beeinflusst von der Theologie der Befreiung. Es ist kein Zufall, daß eine ganze Reihe von Priestern führende Positionen in der Regierung und im politischen Leben einnehmen, wie es auch kein Zufall ist, daß bei uns die Todesstrafe vergessen ist. Es ist die erste Revolution in der Welt, in der die Todesstrafe nicht gegen solche verhängt wurde, die für die Ausbeutung und die Grausamkeiten gegen das Volk verantwortlich waren. Das ist kein Ergebnis des Marxismus, oder entspringt auch nicht der Doktrin des Antidührungs, sondern ist durch den Einfluß des Christentums begründet.

Ein anderer Unterschied ist, daß der Sozialismus in Cuba sehr bald nach dem Sieg erreicht wurde — daß bedeutet, daß die grundlegenden Sektoren der Produktion in der Hand des Staates liegen. In Nicaragua haben wir, vor allem unter dem Diktat der Wirklichkeit, keinen Sozialismus erreicht, sondern haben eine sogenannte gemischte Wirtschaft, die Mittel der Produktion betrieblen sich teilsweise in der Hand der Arbeiter und teilsweise in der Hand der Bourgeoisie. In Nicaragua gibt es eine ganze Reihe von politischen Parteien, während es in anderen Ländern nur eine gibt. Natürlich ist unsere gemischte Wirtschaft nicht von derselben Art wie die gemischte Wirtschaft in Costa Rica, denn dort hält die Bourgeoisie den entscheidenden Hebel der Ökonomie in den Händen. Im Gegensatz dazu ist die Bourgeoisie in Nicaragua heutzutage von zweiter Bedeutung. Aber sie ist nicht aus dem Weg geräumt, und das planen wir auch nicht. Wir haben sogar dafür gesorgt, daß die Bourgeoisie als ökonomische Kraft weiterhin besteht. Gleichzeitig übt das politische Element einen Einfluß darauf aus, daß die Bourgeoisie sich nicht damit abfindet, die Macht verloren zu haben, und kämpft daher mit all ihren Mitteln — einschließlich der ökonomischen Mittel, die sogar die ganze Ökonomie als ganze bedrohen. Natürlich ist der Bourgeoisie dies nicht zu klug, er mag nicht wollen, daß die Arbeiter Anreize für sie sind und vielleicht sogar größer als für die Arbeiter. Wir waren

Anreize für sie sind vielleicht sogar größer als für die Arbeiter. Wir waren sogar aufmerksamer gegenüber der Bourgeoisie als gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft, aus wir auf die ökonomischen Möglichkeiten zurückgriffen.

Wir haben die Arbeiterschaft gegenüber der Ökonomie als Teil eines strategischen Planes; aber die Bourgeoisie widersetzt sich weiterhin, boykottiert teilweise die Ökonomie wegen ihrer politischen Interessen. Nichtsdestoweniger gibt es starke private Sektoren, die ohne große Probleme überleben, ich möchte nicht sagen, daß sie gar keine Probleme hätten, aber sie haben keine größeren mit der Revolution.

Was wird geschehen, wenn es eine revolutionäre Veränderung in El Salvador oder in Guatemala gibt? Das wissen wir zur Zeit nicht. Aber ich denke, daß die große indianische Bevölkerung in Guatemala von hoher Bedeutung sein wird, genauso wie die lange Geschichte der Gewalt in diesem Lande. Vielleicht haben sie dort weniger Probleme wegen ihrer Grenze zu Mexiko. Vielleicht auch nicht — wir wissen ja nicht, wie weit die Bourgeoisie gehen wird, wenn sie unter dem Druck des Imperialismus steht.

In El Salvador, einem kleinen Land mit einer sehr erfahrenen revolutionären Bewegung und einem Volk mit einer außergewöhnlichen Geschichte, wird die Revolution — das ist eine Vermutung von mir — wesentlich radikaler sein als in Nicaragua, und es werden einige wenige Köpfe fallen. Vielleicht wird dies auch nicht der Fall sein, aber ich bin von unserem Beispiel. Wir wissen, daß die Revolutionäre in El Salvador mit ihren gefangenen Soldaten sehr großzügig gewesen sind; sie sorgen für sie, sie mißhandeln sie nicht, das ist eine sehr wichtige Sache in einem revolutionären Land.

Fortsetzung nächste Seite



Alphabetisierungskampagne 1980

Alphabetisierungskampagne 1980

derung wie in anderen lateinamerikanischen Ländern geführt hatte — wie beispielsweise in Mexiko oder im Süden des Kontinents, wo demokratische Veränderungen von der Bourgeoisie eingeleitet wurden. Soweit sie überhaupt unabhängig von der Somoza-Clique existierte, war die Bourgeoisie abhängig von den USA, unfähig, sich selbst zu organisieren oder eine Alternative im Land zu bilden. Lediglich in letzter Minute trat eine solche Partei auf, die diesen Sektor des Bürgerlums repräsentierte — aber da war es schon zu spät. Aus dieser Situation erwuchs eine breite Bewegung unter der Leitung von Carlos Fonseca — keine Bewegung, die auf einen schmalen gesellschaftlichen Teil beschränkt war, sondern die auch die Interessen der Mittelschichten und sogar der nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck brachte und sich so an die Spitze des revolutionären Wandels stellte.

Dies gibt unserer Entwicklung eine gewisse Eigenständigkeit. Da es nicht einfach war, die Anzeichen eines solchen Wandels zu sehen, haben wir von keinem sozialistischen Land außer Cuba irgendeine Unterstützung erhalten. Die Sowjetunion und andere Länder unterstützen uns nicht, weil sie dachten, daß allein die kommunistischen Parteien des lateinamerikanischen Kontinents die Repräsentanten revolutionärer Veränderung sein könnten, und es war für sie nicht möglich, anders als so zu denken. Sie hatten schon einige Erfahrungen gemacht und Ideen, die sich in von ihnen fernem Ländern entwickelten, haben sie von bestimmten Realitäten abgeschnitten. Ich möchte diese Länder nicht beschuldigen, ich beschreibe nur eine Tatsache. Hier in Nicaragua haben nicht wir, sondern die Sozialistische Partei und die nicaraguanische Kommunist-

caragua von Honduras oder Guatemala, wo liegt die Einzigartigkeit der nicaraguanischen Revolution?

In Cuba wurde die Entwicklung durch einen Mann bestimmt, der zum entscheidenden Faktor für den revolutionären Weg seines Landes wurde, wegen seiner außerordentlichen Fähigkeiten, seiner Ausdrucksfähigkeit, seiner Ausstrahlung und seiner Vertrauenswürdigkeit. Diese verbindende Kraft war Fidel Castro. In Nicaragua geschah dies nicht — vielleicht kam Carlos Fonseca Fidel Castro noch am nächsten. Aber er starb während des Kampfes und wir mußten eine andere Art der Führung, eine kollektive Führung aufbauen. Dies ist meiner Meinung nach unser Beitrag zu den Versuchen der Volkskämpfe in Lateinamerika. Ich glaube, daß hin und wieder jeder von uns ein Fidel Castro sein wollte — aber das war offensichtlich unmöglich. So oft brachen in Lateinamerika linke Gruppen in Fraktionen auseinander, ohne eine gesellschaftliche Unterstützung, und die inneren Diskussionen, der innerorganisatorische Check um Positionen innerhalb der Führung wurde ein sehr schmerzhaftes und verwobenes Phänomen in der revolutionären Bewegung. Vielfach wurde diesen Auseinandersetzungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Das muß ein Teil unseres spanischen Lebens sein, denn gerade wir Lateinamerikaner streiten immerfort um Kleinigkeiten und Über- und Unterordnung. Ich erzähle den venezolanischen Revolutionären so viel darüber, und sie wurden zornig auf mich. Tatsächlich fragte sie ein Vorurteil gegen mich mit sich herum, denn ich traf mich mit der Demokratischen Allianz und den Christdemokraten — die beiden Par-

teien wie lag war die revolutionäre Bewegung in Nicaragua ebenfalls gespalten, aber dann wurde sie wieder durch die pure Notwendigkeit zusammengebracht. Wenn wir uns nicht zusammengefunden hätten, hätte die Revolution nicht siegreich sein können, und wenn wir uns heute spalten würden, hätte der Imperialismus mit der gleichen Leichtigkeit und Grausamkeit über uns her wie in Grenada. Deshalb, abgesehen von der politischen Reife, abgesehen von bestimmten Fähigkeiten, die wir von Carlos Fonseca geerbt haben, abgesehen davon, daß der gesunde Menschenverstand manchmal der beste Lehrer ist und daß das Volk Nicaraguas keine innere Reibereien dulden würde, abgesehen davon, daß wir uns all dieser Tatsachen bewußt sind — wenn wir uns spalten, fliehen die Nordamerikaner sofort über uns hinweg und würden uns in Stücke reißen. Fast es heute irgendjemanden geben sollte, der diese Einheit lieber nicht wollte, die Wirklichkeit würde ihn sofort lehren, daß eine solche Einstellung und solche Ansicht der Vernichtung der Revolution gleichkame.

Wenn wir die kollektive Führung beibehalten und die Aufhebung des Caudillismus, heißt dies in keiner Weise, daß wir die Organisationsformen und die entscheidende Führung Fidel Castros kritisieren. Denn für diese besonderen Umstände ist diese Führung das naheliegendste und meiner Meinung nach notwendig.

Ein weiterer grundlegender Unterschied zwischen Cuba und Nicaragua ist, daß in Nicaragua die Führer der Revolution und die Christdemokraten sehr frühzeitig Kontakt zueinander hatten. Schon lange vor der Revolution, ungefähr 1968, hatten wir einen ersten Kontakt mit kirchlichen Führern in Nicaragua. Von da an entwickelte



Fortsetzung von vorheriger Seite

tionären Prozeß. Sie haben auch ein sehr gutes Verhältnis zur Bevölkerung. Meiner Ansicht nach ist es die Schwierigkeit, eine Einheit in der revolutionären Bewegung herzustellen, die den Prozeß der Veränderung in diesem Land aufhalten hat.

Der Feind ist sehr eindeutig und sehr gewalttätig in El Salvador. Zeitweise bestand die imperialistische Strategie darin, die bewaffnete Bewegung und die sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören. Obwohl sie ein sehr erfolgreiches bewaffnetes Verbot nicht erfolgreich waren, tatsächlich erlitt die Armee El Salvadors einige ernsthafte Schläge. Aber die Massenbewegungen sehr stark und trafen so das ergänzende strategische Element, um eine Veränderung in diesem Land zu erreichen. Erst in den letzten paar Monaten gab es für die Massenbewegungen eine gewisse Erholung, das ist sehr wichtig und gegenwärtig nicht mehr aufzuheben, denn dies ist ein Teil der US-Strategie in El Salvador. Ihre Vorstellung von einer Allianz zwischen Quartie und den militärischen Teilen beinhaltet eine notwendige Öffnung, d. h. es müssen Zugeständnisse gemacht werden, und diese wiederum machen die Entwicklungen für die Massenbewegungen möglich. So schieden sie als Teil ihrer eigenen Strategie das Messer, das sie ins Herz treffen wird. Sie können dies nicht vermeiden, denn so sind die Gesetze der Geschichte. Der gegenwärtige Kurs der Veränderung in El Salvador wird vom Charakter der Allianz abhängen: die Sozialdemokratie hat z. B. einen sehr starken Einfluß. Aber die revolutionäre Bewegung kennt unsere Erfahrungen sehr gut und wird aus den eigenen Erfahrungen heraus weniger Fehler als wir machen. Sie stehen in einer sehr vielschichtigen Situation gegenüber: einer Bourgeoisie, die entwickelt ist, besser ausgebildet, schlauer und grausamer als in Nicaragua. Amerikanischer Körper kann man sagen. Unsere Bourgeoisie war mittelmächtig, schwach, ohne Gesicht. Wir sind sie in El Salvador nicht, sondern sie ist als ein großer, mächtiger Zwerg, sie hat sich normal entwickelt. Das macht alles noch viel gefährlicher.

Du hast aber die Bourgeoisie gesprochen, und normalerweise setzt eine entwickelte Bourgeoisie ein entwickeltes Proletariat voraus. Du sagst weiterhin, daß Sandino Ähnlichkeiten mit den Bauern, den Handwerkern und den Arbeitern hatte. Meine Frage richtet sich auf Grundsatze über die Klasse und die Kultur. Ich kann in der sozialistischen Revolution keine populäre Sprache der Bauern sehen, die in irgendeiner Weise die Gestalten des Bauern erhöht.

deiner Weise die Gestalten des Bauern erhöht

Was geschah, nachdem Sandino 1934 erschossen wurde? Es gab eine Welle der Gewalt, die sich hauptsächlich gegen die Bauernschaft richtete, die ihrerseits Sandino den größten Rückhalt gegeben hatte. Das war der Anfang einer Zeit der Barbarei und der Passivität im Volkskrieg überhaupt. Die Bauern wurden umgebracht, entmannt. Sie waren vorher schon ein politisch und kulturell rückständiger Sektor, der auf ein höheres politisches Niveau des Kampfes durch die Umstände der Zeit und Sandinos vereinigende Macht und Ausstrahlung gebracht wurde. Die Bauern wehrten sich nicht, als ihnen das Land fortgenommen wurde, denn die einzige Organisation war von Sandino aufgebaut worden. Er baute Kooperativen mit ehemaligen Kämpfern auf, er plante, diese Kooperativen im Norden Nicaraguas weiter auszubauen. Aber sie wurden mit Feuer und Schwert ausgerottet, als die Nationalgarde nicht nur die Armee des Landes wurde, sondern auch Polizei, Gefängnis und Partei. Erwinnere dich, daß die Bauern im großen und ganzen konservativ waren, so daß sogar das politische Instrument, obwohl es ihre Interessen nicht ausdrückte, aber unter einem Banner gruppierte, doch zweitrangig war. Die Konservative Partei wurde die Partei, die gegen die regierende liberale Oligarchie stritt, die tatsächlich durch den politischen und militärischen Apparat der Nationalgarde agierte. Die liberale Partei war nicht mehr als eine Maske, die die Macht der Somozadiktatur verbarg.

Als die Guerillagruppen die Sandinistische Front auf dem Land errichteten, zogen sie nur wenige Teile der Bauernschaft in den Kampf. In einem langandauernden Krieg, wie er sich in China entwickelte, hätten sie vielleicht die große Masse als grundsätzlichen Träger der revolutionären Veränderung hineingezogen. Aber in Nicaragua waren die Widersprüche folgendermaßen: Der gordische Knoten der Widersprüche wurde durchschlagen, als die Somozadiktatur hauptsächlich

den städtischen Aufständen gegenüber stand. Die Aufstände auf dem Land waren nur ein ergänzendes Element, sie bezogen bei weitem nicht die ganze Bauernschaft mit ein. Erst nach dem revolutionären Sieg wurden die Bauern kämpferischer aufgrund der institutionellen und politischen Maßnahmen der Revolution, die Agrarreform und der anderen Veränderungen auf dem Land.

In der ersten Etappe wurden die Ländereien Somozas und die seiner Kumparte als Teil eines falschen Planes vom Staat übernommen — dieser Plan sah damals revolutionär aus. Aber der Staat hatte weder die verwaltschaftlichen Fähigkeiten noch die nötige Maschinerie, um diese Ländereien zu be-



wirtschaftlich tatsächlich begunnen zu werden. Erst jetzt haben wir diesen Prozess wirklich begonnen, da Land an die Bauern zu verteilen. Heute gibt es ganze Regionen im Land — Río San Juan z. B. — als junges verwickeltes Land, in denen das ganze Land an einzelne oder Kollektive der Bauern

tes Beispiel — in denen das ganze Land an einzelne oder Kollektive der Bauern verteilt ist. Das gibt ihnen eine wichtigere Rolle, aber sie sind nicht — und werden es auch niemals meiner Meinung nach sein — die hauptsächlich treibende Kraft für Nicaraguas revolutionäre Veränderungen.

Um auf die Arbeiterklasse zurückzukommen. Ich denke, daß eine unterentwickelte Arbeiterklasse Hand in Hand geht mit einer unterentwickelten Bourgeoisie. Hier gab es keine Industrialisierung, die es möglich gemacht hätte, daß sich eine Arbeiterklasse oder eine wichtige Arbeiterpartei entwickelte. Die Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei, obgleich vermutlich aus der Arbeiterklasse entstanden, vertrat tatsächlich die Interessen und Forderungen eines Sektors, der erst kurz in die Industriearbeit eingetreten war, bäuerlicher Abstammung und ohne proletarische Traditionen. Weder wußten sie wie noch konnten sie sich als Vorhut des Kampfes ihrer eigenen Klasse sehen. Die Sandinistische Front entwickelte sich als eine Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte. Aber sie bringt auch die Interessen anderer Sektoren zum Ausdruck, die der Mittelschichten, der Handwerker und auch der Bauern, und ist so eine Vorhutorganisation der historisch und traditionell ausgebeuteten Teile der Gesellschaft in unserem Lande. Nehmen wir an, wir hätten ein mechanistisches Konzept der Sandinistischen Front als „Vorhut“ der Arbeiterklasse, so könnte man sagen, daß wir die „Vorhut“ der politischen, ideologischen und materiellen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen und nicht die der Arbeiterklasse als in sich organisierter Teil der Gesellschaft. Genau das bringt die Front die Interessen weiterer Klassen, wie die der Bauern und der Handwerker, wie auch der breiten Mittelschicht und von Teilen der nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck.

Könntest du bitte etwas sagen über die verschiedenen Stadien der Revolution nach dem Fall der Diktatur?

Erst gab es das Stadium der „Flitterwochen“, als viele meinten, dies sei keine Revolution und einige Elemente der Bourgeoisie, wie z. B. Alfonso Robela, Mitglieder des Regierungsrates waren. Dies erklärt auch, warum La Prensa anfangs sandinistisch war; warum die Bourgeoisie uns hochleben ließ und uns Einladungen zu allen Parties schickte; warum die Mädchen der Bourgeoisie uns so herrlich anstrahlten, sogar leidenschaftlich. Sie dachten, wir wollten lediglich die Demokratie einführen, eine neue kleine Armee und Polizei aufbauen. „Wer weiß, was sie dachten?“

Wir erwarteten einen Angriff des Imperialismus und wußten, daß wir deshalb eine Armee aufbauen mußten,

landeten auch in Europa. Ich sagte ihnen: „Hört damit auf!“ und schickte Polizei, um sie zurückzuhalten. Aber was sollte die Polizei tun, besonders da sie, wie ich wußte, selbst einen ziemlichen Drang hatte, Arturo Cruz mit Steinen zu bewerfen? Es war eine sehr schwierige Situation, als diese zweite Etappe mit den Wahlen endete. Dies war ein politischer Kampf, während dem wir viele Fehler machten, besonders weil tatsächlich eine übergroße Mehrheit der Nicaraguaner für die Sandinistische Front stimmten, fast 70 %. Ein Teil der Gesellschaft enthielt sich und ein anderer unterstützte die traditionellen Parteien, aber das war die absolute Minorität. Ich denke, daß dies der Zeitpunkt war, zu dem sich das Land institutionalisierte, ein Prozeß, der seinen Höhepunkt in der Verabschiedung der Verfassung fand.

Eine grundsätzliche Schwierigkeit moderner Revolutionen betrifft das Konzept der Entwicklung, die sowjetische Vorstellung von der Entwicklung einer Schwerindustrie. Wie siehst du das Problem in Nicaragua? Welche Opfer erfordert es, eine Schwerindustrie zu entwickeln anstelle anderer Bereiche?

Wir machten den anfänglichen Fehler, die Normalität in Nicaragua zu finanzieren, stattdessen hätten wir alle Quellen für die Entwicklung nach dem Sieg der Revolution nutzen sollen. Die psychologische Situation war für ein Gürtel-enger-schnallen gegeben, so daß jeder und jede für die Nahrung arbeiten mußten, aber stattdessen wollten wir, daß alles normal sei.

Ich denke, das war eine kleinbürgerliche Vorstellung. Um die Normalität aufrechtzuerhalten, subventionierten wir den Transport, die Lebensmittel, die Erzeuger, jedermann, und alles Geld, das wir erhielten, wanderte in die Zuckerrübe statt in Investitionen. Nur zahlen wir den Preis für den Zucker. Wenn wir alle Ressourcen in kurzfristige Entwicklungsprojekte genutzt hätten, die gleichzeitig eine Grundlage für längerfristige Projekte gelegt hätten, bis hin zur Entwicklung einer Schwerindustrie, hätten wir heute anders da. Ich meine, es war so, als wenn jemand eine Schenkung von einer Million Pesos erhält, und anstatt ein Geschäft aufzubauen oder es irgendwo zu investieren alles aufißt. Das ist genau das, was wir taten. Man teilt es glücklich aus und das ist es.

Bei Augenblick kam, als die US-Armee ein großes Ausmaß an Ressourcen zur Verteidigung des Landes aufzuwenden. Dies fiel mit der weltweiten Krise der Ökonomie zusammen und mit einer Zunahme unserer Auslandsschuld (5 Mrd. US-Dollar), denn ein großer Teil unserer Rücklagen wurde uns nicht gegeben, sondern „denn ein großer Teil unserer Rücklagen wurde uns nicht gegeben, sondern geliehen. Das sozialistische System des gleichen Tausches wurde immer bedrückender, und wie jedermann weiß, unsere Probleme wurden erst als zuvor. Darüber hinaus hat eine offene, freie Ökonomie ohne durchgreifende Kontrollmechanismen zur Spekulation, zum Hamstern, zum Schwarzmarkt und zu größeren Unverhältnissen geführt, die die ärmsten Teile der Gesellschaft trafen. Die Produktion hat nicht zu-, sondern abgenommen. Wir haben heute weniger als früher, und eine größere Bevölkerung zu ernähren, zu erziehen, unterzubringen, zu kleiden usw.

Der Krieg hat auch einen immer größeren Teil unserer Gedanken beansprucht. Wenn jemand einen Tisch fabriziert und ein anderer schlägt ihm auf den Kopf, muß derjenige natürlich mehr mit den Schlägen beschäftigt als mit dem Tisch. Andererseits lernen wir in Praxis, daß es möglich ist, sich auch mit der Produktion zu befassen. In der letzten Zeit traf sich die Führung des Landes des öfteren, um die wirtschaftlichen Probleme zu besprechen, und die erste Aufgabe ist, die Ordnung herzustellen, Zusammenhänge und eine wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen. Wir müssen mit der weniger ausgedehnten Währung vorsam umgehen; unsere begrenzten Möglichkeiten müssen gemäß den richtigen Prioritäten verteilt werden, damit nicht weiter gesagt werden kann, daß wir keine Strategie für die Entwicklung hätten. Unser Ziel muß eine Strategie des Überlebens sein, bei der die Idee der Entwicklung nicht fremd ist.

Ist die Landwirtschaft in Nicaragua nicht reich, und kann sie nicht entgegen den Tagen der Diktatur die Menschen versorgen, ohne zu importieren? Habt ihr Monokulturprobleme wie in Cuba?

Momentan können wir die Bevölkerung nicht allein mit unseren Ressourcen ernähren. Ein großer Teil unserer Produkte wandert in den landwirtschaftlichen Export, aber einige davon

sind unwirtschaftlich. Die letzte Baumwollenernte brachte uns zum Beispiel weniger, als wir investierten.

Kaffee ist profitabler aufgrund besserer Konditionen. Wir haben keine Monokultur, da wir eine ganze Reihe von Produkten herstellen, aber wir haben auch keine große Vielfaltigkeit.

Sieid ihr beim Verkauf eurer landwirtschaftlichen Produkte mit dem externen Markt fertig geworden?

Normalerweise müssen wir für den Export arbeiten, denn das bringt die ausländische Währung. Wir müssen unsere Märkte diversifizieren, und die wirtschaftliche Aggression der USA zwang uns, neue Absatzmärkte zu suchen, einschließlich der sozialistischen Länder, über unseren besten natürlichen Markt in Nordamerika hinaus. Die Produktion an Saatgut ist noch nicht ausreichend, um Engpässe zu überwinden, die teilweise durch ausländische Hilfe weitgemacht werden. Wir erhalten Weizen, manchmal Reis, manchmal Mais, aber nie genug, um unsere Lebensmittelprobleme zu lösen. Man muß auch bedenken, daß es einen großen Teil unregistrierter Produktion gibt, so daß die statistischen Angaben für Mais oder Bohnen ein Gutteil unter dem gegenwärtigen Output liegen. Wir registrieren lediglich private oder staatliche Farmen ab einer bestimmten Grenze, nicht die Kleinprodukte von Tomaten, Mais oder Gemüse. Solche Produkte sind sehr teuer, aber es gibt sie.

Die Knappheit ist nicht so groß, daß man sagen kann, das Volk von Nicaragua hungert. Es gibt jedoch ein unglaubliches Ungleichgewicht zwischen den Preisen und den Einkommen. Die Menschen verdienen sehr wenig, aber die Güter im Verkauf sind sehr teuer. Ich weiß nicht, wie viel ich verdienen gut entwickelten informellen Sektor und ein großes Maß an familiärer Solidarität — die Menschen können Geld haben können, um die Dinge zu kaufen, die sie brauchen. Ein Soldat im Innenministerium verdient gerade 35.000 Cordobas und seine Familie nicht mehr als Hunger. Ich weiß nicht, wie sie das machen. So fragte ich z. B. Captain Maria de Lourdes Castro: „Was machst du um, zu verdienen?“ Und sie antwortete: „Mein Vater hat uns so bezahlt, es ist sehr einfach. Die Menschen überleben, indem sie in den Kiosken der Straßen verkaufen. Die Leute im Informellen, zu machen oder Rechte und andere Dinge, die sie verkaufen. Menschen können sie da ein bisschen Einkommen haben. Aber die Wahrheit ist, daß es eine gewisse Verteilung des Reichtums gibt, mitten zwischen den Schwierigkeiten und den Protesten.“

Anzeige

INPREKORR

Welche Zeitung kann sich schon Korrespondenten in 50 Ländern der Welt leisten?

Wir, natürlich. Das macht uns so schnell niemand nach.

- Eine große Mehrheit der Leser ist in der Dritten Welt.
- Aus der Sowjetunion lernen wir viele Dinge über die Entwicklung unabhängiger sozialistischer Länder.
- Auch die Exil-Revolutionäre, die in den westlichen Ländern leben, sind sehr interessiert an der Entwicklung der sozialistischen Integration der Dritten Welt.

Schwerpunkt der Nr. 300: Ernest Mandel zum 80. Geburtstag. Für Bürger hätte er eigentlich nicht stattdessen dürfen. Für Mandel kommt er nicht überraschend. Die nächste Rezension ist hier noch eine Frage der Zeit.

INPREKORR erscheint monatlich, im ISP-Verlag herausgegeben vom Vereinigten Sekretariat der Vierten Internationale.

INPREKORR gibt's für 80M drei Nummern zum Kennenlernen. Ein Jahresabo (12 Nummern) kostet 450M. Bezug: NPREKORR, c/o Buchla, den Neuer Kurs, Zulpichstraße 39, 5000 Köln 1. ☎ 0221-23 80 87.



## Pax Americana — Koreas blockierte Unabhängigkeit, Teil III

## Vom „Ausnahmestand“ zur „Konfrontation mit Dialog“

von Rainer Werning

## Vom „Ausnahmestand“ zur „Konfrontation mit Dialog“ (1971-1979)

„Soziale Unruhe aller Art, welche die nationale Sicherheit gefährdet, wird nicht geduldet und alle Unruhestellen werden beseitigt. Verantwortungslose Diskussionen über Fragen der nationalen Sicherheit müssen unterbleiben. Zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit muß jeder Bürger willig seinen Anteil beisteuern und getreulich seine Pflicht erfüllen. Jeder Bürger muß bereit und entschlossen sein, schlimmstenfalls im Interesse der nationalen Sicherheit einen Teil seiner Freiheit zu opfern.“

Dies waren die Kernsätze einer Erklärung, mit der der südkoreanische Präsident Park Chung Hee im Dezember 1971 den „nationalen Notstand“ ausrief. Im Oktober 1972 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt und das Kriegsrecht verhängt. Mit dieser „Reinigung“ wurden Proteste gegen das Wirtschaftsmodell mit seinen extrem hohen Kosten für die Masse der Bevölkerung und politische Demonstrationen der parlamentarischen Opposition für ein gelockertes Verhältnis zu Pjöngjang ausgeschlossen.

Während die Neue Demokratische Partei (NDP) unter Kim Dae Jung in der Aufnahme von Wiedervereiniger-Verhandlungen mit dem Nord, ein für damalige südkoreanische Verhältnisse außergewöhnlicher Schritt, keine greifbaren Erfolge erzielte, hatte die doch nur eine Sitzungsreihe der Präsidentschaftswahlen (April 1978) einen beachtlichen Erfolg errungen. Ihr gelang es, die bisherige „Einheitspartei“ der Regierungspartei (DRP) der „Antikommunistischen Partei“ zu brechen und damit die „Ausnahmestand“-Politik zu beenden.

Die „nationale Sicherheit“, wie die Regierung sie verstand, Kim Dae Jung, Vorsitzender der Sozialistischen Partei (USP), wurde im August 1971 wegen Versäufes gegen das „Antikommunismusgesetz“ verurteilt. Sein Vergehen bestand darin, die Anerkennung Nordkoreas als ersten Schritt gemeinsamer politischer Verhandlungen gefordert zu haben. Ebenfalls ernannte der Geheimdienst KCIA gegen die Herausgeber und Journalisten angesehenen sozialer Tageszeitungen.

Anlaß der Präsidentschaftswahlen hatte die KVDR (Koreanische Volksdemokratische Republik) einen neuerlichen Versuch unternommen, in gemeinsamen Gesprächen die Probleme der Wiedervereinigung zu diskutieren. Der von ihrem Volkskomitee beschlossene Brief, in dem die Regierung die KVDR als „sozialistische Eindringlinge“ bezeichnete, wurde durch das Volk selbst, in einer massiven Demonstration, abgelehnt. Da die „sozialistische Opposition“ in Südkorea keine rechtliche Grundlage hatte, wurde die KVDR nicht als Antwort auf die Briefe betrachtet. So wurde eine Debatte der KVDR in der südkoreanischen US-Debatte über Korea nicht mehr, wenn Pjöngjang die ganze Land betritt, das Kommando und Autorität der USA anerkennt. Die KVDR fuhr eine Retourkutsche und nannte Parks Vorschlag einer „Schwinnel“. Am 6. August 1971 unterbreitete Präsident Kim Il Sung noch einmal ein Angebot, das ein Treffen mit

sämtlichen Parteien Südkoreas vorsah, auf dem Fragen der nationalen Wiedervereinigung besprochen werden sollten. Knapp eine Woche später schlug Doo Sun Choi, Präsident des südkoreanischen Roten Kreuzes, dem Roten Kreuz Nordkoreas die Aufnahme direkter Verhandlungen vor, was Pjöngjang innerhalb von zwei Tagen akzeptierte.

Während beide Rot-Kreuz-Delegationen vorbereitende Gespräche führten, ließ Seoul im November 1971 durch seine Delegation den Wunsch nach einem Treffen in Panmunjom durchblicken, das Politiker unabhängig von den Rot-Kreuz-Verhandlungen durchführen sollten.

Am 4. Juli 1972 schlug die in beiden Hauptstädten gleichzeitig bekanntgegebene „Gemeinsame Süd-Nord-Erklärung über die friedliche nationale Wiedervereinigung“ wie eine Bombe ein. Auf der koreanischen Halbinsel schien nach Jahren bitterster Feindschaft ein Prozeß der Enteisung einzusetzen. In der Erklärung hieß es: „Beide Seiten einigten sich über folgende

Park seinerseits würdigte die „Gemeinsame Erklärung“ als „ein Ereignis von großem historischen Rang, mit dessen Hilfe die 24jährige Teilung überbrückt werden kann.“ Bereits eine Woche später, nachdem sein Verteidigungsminister kategorisch eine gemeinsame Truppenreduzierung in Nord und Süd ablehnte, rief der Präsident in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte die Kommandeure aller Waffengattungen zu „äußerster Wachsamkeit“ auf, was sich wieder einmal als Vorgriff auf die Verschärfung der innenpolitischen Repression herausstellen sollte.

Zwar liefen die Nord-Süd-Kontakte nach Verhängung des Kriegsrechts in Südkorea weiter. Eine Aussicht auf einen Durchbruch im Sinne der „Gemeinsamen Erklärung“ bestand aber nicht. Am 23. Juni 1973 veröffentlichte Park die „7 Punkte-Deklaration für friedliche Wiedervereinigung“. Darin machte er noch einmal die Grundhaltung seiner Regierung zur Koreafrage deutlich: die Koexistenz zweier unabhängiger Staaten einer Nation. Noch

Nationsraten und Arbeitslosigkeit sowie die Ernüchterung über ausbleibende soziale Segnungen auf Dauer politisch kontraproduktiv wirken. So kam es nach Jahren verordneter Ruhe trotz und gerade wegen des Kriegsrechts in mehreren Landesteilen zu Protestmärschen und Streiks. Dem Ruf nach Demokratisierung, verbesserten Lebensbedingungen und Wiedervereinigung folgten jetzt auch bürgerlich-gemäßigte — doch politisch ausgegrenzte — Kräfte und Teile der wirtschaftlich deklassierten Mittelschichten um die langjährig inhaftierten Oppositionellen Kim Dae Jung und Kim Young Sam.

Seouls starker Mann war zu einer Hypothek geworden. Innerhalb des staatlichen Herrschaftsapparates hatte er die Fähigkeit einer integrativen Leitfigur eingebüßt. Ende Oktober 1979 wurde der Präsident von seinem eigenen Geheimdienstchef erschossen. In den Nachfolgewirren, die landesweit von Massendemonstrationen begleitet waren, gelang es dem Fallschirmjägergeneral Chun Doo Hwan bis Dezember, die vereinte Kontrolle über den militärischen Sicherheitsdienst und den KCIA zu erlangen und sich damit in eine entscheidende Machtposition zu bringen. Eine solche Machtfülle war selbst für südkoreanische Verhältnisse ungewöhnlich.

In Cholla Namdo, der traditionellen unruhigen Südkoreaprovinz und Heimat Kim Dae Jungs, „provokierte“ ein Volksaufstand in der Hauptstadt Kwangju (April/Mai 1980) das Eingreifen von Eliten. Über 2.000 Tote, mehrere tausend Verletzte und ein landesweites Krawallgelenk zeigten, wie außerparlamentarische „subversive Elemente“ markiert und Machtentfesselt wurden. Park Regime wurde Park.

Kwangju war in mehrfacher Hinsicht zum Fana geworden. Die ökonomische, vor allem politische Krise des Regimes ließ plebiszieren, wie die

„Aggressivität des Nordens“ und die „Überlegenheit des freien Sudens“ beschworen worden. Als weiteres Versatzstück der antikommunistischen Staatsdoktrin diente der politische Hinweis auf die notwendige

Als weiteres Versatzstück der antikommunistischen Staatsdoktrin diente der politische Hinweis auf die notwendige Präsenz der US-Truppen im Lande. Sie, so hatte man der Bevölkerung eingetrichtert, nahmen selbstlos die Bürde auf sich, unter harschen Bedingungen, weit ab der Heimat, die „nationale Sicherheit“ zu verteidigen. In Kwangju aber waren es südkoreanische Soldaten, die auf Anordnung des US-ROK (Die Kommandos unter General John Wickham Fre Bajonette gegen das Volk richteten. Der sich um die US-Truppenpräsenz gerankte Schutz

machtmithos war zerstört. General Chuns gnadenloses, „effektives“ Eingreifen in Kwangju überzeugte die Amerikaner, fortan ihr Gewicht für diesen Mann in die Waagschale zu werfen. Wochen vor Chuns endgültiger Machtkonsolidierung im Mai 1980 hatten die USA die Zahl ihrer in Korea stationierten Soldaten von 39.306 auf 42.822 Mann aufgestockt.

Im Februar genoss Chun das Privileg, als erster ausländischer Staatschef mit dem neugewählten US-Präsidenten Ronald Reagan im Weißen Haus zusammenzutreffen. Diese Begegnung demonstrierte weit mehr als eine dreieinhalb Jahrzehnte währende Kampf-

brüderschaft Reagan als „Vorwärtsschieber“ angelegt, die „Vietnamstrategie“ beinhaltete nicht zuletzt die Aufwertung Südkoreas und seines neuen Providers. Washington sprach von einer „neuen Ära“ im beiderseitigen Verhältnis, was Reagan anlässlich seines Gegenbesuchs in Seoul und bei seiner Stippvisite bei den US-Truppen am 38. Breitengrad (November 1983) bekräftigte. Das qualitativ Neue zeigte sich in dreierlei Hinsicht:

(1) Nach seinem Zusammentreffen mit dem amerikanischen Präsidenten erklärte Chun als erster koreanischer Präsident öffentlich seine Bereitschaft, den USA bei ihrem Versuch, die Sowjetunion „unten zu halten“ („to help pin down the Soviet Union“), zur Seite zu stehen.

(2) Die Reaganadministration begann damit, ihre Streitkräfte auf der koreanischen Halbinsel mit modernsten Kriegsgütern auszustatten — darunter Artilleriegeschosse, Panzerabwehrraketen, F-16-Kampfbomber und A-10 „Aviation (Kampfbomber)“ Flugzeuge. Als Vorwand diente die „Entdeckung“ des CFC-Kommandeurs General John Wickhams, daß Nordkoreas Truppen etwa um 200.000 Mann über seiner bis dahin angenommenen Mannstärke liege. Pjöngjang hatte seit Jahren behauptet, seine 550.000 Soldaten zählten. Seitdem nicht erhöht zu haben. Südkorea und amerikanische „Schätzungen“ veranschlagte die Stärke bis 1980 indes auf 550.000 Mann. 1981 setzte das Pentagon Südkoreas (aktive) Truppen auf 400.000 Mann an, wozu auch die Reservisten zählten. 1984 wurde die Zahl auf 500.000 Mann erhöht.

(3) Dieses freundschaftliche „Hochschaukeln“ zweier Verbünde ermutigte der Dritte in Bande Japans Ministerpräsident Nakasone um die Debatte über die „Bewehrung“ von Wungju. Die „Bewehrung“ von Wungju, die die Herstellung, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen einschloß, sowie seines vor zehn Jahren gefällten Parlamentsbeschlusses, nicht mehr als „Selbstverteidigungsmittel“ aufzuwenden, ist heute bereits faktisch unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum gerade nach dem Kwangju-Massaker der Slogan „Yun-kee, go home!“ selbst in den Straßen der Metropole Seoul mittlerweile anhörbar ist. Antiamerikanismus äußerte sich seitdem nicht nur in Worten (Brandanschläge in Amerika, haneul oder US-Kernkraftwerke in mehreren Süden des Landes) — er trug maßgeblich zur Ausdehnung der Opposition bei und findet gerade im Spektrum des außerparlamentarischen Widerstandes zunehmend Resonanz.

## Bleibt das Sternenbanner gehbt?

Zwischen 1950 und 1984 betrug allein die direkte amerikanische Militärhilfe an Südkorea über 11 Mrd. US-Dollar, wobei Seoul stets in den Genuß des modernsten Waffenarsenals kam.

Fortsetzung nächste Seite



Bürgerliche Oppositionelle und Rivalen Kim Young Sam (links) und Kim Dae Jung (rechts)

Bürgerliche Oppositionelle und Rivalen Kim Young Sam (links) und Kim Dae Jung (rechts)

Prinzipien der Wiedervereinigung des Vaterlandes. Erstens: Die Wiedervereinigung soll unabhängig, d. h. ohne sich auf eine fremde Macht zu stützen, noch mit deren Einmischung erreicht werden. Zweitens: Die Wiedervereinigung soll mit friedlichen Mitteln, d. h. ohne Waffeneinsatz der einen Seite gegen die andere verwirklicht werden. Drittens: Die große nationale Einheit soll vor allem durch ein gemeinsames Nationalgefühl gefördert werden, ungeachtet der Unterschiede der Ideologien, Ideale und Systeme. Beide Seiten kommen überein, sich von der Verleumdung der anderen Seite und von bewaffneter Provokationen, kleinen oder großen, zurückzuhalten und darauf hinzuwirken, Zwischenfälle durch unerwartete militärische Konflikte zu vermeiden, damit die Spannung zwischen dem Norden und dem Süden überwunden und eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden kann.“

Die Erklärung von Kim Young Sam, Direktor des Minjokwon für Organisations- und Informationspolitik, und Kim Dae Jung, Vorsitzender des Komitees für die Wiedervereinigung, wurde als „7 Punkte-Deklaration für friedliche Wiedervereinigung“ bezeichnet. Die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen zu fördern, einen Erfolg der Rot-Kreuz-Gespräche herbeizuführen, zwischen beiden Hauptstädten einen „heißen Draht“ zu schaffen und die drei gemeinsamen Prinzipien durch ein noch aufzubauen des Nord-Süd-Koordinationskomitee zu verwirklichen.

Gleichsam am 4. Juli 1972 gaben Lee Hu Rak und Präsident Park Chung Hee eine Pressekonferenz, auf der Lee Seouls Haltung folgendermaßen charakterisierte: „Wir eröffnen nunmehr eine Phase der Konfrontation mit Dialog und trennen uns von einer Phase, in der die Konfrontation einen Dialog ausschloß. Doch dieser Dialog zwischen zwei gänzlich verschiedenen Systemen mit völlig unterschiedlichen Ideologien ist äußerst schwierig. Diese Phase der Konfrontation mit Dialog ist vielleicht schwieriger als jene der Konfrontation ohne Dialog.“ „Die totale Sicherheit“ (Südkorea, R. W. J.) so Lee weiter, „ist notwendiger als jemals zuvor, um diesen Dialog zu stützen“.

## Kwangju — Das Ende eines Mythos (1980)

Die Kriegsrechtsjahre dienten als eisernes Korsett der generalstabsmäßigen Industrialisierung, die ein immer weiteres Auseinanderklaffen von Wachstum und Verteilung in Kauf nahm. Da Park ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis zur Maxime seines Regimes erhoben und darin den Schlüssel für die „Erneuerung“ / „Wiederbelebung“ (Yushin) erblickt hatte, mußten steigende Einkommensungleichheiten, in-



Studentendemonstration in Seoul



Diktator Park





Buddhistischer Mönch wird bei einer Demonstration festgenommen

Fortsetzung von vorheriger Seite

40 000 US-Soldaten bleiben dort nach wie vor stationiert. Von den 40 amerikanischen Militärstützen sind 36 für die Armee und vier für die Luftwaffe bestimmt, in denen sämtliche für eine Erstschlagkapazität benötigten C3I-Installationen (Kommando-Kontroll-Kommunikations- und nachrichtendienstliche Vorrichtungen) lokalisiert sind. Ca. 700 Atomwaffen dürften sich nach bislang nicht demontierten Meldungen des Pentagon im Lande befinden. Damit unterliefe der von kritischen Militärspezialisten sogenannte „Baracken“-Staat Südkorea neben den auf den philippinischen Basen Clark Air Field und Subic Naval Base gelagerten Atomsprengköpfen das in der Region größte Kernwaffendepot.

Warum zeigen die USA gerade auf der koreanischen Halbinsel noch immer so demonstrative Flagge? Um Nordkorea von möglichen „militärischen Abenteuer“ abzusichern? Um Seoul in die Falle eines Verfalls der „Pakt“ mit US-Truppen direkt hineinzuführen — andere und mit dem Staat zu tun haben. Dagegen ist selbst in der koreanischen Regierungsbehörden der Einwurf formuliert worden, dass die sich oft wiederholende Kreuzzüge der US-Marine und -Luftwaffe auf der Halbinsel nicht einmal dem Atomwaffenverfall und auf sich selbst gestellt keinen Anreiz bieten. „Die USA“, heißt es, „haben in der Region keine Interessen, die sie zu einer solchen Intervention verpflichten.“

1. Die Reaganadministration schlägt das Pendel offensichtlich weiterhin zugunsten einer starken US-Präsenz in Südkorea aus, um

1. die dort stationierten amerikanischen Truppen unter den Bedingungen eines latenten Konflikts in ständiger Kampfbereitschaft zu lassen;
2. die dort befindlichen Militärstützen als Argusaugen zur Überwachung sowjetischer Truppenbewegungen zu nutzen;
3. nicht nur als pazifische, sondern auch als asiatische Macht zu bestehen;
4. Seoul seinerseits von einem „Abenteurertum“ gegen den Norden (mit unalkalischen Folgen) abzuhalten und
5. prinzipiell die Verwertungsbedingungen für amerikanisches Kapital in dieser „dynamischen Wachstumsregion“ zu sichern.

### „People Power“ in Seoul?

Ein Abrücken von oder gar die Revision dieser militärstrategischen Konzeption — so der Konsens in Washington und Seoul — ist mittelfristig kaum denkbar. Kim Dae Jung und Kim Young Sam haben mehrfach einen „philippinischen Februar“ in Seoul beschworen. Eine durchaus zulässige Parallele, sofern es die politische Mobilisierung des städtischen Bürgertums, die vom Primat der katholischen Kirche Südkoreas, Stephen Kardinal Kim Sou Hwan, vom Nationalen Kirchenrat (dem Zusammenschluß sechs protestantischer Kirchen) und von buddhistischen Mönchen erhobene Forderung nach „dringender Demokratisierung der Gesellschaft“ betrifft.

In einigen zentralen Punkten unterscheidet sich dennoch ein möglicher südkoreanischer vom „philippinischen Frühling“:

1. Stärker als in den Philippinen wird in Südkorea die amerikanische Präsenz als unverzichtbar für das Überleben des eigenen (Teil)Staates gewertet. Die

bürgerlich-gemäßigte parlamentarische Opposition hat dies selbst nie in Frage gestellt.

2. Die außerparlamentarische, sich als anti-amerikanisch begreifende Opposition verfügt weder über eine Guerilla (mitsamt Rückzugsgebieten), noch zeichnet sie sich durch Einigkeit aus. Bislang ist es ihr nicht gelungen, sich in Bündnissen zusammenzuschließen und ein einheitliches Programm zur demokratischen Erneuerung und nationalen Wiedervereinigung zu entwerfen.

3. Tatsächlich ist die US-Politik gegenüber Seoul seit dem „philippinischen Februar“ flexibler geworden. Doch starrer als in den Philippinen bleibt Washingtons Interesse darauf fixiert, in Südkorea sein militärstrategisches „forward based system“ zu wahren. Überdies gestattet die faktische US-Befehlsherrschaft über die südkoreanischen Truppen eine weitreichende Beeinflussung Lenkung eines entscheidenden Instrumentes des koreanischen Staatsapparates.

4. Mehr noch als das philippinische Militär sind Seouls Truppen eine von dem Koreaner (1950-53) sowie in Vietnam kämpfende Armee, deren Ausrüstung und Zentralisierungsgrad zunehmend besser bzw. höher als ihr Feindbild — der kommunistische Norden — ist.

5. Die nationale und kulturelle Identität ist in Südkorea historisch ausgeprägter. In der koreanischen Geschichte ist die Rolle der koreanischen Herrscherdynastien im Vergleich zu den chinesischen Herrschern im Vordergrund.

6. Die nationale und kulturelle Identität ist in Südkorea historisch ausgeprägter. In der koreanischen Geschichte ist die Rolle der koreanischen Herrscherdynastien im Vergleich zu den chinesischen Herrschern im Vordergrund.

7. Die nationale und kulturelle Identität ist in Südkorea historisch ausgeprägter. In der koreanischen Geschichte ist die Rolle der koreanischen Herrscherdynastien im Vergleich zu den chinesischen Herrschern im Vordergrund.

8. Die nationale und kulturelle Identität ist in Südkorea historisch ausgeprägter. In der koreanischen Geschichte ist die Rolle der koreanischen Herrscherdynastien im Vergleich zu den chinesischen Herrschern im Vordergrund.

Red. Anmerkung:  
Teil I und II des Artikels sind erschienen in AK 286, 21.08.77, S. 18f. und AK 287, 19.10.77, S. 20f.

Literaturverzeichnis:  
Mark Gwyn, *Japan Diary*, New York 1948  
John Gunther, *The Riddle of MacArthur*, London 1951  
E. Grant Meade, *American Military Government in Korea*, London 1951  
J. F. Stone, *The Hidden History of the Korean War*, New York 1952  
William F. Dean, *General Dean's Story*, London 1954  
Carl Berger, *The Korean Knot*, Philadelphia 1957  
W. Douglas Reeve, *The Republic of Korea*, 1963  
Dae-Sook Suh, *The Korean Communist Movement, 1918-1948*, Princeton 1967  
David Horowitz, *Kaiser Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Japan bis Vietnam*, (2 Bde.) Berlin (West) 1969, hier Bd. I  
Robert Scalapino/Chong-Sik Lee, *Communism in Korea*, Berkeley 1972, (2 Bde.)  
Frank Baldwin (ed.), *Without Parallel: The American-Korean Relationship Since 1945*, New York 1974  
Gavan McCormack/John Gittings (eds.), *Crisis in Korea*, Nottingham 1977  
Rainer Werning, *Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien*, Bonn 1977  
Du-Yul Song (Hrsg.), *Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea*, Bochum 1980  
Rainer Werning, *Südkorea: Kontinuität einer Diktatur*, Köln 1987

# Originalton Gorbatschow

Gorbatschow legt innen- und außenpolitisches Konzept vor

„Hat er das selber geschrieben?“ fragte mich ein etwas skeptisch blickender Zwanzigjähriger, als ich in der S-Bahn Gorbatschows Buch „Perestroika“ las. Guten Gewissens konnte ich dem jungen Mann versichern: Wo Gorbatschow draufsteht, ist auch Gorbatschow drin. Leichter als die Frage nach der Zukunft der Perestroika ist die zu beantworten, ob Gorbatschow in der Lage ist, in sinnvoller Weise zusammenhängende Texte zu formulieren. Das ist in der heutigen Weltpolitik keineswegs selbstverständlich, und war es auch in der Sowjetunion nicht immer, wenn man an die zahlreichen langweiligen, unter dem Pseudonym Leonid Breschnew veröffentlichten Buchlein denkt.

Die Sowjetunion durchlebe eine „dramatische Periode“, schreibt Gorbatschow. Ähnlich, zum Teil noch schärfer als in seinen Reden, kritisiert Gorbatschow in „Perestroika“ die von bürokratischen Strukturen geprägten Verhältnisse in der UdSSR am Beginn der achtziger Jahre. In einer überzogenen, nur auf Bruttowachstum ausgerichteten Ökonomie seien die Konsumenten der „Gnade der Produzenten“ ausgeliefert gewesen. „Das Volkseigentum wurde schrittweise von seinen wahren Eigentümern, den Werktätigen, abgetrennt. Diesem Eigentum wurde nicht selten durch Resourcen und Lokupatriotismus Schaden zugefügt, es wurde herrenlos und korrupt und hatte keinen realen Besitzer mehr. Erfolgsmeldungen, teile und eingebildete, haben die Oberhand gewonnen. Lobhudelei und Recherche vor Vorschub geleistet worden.“ Die Bedürfnisse und Meinungen der einfachen Werktätigen überhaupt der Öffentlichkeit wurden ignoriert. In der Gesellschaftswissenschaften wurde schablonenhaftes Theorieren angelehrt und geliebt. „Kommunistische Theorien wurden überaus verbrannt, und überflüssig.“

Wahrheiten erklärt.“ So seien in der UdSSR die „Fiktionen“ gegenüber verkündeten Fiktionen“ entstanden. Die Passivform dieser treffenden Beschreibung ist auf die Sowjets. Da wurde manches getan, ohne daß ein Ergebnis zu sehen war. „Die Sowjets sind selbstständig zu denken und zu handeln.“

Die Rede war bei der Charakterisierung jener „parteiadministrativen Schicht“, von der am 13. Februar 1986 in der „Pravda“ die Rede war, bevor das Politburo Mitglied Jegor Ligatschow diesem Diskussionsansatz in seiner Rede auf dem 27. Parteitag 1986 die rote Karte zeigte. So zeichnet Gorbatschow das Bild einer „Revolution“, der Perestroika, die zwar auf „heftigsten Widerstand“ stößt, sich aber im Grunde nicht gegen eine klar umrissene Gruppe richtet. „Es gibt in unserer Gesellschaft keine bedeutende Bevölkerungsgruppe, deren langfristige Interessen mit der Perestroika nicht vereinbar wären.“

Wie er selbst feststellt, ist auch Gorbatschows Denken durch die vergangenen Jahre geprägt. So setzt er sich mit westlichen „Kremlastrolchen“ auseinander, die über Zerstrittenheit in der sowjetischen Führung spekulieren: „Leider muß ich unseren Gegnern einige entmutigende Dinge mitteilen: Die Mitglieder des Politbüros und des ZK sind gegenwärtig so einig wie nie zuvor, und es gibt nichts, was diese Einheit ins Wanken bringen könnte.“ Das Manuskript ging vor der Absetzung Jelzins in Druck. Doch auch ohne die „Affäre Jelzin“ ist für aufmerksame Beobachter erkennbar, daß z.B. Gromyko oder Ligatschow in ihren Reden durchaus andere Akzente setzen als Gorbatschow.

Die Vorgeschichte der Umgestaltung ist noch zu schreiben und dürfte zu den interessantesten Kapiteln der sowjetischen Geschichte gehören. Das ist heute, zumal von jemandem in Gorbatschows Position, noch nicht zu erwarten. So müssen sich die Leser/innen seines Buches mit dem Hinweis begnügen, daß „eine Gruppe von führenden Leuten in Partei und Staat“ bereits vor der Tagung des ZK der KPdSU im April 1985, die die Perestroika einleitete, in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Experten „mit einer

umfassenden Analyse der Wirtschaftslage begonnen“ habe.

Daß der von der neuen sowjetischen Führung nach diesen Analysen vorgeschlagene Weg für die Werktätigen nicht bequem wird, macht Gorbatschow ohne Umschweife deutlich: „Um etwas besser zu machen, muß man immer eine Spur härter arbeiten. Mir gefällt dieser Ausdruck: eine Spur härter arbeiten. Für mich ist er nicht ein Schlagwort, sondern eine Grundeinstellung, eine Disposition.“

### Lenin und die Perestroika

„Das Wesen der Perestroika liegt in der Tatsache, daß sie Sozialismus und Demokratie miteinander verbindet und das Leninsche Konzept des sozialistischen Aufbaus sowohl in der Theorie als auch in der Praxis wieder einführt“, schreibt Gorbatschow. Dabei verweist er auf Lenins Werke, vor allem seine Spätschriften. Diese Texte sind hierzulande kaum bekannt. Sie sollen in einer der nächsten Ausgaben des AK näher dargestellt und analysiert werden. Mehr Demokratie bedeute mehr Sozialismus — das ist eine zentrale These Gorbatschows, die sich wie ein roter Faden durch sein Buch zieht. Mehrfach betont Gorbatschow, daß Marx, Engels und Lenin kein Schema zum Aufbau des Sozialismus festgelegt haben.

Daß Gorbatschow keineswegs bürgerlich-parlamentarische Verhältnisse in ihren Will macht, ist immerhin klar. Er grenzt die sozialistische Demokratie gegenüber dem bürgerlichen Begriff der „Beratung“ ab und sagt aber die Propagandawiese, Demokratie gebe es nur im Kapitalismus. „Wir werden erst dann an den demokratischen Charakter der wirtschaftlichen Gesellschaften glauben, wenn Arbeiter und Angestellte in den Betrieben die Besitzer von Fabriken und Betrieben werden.“

„In den Medien Aktionsvereinigungen bilden und deren Direktoren dem Sperrfeuer einer Kritik erlösen und anfangen, über die in den westlichen Ländern wirklich ablaufenden Prozesse zu diskutieren.“

Gorbatschow auf die Zeit des späten Sozialismus ein, die er als „Phase des Perestroika“ bezeichnet. „Wir werden in der Lage sein, die Probleme der Perestroika in der nächsten Phase zu lösen.“

„In den Jahren unserer schwierigen und heroischen Geschichte“ versäumt habe, „den besonderen Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau und ihrer unerlässlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken“. Das solle im Zuge der Perestroika anders werden. Es gehe darum, „den Frauen zu ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren“. Auch kluge Leute erzählen manchmal dummes Zeug. Darüber, ob auch Männer Baby windeln und Hausarbeit machen können, scheint Michail Sergejewitsch noch nicht öffentlich nachgedacht zu haben. Es hat mal jemand im Sowjetland die Befreiung der Frau von der „Hausklaverei“ gefordert. Der Mann hieß Ulanow.

### Internationale Fragen

Breiten Raum nimmt in Gorbatschows Buch die Außenpolitik ein. In sehr allgemeiner Form schreibt er über die Probleme der mit der Sowjetunion verbundenen osteuropäischen Länder. In Anspielung auf die letzte Phase der Stalinzeit Ende der vierziger / Anfang der fünfziger Jahre kritisiert Gorbatschow, daß „einige unserer Theoretiker und insbesondere politischen Führer“ damals „geradezu als alleinige Hüter der Wahrheit“ aufgetreten seien. Dadurch hätte es einige Länder Osteuropas „versäumt, die eigenen Besonderheiten genügend zu berücksichtigen“. Ohne auf die „Neuartigkeit von Problemen und die spezifischen Eigentümlichkeiten der verschiedenen sozialistischen Länder einzugehen“, hätten einige sowjetische Führer „eigenständigen Methoden dieser Länder manchmal mit Mißtrauen gegenüber“ gestanden. In diesen mit der Gorbatschow eigenen Eleganz formulierten, harmlos klingenden Bemerkungen umschreibt er so schwerwiegende Dinge wie den Abbruch der Beziehungen zu

Jugoslawien 1948, die Beschimpfung Titos als „amerikanischer Agent, Mörder und Spion“ durch die KPdSU und die mörderischen Schauprozesse gegen leitende Kommunisten in Ungarn (László Rajk) der Tschechoslowakei (Slansky) und Bulgarien (Kostoff).

Behutsam angedeutet sind damit auch die Umstände des Bruchs mit Albanien und China Anfang der sechziger Jahre. Hier bietet Gorbatschow seinen Lesern mit den Worten, daß es „genug bittere Lektionen zu lernen“ gab, mehr Fragen als Antworten. Da jedoch die „Frage nach der Benützung der Archive“ in der Sowjetunion nicht „praktisch gelöst“ ist, wie der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Georgi Smirnow, kürzlich in der „UZ“ erläuterte (4.12.87), wird man sich für Tiefgründenderes zu diesen Themen noch eine Weile gedulden müssen. In Leninscher Tradition bekennen sich Gorbatschow zum Selbstbestimmungsrecht der Völker („Jede Nation hat einen Anspruch darauf, den Weg ihrer Entwicklung selbst zu bestimmen“). In diesem Sinn plädiert er für eine vertragliche Regelung des Afghanistan-Konflikts, die sowohl einen Abzug sowjetischer Truppen als auch eine Beendigung der amerikanischen Waffenlieferungen an die konterrevolutionären Banden einschließen müßte.

Zum Nahost-Konflikt schreibt Gorbatschow, die UdSSR verteidige die „unverletzliche Rechte der arabischen Völker und des arabischen Staates von Palästina“. Er kritisiert aber auch das „gammle Recht“ der „arabischen Völker“, daß die Sowjetunion „unter der Fahne der arabischen Revolution“ in der Region interveniert. „Die Sowjetunion wird die arabischen Völker nicht in die arabischen Konflikte hineinziehen.“

Gegenüber den Völkern der Dritten Welt bestünde die Aufgabe der Sowjetunion darin, die „sozialistische Impulse“ und „sozialistische Werte“ zu verbreiten. „Die Sowjetunion wird die arabischen Völker nicht in die arabischen Konflikte hineinziehen.“

„In jeder Beziehung unglücklich gewählt“ gewesen Gorbatschow hat Stil und rutscht nicht aus. Daß er sich wie einst Nik. Chruschtschow bei seiner Konferenz einen Schuh aussieht und damit auf den Tisch haut, ist nicht zu befürchten.

### Ist Gorb ein Chauvi?

Peinlich fallen jedoch Gorbatschows Äußerungen zu einem Thema aus, das immerhin die Hälfte der Sowjetbürger betrifft: Die Lage der Frauen. Gorbatschow bedauert, daß die Sowjetunion „in den Jahren unserer schwierigen und heroischen Geschichte“ versäumt habe, „den besonderen Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau und ihrer unerlässlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken“. Das solle im Zuge der Perestroika anders werden. Es gehe darum, „den Frauen zu ermöglichen, zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe zurückzukehren“. Auch kluge Leute erzählen manchmal dummes Zeug. Darüber, ob auch Männer Baby windeln und Hausarbeit machen können, scheint Michail Sergejewitsch noch nicht öffentlich nachgedacht zu haben. Es hat mal jemand im Sowjetland die Befreiung der Frau von der „Hausklaverei“ gefordert. Der Mann hieß Ulanow.

### Gerd Eggeling

Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, Droemer Knaur, 344 Seiten, 36 Mark



Grüner Aufbruch '88

Durch DEMOKratisierung zur MOBILisierung

Ein methodischer Vorschlag zur Überwindung der grünen Krise  
Dokumentation des Mittepapiers von Vollmer u.a.

Was denken sich eigentlich Leute, die innerhalb von nur zwei Wochen drei verschiedene Papiere ins Land schicken, in denen im wesentlichen jedesmal das Gleiche ausgesagt wird? Verfolgen sie damit irgendeinen undurchschaubaren Zweck? Wollen sie mehr Breite und Agilität vortäuschen, als real vorhanden ist? Wollen sie ihr Publikum mit der Holzhammer-Methode weicklopfen? Oder werden sie von einer Art geistigem Durchfall geschüttelt?

Die Fakten. Am 26. November melden sich 23 Bundestagsabgeordnete der Grünen zu Wort, um sich als Alternative zum herrschenden Zustand von „Streitsucht und Zerrissenheit“, für den selbstverständlich nur die bösen „Flügel-Exponenten“ verantwortlich sind, zu empfehlen. Mit Datum 10. Dezember erscheint das nächste Papier, betitelt „Blockfreie Einmischung in den politischen Streit bei den Grünen“. Initiiert von führenden Bremer Grünen weist es auch die Unterschiede von neun Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis der 23 auf. Am 12. Dezember kommt das dritte Papier auf den Markt. Jetzt heißt es „Grüner Aufbruch '88“. Der Linzercher Kreis ist weitgehend identisch mit dem der „Blockfreien Einmischung“, allerdings kleiner.

Im Punkt fällt beim Vergleich der Namenslisten sofort ins Auge: 21 antretende grüne Bundestagsabgeordnete haben das erste Papier unterschrieben, nur noch neun das zweite und schließlich drei das dritte. Leidet die „neue Mitte“ schon so schnell an Anzeichen? Merken wir uns die Namen der Abgeordneten, die alle drei Texte unterschrieben haben: Antje Vollmer, Christa Nickels und Mariela Sebeck-Oberdorf. Wahrscheinlich werden wir das Trio demnächst wieder treffen, wenn es an die Neubesezung von Bundesvorstand und Fraktionsvorstand durch inbescholtene Vertreterinnen und Vertreter der „neuen Mitte“ geht, die sich aus den schmutzigen Niederungen der destruktiven Flügelkämpfe stets herausgehalten haben.

Diese tadellosen Sauberfrauen und Saubermänner haben im Brief der 23 Bundestagsabgeordneten ein amüsan-tes Selbstporträt geliefert: „Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir zu lange geschwiegen haben, und daß wir — von der Absicht geleitet, die Fraktion zu integrieren, uns den Sachthe-men zu widmen oder unsere Energien wieder nach außen gegen den politischen Gegner zu kehren — nicht immer entschieden genug aufklärung in multipler Fragen und auf ein Zurück-

drängen des Flügelstreits gedrängt haben.“

So also möchten sie vom Publikum gesehen werden, die beiden Konstruktiven, deren einzige Sünde vielleicht darin bestehen könnte, daß sie *allzu* selbstlos auf Integration bedacht waren, daß sie *allzu* fleißig und bescheiden in der praktischen Arbeit gesteckt haben. Daß sie also im Übermaß jene Eigenschaften aufweisen, die man an der Basis zu schätzen weiß. So wird sogar eine vorgebliche Selbstkritik noch zur Selbstanpreisung.

Antje Vollmer, die Theologin und Freizeit-Pastorin, kennt ja die Geschichte vom Pharisäer, der in den Tempel trat, um folgendermaßen zu beten: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie die anderen Leute: Rauher, Ungerechte, Ehebrecher und Zöllner.“ Da haben wir schon in wenigen Worten das ganze Programm der „neuen Mitte“.

Das Leitmotiv ist nicht gerade neu, man erinnert sich noch an Antje Vollmers demagogische Formel von den „Flügelhengsten“. Die Flügelkämpfe machen selbstverständlich *immer* nur die anderen. Das Klima vergiftet selbstverständlich *immer* nur die anderen. Das sagen Leute, die bekanntermaßen selbst gern kräftig aussteilen und die auf das Ansehen ihrer Partei oder auf solidische Umgangsformen verdammt wenig Rücksicht nehmen, wenn sie der Hafer sticht.

Zwei Beispiele zur Demonstration: Zu den 23 Unterzeichnenden gehört Petra Kelly, die vor ein paar Monaten die grüne Partei in Finanzfragen als „unheimlich korrupt“ beschimpfte, selbstverständlich ohne Fakten und Namen zu nennen, und die weiter-erte, die Partei werde „immer mehr eine Linkspartei aus den sebziger Jahren, wo das Modell ja immer war: Töte jeden, der etwas zu sagen hat.“ Daß Petra Kelly trotzdem noch lebt, muß wohl dann liegen, daß sie nichts zu sagen hat.

Oder die stets turmhoch über allem kleinlichen Flügelgezänk schwebende Antje Vollmer. In einer Presseerklärung verbreitete sie kürzlich, sie ertrage „die Tonart“ ihrer Parteikolleginnen Schulz und Michalik „einfach nicht mehr“. „Wenn das Mächt bekäme in Deutschland, ich schwör's, ich ginge freiwillig in jedes Exil.“ — Falls Antje Vollmer das ernst gemeint hat, muß sie einen heftigen Blackout gehabt haben. Und falls sie es nicht ernst gemeint hat, wäre die Frage zu beantworten, was sie mit solchen Scherzen bezweckt, und ob sie sicher ist, daß der Witz auch überall richtig verstanden wurde. Schließlich

hat sie das nicht in einer fideilen Kneipenrunde zum Besten gegeben, sondern als Presseerklärung an die Adressen geschickt, die auf solches Futter scharf sind.

Immerhin besteht die Hauptattraktion der „neuen Mitte“ in der Behauptung, für eine alternative politische Kultur in der Grünen Partei einzutreten. Tatsächlich sind die neuen Sauberfrauen und Saubermänner aber einfach nur selbstgerecht mit einer Plumpheit, die sich die geschmähten Exponenten der beiden Flügel so einfach wohl nicht erlauben würden. Außer der Behauptung, über den Flügel zu stehen und ganz anders zu sein als die, die die Partei zugrunderichten, hat die „neue Mitte“ eben wenig anzubieten. Programatisch beschränkt sie sich vorerst auf die vage Aussage, *we der Fundi noch Regio sein zu wollen*. Sie kann vermutlich auch gar nicht anders, denn diese „blockfreien Einmischer“ sind selbst viel zu heterogen, als daß sie sich um eine inhaltliche Alternative sammeln könnten.

In praktischer Hinsicht lassen sich die Vorschläge der „neuen Mitte“ in zwei Punkten zusammenfassen. Der erste lautet: „Die Auflösung der sternen Blocklogik innerhalb der Partei muß sich auch in der personellen Erneuerung von Bundesvorstand und Vorstand der Bundestagsfraktion zeigen.“ Die „Exponenten der beiden Flügel“ sollen raus aus den Führungsgremien. Kein sollen dafür „Menschen, die ihre Aufgabe nicht primär in der Vertretung von Einzelgruppeninteressen sehen“ (Papier vom 12.12.87) — Mensch geht ganz bestimmt nicht fehl in der Annahme, daß die Sauberfrauen und Saubermänner damit in erster Linie sich selbst meinen, denn wer sonst stellt so selbstlos alle persönlichen und politischen Partikularinteressen zurück hinter das gemeinsame Wohl und die höheren Ziele der Gesamtpartei? Aber das lernt mensch doch schon in der ersten Schulklasse der Politik: Niemand verdient soviel Mühen wie der, der von sich behauptet, ihm gehe es *nur* um die Sache. Die bisherige relativ pluralistische Ordnung der grünen Führungsgremien ist pure Glasnost gegen den Aufstand der Scheinheiligkeit und des Pharisäertums, der hier die weiße Weste als Sturmbanner erhebt.

Im übrigen drängt sich der Verdacht auf, daß es bei dieser „personellen Erneuerung“ der grünen Führungsgremien in erster Linie darum geht, die letzten Fluchtpunkte der Parteilinken zu liquidieren und sie damit weitestgehend vom Zugang zur Öffentlichkeit abzuschneiden. Insofern konvergiert das „blockfreie“ Projekt mit der Kampagne der harten Realos, die schon vorher die Entfernung der Linken aus der Partei gefordert hatten. Das „blockfreie“ Projekt mit der Kampagne der harten Realos, die schon vorher die Entfernung der Linken aus den Gremien gefordert hatten. Die linke Dominanz im Bundesvorstand so wie die Sprecherrolle von Thomas Edermann wirkten bisher als Ausgleich zur rechten Dominanz in der Bundestagsfraktion, hielten also einen Pluralismus in der Partei aufrecht. Es scheint, daß diese Dualität von den bisherigen Parteitagen der Grünen bewußt so gewollt wurde. Das Annähern der „neuen Mitte“, den pluralistischen Charakter der Führungsgremien aufzuheben und sie stattdessen überwiegend mit Leuten zu besetzen, deren wesentliches Kennzeichen die Behauptung ist, sie stünden außerhalb der bestehenden Flügel, hat einen interessanten stalinistischen Zug. Wer die Medien-Mechanismen kennt, weiß, daß die Vertreibung der linken Exponenten aus den Führungsgremien die Parteilinken mundtot machen würde, da sie im Gegensatz zu den Realos nicht darauf rechnen können, von den Medien aus politischer Sympathie honoriert zu werden. Gegenüber der Forderung von Schily und Fischer, die Linken aus der Partei zu jagen, stellt das Modell der „neuen Mitte“ die geschicktere Variante dar.

Der zweite praktische Vorschlag der „neuen Mitte“ ist im engsten Zusammenhang mit der Neubesezung der Führungsgremien und der Neuverteilung der politischen Macht in der grünen Partei zu sehen. Die verschiedenen Gruppen und Strömungen der Partei sollen ihre programmatischen Positionen als konkurrierende Manifeste formulieren, die der Partei zur Diskussion und Urabstimmung vorgelegt werden sollen. Otto Schily hat sofort erklärt, daß er das für eine gute Idee hält.

Eine schwache Erinnerung  
Bei unseren Debatten, Genossen.  
Kommt es mir manchmal so vor  
als hätten wir etwas vergessen  
Es ist nicht der Feind  
Es ist nicht die Linke  
Es ist nicht das Ziel  
Es steht nicht im Kurzen Lehrgang

Wenn wir es nie gewußt hätten  
gäbe es keinen Kampf  
Frage mich nicht, was es ist  
Ich weiß nicht wie es heißt  
Ich weiß nur noch  
daß es das Wichtigste ist  
was wir vergessen haben  
Hans Magnus Enzensberger

Die Lage der GRÜNEN ist ernst, ihre Rolle als gesellschaftsverändernde Kraft in Frage gestellt. Es mag der Grund sein, GRÜNEN gegen die aktuelle Form der Krise einzudammen und angesichts von wichtigen bevorstehenden Wahlen beschwichtigend auf die konkurrierenden Parteiflügel einzurücken. Die Ursachen werden dadurch nicht beseitigt.

Die Zeit für Appelle ist vorbei, wir erwarten keine Lösung von oben. DIE GRÜNEN brauchen eine Mobilisierung ihrer Mitglieder und des politischen Umfeldes.

Wir stellen die politische Dringlichkeit der beiden Parteilinien und ihren heutigen Anspruch in Frage. Die reine parteiliche Denk- und Handlungsblockade muß überwunden werden. Es wird für die grüne Zukunft entscheidend sein, ob sich gegenüber den beiden Polen unabhängige und eigenständige politische Kräfte zusammenfinden werden, die nicht bereit sind, sich für Alternativen entweder Fundi oder Regio zu entscheiden.

Ein Vorschlag zur Überwindung der grünen Krise, der längerfristig Fragen zur Übertragung von Verantwortung auf alle Mitglieder befähigt und darf nicht die Intelligenz haben, gerade jetzt noch möglichst viele auf die eigene Linie einschwenken zu wollen. Ein solcher Aufruf hat nur dann eine Chance, wenn den grünen Mitgliedern auch die konkrete Möglichkeit von gleichberechtigter Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung gegeben ist.

Die Arbeitsgruppe „GRÜNER AUFBRUCH '88“ will in einem Manifest aus ihrer Sicht die Ziele, Inhalte, Schwerpunkte und Methoden grüner Politik zukunftsorientiert formulieren und hat bei möglichst vielen Menschen einen punkte und Methoden der Politik zukunftsorientiert formulieren und hat bei möglichst vielen Menschen einen punkte und Methoden der Politik zukunftsorientiert formulieren und hat bei möglichst vielen Menschen einen

Wir wollen, daß auch andere Gruppen und Strömungen der GRÜNEN ihre Positionen in einem Manifest festlegen und daß alle Mitglieder der Partei die Gelegenheit haben darüber zu diskutieren und zu entscheiden.

Wir wollen die breiteste mögliche Basis für eine Entscheidung über die gemeinsame Handlungsgrundlage der GRÜNEN und über die ergänzenden Positionen. Hierbei kann es nicht um „den Kurs“ (W. Hoss) der Partei gehen, der im Sinne vorherrschender Blocklogik erst einmal von allen Mitgliedern eine Zuordnung zu dieser oder jenen Kaste erwartet. Die Zukunft der GRÜNEN liegt gerade nicht in diesen Lagern.

Wir müssen zurückfinden zum Gründungskonsens der GRÜNEN. Durch eine Urabstimmung sollen alle Mitglieder darüber entscheiden, welche Positionen für die Gemeinsamkeit (Einheit) und welche für die Freiheit (Vielfalt) stehen. Durch einen Aufbruch aus der Sackgasse grüner Blocklogik wollen wir die breite und offene Diskussion fördern und fördern und dabei entdecken was unsere gemeinsame Grundlage ist und durch welche Positionen die Vielfalt der GRÜNEN bereichert wird.

Gemeinsam handeln und verändern können wir mit der notwendigen Durchsetzungskraft nur dort, wo gemeinsame Ziele und Wege sind verbunden. Es ist von grundlegender Bedeutung, daß wir die beiden Bereiche der Gemeinsamkeit und der Freiheit nicht jeweils so funktionalisieren, daß sie gegenseitig ihre Entfaltung behindern.

Das, mit den meisten der abgegebenen Stimmen verabschiedete Manifest, ist Ausdruck des gemeinsamen politischen Willens der GRÜNEN und somit Handlungs- und Orientierungsgrundlage. Diejenigen Manifeste, die mindestens 10% (ein Prozent) der Stimmen erhalten, stehen für zusätzliche und weiterführende Auffassungen der Mitglieder. Auch sie werden in der Öffentlichkeitsarbeit der GRÜNEN berücksichtigt (vgl. Bundessatzung § 5 (3)).

Wir schlagen vor, daß jedes Manifest bis zu 25 Seiten DIN A 4 umfassen kann. Es soll insbesondere zu folgenden Fragen die öffentlichen Diskussionen zusammen mit grünen Nichtmitgliedern eröffnen:

— Wohin ziehen die GRÜNEN, wenn sie den Ausstieg aus dem Umbau oder die Modernisierung der Industrie gesellschaftlich forcieren?

— Wie stellen wir uns einen Prozeß der Entbürokratisierung, Dezentralisierung, Demokratisierung der Gesellschaft vor?

— Wie schaffen wir den Ausstieg aus der Atomenergie — jetzt oder „(nie)“?

— Gewaltfreiheit und staatliches Gewaltmonopol

— Individuum und Gesellschaft

— Auflösung der Militärblöcke, einseitige politische und militärische Vorstellungen. Raus aus der NATO, Deutsche Zwangsarbeit und Nachbarstaaten in Europa

— Lebensmodelle von Frauen, § 218

— Soziale Sicherung und Zukunft der Arbeit zwischen Deregulierung und Verteidigung des Sozialstaats

— Methoden zur Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderung und gewaltfreie Strategien

— Die Auflösung der sternen Blocklogik innerhalb der Partei muß sich auch in der personellen Erneuerung von Bundesvorstand und Vorstand der Bundestagsfraktion zeigen.

Es wird immer wichtiger, solche Menschen in verantwortungsvollen Funktionen zu wählen, die ihre Aufgabe nicht primär in der Vertretung von Einzelgruppeninteressen sehen.

Soziales Handeln richtet sich auf andere nicht auf sich selbst.

Die Gremien der GRÜNEN werden nicht länger als Forum für den Kampf zwischen Fundis und Regio gesehen. Jeder gehört in die Partei, unabhängig ihrer jeweiligen politischen Orientierung.

Wir fordern die Mitglieder der GRÜNEN dazu auf, ihren eigenen Vorschlag, Manifest zu schreiben.

Wir laden die Mitglieder der GRÜNEN dazu auf, über unseren Vorschlag nachzudenken.

Für Sonnabend, den 9. Januar 1988 laden wir alle interessierten zu einem Beratungstreffen nach Mainz ein, auf dem u.a. über folgende Fragen gesprochen werden soll:

— Wie können wir eine Mobilisierung der Mitglieder optimal fördern, damit sich nicht noch mehr entmutigt und resigniert zurückziehen?

— Welches Verfahren und welchen Zeitpunkt schlagen wir den Kreisverbänden für die Urabstimmung vor?

— Wie kann gewährleistet werden, daß viele an der Entstehung des Manifeste teilhaben können?

— Wie können die Perspektiven und Strategiekongresse für die breite Manifest-Diskussion auch über die Kreis- und Ortsbene hinaus genutzt werden?

UnterzeichnerInnen:  
Herbert Baumer, München  
Lukas Beckmann, Bonn  
Mariela Sebeck-Oberdorf, Bremen  
Thea Bock, Hamburg  
Ralf Fuchs, Bremen  
Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Speng  
Hannegret Hönes, Rheingau-Taunus  
Erwin Jurtschach, Hamburg  
Christa Nickels, Geilenkirchen  
Paul Rieckmann, Hamburg  
Peter Sellin, Berlin  
Zoltan Szankey, Bremen  
Antje Vollmer, Bielefeld

Bonn, den 12. Dezember 1987 anläßlich des grünen Treffens der Bundes- und Landesgremien

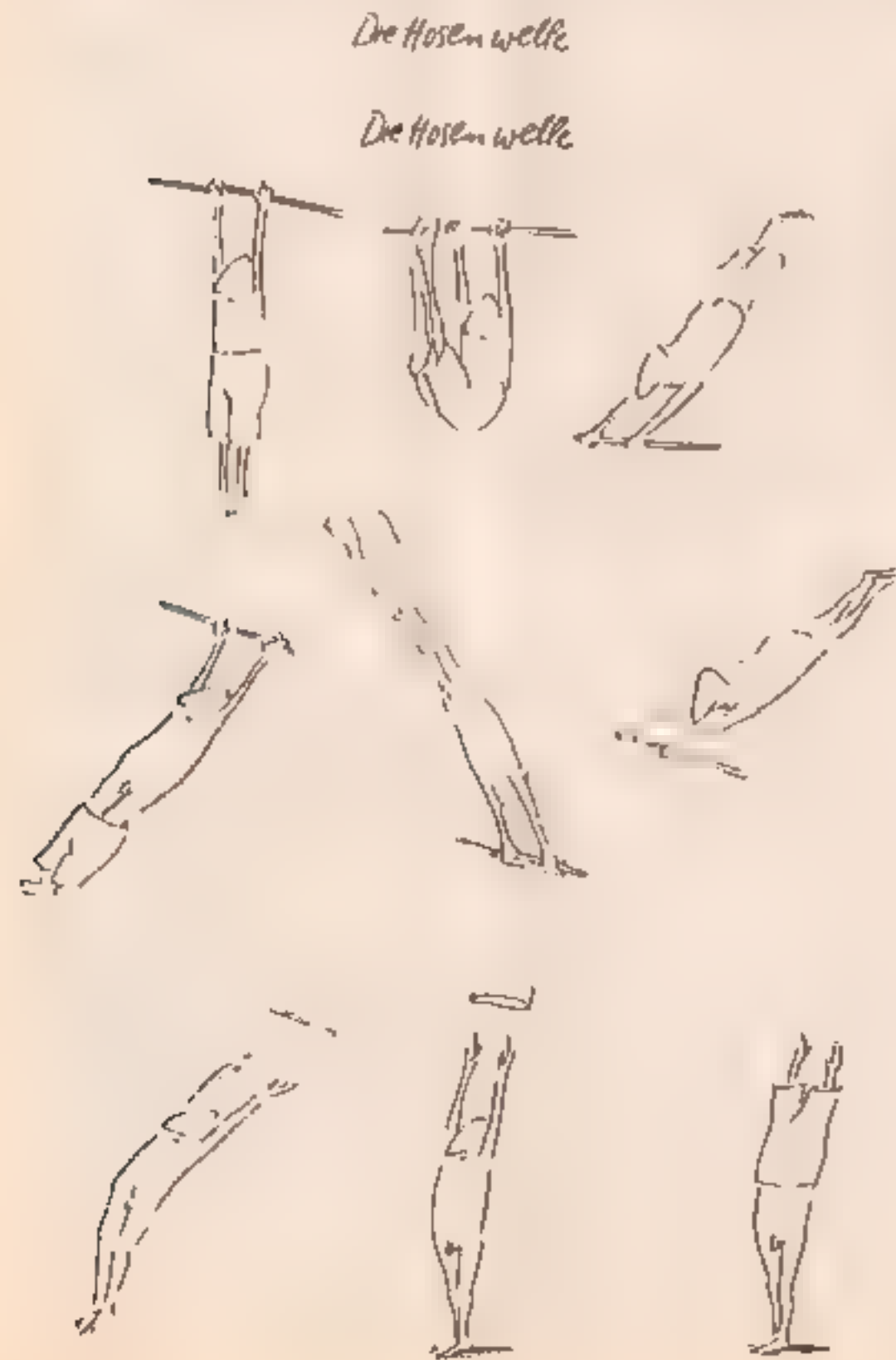








Fig. 10.7.11.5







# Machtgelüste einer Mehrheit?

## Linke Gewerkschaftsausschlüsse gegen Rechte

Die folgenden Zitate aus einer Auseinandersetzung um „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ stammen von der Bremer Klockner-Hütte.

„Wir werden allen den Vorschlag machen, eine Persönlichkeitswahl durchzuführen. (...) Für den Fall der Listenwahl wird in diesem Vertrauenskörper in demokratischer Abstimmung eine „Liste der IG Metall“ erstellt. Jedes Mitglied der IG Metall hat die Möglichkeit, sich der Abstimmung in dieser Versammlung zu stellen. Wer das nicht will, stellt sich außerhalb des Vertrauenskörpers und damit außerhalb der IG Metall.“ Diese Argumentation bei der Aufstellung gewerkschaftlicher Listen zu den Betriebsratswahlen ist bekannt. Bei Daimler-Benz in Harburg hat die Mehrheit des Vertrauenskörpers mit 50 gegen 38 Stimmen durchgestimmt und eine Kandidatenliste aufgestellt, die die Rechte und die Aktivitäten einer Minderheit in diesem Gremium grob mißachtete. Gegenüber solchen in den Gewerkschaften geübten „Demokratie“ gilt es mißtrauisch zu sein. Wenn dann noch vom „Mißbrauch des Namens der IG Metall“ die Rede ist, weil Minderheits-Gewerkschafter als solche auftreten; wenn ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste mit „Schädigung des Ansehens der IG Metall und der Arbeit des IGM-Vertrauenskörpers“ kritisiert wird und ein Verfahren nach § 11 der Satzung beantragt wird („§ 11. Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten“) — dann fühlt sich der Linke in seiner Gewerkschaft fast wie zu Hause. (1)

„Der Betriebsrat wird immer mehr zu einem Teil des Verwaltungsapparats des Unternehmens. (...) Bei aller Anerkennung des gewerkschaftlichen Prinzips der Einheit des Betriebsrates können also Minderheitenvertreter ein Stachel im Fleisch eines eingefahrenen Betriebsrats sein. Minderheitenvertreter können auch zur Information der Belegschaft in Betriebsversammlungen oder durch Flugblätter von Bedeutung sein.“ (2) Auch diese Rechtfertigung einer Eigenkandidatur klingt bekannt. Oft haben Linke in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung so oder ähnlich für eigene Listen oder eigene Publikationen im Betrieb geworben.

Verkehrte Welt allerdings, daß die erste Äußerung von der linken Vertrauenskörperlleitung der Bremer Klockner-Hütte stammt, während die dagegen in Opposition stehende Position von jener rechten Gisela Freudenthal aus dem Bremer Landesvorstand der SPD stammt, gegen die die Klockner-VK-Leitung ein Untersuchungsverfahren nach § 11 bei der IGM-Ortsverwaltung beantragt hat.

### Die Vorgeschichte

Die betriebliche gewerkschaftliche Interessenvertretung bei den Bremer Klockner Werken buidet in der Betriebslandschaft eine fast vorbildliche Besonderheit. Hier hat sich seit den Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahlen 1968/69 und den Septemberstreiks 1969 nach und nach ein „linker Block“ aus Mitgliedern der DKP, der Gruppe Arbeiterpolitik (Arpo), linken Sozialdemokraten sowie ehemaligen RGO-Mitgliedern im Betriebsrat und im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der IGM durchsetzen können. Seither stellten die Linken mit Bonno Schütter (Arpo), Max Müller (DKP), Heinz Röpke (DKP-Bundesvorstand) und heute Peter Sörgel (DKP) immer den Betriebsratsvorsitzenden. Alle Versuche des Teils der SPD, der sich der Politik der regierenden Landespartei verpflichtet sah (organisiert in der SPD-Betriebsgruppe und in der AfA), das linke Übergewicht zu knacken, waren immer wieder gescheitert. Die Versuche, immer wieder den wütenden Antikommunismus zu mobilisieren, konnten das Kräfteverhältnis auch nicht verändern: 1969 setzte die IGM-Ortsverwaltung gegen Schütter als jemanden, der „die Diktatur über das Proletariat will“, die Arbeiter „mit seiner ‚Roten Garde‘ kommandieren“ will. „Nicht umsonst ist der Chinesen-Häuptling Mao Tse Tung sein und seiner Jünger Leitbild“, hieß es in einem IGM-Flugblatt. (3) 1987 klingt das alles nicht mehr so arg verhetzt und wesentlich kleinlaut, wenn SPD-Vorstandsfrau Freudenthal an

die Bremer IGM schreibt, daß wegen der „roten Vormacht“ bei Klockner eine eigene Listenkandidatur gerechtfertigt sei: „Angesichts des Umstandes, daß weit überwiegend die Mehrheit des Betriebsrates der DKP angehört oder mit dieser Partei sympathisiert, muß es zulässig sein, andere parteipolitische Aspekte zumindest zu Gehör zu bringen. (...) Als Mitglied des Landesvorstandes der SPD nehme ich für mich ausdrücklich das Recht in Anspruch, meinen politischen Standpunkt im Betriebsrat zur Geltung zu bringen.“ (4)

Solche Aussagen werden heute aus einer Schwachposition gemacht, die SPD-Betriebsgruppe ist in sich zerstritten. 1984 kandidierten bei der Betriebsratswahl für die SPD-Betriebsgruppe Gisela Freudenthal und Herbert Florian (bis 1978 noch VK-Vorsitzender) auf einer gemeinsamen Liste, die drei Sitze gegen 19 der linken IGM-Liste und ein einer weiteren Liste erhielt. 1987 gab es wieder Listenwahl, da der Christliche Metalloberverband eine Liste eingereicht hatte. Dies war der Vorwand für Freudenthal und Florian, erneut mit eigenen Listen anzutreten. Diesmal allerdings getrennt, die beiden waren nämlich mittlerweile nicht nur von der SPD-Betriebsgruppe abgewählt worden, sondern hatten sich auch untereinander zerstritten. Die Listenwahl war für sie die einzige Chance, einen Betriebsratsitz zu erhalten, denn für ein Mandat bei Persönlichkeitswahl wurden in der Vergangenheit etwa 600 Stimmen benötigt, bei der Listenwahl reichen gut 150 Stimmen. Das 1987, Lige, brachte der linken IGM-Liste einen großen Triumph: Sie erhielt 22 der 23 Arbeitersitze. Allein die Liste „Huttenfuch“ von Florian schaffte mit 265 Stimmen einen Sitz, die Liste „Standpunkt“ von Freudenthal scheiterte mit 144, der CMV mit 79 Stimmen.

### Einheit als formale Disziplin

Soll man sich um Freudenthal/Florian groß den Kopf zerbrechen? Sie scheinen politisch und gewerkschaftlich restlos isoliert. Bei der Kandidatenaufstellung im VK hätten sie keine Chance gehabt, sie sind — in Abwesenheit — vom VK mit der Begründung nicht einmal für die Kandidatenliste benannt worden, daß sie sich seit Jahren nicht an der aktiven Gewerkschaftsarbeit im Betrieb beteiligt hätten. Die beiden hätten sich „zu zänkischen Außenseitern entwickelt, die (...) nur noch ein Ziel kennen. Als Person wieder in den Betrieb zu kommen“, urteilte die VK-Leitung in ihrem Ausschlussantrag. Nicht diese Personen sind dabei interessant, im Gegenteil: Die Betriebsrats-Nicht diese Personen sind dabei interessant, im Gegenteil: Die Betriebsratswahl 1987 hat gezeigt, daß sie mit ziemlicher Sicherheit bereits aus dem Spiel sind und diejenigen, die eine andere Gewerkschaftspolitik auf der Hütte wollen, sich nach anderen Personen umschauen müssen. Interessant ist, wie die linke Mehrheit, die in allem eine vorbildliche Position für die Betriebslinke gemacht hat, mit ihrer „Macht“ umgeht. Dabei sind sowohl die Zufuhrnahme des § 11 der IGM-Satzung problematisch, als auch die inhaltlichen Begründungen bzw. Diskussionen, die darum geführt werden.

„Loyalität gegenüber Mehrheitsbeschlüssen“, heißt es auf einmal in ihrem Vokabular, die Treue zur Organisation IGM wird beschworen, obwohl sich die heutige IGM von der von 1968/69 und den nachfolgenden Jahren, als die Klockner-Hütte selbst im Streit mit dem Apparat stand, nicht in ihren politischen Grundsätzen — und schon gar nicht in ihrer Satzung — unterscheidet. Noch krasser argumentieren Verteidiger des Vorgehens der Klockner-VKL. Zum plumpestem Disziplinierungsargument, das aus dem Abwürgen der innergewerkschaftlichen Debatte bekannt ist, greift Hein aus Hamburg in der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“: „Der VK wollte nach langen Jahren der Spaltungen und Uneinigkeit in der Belegschaft auch bei der Betriebsratswahl zu einem einheitlichen Auftreten kommen. Dies wurde notwendig angesichts der Stahlkrisen, die sich zuspitzte, und der Angriffe der Unternehmer, die rücksichtslos wurden.“ Die Gruppe Arbeiterpolitik, die auf der Hütte all die Jahre eine bedeutende politische Rolle gespielt hatte, hat nämlich in ihrer Zeitung im August 1987 das Vorgehen der Klockner-VKL

kritisiert. „Der § 11 ist de facto ein Instrument des IGM-Vorstands“, zu meist als „Knebelungsinstrument“ gegen die Linken in Betrieb und Gewerkschaft angewandt, verurteilte die Arpo: „Die Versuche, gewerkschaftspolitische Debatten mit dem § 11 zu beenden, waren und bleiben schädlich, wer auch immer ihn anwendet.“ (5) Was Hein dagegen setzt, ist die bis zum Überdruß in der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung beschworene formale Einheit. In keiner (ernstzunehmenden) Gewerkschaftsbewegung der Welt ist diese formale Einheit so weit entwickelt, wie in der BRD, am stärksten in der IG Bergbau und Energie. Daß sie aber eine Disziplinierungseinheit ist, und keine wirkliche inhaltliche Einheit, zeigt sich in aller Regel in Krisensituationen — so aktuell wieder im Bergbau zu sehen. (Andererseits bieten gerade Krisen wie die bei Rheinhausen auch die Chance, daß sich eine wirkliche inhaltliche Einheit bildet.) Wer auf eine größere inhaltliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung hinauswill, der muß vor allem dafür kämpfen, daß die disziplinierenden Vorstands-Instrumentarien wie der § 11 der IGM-Satzung verschwinden,

konsequenzen gezogen werden. „Das aber heißt nichts anderes, als ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten einzuleiten.“ Dabei hatte die Belegschaft diese Konsequenzen schon gezogen, wie Hein selber schreibt mit dem Wahlergebnis hatte sie „eindeutige Stellung bezogen.“ Und an anderer Stelle: „Die wirkliche Grundsatzfrage lautet meiner Ansicht nach, sollen Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten und sich damit zwangsläufig auch im satzungsrahmen bewegen, um Positionen zu erobern? Oder müssen sie sich von den Satzungsregelungen freimachen und vom Gewerkschaftsapparat unabhängige Organisationen aufbauen?“ Solche Argumentation ist allerdings die typische Demagogie des sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionärs gegen kritische linke Gewerkschafter. Erstens gibt es diesen Zwang zur Anwendung der Satzung nicht, nicht einmal die loyalsten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer tun sich diesen Zwang an, wenn sie es für opportun halten (man denke, daß sie fünf Jahre brauchen, um gegen den Aufsichtsratsgelder unterschlagenden Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bieffert von



haben auch viele linke Gewerkschafter an die sozialdemokratisch beherrschten DGB-Gewerkschaften ran). Dabei ist der Gang zu den Gerichten zur Einklagung eigener Rechte so lange unvermeidlich, wie die Gewerkschaften demokratische Rechte und den Schutz politischer Mitarbeiterpositionen verweigern. Das ist auch dann gelten wenn ausnahmsweise einmal derselbe Vorgang an einer rechten Sozialdemokratie exzerziert wird.

Bei Klockner hätte die Chance bestanden, aus einer politischen Stärkposition heraus diese notwendig andere Gewerkschaftsdemokratie zu praktizieren. Man kann vermuten, daß linke IGM-Funktionäre die Gelegenheit genutzt haben, mit einer sozialdemokratischen Richtung ein Hühnchen zu rupfen (und das auch noch bei einer SPD-Vorstandsfrau), die ihnen seit 1968 Pest und Cholera an den Hals gewünscht hat. Verständlich ist das schon. Für die Auseinandersetzung um eine andere Gewerkschaftsdemokratie und die Unterminierung derjenigen, die bisher noch viel zu zählich per formalem Verfahren und Satzung an konsequenter Gewerkschaftspolitik gehindert werden, wurde eine Chance verpaßt.

Abschließend sei noch eine historische Lanze für die Ablehnung der formalen Gewerkschaftsdemokratie gebrochen. Klockner-Hütte Bremen, 1969: „Zur Wahlvorbereitung hatten sich die VK-Mitglieder ausgedacht: Kandidatenaufstellung durch den VK, nur Vertrauensleute sollten kandidieren, Beschluß der Ortsverwaltung, daß, wer auf einer anderen Liste kandidiert ausgeschlossen wird.“

Demgegenüber forderten die Linken: „Kandidatenaufstellung durch Vorwahl in den Betriebsabteilungen Garantie, daß das Stimmverhalten der Persönlichkeitswahl auch bei der Konstituierung des Betriebsrates beachtet werde (bei den letzten Wahlen hatten Linke die meisten Stimmen erhalten, wurden aber durch die rechte BR Mehrheit ausgeschlossen).“

Inbesondere die Ablehnung durch den VK basierte darauf, daß zehn Jahren nicht mehr gewählt wurde, daß nur noch Vertrauensleute nachgewählt werden konnten und der VK ein

„nicht demokratisches, manipuliertes Gremium war. Im Verlauf der Sitzung dieses VK am 3.4.69 griff Bonno Schütter diese Manipulationen scharf an. IGM-Weinkauf dazu: Wer sich den Mehrheitsbeschlüssen nicht fügt, raus hier. Kommunisten haben hier nichts zu suchen!“ Schütter, Müller, Röpke (...) und 30 weitere Vertrauensleute gingen. Sie stellten eine eigene Liste zu den Wahlen auf.“ (6) Das war eindeutig gegen die Satzung der IGM, die 42 Untersuchungsverfahren wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ emittierte. Bonno Schütter wurde ausgeschlossen, 6 Kollegen erhielten Funktionsverbot. Das war der Wiederbeginn der Gewerkschaftsausschließpraxis gegen die Linke nach den Rausgerungen von KPD-Gewerkschaftern in den fünfziger Jahren. Die Liste der Abtrünnigen erhielt 50,9% der Stimmen gegenüber 36% für die IGM. Das war der Beginn der linken Mehrheit bei Klockner.

hr.

### Anmerkungen

- (1) Zitiert nach Schreiben der Klockner-VK Leitung an die IGM-Ortsverwaltung Bremen vom 1.11.87.
- (2) „Standpunkt“-Extrablatt zur Betriebsratswahl 1987. „Warum wir kandidieren“.
- (3) Rotbuch zur Gewerkschaftsausschließung, S. 53 u.f., Hamburg 1978.
- (4) Brief von Gisela Freudenthal an die IGM Ortsverwaltung Bremen, vom 8.4.87.
- (5) Die Haltung zu Gewerkschaftsausschließungen und der Konflikt bei Klockner sowie die Arpo-Diskussion darum sind ausführlich dokumentiert in „Arbeiterpolitik“ — Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik N. 5/6, 1987.
- (6) Wie unter 3, S. 54.



daß Streit und Widerspruch sich entwickeln können, daß Minderheitenpositionen geschützt werden und die Einheit sich nach Diskussion in der Aktion bewähren muß. Davon sind die Gewerkschaften in aller Regel himmelweit entfernt. Der Kampf gegen den § 11 der Gewerkschaftssatzung und gegen die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ des DGB gehört nach wie vor zum wichtigsten Bestandteil der Auseinandersetzung um demokratische Gewerkschaften. Früher wußten das die linken Kollegen bei Klockner und es gehört zu den positiven Seiten ihrer Entwicklung, daß sie sich über solche Unvereinbarkeiten hinweggesetzt haben, bis dahin, daß Heinz Röpke 1969 gegen heftige Widerstände und Kritik in der DKP auf der oppositionellen Liste von Bonno Schütter kandidiert hat und dadurch mit dazu beigetragen hat, daß die Linken heute bei Klockner eine so starke gewerkschaftliche Position haben.

### Zwei Gewerkschaftsausschlüsse

Gegen die Spalter Freudenthal und Florian, so argumentiert Hein, mußten

KHD ein Verfahren einzuleiten. Zum zweiten: Wie will man im Falle Klockner mit den ausgeschlossenen Bremer Daimler Kollegen oder denen in Harburg solidarisch sein, wenn man — zwar gegen rechte Sozialdemokraten — mit den gleichen formalen Argumenten und Instrumentarien arbeitet? Man kann nicht, und Hein recht recht nicht.

Wenn die Darstellung in der „Arbeiterpolitik“ stimmt, dann bef das Ausschlußverfahren gegen Freudenthal/Florian (beide wurden ausgeschlossen, es fehlt noch die Zustimmung des IGM-Vorstands) ab, wie meistens bei solchen Verhandlungen. Als Hohn auf eine demokratische Auseinandersetzung. Die beiden Besitzer der Ausschlußseite (VKL) waren parteiliche Betriebsräte. Befangenheit, das wissen linke Ausschlossene, gibt es in der Gewerkschaft nicht. Da die Angeklagte Freudenthal natürlich unterstützende Besitzer gefunden hatte, mußte der Vorsitzende IGM-Funktionär entscheiden. Und der entschied satzungsgemäß: Ausschluß. Möglicherweise geht Freudenthal vor das Gericht, dann wird sie beschuldigt, mit bürgerlichen Gerichten interne Auseinandersetzungen einer Arbeiterorganisation geführt zu haben (so ge-



# Nationalrevolutionäre Strategie — gescheitert?

Es ist gar nicht mal so lange her, da wagte in Bonn der Streit um die von Rolf Storz initiierte „Lücke Deuschland Diskussion“ (1990) in Form von Artikeln und Leserbriefen in der Bonner Stadtzeitung „Die Schürst“ (1). Der Riss ging quer durch die Redaktion. Der guten Recherche und den berechtigten Warnungen von Peter Kempf (2) hielt z.B. B. Meier entgegen: „Draußen Gaspensier, die Peter Krutz bei den Grünen umgeben steht und die „auf leisen Sohlen in grüne Schlüsselpositionen drängen“, bleiben im wesentlichen eine Fiktion“ (3).

Aus diesem verbanen Sirei entwickelte sich dann ein gerichtliches Schamatzel, das Stolz und die LDD gegen Mitglieder unserer „Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus Bonn“, namentlich Hartmut Meyer und Peter Krautz, führte und 1987 verlor (4). Unserer Initiative liegen nun neue interne Strategie- und Diskussionspapiere aus dem Nationalrevolutionären (NR-)Lager vor, die unsere bisherige Recherchearbeit bestätigen und nährlich weitere Beweise dafür liefern, daß die Machenschaften der NR durch keine Fiktion waren oder sind. Da (1) = (2) Artikel über die LDD werden auf Seite 11 und zwei Artikel zu diesem Thema verweisen (4)(5).

## Grün oder links?

Bei den Papieren handelt es sich größtenteils um Internia aus dem „Nationalen revolutionären Koordinationsausschuss“ (NRKA), der sich 1987 in „Politische Offensive“ (PO) umbenannte. Diese ist ein wichtiges Strategiepapier. Die „Zur Geschichte von NRKA (PO) und den Konsequenzen“ stammt aus der Feder eines K. I. I. (p. 1) und befindet sich im Dittus-Dorfer Raum. Es ist laut Brigitte Pajon beginnt die Geschichte der PO 1978 in Dittusdorf mit der Gründung der Zeitschrift „Nationalrevolutionäre Perspektiven“ für eine sozialistische Demokratie.

Die sich betoni „links“ gebende Zeitung, die nach Ende 1981 in „Aulbrach“ umbenannt wurde, ist kein Stellungsorgan. Es steht auf der linken Seite der Aulbracher Nationalrevue und ist als Organisationsorgan (AdV NRAH) der AdV NRAH. Der AdV NRAH entstand 1974 als Spatprodukt aus dem „Aktions Neue Rechte“ (ANR) und die ANR war wiederum 1972 als Spatprodukt aus der NPD hervorgegangen.

Wie Klaus Berger berichtet, befand sich die SDV/NRAO 1978 in einer Krise. Maßgebliche Kreise aus Berlin und München „erstrebten eine primär antisowjetische und im Grund prowestliche Ausrichtung, die den realen welt-politischen Gegebenheiten bereits seinerzeit nicht entsprach“.

Im November 1979 erfolgte dann in Kirchheim/Hessen die Spaltung der SdV/MRAO. Im gleichen Monat erschien in Koblenz die Zeitung „Wir selbst“ – Zeitschrift für Nationale Identität“, die, so Berger, „eine neue Komponente in der NR-Szene darstellte“. Die Beschaffenheit dieser „neuen Komponente“ wurde z. B. von Jan Peters frühzeitig in mehreren Artikeln aufgezeigt (7/8). Ein gut recherchierter Artikel „Rechtsradikale im grünen Gewande – Fakten und Trends“ ebenfalls von Jan Peters und Mathias Thesen (9) war für lange Zeit die beste Zusammenfassung und Darstellung der NR-Szene. In „Wir selbst“ Nr. 2 verkündete damals ein Horst J. Ackermann aus Koblenz, „Also laßt uns in den Grünen gemeinsam und ohne Scheu zusammenarbeiten“. Die späteren Mitinitiatoren der LDI, Axel Emmrich und Jürgen Kraus (Koblenz) waren langjährige Mitarbeiter dieses ganz auf „grün“ gemachten Tarulblattes. Der NRKA/PO entstand, so Klaus Berger, am 26.4.1980 in Düsseldorf, nachdem erste Bemühungen um Annäherung zwischen „Wir selbst“-Gruppe und „laser“-Kreis im Jan./Feb. 1980 scheiterten und „um die Zusammenfassung der nach der SdV/NRAO Spaltung ‚heimlos‘ gewordenen Nationalrevolutionäre in einer neuen, von vornherein als Aufbruchorganisation konzipierten Gruppe“ zu bewerkstelligen. Koordinator des NRKA/PO ist zunächst Horst J. Ackermann. Später übernahm Armin Krebs aus Menden/Sauerland, der auch für die Zeitung „Aufbruch“ verantwortlich zeichnet, diese Aufgabe. Alle genannten findet man übrigens wieder als Unterzeichner des „Anstoß für eine Deutsch-Deutsche Alternative“, dem Gründungsdossier der LDD.



Festnahme Elbig am 19.5.64

### Braune Linke?

Der Journalist Siegfried Kurtschinski arbeitete damals unter falschem Namen bei der SDV/NRAO mit. Er schätzte die NR Szene auf „ca 1.000 Mitante (mit) mehr als einhundert bundesrepublikanischen Stützpunkten“. „Die NR Massengruppen sind weder heimlich die gefährlichsten Rechtsradikalen, die handelt sich auch nur um eingetragte Mitarbeiter“ den, sondern die hier gibt es auch die Verhöhnung, die Sprache kommt nach links über den Kopf, und vor allem, Öffentlichkeit und Verfassungsschutz wissen nicht, wie sie vorgehen“ (10). Kurtschinski's Einschätzung von 1979 klingt heute, 8 Jahre später, etwas ab – haben – die Verfassung die Öko-Soz. (11) – aus der sich noch falsch

[illegible]

Die „konkreten Bedingungen“ im einzelnen sind so Berger

... Seit 1977/78 bildeten sich, zunächst auf regionaler Ebene, erste „Grüne“ Gruppierungen heraus, im Januar 1980 erfolgte die Gründung der grünen Partei. In dieser sammeln sich anfangs durchaus auch Kräfte, die von Positionen eines gesamtdeutschen Neutralismus ausgingen (ehemalige Partei AfD), nonkonforme Wertkonservative und weitere Personen, mit denen ein Gespräch lohnend schien

— Im März 1980 löste sich die „marxistische“ und betont gesamtdeutsch-nationale KPD-Rote Fahne auf, was zahlreiche potentielle Ansprechpartner für die NR „freizusetzen“ schien

— Seit 1980 entwickelte sich die Friedensbewegung, die naturgemäß nicht umhinkam, auch Fragen der Blockbindung, der Souveränität und der deutschen Teilung zu diskutieren.

— Im Januar 1981 erschien das Buch von Peter Brundt und Herbert Ammon „Die Linke und die nationale Frage“, das einen länger anhaltenden und damals relativ breiten Diskussionsprozeß in unserem Sinne auslöste“.

**Linke Braune!**

In einer kürzlich in Oldenburg erschie-  
nenen Broschüre mit dem Titel „Die  
„nationale Frage“ als revolutionärer  
Störfaktor?“ wird über die Rolle der  
Nationalrevolutionäre gesagt: Immer  
wieder im Sog von revolutionären Si-  
tuationen spielen sie den Part der ver-  
deckten Konterrevolution: in dem sie  
an berechtigige Forderungen anknüpfen  
und sich als ihre wahren Verfechter  
darstellen. Das bevorzugte rhetorische  
Mittel, das schon der Römer Quintilian  
kannte, ist die „Diversio“. Zersetzung  
der gegenseitigen Argumentation“.  
(11)

rungsversuch", so Marcus Bauer in seinem Papier

Krasser formuliert es Klaus Berger: „Die derzeitige Überanpassung an den Gegner trägt bereits eindeutige muschische Züge. Ich sehe es jedenfalls nicht mehr ein, einem NPD-Mann, der mir freundlich die Hand reicht, in den Hintern zu treten und einem DKPler oder „Grünen“, der passivlos auf mich eindringt, in selbigen hineinzuwuchern!“ Sein Fazit: „Spätestens ab 1985 war die bisherige Strategie und Zielgruppenorientierung nicht mehr aufrechtzuerhalten ... vor allem darum, weil sich zwischenzeitlich herausgestellt hatte, daß die positiv an uns interessierten in der Regel unzufrieden und meist junge Leute aus dem „rechten“ Diskurskreis waren, die wir halten integrieren können — wenn wir uns ein wenig mehr auf sie eingestellt und sie nicht durch das stupide Nachplappern antifaschistischer Phrasen unserer eigenen Gegner vor den Kopf gestossen hätten“.

Marcus Bauer stellt resigniert fest: „So bleibt anschließend festzuhalten, daß gerade unter dem Gesichtspunkt „linke“ Gruppierungen und Personen anzusprechen, das in den letzten Jahren deutlich gewordene Bestreben sich um jeden Preis ein linkes Image zu verschaffen nicht nur erfolglos, sondern sogar schädlich war.“

### Linksabweicher

Die Schuld an der siebenjährigen erfolglosen Arbeit des NRDK (PD) wird nun mit der massiven Forderung Jarchs linke Krise begründet, sondern auch in den eigenen Reihen gefunden. Produkt der seit 1980 betriebenen Unterwanderungsstrategie, bei der die eigenen Mitglieder weggelassen und stattdessen eingesetzt worden sind, ist als „Hilfswerk“ bezeichnet worden. Jarch sah den NRDK (PD) Klaus Fuchs' Inzident in seiner Schlußphase: zunächst die linke Abweichung entschieden zu bekämpfen, die z.Zt. die Hauptgefahr in der Organisation und das Hauptthemata für die Gewinnung neuer Kräfte darstellt.

[illegible]

Man kann aber in der He-  
geubild zu einer guten Studie  
gelangen. Hegel hat die Be-  
deutung der Philosophie nicht  
auf Marx & Co nicht zum Selbstzweck  
werden. So wie es schädlich ist, einen  
Gedanken oder einen Begriff nur dar-  
wegen abzulehnen, weil er von Marx &  
Co stammt (Antikommunismus), ist es  
eine nicht weniger fragwürdige Ver-  
fahrensweise, sich in selbige nur deswegen  
zu verrennen, eben weil sie von den ge-  
nannten Autoren formuliert wurden.

Doch trotz der harten Kritik in den eigenen Reihen steht für den NRKA PO nach wie vor eins nicht zu: Disposition: „Es muß nach wie vor unser Ziel sein, Einzelpersonen sowohl von ‚links‘ als auch ‚rechts‘ für uns zu gewinnen. Die Abgabe an ein ‚linkes‘ Selbstverständnis schließt natürlich keineswegs aus, daß auch weiterhin ‚linke‘ Themenbereiche von uns besetzt werden. Dies muß aber von einem spezifischen NR-Standpunkt aus erfolgen und darf nicht das Untersuchen in der ‚Linken‘ zum Zweck haben“, so Marcus Bauer.

### Kurskorrektur und Abspaltung

Die oben zitierten Papiere von Bauer und Berger sowie ein drittes vom Mann-  
zer Peter Bahn, Titel „Zur Entwick-  
lung der PO sowie eine mögliche Stan-  
dortbestimmung“, wurden in einem  
Seminar der PO in Würzburg vom  
30.10. - 1.11.87 vorgelegt und disku-  
tiert. Alle drei fordern aufgrund der  
bisherigen verfehlten Politik der  
NRKA/PO vehement eine Kurskor-  
rektur in Form einer Öffnung nach  
Rechts.

Marcus Bauer ganz konkret  
„ — Hinsichtlich der Oder-Neiße-  
Linie müssen wir für eine künftige  
Regelung plädieren, welche die Zugehör-  
igkeit des deutschen Ostens zum  
geschichtlich gewachsenen, deutschen  
Lebens- und Kulturraum in zufrieden-  
stellender Weise berücksichtigt.

— Die Überfremdungsproblematik muß in ihrer Bedeutung erkannt und

— Unsere geschichtlichen Traditionen dürfen nicht aus Angst vor den „Linken“ vorsilig kriminalisiert und ignoriert werden (z. B. Wehrmacht)“

Im Würzburger Semnar wurde die Kurskorrektur offensichtlich vollzogen. Diejenigen jedenfalls, die den alten Kurs beibehalten wollten, sammelten sich zudem in einer Abspaltung der PO mit dem Namen „Neue Perspektiven“. Die Kontaktadresse für diese neue NR-Blüte ist das Postfach 1.95 5420 Lahnstein I von Axel Enmrich. Diese Adresse war bislang die Geschäftsadresse der LDD und Kontakt für den „Arbeitskreis Bezeichnung“ der PO.

In einer kürzlich erschienenen „Öffentlichen Erklärung“ der Gruppe „Neue Perspektiven“ werden Masseneintritte der „Nationalistischen Front“ (NF) und anderen Neonazis beklagt (33). Mit Krokodilstränen in den Augen wird dort lamentiert: „Die PO, ursprünglich als bündnisdemokratisch, pluralistische und inklusivistische Bewegung konzipiert, ist durch die Tätigkeit von Spätern und Sahelurenen in den letzten Monaten zur rechtsextremen bis neurechten rückwärtsgerendeten und reaktionären Organisation verkommen“. Und weiter: „Das neue

„uns“ rechtsradikale „Ausgangspunkt ver-  
kommen“. Und weiter: „Das neue  
Sprachrohr der PO, der blutige  
Rechtsradikale Peter Bahn, der nach  
einer 360-Grad-Drehung (NPD-kPD-  
Grüne-PO-Recht) wieder an seinen  
ursprünglichen Ausgangspunkt zu-  
rückgekehrt ist, ruft offen zu Fra-  
gendlichkeit und zur Diskriminierung  
von sexuellen Minderheiten auf“.

Die offenen neonazistischen Töne Hahns, der von 1979-1985 Mitglied der Gruppe und ab 1984 bei der LÖB arbeitete (14), hatten besonders die Konzenzer Pö-Gruppe verschreckt. Axel Hahn und Jürgen Kraus sind auch Mitglieder der „Auermannen Schwulengruppe Koblenz“.

Schon vor der Spaltung in Würzburg beklagten sich die Kolbenzer in einem Offenen Brief an PD-Vorstandsmitglied Dr. Holger Wille (1904-1971), datiert vom 21. 10. 87, „An ... in Kassel“ vieler Mitglieder Ernst zu nehmen „und dafür zu sorgen, daß keine Panker der Zeitschrift „Sieg“ in der Geschäftswelt hängen, läßt Du zu, daß aktive Mitglieder der PD von Peter Babin mit der Nazi-Parole „Hitlerschweigt“ diffamiert werden dürfen“. Auf die weit ereblichung von „Neue Perspektiven“ darf man jetzt also gespannt sein.

## Links und rechts gemeinsam?

Uns kann man der NR-Szene in der Bundesrepublik nicht abstreiten; sie waren und sind immer noch Impulsgeber für die gesamte neofaschistische Rechte. In einem Interview im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ (Feb. 1982) durfte der ehemalige ANR-Aktivist Michael Kühnen die neue Linie seiner später verbotenen ANS/NA propagieren: „Nationalrevolutionär!“ Ganz dem linken Sprachgebrauch angelegentlich sagte er: „Es müssen alle Gefühle, die gegen dieses System bestehen und die heute ein diffuses Mißbehagen darstellen, gebündelt und organisatorisch gegen das System gerichtet werden.“

„Es geht zunächst mal darum, das gegenwärtige System zu schwächen“, meinte Köhnen und deshalb könne er sich sogar „eine Art Stillehalteabkommen ... mit einigen linken Gruppen vorstellen ...“<sup>10</sup> (15)

1985 ergab sich in Bonn eine kuriose Situation: während in linken Kreisen mit der LDD über rechte Themen diskutiert wurde, gingen Jungfaschisten der ANS-Nachfolgeorganisation FAP mit linken Sprüchen auf Stimmenfang. Ganz wie Kühnen es propagierte, versuchten sie sogar eine Art „Stillhalteabkommen“ mit den Bonner Autonomen auszuhandeln. In der FAP-Szene erfreute sich die Zeitschrift „Sieg“ wachsender Beliebtheit. Seit Anfang der 80er Jahre ist „Sieg“ Nationalrevolutionär ausgerichtet.

„Ich wünsche sehnächtig, daß alle ‚Linken‘ und ‚Rechten‘ sich die Hände reichen und gemeinsam für die Befreiung unseres unterdrückten Volkes kämpfen“, schrieb z.B. Rolf Piewka aus Recklinghausen, Mitglied der BRD-Lokalredaktion (16).

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Die rassistische Monatszeitschrift des österreichischen Rechtsextremisten Walter Ochsenberger „Sieg — Aktuell-Jugend-Pressedienst“ fand seit 1983 regelmäßige Verbreitung in der Bundesrepublik. Im Impressum der BRD-Lokalredaktion fanden sich, bald nach ihrem Verbot, Mitglieder der ANS/NA, wie z.B. Thomas Brehl (Fulda), wieder (17). Ab Ende 1984 tummeln sich verstärkt FAP-Leute im Impressum: Jürgen Mosler (Duisburg), Frank Adloff (Detmold), Berthold Diner (Rheda-Weidenbrück) oder Michael Krämer (Dillenburg), der sogar zum Stellvertretenden Schriftleiter avancierte (18). Anschluß an „Sieg“ gab es auch aus dem NRKA/PO-Lmfeld. Im Strategiepapier von Klaus Berger (s.o.) steht an einer Stelle, als es darum geht, daß viele junge Leute aus dem „rechten“ Dunstkreis aufgrund der falschen Strategie des NRKA/PO nicht integriert werden können: „So aber verloren auch viele von ihnen wieder das Interesse an uns, sie schreiben heute in der ‚Neuen Zeit‘, Wursteln in der ‚NF-Bielefeld‘ vor sich hin oder landeten bei ‚Sieg‘, den ‚Republikanern‘ oder wieder bei der NPD“



Rolf Piewka



Rolf Piewka

Sieg?

In der Tat findet man viel von der NRKA/PO-Ideologie in „Sieg“ wieder. So z.B. verbindet sie mit den Linken „Gesunde Lebensweise, Umweltschutz, gesamtdeutsche Neutralität und Friedenspolitik“ (19). Neben den üblichen neofaschistischen Phrasen findet man Forderungen wie: „Deutsche raus aus der NATO (mit Spontifant!)“ — „Schluß mit dem Wald sterben“ — „Gegen AaWs“ — „Widerstand gegen Nachrüstung“ „Amis raus aus Deutschland und Nicaragua“

Im 1985 zunehmende augenfällige Sympathie für die Grün-Alternativen, daß die Menschen darüberhinaus eine Sehnsucht nach einer neuen Bewegung empfinden, zeigen die Protestwählermassen für Grün-Alternativ-Bewegungen in den deutschen Teilstaaten. Ich bin überzeugt, daß dabei der Großteil dieser Protestwähler nicht für die GRÜN Alternativen votieren, sondern gegen die Systemparteien ihren Protest zum Ausdruck bringen wollen“ (20). Daher werden alle Mitglieder und Sympathisanten immer wieder aufgefordert: „Geht in die Busse! Arbeitet bei Grünen, Alternativen, Nationalrevolutionären usw., mit Bringt dort euer Wissen ein. Das wäre ein echter Fortschritt! Das wurde den Gegnern verweigert! Dann wißt ihr nicht mehr, wo er uns suchen soll und wie überwachen!“ (21).

Und in Annäherung an die militante Linke: „Doch solange sich ‚Linke‘ und ‚Rechte‘ gegenseitig bekämpfen, haben die Besatzer Grund zur Freude. Für die Forderung ‚Deutschland den Deutschen‘ sowie für die Beendigung der widerlichen Nestbeschmutzung setzen sich nur die ‚Rechten‘ ein, während die ‚Linken‘ aus ideologischer Verblendung nicht mitspielen. Dagegen kämpfen die ‚Linken‘ allein aktiv gegen Umweltzerstörung und Raketenstationierung, während die ‚Rechten‘ sich zu fein sind, gemeinsam mit ‚Choten‘ auf die Straße zu gehen und wirksamen Widerstand zu leisten“ (22).

Mitte 1985 zogen sich die FAPler aus „Sieg“ zurück. Auch die praktische Annäherung an militante Linke klappte nicht. Seitdem geht die FAP verstärkt gegen Autonome und Grüne vor

Wursteln in der NF-Bielefeld

vor sich hin oder landeten bei ‚Sieg‘“, so Klaus Berger (s.o.). Vermutlich meinte er hiermit die beiden Nationalrevolutionäre Meinhard Otto Elbing und Norbert Schnelle. Elbing, bis 1986 Mitglied der Grünen, ist heute einer der führenden Schläger der Bielefelder NF-Bande (23)(24).

In Bonn fiel Elbing auf, als er mit drei anderen Neonazis, nämlich Schnelle, Frank Buchold (Krefeld) und Hartmut Heger (Wilhelmshaven), aus einem Seminar des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ (GDS, früher ODS) kommend, sich an einer Projektaktion der FAP/WJ/Borussenfront gegen Bonner Punker beteiligte (25)(26).

Mitglied des ODS bzw. GDS war zu jener Zeit auch Norbert Schnelle (27). Seine Rolle als Ex-V-Mann wurde in anderen Artikeln bereits erwähnt (28).

Der GDS hat sich in den letzten Jahren zur wichtigsten Studentenorganisation der Nationalrevolutionäre entwickelt. Eine ausgezeichnete Beschreibung des GDS liefert Gabi Dröffler in einem Artikel in der Odenburger Dokumentation (29): „Der GDS — bis 1984 unter dem Namen ‚Ostpolitischer Deutscher Studentenverband‘ (ODS) — ist als offizielle Studentenvertretung der rechts organisierten Vertriebenen Mitglied im ‚Bund der Vertriebenen‘ (VVO) sitz: CDU-MdB Czaja. Er ist als Gruppenverband organisiert, in dem keine Personen, sondern GDS-Hochschulgruppen und landsmannschaftliche Studentenverbände Mitglied sind.“

Bereits 1982 beschloß der Verband ein „Manifest Neues Deutschland“ (Vorwort: Peter Böddorf), das alle wesentlichen Punkte enthält, mit denen Nationalrevolutionäre versuchen, auf die Friedensbewegung Einfluß zu nehmen.

- Anknüpfen an der atomaren Hochrüstung, die angeblich besonders das deutsche Volk bedrohe,
- nationalistische Lokalisierung der Gründe für die Hochrüstung in der deutschen Spaltung statt in ökonomischen Interessengegensätzen zwischen den Blöcken,

Kritik der Mitharbücke als „koloniale Unterdrückung der europäischen Völker“

- Kritik des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und Favorisierung eines ökonomischen „deutschen Sonderweges“ (die antikapitalistischen Forderungen der Friedensbewegung Einfluß zu nehmen).

- Anknüpfen an der atomaren Hochrüstung, die angeblich besonders das deutsche Volk bedrohe,
- nationalistische Lokalisierung der Gründe für die Hochrüstung in der deutschen Spaltung statt in ökonomischen Interessengegensätzen zwischen den Blöcken.

Kritik der Mitharbücke als „koloniale Unterdrückung der europäischen Völker“

- Kritik des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und Favorisierung eines ökonomischen „deutschen Sonderweges“ (die antikapitalistischen Forderungen der Friedensbewegung Einfluß zu nehmen).

- Anknüpfen an die Angebote der UdSSR aus den 60er Jahren für ein wiedervereinigtes Deutschland (Stalin Note).

— Propagierung eines blockfreien wiedervereinigten Deutschland in einem Sicherheitssystem kritikunfähig

stierter Staaten Mitteleuropas. Diese Punkte finden sich mehr oder weniger deutlich in zahlreichen nationalrevolutionären Äußerungen zur Friedensfrage, von den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) über Eichberg, Bohn-Texte bis zu selbsternannten „Linken“ in nationalrevolutionär bestimmten Gruppen wie der LDD oder der „Denkschrift Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem“ des Berliner Eichberg-Freundes Herbert Ammon und des Völkerrechtlers Theodor Schweisfurth“

Gesamtdeutscher Studentenverband

Vorsitzende des GDS/ODS sind Harald Weisig und Peter Böddorf (früher Meerbusch jetzt Bonn). Mit Volker Beecken und Christian Heck (beide Göttingen) betreibt Böddorf lange Zeit die nationalrevolutionär ausgerichtete, neofaschistische „Jugendzeitschrift Aktion“. Weiterverbreitete Verbindungen des GDS zu Neonazis, insbesondere zu den mitarischen Kreisen in Göttingen, Bielefeld und im Ostfriesischen, belegen die jahrelang ordnungsgemäß eingereichten Protokolle der ODS/GDS-Hauptversammlungen im Vereinsregister des Bonner Amtsgerichts (27)(30).

Mitglieder sind oder waren z.B. Hartmut Heger, Hermann Metz und Joachim Apel. Metz und Apel waren laut einer Antifa-Broschüre der Ende der Grünen im Ostfriesischen als Gründer von Wehrsportgruppen aktiv (31). Über die Rolle Joachim Apels als V-Mann siehe (32). Heger war Mitbegründer der „Wilhelmshavener Liste für Ausländerbegrenzung“ (33).

Weitere Mitglieder des GDS sind oder waren Christian Heck, Volker Beecken und Hans-Michael Friedler. Deren Umtriebe in und um Göttingen sind schon mehrfach dokumentiert worden (34)(35)(36). Weiteres prominentes Mitglied des ODS/GDS war der Freund Karl-Heinz Hoffmanns, nämlich Axel Heinzmann (Tübingen) (37).

Im August 1985 hat Innenminister Zimmermann bei GDS als „rechtsextremes Organisations“ bezeichnet lassen (38). Häufiger Gast bei GDS-Seminaren ist Peter Bahr, Am 14. 15. Dez. 1984 referierte er in Köln über „den Stand der deutschlandpolitischen Diskussion in der Grün Alternativen Bewegung“ (14). Die von Böddorf herausgegebene GDS-Information bringt altbekannte NR-Themen: „Die nationale Frage aus marxistischer Sicht“ von einem Dr. Reinhold Oberlischer (früher SDS-Hamburg) oder ein Gespräch Böddorfs mit MdB Dr. Bernhard Friedmann über die „Wiederver-

einigung“, der in Gerd Vonderachs Zeitschrift „Gezeiten“ (Oldenburg) nachgedruckt worden ist (39). Beobachtung tut weiter Not

emung“, der in Gerd Vonderachs Zeitschrift „Gezeiten“ (Oldenburg) nachgedruckt worden ist (39). Beobachtung tut weiter Not



Norbert Schnelle mit langen Haaren bei einer Neonaziaktion (19.5.84) in Bonn. Der Mensch links ist ein völlig unbeteiligter Passant!

Andres Garcia, Antifa-Ak Bonn

Quellen:

- 1) De Schüss, Ausgaben Nr. 5,6,7,8 von 1985
- 2) De Schüss, Nr. 5/1985/S.33f. „Wir scheitern ja nicht Herr Bismarck. Wir sind Brände frei“
- 3) De Schüss, Nr. 6/1985/S. 6
- 4) Arbeiterkampf Nr. 284/1987/S. 22 „Rechte Provokationen in linken Gewand“
- 5) Arbeiterkampf Nr. 254/1985/S. 10ff. „Es deutsch so link, wenn deutsche Linke deutsch sind“
- 6) Verfassungsschutz 1974/ Juli 1975/S. 34
- 7) Arbeiterkampf Nr. 186/1979/S. 10ff. „Tendenzwende: Wird aus grün braun?“
- 8) Arbeiterkampf Nr. 186/1980/S. 18f. „Grün oder Link?“
- 9) Antifaschistische Informationen Nr. 2 Sept./Okt. 1980/S. 13-19
- 10) siehe Revue von Rechts in „Neofaschismus — die Rechten im Aufwind“ SPV Berlin 1979
- 11) Die nationale Frage als revolutionärer Störfaktor? Dokumentation und Diskussion über den Gezeitenwechsel an der Uni Oldenburg/Ende 1987/S. 5
- 12) TAZ vom 20.6.1980/S. 8
- 13) Studien von Zeitfragen, Heft 3/1987/S. 31
- 14) Odenburger Dokumentation wie (11) S. 22. Glossar „Bahn, Peter“
- 15) Arbeiterkampf Nr. 221/1982/S. 15ff. „Was macht die Neonazis attraktiv?“ und „Wer ist Michael Kühnen?“

„Das Celler Loch“

„Es ist der 25. Juli 1978 — zwei Uhr morgens. Wie gewohnt brechen Beamte der Justizvollzugsanstalt Celle 1 zu ihrem Routinekontrollgang an der Außenmauer auf. Es regnet in Strömen. Schon nach kurzer Zeit kehren sie zurück. Irgendwas Verdächtiges ist den Beamten nicht aufgefallen. Kaum sind sie verschwunden, entwickelt sich draußen eine fast lautlose

„Das Celler Loch“

„Es ist der 25. Juli 1978 — zwei Uhr morgens. Wie gewohnt brechen Beamte der Justizvollzugsanstalt Celle 1 zu ihrem Routinekontrollgang an der Außenmauer auf. Es regnet in Strömen. Schon nach kurzer Zeit kehren sie zurück. Irgendwas Verdächtiges ist den Beamten nicht aufgefallen. Kaum sind sie verschwunden, entwickelt sich draußen eine fast lautlose Aktivität

An der Ackerseite, dort, wo dichtes Buschwerk, hohes Gras und Bäume den Blick auf die Anstaltsmauer versperren, tauchen plötzlich verdammt Gestalten auf ...“

Besagte Gestalten sind nichts geringeres als niedersächsische Ministerialdingenten — sie geben gerade über Funksprengergerät den Befehl zur Durchführung der Aktion Feuerzauber an GSG 9-Beamte weiter. Nach wenigen Minuten detoniert die Bombe der Staatsschutz und reißt ein Loch in die Außenmauer der JVA Celle 1.

Die Bombe sollte V-Männern des niedersächsischen Verfassungsschutzes als Eintrittskarte in das „terroristische Umfeld“ dienen

Christa Ellersiek und Wolfgang Becker zeichnen in ihrem kürzlich erschienenen Buch „Das Celler Loch“ detailliert die Geschichte dieser Geheimdienstaffäre nach. Anhand von Originaldokumenten, Protokollen, Gerichtsurteilen, öffentlichen Zeugenerklärungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Hannover, der die Hintergründe der Celler Aktion aufklären soll, sowie anhand eigener Recherchen versuchen der Autor und die Autorin Licht ins Dunkel zu bringen

Aufgespürt und dem Leser und der Leserin vorgestellt werden die Hintermänner, die Drahtzieher, die Schreibtischhüter dieser Affäre. Und das waren und sind ausnahmslos hohe Beamte des BKA, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, vom niedersächsischen Verfassungsschutz und ansonsten der Bundesinnenminister, der Ministerpräsident Albrecht aus Niedersachsen und dessen Innenminister. Hinzugezogen worden waren noch Praktiker, wie der all-round-Agent Werner Mauss

Die Planung und Absprache dieser Aktion lief ausschließlich auf dieser Ebene; es war klar, daß der Kreis der Mitwisser und Mitäter klein gehalten werden mußte. Die Abschottung zu den unteren Dienststellen war eine Selbstverständlichkeit. So erfuhr die Parlamentarische Kontrollkommission des niedersächsischen VS erst vier Jahre später von der „Aktion Feuerzauber“

Dem Leser und der Leserin werden aber auch die ausführenden Werkzeuge vorgestellt. V-Männer, allesamt aus dem kriminellen Milieu (einer saß z.B. wegen Mordversuch an einem Polizisten ein), deren Auftrag war, als Waf-

- 16) Sieg Nr. 12/1984/S. 2
- 17) Verfassungsschutz 1983/Juni 1984/S. 148
- 18) Sieg Nr. 4/1985 S. 2 und 19
- 19) Beibehalt zu Sieg Nr. 4/1985 „Deutsches Jugend-Bildungs- und Informationszentrum“
- 20) Sieg-Flugblatt „Widersand“ Beilage zu Sieg Nr. 1985
- 21) Sieg Nr. 4/1985/S. 17 „Die Neue Rechte — eine Analyse“
- 22) Sieg Nr. 7/8/1985/S. 8, Rolf Piewka „Gemeinsamer Widerstand“
- 23) Stadtblat. Bielefeld Nr. 4/1986
- 24) Nationalistische Front in Bielefeld“ Dokumentation der VVN/BdA/1987
- 25) Arbeiterkampf Nr. 273/1986/S. 21 Andres Garcia: „Wie ein Tornado legten deutsche Rocker“
- 26) TAZ vom 20.6.1980 S. 8, Kai/Meyer „Deutsche Hecken legen durchs Punker Gesindel“
- 27) Verfassungsregister/Amtsgericht Bonn/Registrierenummer 29/8
- 28) Arbeiterkampf Nr. 283/1987/S. 29 „Neonazis in Bielefeld“
- 29) Odenburger Dokumentation wie (11) S. 16-18 „GDS“
- 30) TAZ vom 10.8.87 Peter Kraus: „Bundesmittel für rechten Studentenverband“
- 31) Arbeiterkampf Nr. 239/1983/S. 28 „ANS/NA-Aktivitäten in Emden“
- 32) Arbeiterkampf Nr. 253/1984/S. 24 „Eine bedauerungsreiche Randnotiz“
- 33) Arbeiterkampf Nr. 221/1982/S. 14 „Kurzmeldung: Wilhelmshaven“
- 34) Arbeiterkampf Nr. 164/1979/S. 20 „Neue Beweise gegen Göttinger Nazi-Zentrum“
- 35) Antifaschistische Informationen Nr. 1 Juni/Juli 1980 S. 36 „Hans-Michael Friedler Drahtzieher der Neonazis“
- 36) Antifaschistische Informationen Nr. 2 Sept./Okt. 1980 S. 8ff. „Beispiel Hannover versch. Morden“
- 37) Arbeiterkampf Nr. 186/1980/S. 31 „Einzelkater oder Strategie der Spannung?“
- 38) „Innere Sicherheit“ — Informationen des Bundesministeriums des Innern/August 1985
- 39) GDS-Information Nr. 2/1986

senlieferanten aufzutreten und deren Aufgabe vor allem darin bestand, Straftaten anzuschreiben. V-Männer aber auch, die ihre Freiheiten und ihre Selbstzucht durch den VS dazu nutzten, um sich in der Öffentlichkeit zu etablieren

Neun Jahre lang konnte die „Aktion Feuerzauber“ vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Durch eine Zeitungsmeldung wurde die Staatsanwaltschaft Wahlkampfform. Offensiv versuchte Ministerpräsident Albrecht die Aktion zu verteidigen. Doch die angebliche Erfolgsliste, die aus dem niedersächsischen VS zusammengestellt, brach mehr und mehr in sich zusammen, sie erwies sich als Phantasieliteratur

„Das Celler Loch“

senlieferanten aufzutreten und deren Aufgabe vor allem darin bestand, Straftaten anzuschreiben. V-Männer aber auch, die ihre Freiheiten und ihren Schutz durch den VS dazu nutzten, um sich in der Öffentlichkeit zu etablieren

Neun Jahre lang konnte die „Aktion Feuerzauber“ vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Durch eine Zeitungsmeldung wurde die Staatsanwaltschaft Wahlkampfform. Offensiv versuchte Ministerpräsident Albrecht die Aktion zu verteidigen. Doch die angebliche Erfolgsliste, die aus dem niedersächsischen VS zusammengestellt, brach mehr und mehr in sich zusammen, sie erwies sich als Phantasieliteratur

Ellersiek und Becker beschreiben auch diesen Prozeß und die Arbeit des 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des niedersächsischen Landtags, der seit Anfang 1987 versucht, die Geheimdienstaffäre aufzudecken. Sie stellen die Fesseln dar, die diesem Untersuchungsausschuß angelegt werden. Geheimhaltungsklauseln, Weigerungen der Aktenherausgabe und Weigerungen von Zeugen, wie etwa von Werner Mauss, vor dem Ausschuß auszusagen, zeigen die wachende und kontrollierende Hand der Geheimdienste, die über der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses liegt und ihn mehr zu einem Verfassungsklausur schuß verkommen läßt

„Das Celler Loch“ ist ein informatives und gleichzeitig spannend geschriebenes Buch. Es gibt einen vorläufigen Einblick in das Milieu des bundesdeutschen Sicherheitsapparates, wo die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten in der Praxis schon lange aufgehoben ist, wo mit Selbstverständlichkeit staatliche Hochverratsklagen als bloße nachträgliche Rechtfertigung angesehen werden und wo die Geheimdienste sich zum Staat im Staat entwickeln können. Ellersiek und Becker fragen am Schluß ihres Buches: „Wenn aber Verfassungsschutz und Polizei, wie an diesem Beispiel aufgezeigt, so eng verzahnt agieren können, wenn die Sicherheitsbeamten von damals heute noch Karriere machen können, wenn Politiker sich — aus Desinteresse oder Machtgelsten — sogar im Nachhinein zu ihren Komplizen machen, was eigentlich trennt dann noch, was dieser Konstellation, den Geheimdienst in einem demokratischen Land von einem Geheimdienst eines totalitären Staates?“

He., KB Göttingen

Christa Ellersiek/Wolfgang Becker: „Das Celler Loch. Geschichte einer Geheimdienstaffäre. Verlag am Galgenberg, Hamburg 1987, 140 Seiten, Preis 19,80 DM



## Von der DKP entdeckt: „Die Autonomen“

Bemerkenswertes geschieht: Die DKP entdeckt die Autonomen. Im neuesten Heft der „Marxistischen Blätter“ werden „die Marxisten“ aufgefordert, das Gespräch mit den Autonomen zu suchen. Trotz deren „diffusen Anarchismus“, ihrem „Mangel an Strategie“ und „Hang zu lockeren Strukturen“, die manche Gruppen zu einem „Feld für bezahlte Provokateure“ mache, gebe es doch „wichtige Punkte der Übereinstimmung“. Positiv, lesen wir, „unterscheiden sich die heutigen Autonomen von den Maoisten der siebziger Jahre durch einen weitgehenden Verzicht auf Antikommunismus und Antisowjetismus“. Das Bedürfnis der jugendlichen Anhänger der Autonomen nach Beschäftigung mit Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus sei groß. So spreche „nichts dagegen, solche antikapitalistisch eingestellten Jugendlichen in marxistische Bildungsangebote einzubeziehen“.

Na, bitte! Es ist so, wie es immer war: Wo es kriselt, da legt die DKP die Netze aus. Das war so am Ausklang der APO 1970. Das war so beim Zerfall der ML-Gruppen Mitte/Ende der Siebziger. Selbstkritik hat man dabei so wenig vernommen wie bei diesem neuesten Anlauf. Durchsichtiger Opportunismus ersetzt ernsthafte Diskussion gemachter Fehler. Neu ist die Glasnost-Fahne, mit der jetzt in der offensichtlichen Hoffnung gewedelt wird, damit die anti-etatistischen Vorbehalte der Szene zu unterlaufen. Angesichts der Verwirrung in den eigenen Reihen ein gewagtes Unternehmen.

Im folgenden ein Nachdruck des Dokuments aus „Marxistische Blätter“ 1/88.

Sie nennen sich „Autonome“ und werden in weiten Teilen der Linken als „Chaoten“ und „Stahlkugelfraktion“ wahrgenommen. Sie haben weder eine einheitliche Organisation noch ein gemeinsames Programm. Das erschwert die politische Auseinandersetzung mit ihren Positionen.

In der BRD und Westberlin haben die Autonomen gegenwärtig mehrere tausend Anhänger. Die ersten „autonomen“ Gruppen entstanden Ende der siebziger Jahre in der Anti-AKW-Bewegung. Die Autonomen erlebten ihren ersten Aufschwung 1980/81 im Zuge der Instandsetzungsbewegung, im Kampf gegen die kapitalistische Wohnraumzerstörung. Dabei haben Autonome nicht nur „Möglichkeiten alternativen Lebens und Wohnens“ gesucht, sondern auch eine „politische Basis“ im Kampf gegen den kapitalistischen Staat, wie es die Besetzer des Schwarzwaldhofes bei Freiburg im November 1980 in einer Erklärung formulierten.

Gemeinsam ist den meisten autonomen Gruppen ein revolutionärer Anspruch, der einen großschlächtigen Antiparlamentarismus einschließt. Der beinhaltet die Forderung nach einem sektiererischen „Wahlboykott“ und den generellen Verzicht auf die Nutzung parlamentarischer Kampfformen. Ähnlich ist den verschiedenen Gruppen das Grundverständnis, „für eine herrschaftsfreie, selbstbestimmte, basisorientierte Gesellschaft zu kämpfen“, wie es in einem Positionspapier Autonome aus der Rhein/Main-Gegend vom Frühjahr 1987 heißt. Autonome suchen, wie in demselben Text zu lesen ist, Möglichkeiten, den „Kampf gegen dieses System mit den Kämpfen um radikale Lebensvorstellungen zu verknüpfen“. Ihre politischen Arbeitszusammenhänge sind meist lokal bzw. regional begrenzt, es bestehen nur lose Kontakte zwischen Gruppen einzelner Städte.

### Politische und soziale Basis

Die Mehrheit der Autonomen hat ein diffus anarchisches Politikverständnis, das nur selten durch den Bezug auf bestimmte Theoretiker des Anarchismus fundiert ist. Manche Autonome verstehen sich nicht als Anarchisten, sondern als „Rätekommunisten“ anarchosyndikalistischer Richtung. Einige sehen sich als Kommunisten und begreifen die Leninschen Bolschewiki als ein historisches Vorbild. Bei einigen dieser Genossen steht neben allerlei anarchistischen Groschenheftchen auch Lenins Schrift „Der Imperialismus — das höchste Stadium des Kapitalismus“ durchgearbeitet im Ikea-Regal. Eine Sonderrolle spielen die „Autonomen Antimperialisten“, die sich selbst als Sympathisanten des Marxismus-Leninismus verstehen, teilweise auch Texte marxistischer Klassiker schulen, aber eine ausgesprochene Neigung haben, sich an abenteuerlichen Aktionen der „RAF“ und ähnlicher terroristischer Gruppen zu beteiligen.

Diese Haltung geht einher mit ausgeprägtem überheblichem Sektierertum und Bündnisunfähigkeit. Die „Autonomen Antimperialisten“ pflegen ein Weltbild, in dem nahezu alle linken und sozialistischen Strömungen lediglich als Handlanger oder bestenfalls als Hof-

Übereinstimmung mit Demokraten und Kommunisten. So heißt es z.B. in einem Flugblatt des „Arbeitskreises Antimperialistischer Widerstand Lübeck“ und der „Autonomen Gruppe Kiel“ über eine Provokation der neonazistischen „FAP“ in Kellinghusen (Schleswig-Holstein): „Die herrschende Ideologie selbst besteht in gewissem Maße aus Ausländerfeindlichkeit, Militarismus, Nationalismus und dem Ruf nach dem starken Staat. Den Faschisten fällt es daher leicht, Anknüpfungspunkte für ihre menschenverachtende und arbeiterfeindliche Politik zu finden.“

Bei Demonstrationen, z.B. gegen Neonazis oder gegen das Bonner Atomprogramm gibt es jedoch nicht selten Differenzen zwischen Autonomen und anderen Kräften der Protestbewegung über Aktionsformen. Manche (nicht alle!) Autonome neigen dazu, „jede Möglichkeit zum praktischen Widerstand zu nutzen“, wie es in einer autonomen Broschüre („Krefeld 25.6.1983“) heißt. (An diesem Tag fand in Krefeld anlässlich des Besuchs



Tauwetter in der DKP?

Tauwetter in der DKP?

narren des „Schweinesystems“ dargestellt werden. Die „Autonomen Antimperialisten“ überschauen bei Lenin sowohl seine Aussagen zum Terrorismus in „Was tun?“ (1902) wie auch zum Linksektierertum („Der linke Radikalismus“ — 1920), die an Aktualität nichts eingebüßt haben.

Die Autonomen haben seit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre vom Zerfall maoistischer Gruppierungen wie KBW, KPD/ML und KB profitieren können. Zum einen füllen sie ein entstandenes Vakuum im linksradikalen Spektrum, zum anderen landen auch eine Reihe von ehemaligen Maoisten bei den Autonomen.

Positiv unterscheiden sich die heutigen Autonomen von den Maoisten der siebziger Jahre durch einen weitgehenden Verzicht auf Antikommunismus und Antisowjetismus. Nicht Sprüche gegen „beide Supermächte“, sondern antimperialistische Lösungen wie „NATO zerschlagen“ dominieren bei den Autonomen, wenn auch oft unvermittelt und in linkssektiererischer Form.

Ihre soziale Basis besteht in deklassierten Teilen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Arbeiterklasse. Die meisten Anhänger dieser Gruppen sind zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt, viele von ihnen sind Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter (Jobber). Autonome Gruppen mit betrieblicher Basis gibt es kaum. In der Strömung der Autonomen findet sich vor allem ein Teil der vom kapitalistischen Krisenprozeß an den Rand der Gesellschaft Gedrängten. Nicht zufällig sind die „Autonomen“ in bestimmten Stadtvierteln von Großstädten wie Hamburg, Frankfurt und Westberlin am stärksten vertreten. Dies erklärt auch die relative Stabilität der Strömung, unabhängig von der Konjunktur der spontanen Bewegungen.

Das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ frohlockte in seinem veröffentlichten Bericht über das Jahr 1984, die „autonome Protestbewegung“ sei „weitgehend zerfallen“. Die Herren des Morgengrauens hatten sich verschätzt. Ein Jahr darauf stellten sie fest, die Autonomen seien „nach wie vor das größte Potential im Bereich der undogmatischen ‚Neuen Linken‘“.

In der Friedensbewegung, der Bewegung gegen die Volkszählung und Überwachungsstaat und im Kampf gegen den Neofaschismus sind Autonome heute in erheblichem Umfang engagiert. Dabei gibt es wichtige Punkte der

Übereinstimmung mit Demokraten und Kommunisten. So heißt es z.B. in einem Flugblatt des „Arbeitskreises Antimperialistischer Widerstand Lübeck“ und der „Autonomen Gruppe Kiel“ über eine Provokation der neonazistischen „FAP“ in Kellinghusen (Schleswig-Holstein): „Die herrschende Ideologie selbst besteht in gewissem Maße aus Ausländerfeindlichkeit, Militarismus, Nationalismus und dem Ruf nach dem starken Staat. Den Faschisten fällt es daher leicht, Anknüpfungspunkte für ihre menschenverachtende und arbeiterfeindliche Politik zu finden.“

Bei Demonstrationen, z.B. gegen Neonazis oder gegen das Bonner Atomprogramm gibt es jedoch nicht selten Differenzen zwischen Autonomen und anderen Kräften der Protestbewegung über Aktionsformen. Manche (nicht alle!) Autonome neigen dazu, „jede Möglichkeit zum praktischen Widerstand zu nutzen“, wie es in einer autonomen Broschüre („Krefeld 25.6.1983“) heißt. (An diesem Tag fand in Krefeld anlässlich des Besuchs

Die autonomen Autoren erkennen aus der Geschichte der Protestbewegungen in der BRD: „Die Waffen staatlicher Gewalt blieben solange stumpf, wie es den verschiedenen Kämpfen gelang, auf das gewaltsame Vorgehen des Staates mit einer sozialen Ausdehnung des Konflikts zu antworten.“ Die Thesenverfasser konstatieren darüber hinaus eine „Unfähigkeit, uns mit grüner Politik zu besetzen und differenziert auseinanderzusetzen“. Politische Unklarheiten und das Fehlen von Sachkenntnis werden als zentrale Probleme der Autonomen benannt: „Wir wissen von allem etwas und von Genaurem nichts.“

Was die Autonomen konkret fordern, ist in vielen unklar: „Wären uns die Ziele klar, d.h. eben auch der Weg dorthin, dann könnten wir auch andere Mittel aus diesen Zielsetzungen heraus bestimmen. Doch da es nichts Vagares gibt als unsere konkreten Ziele, bleiben unsere Mittel oft wahllos, zufällig und austauschbar.“ Autonome Politik werde „letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht“. Als Alternative angesichts der fehlenden Strategie und Taktik der Autonomen empfehlen die Autoren des Papiers, aus dem Alltag heraus „soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu entwickeln“.

In diesem Sinne sprechen die Verfasser auch die Situation von Frauen in autonomen Gruppen an: „Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind.“

Der organisatorische Aufbau der Autonomen entspreche dem „eines Hobbyklubs, anstatt einer revolutionären Perspektive“. Von innerorganisatorischer Demokratie, Kontrolle von unten und Rechenschaftslegung sind die Autonomen weit entfernt: „Je un-

durchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto ungreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nicht behaupten können.“ „Allzuoft“ würden „Entscheidungen von wenigen getroffen“. Dies stellen Anhänger einer Strömung fest, die den Anspruch erhebt, in ihrer Praxis „hierarchische und autoritäre Strukturen“ zu vermeiden.

So realistisch und selbstkritisch das Frankfurter Papier sich mit dem Zustand der Autonomen befaßt, so wenig enthält es Elemente einer Strategiebildung. Sollte sich in diesem Papier nicht der klassische Pendelschlag von linksradikalem Aktionismus zum „pragmatischen“ Einrichten in den herrschenden Verhältnissen andeuten, könnte es ein Einstieg für interessante Diskussionen sein. Hinderlich wirkt sich dabei für die Autonomen das Fehlen eines „Zentralorgans“, einer eigenen Zeitschrift aus, was viele Autonome selbst bedauernd feststellen. Für solch ein Projekt scheinen ihnen derzeit die personellen wie auch die finanziellen Kräfte zu fehlen. So bleibt es bei der sporadischen Produktion von Flugblättern und Diskussionspapieren.

### Das Gespräch suchen

Marxisten sollten das Gespräch mit Autonomen suchen. Das Bedürfnis nach ernsthafter Beschäftigung mit der Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus ist vor allem bei vielen jugendlichen Anhängern der Autonomen groß. Es spricht nichts dagegen, solche antikapitalistisch eingestellten Jugendlichen in marxistische Bildungsangebote einzubeziehen. Die Vermittlung von politischer Klarheit und Analysefähigkeit ist letztlich auch das beste Mittel gegen die Neigung zu abenteuerlichen, isolierten Aktionen.

Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur Geschichte der Arbeiterbewegung über die Pariser Commune, die Oktoberrevolution bis zur Rolle der Sowjetunion im Kampf um Frieden haben Marxisten Positionen für alle, die nach einer revolutionären Alternative zum Imperialismus suchen. Auch die Beschäftigung mit den Standpunkten der Befreiungsbewegungen, mit denen die Autonomen sympathisieren, in Bezug auf die Sowjetunion und die internationale Solidarität der sozialistischen Länder ist lohnend. Dabei ist zu be-

achten, daß Vorbehalte spontaneistisch bzw. anarchisch beeinflusster Jugendlicher gegenüber den Kommunisten und dem realen Sozialismus häufig Nahrung erhalten haben durch jene etatistischen und bürokratischen Auswüchse im Sozialismus, für deren Überwindung unter Leitung der KPdSU heute in der Sowjetunion gekämpft wird. Die neue Ausstrahlungskraft der UdSSR läßt daran denken, daß Anarchisten und Kommunisten 1917 und danach gemeinsam die Oktoberrevolution in Rußland unterstützten. Erinnert sei auch an anarchische Genossen wie Max Hoelz und Erich Mühsam, die trotz Meinungsverschiedenheiten Seite an Seite mit den Kommunisten in Deutschland gegen Kapital, Faschismus und Reaktion kämpften.

Je mehr Autonome erkennen, daß Militanz und Massenwirksamkeit in der Politik nicht gegeneinandergesetzt werden sollten, desto besser werden die Möglichkeiten für gemeinsames Handeln.

### Anzeige

#### Osterurlaubsschulung vom 26. März - 4./9. April 1988

Die MEG hat sich 1974 als unabhängige Studiengesellschaft des wissenschaftlichen Sozialismus gegründet und führt neben ihrer Arbeit an einzelnen Orten seit 1979 für alle Interessierten im Bundesgebiet und Westberlin zweimal im Jahr Urlaubsschulungen durch.

Die Osterschulung 1988 findet wahlweise über 10 (26.3.-4.4.) oder 14 Tage (26.3.-9.4.) statt. Die Unterbringung erfolgt in Ferienhäusern mit Zweibettzimmern. Die Kurse werden vormittags in kleinen Gruppen (5-8 Pers.) durchgeführt, die restliche Zeit steht für Kursvorbereitung und Freizeitaktivitäten zur Verfügung.

#### Kursangebot über Ostern

1. F. Engels: Anti-Dühring, Teil I (Philosophie)
2. Karl Marx: Das Kapital Bd. I (Einführungskurs)
3. Krit. Theorie — Sohn-Rethel: Geistige und körperliche Arbeit
4. Die deutsche Bourgeoisie auf dem Weg zur Macht (1848-1949)
5. Der europäische Faschismus — Italien, Deutschland, Spanien
6. Zur Geschichte des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Die Kosten für die Unterbringung betragen 160 DM pro Person. Die Verpflegung muß individuell, z.B. durch Kochen in den Häusern geregelt werden. Für Teilnehmer/innen mit Kindern werden wir uns bei Bedarf um verbilligte Schlafplätze und eine Kinderbetreuung am Vormittag bemühen.

Anmeldeschluß: 30. Januar 1988

### Selbstkritik und ideologische Krise

Auf einem Frankfurter Treffen („Libertäre Tage“, Ostern 1987), an dem rund 1.500 Autonome und Anarchisten teilnahmen, wurde ein zwanzigseitiges Diskussionspapier mit bemerkenswerter politischer Selbstkritik in Umlauf gebracht, das bis heute in der „autonomen Szene“ kursiert. Unter der Überschrift „Stand autonomer Bewegungen — Langlauf oder Absturz“ machen sich mehrere Verfasser aus „Rhein-Main-Zusammenhängen“ Gedanken über Bilanz und Perspektive der Autonomen. Das Papier konstatiert eine ideologische Krise: „Viele scheinbare, unumstößliche Klarheiten, Front- und Kampflinien sind zerbrochen, beginnen sich aufzulösen und zu



# Werner Herzog — ein neuer Riefenstahl?

Werner Herzogs neuer Film „Cobra Verde“

Wie bereits in „Fitzcarraldo“, so zeigen auch die Bilder von Herzogs letztem Film „Cobra Verde“ eine fatale Nähe zu faschistischen Vorstellungen. Und Werner Herzog ist kein Einzelfall. Eine latente Faschistoidität läßt sich seit den 70er Jahren in Viscontis „Die Verdamnten“, Cavanis „Der Nachtportier“, Syberbergs „Hiller“, Faßbinders „Lilli Marleen“ und anderen Filmen nachweisen. Die Wiederentdeckung und Bewunderung der Leni Riefenstahl durch US-amerikanische Intellektuelle, die Susan Sontag 1976 in ihrem Essay „Faszinierender Faschismus“ konstatierte, ist ebenso Indiz für das Wiederaufleben faschistoider Vorstellungen im Bereich des Films.

Kino, so hat der Filmkritiker Béla Balázs einmal gesagt, ist das menschliche Gesicht 90 Minuten lang auf der Leinwand. Das menschliche Gesicht mit seinen Regungen, Freude, Trauer, Haß, Entsetzen. Kino erzählte Geschichten über Menschen, die aus bestimmten Motiven heraus handeln. Und der Zuschauer konnte sich mit dem Dargestellten identifizieren, sich wiedererkennen, er konnte Stellung beziehen für oder wider. Nichts von alledem mehr bei Werner Herzog. Sein Film „Cobra Verde“ gehört in die Reihe der Filme, in denen durch den breiten Einsatz ästhetischer Effekte die Entmündigung des Zuschauers betrieben wird. Der Zuschauer „hat still zu sitzen und im Dunkeln hinzunehmen, daß über ihn verfügt und was über ihn verhängt wird. Der Zuschauer wird heute im Kino exekutiert, ohne zu erfahren und darüber informiert zu werden, warum“ (1). So urteilte B. Steinborn 1979 über US-amerikanische Filme wie „Assault“, „Deer Hunter“ und „Ein Mann sieht rot“. Die Wirkung, die nur wenige Jahre später Filme wie „Indiana Jones“, „Body Double“ oder „The Terminator“ bei ihr hinterließen, beschreibt Pauline Kael, US-amerikanische Filmkritikerin so: „Oft komme ich jetzt aus einem Film heraus und fühle mich wie ausgelöscht, gestrandet“ ... „Ich spüre diesen Nihilismus ... er ist von der Art, wie man ihn bei einer Porno-Show empfindet — die Art, wie dort alles, man selber eingeschlossen, in Dreck verwandelt wird“ (2). Nach dem Betrachten von Herzogs „Cobra Verde“ bleibt zumindest ein Gefühl der Leere zurück — die Langweiligkeit etlicher Teile des Filmes bewahrt vor Schlimmerem.

Wie wird ein Rinderhirt aus dem brasilianischen Sertão, dessen Kinder in der Dürre sterben, der sich als Goldsucher versucht und betrogen wird, anschließend als Bandit lebt — wie wird „abner Mensch“ schließlich „zivil“, schließlich als Bandit lebt — wie wird dieser Mensch schließlich zum Sklavenhändler, der in Afrika — kurz vor der offiziellen Abschaffung des Sklavenhandels durch die brasilianische Regierung — den Sklavenhandel noch einmal auf Hochtouren bringt? Diese Geschichte hätte Werner Herzog dem Zuschauer erzählen können. Aber er hat es nicht. Die Motive seines Filmhelden, die die Wandlung von „einem der Ärmsten der Armen“ zum Sklavenhändler hätten einsichtig machen können, bleiben verborgen. Um all das, was in den folgenden 110 Minuten gezeigt wird, zu rechtfertigen, beginnt Herzog mit einem filmischen Trick. Ein alter Brasilianer singt die Ballade von Francisco Manoel da Silva, genannt Cobra Verde, in der von dem Einsamkeit aller Menschen die Rede ist.

Durch den Vortrag der Ballade wird die Figur Cobra Verde auf die Ebene der Volkskultur gehoben und dadurch der Kritik entzogen. Es „erscheint“ Herr Kinski, es „erscheinen“ Ereignisse in relativ schneller Folge, bis der Film in ein ruhiges Fahrwasser kommt. Werner Herzog kann — endlich — seiner Vorliebe fröhnen, dem Filmen von Massenszenen. In Herzogs Film gibt es nur zwei Teile: Schwarze Leiber von Sklaven in langen Marschspalten, fähnchenschwenkende Menschenketten. Eine disziplinierte gehorsame Masse, die willig dem Führer Cobra Verde folgt.

Und es gibt das Gesicht Kinski/Cobra Verdes, das keinerlei Regungen erkennen läßt, außer einer ziellosen Aggressivität, einer Unberechenbarkeit, die weder historisch noch psychologisch einsichtig gemacht wird. Cobra Verde ist keine konkrete Person. Herzog siedelt ihn im Mythischen, Außergewöhnlichen an. Einem Mythischen,

das sich in der Folge immer mehr als Bekanntes, allzu Bekanntes entpuppt: Cobra Verde ist der gewissenlose Aktivist, ähnlich dem Soldatentyp in Jungers „Stahlgewitter“, „maßlos in seiner Vorstellung von der eigenen Allmacht und dem akzeptierten Risiko der eigenen Vernichtung“ (3). Auf diese „Verherrlichung des (Großen-) Wahns und die Heroisierung der Todesbereitschaft“ hat Michael Schneider 1982 in seiner Besprechung von Herzogs Film „Fitzcarraldo“ hingewiesen und sie als „Kennzeichen faschistoider Ästhetik“ bezeichnet (4).

## Rückkehr zur Prämoderne

In einem Gespräch mit Wim Wenders erklärte Werner Herzog, „daß es heute auf der Welt fast keine Bilder mehr gebe. Sie seien durch die Zivilisation verstellt — Autos, Telegraphenmasten, Eisenbahnschienen.“ Man müsse schon auf den Mond oder in den Himalaya, um noch „reine“ und „unversehrte“ Bilder zu finden. (5) Herzogs Film spielt in einer „Prämoderne“, einer Welt vor der Industrialisierung. Was für einen großen Teil der Kunst des Nationalsozialismus typisch ist, läßt sich auch über Herzogs „Cobra Verde“ sagen: „Keine Städte im Umkreis der Protagonisten, keine Fabriken, keine Mähndrescher, keine Staudämme oder Hochspannungsmasten.“ „Zurück zu einer verflachten Romantik, zu einer Ästhetik ohne die Energie und Erneuerungskraft, die sie vor hundertfünfzig Jahren, am Vorabend des Aufbruchs in die Moderne, noch besaß“ (6).

Für Herzog gilt das alles nicht mehr. Sein Film spielt in einer zynischen Märchenwelt, einer Urwelt, einer Welt der geheimnisvollen Kulte, in der der Weg zum Thron des Königs noch mit den Leichen der besiegten Feinde gepflastert ist, in der die Sieger noch aus Bechern trinken, die aus den Schädeln der Besiegten gemacht sind. Herzog folgt hier im übrigen dem von ihm verehrten Francis Coppola und dem von Leichen drapierten „Reich“ des Major Kurtz in „Apocalypse Now“.

Er folgt seinem Vorbild Francis Coppola, der es gern hört, wenn er mit Mussolini verglichen wird (ich weiß nicht, ob Werner Herzog das gerne hört), dessen Dreharbeiten zu „Apocalypse Now“ ebenso wie die Dreharbeiten zu „Fitzcarraldo“ zu einem Kriegsspiel ausarteten. Aber zurück zu Herzogs Film: Diese von ihm dargestellte Welt der „Prämoderne“ untersteht einem Gesetz, einem blindwütigen, rasenden Schicksal, das auch nur den Gedanken an die Möglichkeiten eines verantwortlichen Handelns mit dem Ziel einer Veränderung von vornherein als absurd erscheinen läßt.

## Werner Herzog — ein neuer Riefenstahl?

Die in einer Reihe von Besprechungen des Films „Cobra Verde“ aufgezeigte Nähe der filmischen Praxis Herzogs zur Ästhetik der Leni Riefenstahl drängt sich geradezu auf. Was für die Riefenstahl gilt, läßt sich in vielen Aspekten beinahe mühelos auch über Herzog sagen. Wie Herzog nach „schönen“, „unversehrten“ Bildern sucht, so die Riefenstahl nach „Harmonie und Schönheit“. „Alles, was wirklich ist, ein Ausschnitt aus dem Leben, alles, was durchschnittlich ist und alltäglich, interessiert mich nicht ... Mich fasziniert, was schön ist, stark, gesund und lebendig, ich suche Harmonie.“ (7) So, wie Herzog die Lotterissen der Indios und der Afrikaner bei den Dreharbeiten zu „Fitzcarraldo“ und „Cobra Verde“ ignorierte, so wenig interessierte sich die Riefenstahl für das Leben der Nuba und deren Tradition. Sie erniedrigte sie vielmehr „zu Statisten ihrer eigenen Phantasie“, ihrem faschistischen Traum vom wahren Manne, ... dem Kult vom starken und schönen kriegerischen Manne, dem sich die Frau unterwirft ...“ (8). Die gleiche Selbstüberschätzung und Ignoranz, das Desinteresse für wirkliche Menschen und die alltäglichen Widersprüche bei beiden. Eine Harmonie, eine „Unversehrtheit“ der Bilder auf Kosten der Humanität. Und Herzog knüpft an diese fatale Tradition wieder an. Alles, was in den letzten zwanzig Jahren an Vorstellungen über die Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen erdacht und gelebt wurde, soll nichts mehr wert sein.

Was Herzog sich mit seinen Filmen „Fitzcarraldo“ und „Cobra Verde“



geleistet hat, kann durchaus als filmische Kriegserklärung an die Dritte Welt verstanden werden. Seine abseits jeder historischen Entwicklung zum bloß ästhetischen Reiz schwarzer Leiber aufpolierte Darstellung der Sklaverei ist ein Affront gegen jede emanzipatorische Bestrebung in der Dritten Welt. Ich will jetzt keineswegs behaupten, Herzog wäre ein Faschist. Zur Schlusszene von „Cobra Verde“ fiel mir allerdings spontan Goebbels ein, für den „die Aufgabe der Kunst und des Künstlers darin besteht ... das Kranke auszumerzen und Freiheit für das Gesunde zu schaffen“ (9). Wenn Herzog beherrschte schwarze Kinder so fängt wie die Skorpione, die in den Räumen der verfallenen Sklavenhalterfestung über den Boden kriechen, zeigt sich, wo er auf der Suche nach „unversehrten“, „reinen“ Bildern gelandet ist. Was bereits für die Massenszenen — Herzogs Spezialität — gilt, potenziert sich hier. Diese behinderten Kinder erscheinen nicht mehr als menschliche Wesen, ihre individuelle Geschichte, ihre Gefühle, ihr Leiden wird ihnen geraubt. Sie haben kein Gesicht mehr. Der eiskalte Kamerablick grenzt sie aus der menschlichen Gesellschaft aus. Das alles ist mindestens genauso „schön“ wie das, was die Riefenstahl sich bei den Dreharbeiten zu ihrem Nubafilm geleistet hat: Sie „bezählte nur für sich blutig schlagende junge Männer und ebenso blutige Photos von den „Tatowierungen der Mädchen. Alte und ebensolche blutigen Photos von den Tatowierungen der Mädchen. Alte und Angezogene mußten der Kamera fernbleiben (und bekamen auch kein Entgelt)“ (9).

Wie gesagt, ich wollte nicht behaupten, daß Werner Herzog ein Faschist ist. Er begibt sich allerdings auf ein Terrain, das faschistisch besetzt ist. Und das mußte er eigentlich wissen. Aber er weiß es nicht. In konsequenter Fortsetzung seiner Darstellung der Sklaverei, deren Bilder mit einer geradezu unglaublichen Selbstverständlichkeit (und heimlichen Sympathie für das Dargestellte?) daherkommen, läßt er seinen Helden Cobra Verde zu dem Resümee kommen: „Sklaverei ist eine Angelegenheit der menschlichen Seele“. Das Fazit der Geschichte: Jeder hat eben seinen kleinen Sklavenhalter in sich. Wo dieses quasi biologische Gesetz wirkt, ist jeder Sklavenhalter entschuldigt, die verborgene Triebwelt darf sogar hemmungslos ausgelebt werden. Und um diesen Gedanken noch etwas weiter zu spinnen: „Wie Hitler es in Syberbergs Film ausdrückt, wenn er Deutsche, Europäer, die Menschheit anspricht: „Ich bin der Ausdruck eurer geheimsten Wünsche“ ...“ (10). Damit wäre dann auch jeder SS-Mann in Treblinka und Auschwitz seine Verantwortung los.

Wenn Sklaverei „eine zutiefst menschliche Angelegenheit“ ist, was unterscheidet dann noch den Täter vom Opfer? Das Opfer trägt dann zumindest eine Mitschuld an der Tat. So sieht's auch Werner Herzog, wenn er behauptet, mit seinem Film eine historische Wahrheit darzustellen, „die politisch nicht so gern gesehen wird“. Seiner Meinung nach tragen die afrikanischen Eliten eine Mitschuld am Sklavenhandel, da sie ja dem Sklavenhandel innerlich zugestimmt hätten. (11)

## Die bundesdeutsche Filmkritik über Werner Herzog

In seinem Essay „Wollt ihr die totale Kunst?“ hat Michael Schneider im Herbst 1982 vom „Versagen der deutschen Filmkritik“ gesprochen, die weitgehend einhellig Herzogs Film „Fitzcarraldo“ überschweblich gelobt hatte. Da wurde z.B. Herzogs Praxis der Dreharbeiten (Herzog Originalton: „Film ist mehr wert als das Leben“), die mehreren Menschen das Leben kostete, in der „FAZ“ als etwas Grandioses abgefeiert. Ebenso in der „Zeit“, in der Herzogs „totale Kunstansatzung“ ... „die Gefahr, der er sein gesamtes Team im Dschungel ausgesetzt hat“, von Ulrich Greiner „zum Gütesiegel eines Filmereignisses von geradezu mythischer Qualität stilisiert“ wurde. Auch von „Spiegel“ und „Frankfurter Rundschau“ wurde Herzogs Film zu einem Meisterwerk hochstilisiert.

Das Lob war einhellig — bis auf einige wenige Ausnahmen wie beispielsweise in der „konkret“.

Dieses Versagen der bundesdeutschen Filmkritik kommentierte Michael Schneider 1982 wie folgt: „Gerade unsere politik- und theoriemüden deutschen Intellektuellen scheinen für Herzog-Filme derzeit besonders empfänglich zu sein. Einer Aufklärung überdrüssig, der sie einst als alleinseligmachender Gottheit gehuldigt haben,

überdrüssig, der sie einst als alleinseligmachender Gottheit gehuldigt haben, sehnen sie sich nun wieder nach dem Irrationalen und Magischen, dem Kulischen und Okkulten, dem Archaischen und Mythischen, kurzum: nach dem, was sie für die „Dialektik der Aufklärung“ halten. Bei Werner Herzog kommen sie auf ihre Kosten. (...) Es gehört zu den Krankheiten unserer Wegwerf-Kultur, daß unsere intellektuellen und kulturellen Wortführer (oder die, die sich dafür halten) ihre jeweils neuesten Anwendungen, Stimmungen, Denk- oder Gefühlsmoden immer als Novität verkaufen. So halten sie denn auch, nachdem sie die alten Vernunft- und Aufklärungsbegriffe über Bord geworfen haben, ihre Hinwendung zum Irrationalen und Mythischen für etwas absolut Neues und Originäres. Welch tragische Ironie! Scheinbar diese einstigen Söhne der Aufklärung doch nicht zu bemerken, daß sie auf dem besten Wege sind, ihre eigenen Väter und Großväter zu paraphrasieren, die schon einmal den (Großen-)Wahn wider alle politische Vernunft geheißelt und im Namen des Mythos den Intellektualismus und Materialismus bekämpft haben.“ (12)

Anders als 1982 ist das Lob auf Herzogs letzten Film „Cobra Verde“ keineswegs mehr so einhellig. So findet beispielsweise Hellmuth Karasek in seinem Artikel „Die Kriechspur des Herrenmenschen“ harte Worte: „Herzog dreht die Afrikaner so, wie die Riefenstahl die Nuba fotografiert hat, prächtige Primitive, bestenfalls als Ornament der Masse tauglich, Staffage für die Grimassen eines Supermanns ... Es ist der zur Kinski-Schmiere verkommene Faschismus, den dieser Film ausdünstet — allen Feigenblatt-Verlautbarungen zum Trotz“ (13). Auch in anderen Besprechungen des Films,

so beispielsweise in der „faz“ und in „tip“ wird die Nähe von Herzogs Film zur Ästhetik der Riefenstahl herausgestellt.

Anders Wolfram Schütte in der „Frankfurter Rundschau“. So, wie er Faßbinders „Lilli Marleen“ bejubelt hatte und 1982 Herzogs „Fitzcarraldo“ als „Utopie für alle“ anpries, so ist er auch jetzt des Lobes voll über „Cobra Verde“. Die fast schon krankhafte Selbstüberschätzung Werner Herzogs, der sich u.a. sogar mit Kafka und Michelangelo verglich, erhält ihre feuilletonistische Bestätigung. Um die Großartigkeit und Einmaligkeit von „Cobra Verde“ einsichtig zu machen, nennt er Herzogs Film in einem Atemzug mit Filmregisseuren wie Glauber Rocha und bezeichnet Herzog als den vielleicht einzigen Filmregisseur, der das Format hätte, Gabriel García Márquez' Roman „Hundert Jahre Einsamkeit“ in ein „filmisches Alfresco-Gemälde zu übersetzen“. Auch Bertolt Brecht wird nicht verschont. Und Eisenstein muß mit einer Szene seines Films „Panzerkreuzer Potemkin“ herhalten, um „die große künstlerische Souveränität Werner Herzogs zu offenbaren“ (14).

Wichtiger als diese Lobeshymnen, mit denen der renommierte Filmkritiker die Leser überführt — wie Werner Herzog seine Zuschauer (denn wer traut sich noch, etwas gegen Herzog zu sagen, wenn er hört, in welcher guten Gesellschaft der sich befindet!) —, wichtiger als dies erscheint mir die geheime Faszination, die von Herzogs Verherrlichung des (Großen-)Wahnsinnns ausgeht und der darunter liegenden nihilistischen Grundstimmung. Wolfram Schütte spricht von den „großen, eindrücklichen Sisyphos- und Vergeblichkeits-Metaphern“, bei denen Herzog wieder „angelangt“ sei: „Dieser Tragiker erblickt erst im Scheitern menschliche Größe“ (15). Diese Tendenz zeigt sich auch in der „FAZ“-Rezension, wenn auch vom Autor Hans-Dieter Seidel eingeschränkt wird, daß Herzog, obwohl ungewollt, hier und da in „Herrenmenschenpose“ fällt. Auch hier ist die Rede von der „Größe des Mühlsteins“ und vom „unendlichen Leiden“ eines Menschen und der großen heroischen Vergeblichkeitsklärung (16).

Hierzu sei noch einmal Michael Schneider mit einem Auszug aus seinem Essay „Die intellektuellen und der Katastrophismus: Krise oder Wende der deutschen Aufklärung“ zitiert: „Und ich behaupte, daß das törichte und verantwortungslose Nihilismus-Geschwätz, das seinen eigentlichen Resonanzboden gerade in der sich „liberal“ und „linksliberal“ nennenden Publizistik hat, zur konservativen Wende in Bonn und anderswo beigetragen hat. Wenn gerade diejenigen, die einmal „Vorkämpfer der konkreten Utopie“ gewesen sind, allen positiven Sinngehalt der konkreten Utopie“ gewesen sind, allen positiven Sinngehalt ... abschwören ... dann brauchen sie sich auch nicht darüber zu wundern, wenn die neokonservativen „Wender“ und die militanten Sinnstifter von rechts das gesellschaftliche Sinndefizit auf ihre Weise zu füllen suchen. Die ständige Ohnmachtspredigt und der lähmende Angstkult, dem sich gerade unsere einflussreiche liberale Publizistik ergeben hat, kann auf längere Sicht sehr wohl seinen dialektischen Widerpart, einen neuen „Mythos der Tat“, mit heraufbeschwören; und der larmoyante Nihilismus, wie er derzeit aus vielen Abteilungen des Kulturbetriebes widerhallt, einem aktiven Nihilismus Platz macht, der — wie schon einmal — dem hilflosen Gejammer und Gestöhne der liberalen Öffentlichkeit ein Ende mit Schrecken bereitet.“ (17)

ge., Hamburg

## Quellen:

- 1) Filmfaust, Dez. 1979
- 2) Die Zeit, 7.12.84
- 3) Saul Friedländer, Kitsch und Tod. Der Wiederschein des Nazismus, München 1986 (dtv)
- 4) Michael Schneider, Wollt ihr die totale Kunst? Über Werner Herzog und das Versagen der deutschen Filmkritik in: M.S. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom. Essays, Aphorismen und Polemiken, Köln 1984 (Kiepenheuer-Paperback), S. 297
- 5) taz, 3.12.87
- 6) Saul Friedländer, S. 23
- 7) konkret 2/85
- 8) Psychologie heute, Dez. 87
- 9) Psychologie heute, Dez. 87
- 10) Saul Friedländer, S. 114
- 11) Abendzeitung (Mn), 25.4.87
- 12) Michael Schneider, S. 298
- 13) Spiegel, 30.11.87
- 14) FR, 3.12.87
- 15) FR, 3.12.87
- 16) FAZ, 4.12.87
- 17) Michael Schneider, Die intellektuellen und der Katastrophismus: Krise oder Wende der deutschen Aufklärung, in: M.S. Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom, S. 127f



## „Wir tragen die Verantwortung für Yavuz' Tod“

Erklärung der Gruppe Göcmen  
zur Auseinandersetzung im 'Emek'

Im folgenden dokumentieren wir eine Erklärung von „Göcmen“ (Verein der Einwanderer) zu den Vorfällen, die zum Tod von Yavuz führten. (Bei einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Anhängern von Dev-Genc und Göcmen war Yavuz am 23. Oktober von einer Kugel tödlich getroffen worden. Siehe hierzu AK 288 und 289.) Yavuz selbst gehörte der Gruppe Göcmen an, einer seiner Genossen und ein enger Freund, Yilmaz, hatte später die Verantwortung für seinen Tod übernommen (s. seine Erklärung in AK 289).

Wie schon aus Anlaß der Erklärung unseres Freundes Yilmaz U. angekündigt, möchten wir ein letztes Mal über das Ereignis im Restaurant Emek und über die von uns verfolgte Politik nach dem Tod von Yavuz eingehen. Diese Erklärung erscheint uns notwendig und wichtig, um einige in der Öffentlichkeit entstandene falsche Eindrücke auszuräumen, aber auch, um unserer politischen und persönlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Der provokative Angriff der Gruppe Av. Dev-Genc ist von uns in einer Weise aufgegriffen worden, die über das Maß der Selbstverteidigung hinausgeht. Als eine Gruppe, die bis jetzt öffentlich gegen die Gewalt innerhalb der Linken entschieden aufgetreten ist, sind wir uns verantwortlich, die Situation nicht deeskalierend gelöst zu haben. Es ist uns nicht gelungen, eine Eskalation zu vermeiden. Dabei stellen wir fest, daß wir alle mehr oder weniger eine der Situation nicht angemessene und entsprechende Verhaltensweise gezeigt haben. Es hätte uns klar sein müssen, daß das Recht auf Selbstverteidigung nicht jedem das Recht gibt, einer solchen Provokation derart zu begegnen; einschließlich dem Einsatz von Schußwaffen. Selbst die Tatsache, daß wir spätestens seit dem Tod unseres Freundes Kürsat Timoroglu unter einer ständigen Bedrohung durch die PKK leben müssen, rechtfertigt diese Reaktion nicht. Somit tragen auch wir die Verantwortung an Yavuz Tod.

Unser Freund Yavuz ist durch eine Waffe gestorben, die uns gehörte. Diese Tatsache in aller Deutlichkeit an die Öffentlichkeit weiterzugeben, erwies sich als Dilemma, angesichts der Situation, daß ein anderer Freund von uns in Untersuchungshaft saß. Einerseits wollte man nicht die Aufgabe der Staatsanwaltschaft übernehmen, andererseits wurde erst einige Zeit später klar, daß man es nicht bei dem Schwerpunkt der Kritik bei der Ursache der Auseinandersetzung, nämlich der Pro-

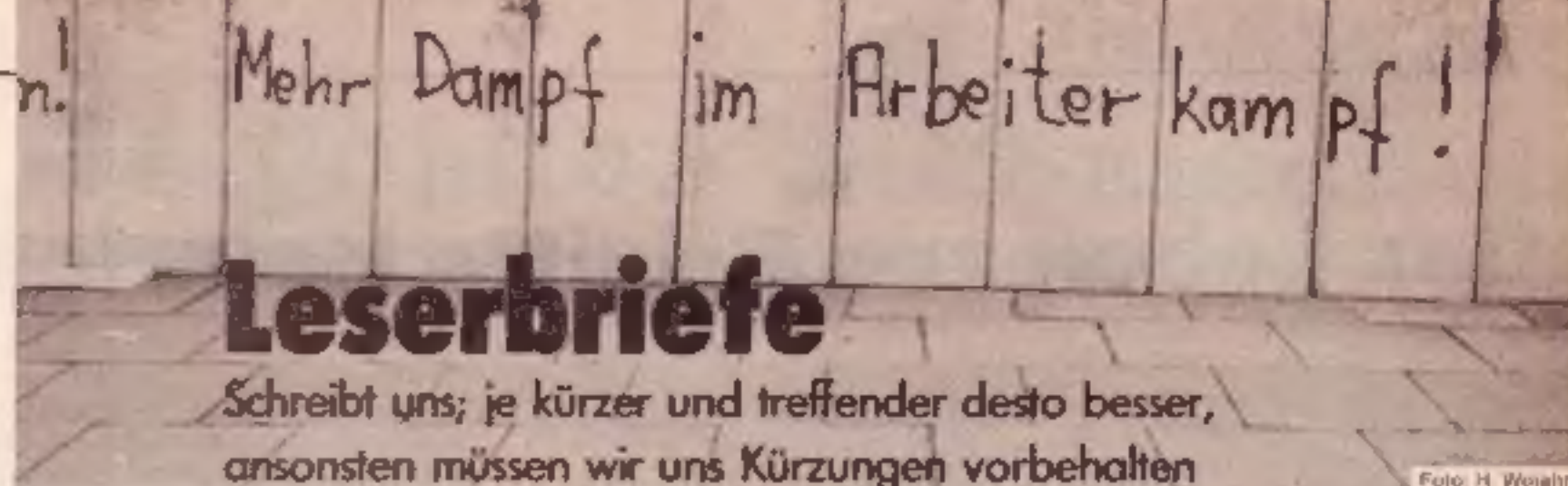
vokation durch Av. Dev-Genc belassen konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt, als sich schließlich diese Erkenntnis in den Köpfen durchsetzte, sind schwerwiegende Fehler gemacht worden. Durch suggestive Formulierungen ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, Av. Dev-Genc Hamburg sei als Auslöser der Auseinandersetzung im Emek automatisch auch allein verantwortlich für Yavuz Tod. Diese falsche Verarbeitungen des Ereignisses veranlaßt uns nachdrücklicher als bisher, grundsätzliche Fragen zu stellen.

In diesem Zusammenhang betonen wir nochmals, daß wir uns alle als verantwortlich betrachten. Es soll nicht der Versuch gemacht werden, Yilmaz die gesamte persönliche und politische Schuld zuzuweisen.

Wir möchten von der Selbstkritik nicht in der Art und Weise einer Beichte Gebrauch machen, die mit einem verbalen Schuldbekenntnis erledigt ist. Es müssen jetzt politische Lehren gezogen werden, die sich auf die Praxis auswirken müssen. Es muß nachgedacht werden, welche Gründe und Fehler uns bis zu dem heutigen Punkt gebracht haben, insbesondere über die Verhaltensweisen bei diesem Ereignis und aber auch früher, die dem Verständnis und der erforderlichen Disziplin der Selbstverteidigung widersprechen (Tragen von Schußwaffen im angetrunkenen Zustand etc.).

Zu allerletzt appellieren wir an die Adresse der Av. Dev-Genc in Hamburg und bundesweit: Unsere Selbstkritik darf nicht die Verantwortlichkeit dieser Gruppe an dem Vorfalle verschleiern. Sie soll sich hiermit mehr als zuvor aufgefordert sehen, ihren provokatorischen Angriff öffentlich zurückzuziehen. Die Ideen, die gegen die Gewalt innerhalb der Linken sind, sollen weiterleben.

„Göcmen“  
Verein der Einwanderer.



## Vereint Euch!

Beitr.: „VSP-Konferenz: Ohne Schwung in die Arme des BWK“ vom fo. (AK 289)

In den 70er Jahren gab es eine Reihe von Kandidaten für die jährliche Preisverleihung, bei der das „goldene Hackebeilchen“ für hartnäckige und erfolgreiche Spalterpolitik sicherlich auch immer wieder von der damaligen KPD(ML) redlich verdient wurde. Nun, diese Organisation, die sich bekanntlich mit der GIM zur VSP zusammengeschlossen hat, war dann in den 80er Jahren im Kampf um diese Auszeichnung bald hoffnungslos abgeschlagen. Aber, wie schon der Genosse Trotzki lehrte, die Politik duldet kein Vakuum. Darum wird die Jury auch im Jahre 87 keine großen Probleme haben. Wer wollte dem KB die vielbegehrte, wenn auch leider nicht hochdotierte Ehrung noch ernstlich streitig machen?

Die „Berichterstattung“ des Genossen fo. über die 1. VSP-Konferenz nach der Vereinigung ist ein weiterer Meilenstein im Wettlauf um besagten Preis, den Stolz aller Sektierer. Völlig einseitig werden da bei der ungeliebten Konkurrenz die Haare in der Suppe zusammengeklaut, Probleme und Schwierigkeiten genannt, eine völlig inhaltsleere und über keinerlei Argumente verfügende Mehrheit vorgeschauelt, ausschließlich die Unzufriedenheit und Kritik zitiert. Ich freue mich auf die Zeit, wo ich einmal wieder in meiner Organisation an irgendwelchen Gründen in Opposition stehen muß. Zumindest werde ich dann im AK ausführlich zitiert werden, ohne störende Erwähnung der Argumente der Mehrheit, gegen die ich dann stehen werde.

Keine Erwähnung finden bei fo. die Diskussionen und Beschlüsse der VSP-Konferenz, aus denen sich so etwas wie marginale Übereinstimmungen und konstruktive Ansätze in der VSP insgesamt erahnen ließen. Solche Marginalien, die die Konferenz 90% der Zeit beschäftigten (der Gen. Berichterstatte fo. dürfte währenddessen jeweils auf dem Klo gewesen sein, ob wg. Durchfall oder wegen unserem lästigen Rauchverbot im Sitzungssaal, weiß ich nicht), seien hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgezählt: Verabschiedung nach ausführlichen Diskussionen und unter Annahme einer Reihe vorliegender Änderungsanträge einer Plattform zum Kampf gegen die Frauenunterdrückung, einer Resolution gegen die Massenwerbelosigkeit, einer Resolution zum antifaschistischen Kampf, einer Resolution zu den Aufgaben des antiimperialistischen Kampfs, Beschluß der Konferenz, im Jahr 88 nach Kräften die Anti-WF-Kampagne des BUKO zu unterstützen. Beschluß der Konferenz, ihre Debatten im Februar fortzusetzen, und dort zu befassen: ein politisches Aufgabenpapier mit organisatorischen Konkreteisierungen, die Haltung zu den EG-Wahlen, die revolutionär-sozialistische Jugendarbeit. Beschluß der Konferenz, ab sofort mit der Debatte über die „Konkreteisierung unserer internationalistischen Orientierung“ zu beginnen.

So „ängstlich“ weicht die VSP Debatten aus, so ab von der Welt sind die Schrüllen, mit denen sie sich beschäftigt.

Die Schwierigkeiten, die in fo. Artikel Erwähnung finden, gibt es natürlich, wenn auch vielleicht nicht ganz so platt, wie er tut. Der AK liefert ja auch alle 6 Monate eine neue Theorie über das Schicksal der vereinigten Organisation von KPD und GIM. Anfangs hieß es: „Die GIM macht das Rennen um die KPD-Reste“. Heute wird das Hackebeilchen andersherum angesetzt: Die Mitglieder der Vierten Internationale in der VSP sind „als organisierter und organisierender Faktor innerhalb der VSP faktisch liquidiert“. Die kapitalistische Selbstliquidierung des Trotzkismus in der VSP wird geradezu beweint; die Tempotaschentücher werden leider nicht mitgeliefert. Nur die Botschaft ist immer wieder die gleiche: Irgendwelche Unzufriedenen, aus welcher Ecke auch immer, darin bestärken, daß Vereinigung von Linken im allgemeinen und VSP in besonderen keinen Sinn hat. Lieber zwanzig Grüppchen mit 20 sogenannten „rei-

nen Linien“ (welche ist egal), als das Zusammenruhen derjenigen, die die sozialistische Revolution wollen.

Sicher hat die VSP nach ihrem ersten Jahr noch Probleme, sich offensiv und selbstbewußt in die politischen Debatten einzuschalten. Sicher haben Teile der VSP Probleme, die noch nicht gelöst sind, mit Aspekten ihrer politisch-ideologischen Vergangenheit (Stichwort: Moskauer Prozesse). Sicher kann man belächeln, daß wir die ernsthafte Bemühung einer „ex-ML“-Organisation, des BWK, im Gegensatz zu früher etwas konkretes für die Einheit der Linken zu tun, begrüßen und wenn irgend möglich konstruktiv aufgreifen wollen.

Alle diese Probleme wären leichter lösbar, wenn sich die verbliebenen revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten alle zusammenfänden. Der KB heute läßt Trotzki und einigen seiner — auch m.E. immer noch wichtigen — Ideen mehr Ehre widerfahren, als einige VSP-Mitglieder. Sehr schön. In anderen Fragen (Stichwort: Verhältnis zur Arbeiterbewegung) stehen mir so gut wie alle VSP-Mitglieder näher als die KB-Mitglieder, deren Ansichten ich halbwegs kenne. Auch gut. Aber die Frage, auf die wir vom KB seit Jahr und Tag keine Antwort erhalten, lautet: Wie rechtfertigt ihr mit prinzipiellen Gründen den Fortbestand der Zersplitterung der revolutionären Linken in der BRD? Was spricht dagegen, sich auf Grundlage von gemeinsamen programmatischen Grundpositionen und gemeinsamer Praxis in den gesellschaftlichen Mobilisierungen zusammenzufinden und in einer gemeinsamen Partei, in die wir nunmal real hineingehören, um verbleibende Meinungsverschiedenheiten und um die Gewinnung eines angemessenen Profils in der aktuellen politischen Auseinandersetzung zu ringen? Welchen Sinn seht ihr darin, Minderheiten in der VSP oder in einer vielleicht bald entstehenden vereinigten Organisation VSP-BWK zu heuern, vielleicht bald entstehenden vereinigten Organisation VSP-BWK zu belächeln und hochzuloben, anstatt mitzumachen und sie zu unterstützen, wenn denn die Übereinstimmung mit ihnen so groß ist?

Über die „kätzigen“ Fragen in der VSP, wie Einschätzung der Sowjetunion und vergleichbarer Länder, über die Frage der internationalen Organisation usw., führen wir sehr wohl die Diskussion. Siehe zur SU etwa das jüngst erschienene „SoZ-Magazin“. Nur würden wir es für abartig halten, eine Übereinstimmung in allen gesellschaftlichen Fragen zur Voraussetzung der gemeinsamen Organisation zu machen. Die Vereinigung der Bolschewiki mit der Meshrajonka-Gruppe von Trotzki 1917 wäre auch nicht möglich gewesen, wenn eine Übereinstimmung darüber vorausgesetzt worden wäre, ob Lenin oder Trotzki 1903 recht gehabt hätten. Das war nicht Politik gewesen, sondern Kinderlei. Ja, in der VSP gibt es noch einiges an „Handwerkerei“. Dann helft uns doch, das zu überwinden: Forcieren wir die Zusammenarbeit überall da, wo wir gemeinsame Ziele verfolgen; fangen wir — anknüpfend an unser erstes Gespräch — mit einer ernsthaften Prüfung an, ob wir uns nicht zusammenschließen können und müssen. Legt das Hackebeilchen zusammen mit den anderen Requisiten unseliger Sektiererzeiten endgültig beiseite und grabt dafür mit uns zusammen das revolutionäre Schlachtbeil aus!

Beste Grüße,  
Manuel Kellner

## Ritual

Beitr.: „Linke und Gewalt“ (AK 288, S. 9)

Zu Recht stellen die Autoren fest, daß es innerhalb der radikalen Linken zwei Pole gäbe, die einen beteiligten sich lieber an militärischen, die anderen an seminaristischen Unternehmungen. Von der hohen Warte der Seminaristen-Schreibstischen lehren sie dann auch den Militaristen die linke Wahrheit.

Und wenn sie sich nicht dauernd von den Grünis distanzieren würden, könnte man meinen, sie seien selber welche. „Die beiden Menschen auf ihre Funk-

tion als Polizisten zu reduzieren, folgt der brutalen Abstraktionsmethode, mit welcher der Kapitalismus die Menschen von ihrem Menschsein entledigt ...“ „Für den Staat sind Polizisten tatsächlich keine Menschen, sondern lediglich Instrumente ...“ „Für uns Linke jedoch geht es darum, den Menschen von seiner Charaktermaske zu befreien ...“ Das ist die Begründung (marxistisch!!) für die Aufforderung an die Linken: 1. Den Tod der zwei Bullen nicht nur deshalb zu bedauern, weil der Staat uns jetzt noch schärfer an die Gurgel will, und 2. sich nicht damit zu trösten, daß es sich um „bloß zwei Bullen“ handelte, weil's nämlich in erster Linie Menschen wären. Und das ist verlogen. In der Tat geht mir der Tod zweier Bullen nicht sonderlich zu Herzen. Mir stehen die Toten aus den eigenen Reihen wesentlich näher. Zum Beispiel deshalb, weil Bullen für mich in erster Linie Instrumente sind und keine Menschen. Da halt ich's mit dem Staat. Sie mögen ja sehr nett sein, privat. Aber im Dienst haun sie mir den Schädel ein. Sie tun halt ihre Pflicht, wie es Charaktermasken so an sich haben. Und wenn dann eine/r geschieht daherredet, von wegen wir Linken wollen doch diese Charaktermasken runterreißen und den Menschen dahinter befreien, dann muß er/sie erklären, wie mensch das macht. Blumen in die Knarren stecken, hat sich übrigens nicht bewährt. Also: Warum sagen sie nicht, daß nur durch den gewalttätigen Prozeß der Revolution, durch die Abschaffung des kapitalistischen Staats- und Gesellschaftssystems (= Charaktermaskenproduzent) ein Bullen wieder ganz Mensch wird? Warum wollen sie, daß wir Tränen zerdrücken ob der Toten? Warum reicht es ihnen nicht aus, lapidar festzustellen: wer aus Demos heraus schießt, schadet der eigenen Sache?

Weil's ihnen gar nicht so sehr um die Schüsse in Frankfurt geht. Die Linke Liste Frankfurt hat lediglich einen Schüsse in Frankfurt geht. Die Linke Liste Frankfurt hat lediglich einen Anhänger gefunden, um der praktizierten Militanz eine totale Abfuhr zu erteilen. Listigerweise aber auf dem Umweg der grundsätzlichen theoretischen Anerkennung der Militanz als politischem Mittel. Denn als Linker hat mensch ja einen Anspruch. Es wird ausgeführt: „Militantes Vorgehen, um politischen Zielen Nachdruck zu verleihen, unterliegt konkreten und historischen Bedingungen in einer Gesellschaft ...“ Danach wird eine ganze Passage lang auf „Militanzrituale“ geschimpft, die geforderten Bedingungen für die Rechtfertigung von Militanz werden nicht genannt. Aber ein Beispiel haben sie doch auf Lager: Das Werfen verstrahlten Gemüses auf die Fensterscheiben des Römers nach Tschernobyl. Bezeichnenderweise wird nicht der beachtliche Tschernobyl-Glasbruch am Hamburger Rathaus aufgeführt. Das war wohl schon zuviel des Guten? Auch finden sie's richtig, „die in Wackersdorf entstandene (!) Massenmilitanz aufzugreifen ...“ Da ist nix entstanden, Freunde! Das haben die Autonomen angefangen und solange fortgesetzt, bis viele Nicht-Autonome mitgemacht haben.

Daß Militanz in der BRD zum Ritual verkommen, bedauern sie langatmig. Dieses Wort „Ritual“ im Zusammenhang mit Autonomen und ihrem Auftreten wird übrigens seit Monaten von der bürgerlichen Presse zur Verächtlichmachung der Militanten, bzw. zur Entpolitisierung und Psychologisierung der Erscheinung „Militanz“ verwendet. Und das zum Abschluß: Eine „legale, radikale Linke“ wird häufig mit ihren Konsensen, die nie begründet werden, angeführt. „Hier existiert eine Moral, die immerhin noch in der Lage ist, mitzufühlen, die es nicht zuläßt, blindlings draufloszudreschen.“ „Eine Moral des Mitfühlens ...“ „konstitutive Tötungshemmung ...“ „da darf die Anwendung der Mittel einfach vom politischen Gegner kopiert werden“ ... Abgeschmackt, moralisierend und vor allem vorwurfsvoll. Als müßte mensch all das irgendwelchen halbverirrten Rambos erklären. Wollen sie auch. Denn: „als Betriebsunfall läßt sich das Geschehen von Frankfurt nicht bagatellisieren“, aber als notwendige Konsequenz autonomer Politik dramatisieren! Das wollten sie uns doch beweisen, die Frankfurter Seminaristen.

JW

## Spät kommt Ihr ...

„Darf man ohne Beanstandung die Hand ins Meer tauchen und schnucken?“ Hier Wunder läßt das Meerwasser auf dem Arm trocken und leckt daran. Ein Mann, 71 Jahre alt, der den Geschmack des Meeres nicht kennt?

Frau Erdmann, die aus Pommern stammt, hört plötzlich polnische und nicht mehr deutsche Stimmen. Und Herr Kaup erzählt keine verrückten, sondern normale Geschichten. Baden im Meer, das Fahren auf einem Schiff, selber einkaufen und bezahlen, Pizza essen — alles das ist diesen Menschen ganz neu, obwohl sie in der Mehrzahl zwischen fünfzig und sechzig Jahre alt sind. Sie leben im Langzeitbereich einer bundesdeutschen Psychiatrie.

„Psychiatrisches Handeln besteht leicht und einfach darin, gemeinsam etwas zu machen“. So die Bilanz von Klaus Dörner, dem Ärztlichen Leiter des Westfälischen Landeskrankenhauses in Gütersloh, aus einer Urlaubsreise mit Langzeitpatienten nach Jugoslawien.

Die Schilderung dieser Reise in dem Buch „Spät kommt Ihr — Gütersloher Wege mit Langzeitpatienten“ (1), zeigt besonders ermutigend den Weg, den die MitarbeiterInnen des Landeskrankenhauses Gütersloh und ihre LangzeitpatientInnen eingeschlagen haben. Das Buch zeigt, wie falsch es ist, die „Verrückten“ aus der Gesellschaft auszugrenzen. Es zeigt auch, daß es möglich ist, die Ausgrenzung wenigstens zum Teil rückgängig zu machen. Und es klagt nicht nur die Fehler der Gesellschaft und innerhalb der Gemeinden an, sondern zeigt Wege einer wirklich tiefgreifenden Psychiatriereform.

Viele der Gütersloher LangzeitpatientInnen bereiten sich auf ein Wohnen außerhalb der Klinik vor oder wohnen bereits außerhalb. So sind etwa 200 LangzeitpatientInnen, ungefähr die Hälfte aller im Krankenhaus lebenden Langzeitpatienten, in den letzten Jahren in freiere Wohnformen entlassen worden.

Diejenigen Menschen, die nicht — oder noch nicht — in der Lage sind, außerhalb des Krankenhauses zu wohnen, die „Verhaltensauffälligen“, wer-

den in Gütersloh, wie das Buch anschaulich schildert, nicht ihrerseits gegenüber den Genossen ausgegrenzt. Das Kapitel „Noch bin ich hier“ beschreibt das neue Leben in einer Wohngruppe im Krankenhaus.

Arbeit ist als ein wichtiger Faktor des Selbstwertgefühls und der Lebensgestaltung akzeptiert, und es wird versucht, eine möglichst angemessene Aufgabe für die zum Teil jahrzehntelang hospitalisierten Kranken zu finden.

Die unter Umständen vorantreibende Rolle der Arbeit wird an dem Beitrag „Erich Z. — eine Langzeitkarriere“ im gleichen Buch klar. Er erzählt die Geschichte eines Mannes, der während der zwanzig Jahre seines Psychiatrieaufenthaltes immer sagte: „Ich will hier weg“, der sich in der Zwangshospitalisierung nie einrichtete und der endlich im Alter von 69 Jahren „draußen“ wohnen darf. Erich Z. bezieht sein Selbstwertgefühl zuerst aus seiner Arbeit als wichtigster Mann in einem Bereich der Arbeitstherapie und später als Kellner in der Alten Weberei, einem Kommunikationszentrum in Gütersloh.

Klaus Dörner stellt in seinem Artikel „Von der verantworteten zur gelebten Zeit“ die These auf, daß die Gesamtgesellschaft zu je einem Drittel aus hundertfünfzigprozentig, aus hundertprozentig und aus fünfzigprozentig arbeitsfähigen Menschen bestehe. Schon die hundertprozentig Arbeitsfähigen müßten sich anstrengen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen, und das untere Drittel dieser „Zweidrittelgesellschaft“ habe auf dem Arbeitsmarkt keinen Platz.

Dörner postuliert aber ein Recht auf Arbeit für alle Mitglieder dieser Gesellschaft und sagt, daß man für die soziale Gleichwertigkeit aller Menschen kämpfe, wenn man für eine eigene Arbeitslandschaft für psychiatrische Langzeitpatienten eintritt.

(1) Hg. Konstanze Koenning, Spät kommt Ihr ... Gütersloher Wege mit Langzeitpatienten, Verlag Jakob van Hoddis, Gütersloh, 1988, 225 S., 19 DM

P.S.



# Das Leben von Brigitte Heinrich

Brigitte Heinrich ist gestorben. Am 29.12.87 erlag sie, sechsundvierzigjährig, nach vorausgegangener Magenkolik und Bronchitis einem Herzinfarkt. Überraschend, wie es in den Nachrichten heißt. Und doch nicht überraschend: Seit ihrer fünfmonatigen Isolationshaft 1975, in der sie an Lymphknotenkrebs erkrankte, war ihre Gesundheit angeschlagen. Wie trauern mit ihren Angehörigen und der großen Zahl ihrer politischen FreundInnen. Ihr Tod ist ein Grund zur Besinnung. Sie hinterläßt eine Lücke, wo sie aus ihren langjährigen Aktivitäten gegen staatliche Unterdrückung hier und — aktuell als Abgeordnete der GRÜNEN im Europaparlament — auch international gerissen wurde. Wenn ihr Tod überrascht, dann wegen des kämpferischen Lebens, das sie trotz ihrer zunehmenden Krankheit führte. Besinnung auf ihren Tod bedeutet Besinnung auf ihr Leben und die Ziele, für die sie eintrat.

Sie gehörte zu den Oldies, war eine von denen, die heute so gern als APO-Oma oder 68er Fossil betitelt werden, bewegte sich mit ihren aktuellen Aktivitäten in der Kontinuität des antimperialistischen und antifaschistischen Schubs dieser Jahre. Aktuell stand Südafrika bei ihr auf der Tagesordnung, arbeitete sie an einer Entschleunigung, mit der im Europaparlament die Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem ehemaligen KZ Drütte bei Salzgitter gefordert werden sollte. Anders gesagt, wir fühlen uns mit ihr verbunden, auch wenn sie einen anderen politischen Weg gewählt hat als wir.

Proteste gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg standen am Anfang ihres politischen Weges. Als Examinandin der Volkswirtschaft war sie 1969 Pressereferentin des Bundesvorstands des „Sozialistischen deutschen Studentenbundes“ (SDS).

Sie engagierte sich, ausgehend von der Frankfurter Szene, für den palästinensischen Befreiungskampf, besuchte nach den Massakern an Palästinensern 1970 selbst Jordanien. Sie trat mit Artikeln im „Kursbuch“, in der „Voltaire-Flugschrift“, mit Büchern über „D-Mark-Imperialismus“, „NATO-Partner Türkei“ u.a.m. hervor, wurde Redakteurin der Frankfurter Studentenzeitung „diskurs“, Mitarbeiterin von „Liberation“. Im Winter 73/74 bekam sie einen Lehrauftrag für „In-

ternationale Beziehungen“ im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Uni.

Ende 1974 geriet sie in den Strudel der RAF-Hetze. Am 26. November wurde sie aufgrund von Falschaussagen zusammen mit 16 weiteren Personen, vor allem Frauen, bei der bundesweiten Razzia „Aktion Winterreise“ verhaftet. Als „Aktion Wasserschlag“ ging das Unternehmen ins unruhige Register des BKA ein. Alle 16 Festgenommenen mußten wieder entlassen werden. Brigitte wurde 5 Monate wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung“ in Isolationshaft gehalten. Sie beschreibt diese Zeit später selbst so: „Nach knapp fünf Monaten war ich wieder draußen und kam mir so richtig verarscht vor. Die Isolationshaft hatte mir zugesetzt, im Knast war ich krank geworden, danach brauchte ich ziemlich lange, um mich zurückzuintegrieren, die Uni-Spitze war der Ansicht, als Lehrbeauftragte sei ich nicht mehr tragbar, und so verlor ich gegen den Protest der Studenten die Arbeit, die mir Spaß gemacht hatte. Schreiben konnte ich zunächst auch nicht mehr, Konzentrationsstörungen, die in der Knastisolation begonnen hatten, kamen draußen erst so richtig zum Vorschein. Ich durfte die BRD nicht verlassen, Paß und Personalausweis waren beschlagnahmt, wöchentlich zweimal mußte ich zu den Bullen rennen, um denen zu zeigen, daß ich nicht geflohen war.“

Zwei Jahre später hat die Bundesanwaltschaft, ohne daß jemand darum gebeten hatte, den Winterreisehaftbefehl in aller Stille aufgehoben. Das alles war für sie uninteressant geworden. Am selben Tag setzte sie einen neuen Haftbefehl durch, mit dem Unterschied zu dem vorangegangenen, daß ich mich „nur“ noch einmal wöchentlich bei der Polizei melden mußte, die BRD und West-Berlin nicht verlassen durfte und immerhin den Personalausweis ausgehändigt bekam. Fünfneinviertel Jahre dauerten insgesamt die polizeilichen Meldeauflagen.“ (AK 211, 1981)

Aber damit nicht genug: Am 4.10.79 wurde erneut Anklage gegen sie erhoben. BKA und Bundesanwaltschaft beschuldigten sie, Handgranaten und Tellerminen aus der Schweiz in die BRD geschmuggelt und an die RAF weitergegeben zu haben.

Der Prozeß wurde ein Skandal, soweit dieses Wort angesichts der vielen ähnlichen Skandale dieser Jahre noch etwas aussagt: Kein Zeuge der Anklage wurde direkt vernommen. Die Anklage stützte sich lediglich auf Ermittlungsvermerke und die erpresste Aussage eines Schweizer. Sein Widerruf wurde im Prozeß als „Gefälligkeitsaussage“ abgetan. Der Entlastungszeuge Egloff, dem freies Geleit in der BRD zugesichert worden war, wurde verhaftet, nachdem er ausgesagt hatte, daß Brigitte an dem Minen- und Handgranatentransport nicht beteiligt gewesen sei. Begründung: Verdacht auf Falschaussage.

Der Prozeß zog sich über 10 Monate hin. Im Urteil wurde der Vorwurf nach 129a fallengelassen. Brigitte erhielt trotzdem 21 Monate ohne Bewährung wegen „Verletzung des Kriegswaffenkontrollgesetzes“. Nach über einem Jahr wurde die Revision abgelehnt. Acht Jahre nach dem konstruierten Tatvorwurf mußte Brigitte die Haft antreten, bei Anrechnung der Untersuchungshaft insgesamt fast ein Jahr, wenn auch das meiste als „Freigängerin“.

Observation vom Anbeginn ihrer politischen Tätigkeit, Verhaftung, Isolation, Freiheitsbeschränkung durch Polizeiaufgaben, der zerrüttende Prozeß, die Wiederverhaftung wurden für Brigitte zum seelischen, körperlichen und politischen Trauma. Auch darin steht sie für ihre Generation. Mensch braucht nicht zu spekulieren, ihren frühen Tod für eine Folge dieses Traumas zu halten.

1984 zog Brigitte als Kandidatin der hessischen GRÜNEN ins Europaparlament ein, wo sie als Abgeordnete der „Regenbogenfraktion“ „mit ihrer antimperialistischen Überzeugung eine kleine europäische „Nebenaußenpolitik“ betrieb, wie die „faz“ freundlich, wenn auch vielleicht etwas übertrieben schrieb.

Mit dem Tod Brigitte Heinrich bricht ein Stück Kontinuität weg. Die Zahl derer, die aus eigenem Erleben an die 68er Revolte, die „wilde Zeit“, die Unversöhnlichkeit gegenüber dem „System“ etc. anknüpfen können oder wollen, wird kleiner. Mensch fühlt sich an sein eigenes Altern und das der ganzen Bewegung erinnert.

F.

## Inhalt

<b>aktuell</b>	
Rheinhausen bewegt das Revier .....	3
Chronik des Ruhrkampfes .....	4
<b>Aids</b>	
Krankheitsverdächtige und Bazillenausscheider .....	14
Tuberkulose und „Euthanasie“ .....	12
Aids: Einbrüche — Anatomie eines Urteils .....	13
Ausgerechnet die ... Zu den AIDS-Maßnahmen in Schweden und der DDR .....	13
<b>Antifa</b>	
Nationalrevolutionäre Strategie — gescheitert? .....	29
<b>Asien</b>	
Pax Americana — Koreas blockierte Unabhängigkeit, Teil 3 ..	22
<b>Atomanlagen</b>	
Windscale: Die Lügen der Atomlobby aufgedeckt .....	10
Ende des Entsorgungsschwindels .....	9
Hanau: Szenen einer nuklearen Bananenrepublik .....	11
<b>Gewerkschaft</b>	
Machtgelüste einer Mehrheit? Linke Gewerkschaftsausschlüsse gegen Rechte .....	28
Übersicht über Gewerkschaftsausschlüsse und -verfahren .....	27
Nachhilfe in Sachen Demokratie: Gericht beanstandet Gewerkschaftsausschlüsse .....	27
BMW: Fortsetzung einer unendlichen Geschichte .....	27
Vergesellschaftung der Stahlindustrie und Volksbegehren Hans Janßen/Harald Mattfeldt .....	5
<b>Grüne</b>	
Das Reich der Mitte .....	24
Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit — oder: Welche Gewalt ist erlaubt? .....	25
Rassismus? Ausländerfeindlichkeit? .....	26
Aber doch nicht bei den Grünen! .....	26
Ein gewaltfreier Dialog .....	26
Kelly/Bastien erhalten Antwort vom Polizeipräsidenten .....	26
Grüner Aufbruch '88 .....	24
Durch DEMOKRatisierung zur MOBILisierung .....	24
<b>Innenpolitik</b>	
Aktenzeichen Barschel — ungelöst! .....	2
<b>Kultur</b>	
Werner Herzog — ein neuer Riefenstahl? .....	32
Werner Herzogs neuer Film „Cobra Verde“ .....	32
<b>Lateinamerika</b>	
Die Wege der Revolution in Mittelamerika .....	20
Interview mit Thomas Borge .....	20
<b>Links</b>	
Von der DKP entdeckt: „Die Autonomen“ .....	31
„Wir tragen die Verantwortung für Yavuz' Tod“ .....	33
Erklärung der Gruppe Göcmen zur Auseinandersetzung im „Ernek“ .....	33
<b>Nahost</b>	
<b>Nahost</b>	
Was will Israel mit den besetzten Gebieten? .....	18
Was lange währt ... Aufstand im Gasa-Streifen .....	16
Gasa-Streifen: Das größte Flüchtlingslager der Welt .....	17
<b>Ohne</b>	
Das Leben von Brigitte Heinrich .....	34
<b>Realer Sozialismus</b>	
Gorbatschow legt innen- und außenpolitisches Konzept vor .....	23
<b>Staat</b>	
„Innere Sicherheit“: Aussichten auf ein „Kernstück“ .....	7
Der Stoff, aus dem Terroristinnen gemacht werden .....	6
Mit dem § 129a gegen Anwälte der RAF Bundesanwaltschaft durchsucht das Büro von Ute Brandt .....	7
Dokumentation: Brief von Ulla Penselin Dokumentation: Erklärung Hamburger Betriebe und Initiativen .....	6
<b>Buchbesprechung</b>	
„Das Celler Loch“ .....	30
Spät kommt Ihr ... Forderung nach einer anderen Psychiatrie ..	33

Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren  
Kämpfen vielleicht eine Stunde lang.  
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber  
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese  
sind unentbehrlich.

Bertolt Brecht

## Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift

Absender:

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4

2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr.  
bei der  
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)

